

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Wohnen



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
--

Betreff
---------

<b>Mangel an Sozial- und Personalwohnungen bekämpfen!</b>
---

### Wir beantragen:

1. Die Stadt gründet einen kommunalen Boden- und Wohnbaufonds, für den sukzessive Flächen- und Wohnungsportfolios erworben werden und städtische Gemeindewohnungen im Sozialwohnungsbau auf stadteigenen sowie ggf. neu zu erwerbenden Flächen gebaut werden. Dafür sind ab dem DHH 2022/23 fortlaufend Finanzmittel für den Grundstücks- und Wohnungserwerb auf 100 Millionen Euro p.a. aufzustocken, sowie der dafür notwendige Stellenmehrbedarf beim Liegenschaftsamt - Abteilung Grundstücksverkehr für die Grundstücksakquise und Betreuung bereit zu stellen.
2. Die erworbenen Wohnungen werden als Sozialmietwohnungen angeboten, bis alle Menschen mit Wohnberechtigungsschein eine Wohnung bewohnen.
3. 20 Millionen Euro p.a. im DHH 2022/23 für den Ankauf, Anmietung und Kauf von Belegungsrechten von Wohnungen für Personalwohnungen städtischer Angestellter und Azubis.
4. Es finden keine Veräußerungen von städtischen Immobilien statt.
5. Es wird jährlich berichtet, falls und warum Mittel nicht abgerufen wurden.

### Begründung:

Die Lage am Stuttgarter Wohnungsmarkt ist weiterhin dramatisch. Die Angebots- und Bestandsmieten explodieren und für Normal- und Geringverdiener ist es oft extrem schwierig leistbaren Wohnraum zu finden. Rund 40 Prozent der Mieterhaushalte in Stuttgart gaben 2020 mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aus, 20 Prozent sogar mehr als 40 Prozent.

Die Zahl der geförderten Sozialmietwohnungen in Stuttgart ist in den letzten zehn Jahren um etwa 2000 Einheiten zurückgegangen. Gab es 1992 noch 21 900 Sozialwohnungen, waren es 2020 nur noch 14 272. Gleichzeitig steigt die Zahl der Haushalte in der Wohnungsvormerkdatei. 4 634 Haushalte waren im Jahr 202 in der Vormerkdatei für eine Sozialmietwohnung, davon 2 909 Dringlichkeitsfälle.

Der Wohnungsmarkt wird beherrscht von institutionellen Anlegern und Immobilienunternehmen, die der Renditesteigerung und nicht sozialer Wohnungsversorgung verpflichtet sind. Daran scheitert der bisherige Weg der Stuttgarter Wohnungspolitik.

Um soziale Wohnungsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen, ist weiterhin ein radikaler Kurswechsel erforderlich. Des Weiteren hat die Stadt seit Jahren ein

Personalmangel. Angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die Wohnungsfrage für die Berufsentscheidung ein nicht unbedeutendes Kriterium. Deshalb muss die Stadt das Wohnungsportfolio an eigenen Personalwohnungen deutlich ausweiten

Die notwendigen Finanzmittel sind aus Rücklagen, Anlagevermögen und/oder Kreditermächtigung darstellbar.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:                   Uhrzeit:  
 Datum:                                   Uhrzeit:  
 Eingang bei: 10-2.1  
 Datum:                                   Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff  <b>Personalwohnungen für Mitarbeiter*innen und Auszubildende - Jetzt umsetzen!</b>

**Wir beantragen:**

1. **Sachmittel** für Dienstleistungen durch die SWSG, Subventionen, Ausstattung, steuerliche Kosten etc. Eine genaue Kostenkalkulation ist nur mit der SWSG gemeinsam zu erstellen. Nach einer ersten Schätzung auf dem Hintergrund von Erfahrungswerten dürften sich die **Kosten für das Jahr 2022 auf 60.000 €, für 2023 auf 120.000.-€** belaufen. Bezogen auf den Doppelhaushalt werden folglich **Sachmittel in Höhe von insgesamt 180.000.-€** benötigt.
2. Personelle Ressourcen im Umfang von **1 Stelle für Abtlg. 10-5**, um alle damit verbundenen konzeptionellen Arbeiten, Verwaltungs- und Kooperationsaufgaben etc. bewältigen zu können.

**Begründung:**

Im letzten Doppelhaushalt 2020/21 ist die Forderung des GPR nach Personalwohnungen, die auch von der Verwaltung unterstützt wurde, bei einer Mehrheit der Gemeinderatsfraktionen auf eine sehr positive Resonanz gestoßen.

Durch diese politische Unterstützung sind nun 300 Wohnungen der städtischen Tochter SWSG zur Vergabe an städtischen Mitarbeiter:innen vorgesehen. Nun gilt es, dieses Vorhaben rasch umzusetzen. Gespräche zwischen Verwaltung und SWSG haben dazu bereits stattgefunden, weitere sollen bald folgen. Als erster Schritt bietet sich auch seitens der SWSG die Vergabe von 16 WG-Plätzen im Gebäude Robert- Koch-Straße in Stuttgart- Vaihingen an. Die WG-Wohnungen sind bis Januar 2022 bezugsfertig.

Ein städtisches Wohnungsangebot kann ein entscheidender Anreiz sein, sich für eine Stelle bei der Stadt Stuttgart zu entscheiden. Ein Einstieg und sukzessiver Ausbau des Angebots an Personalwohnungen ist zur Unterstützung der dringend notwendigen Personalgewinnung und -Erhaltung jetzt angezeigt. Eine Verzögerung würde das wichtige Vorhaben um weitere Jahre verzögern. Der GPR setzt sich gemeinsam mit der Verwaltung dafür ein, über die o.g. Wohngemeinschaften für Auszubildende in den Jahren 2022/23 weitere 70 Wohnungen aus dem Angebot der SWSG als Personalwohnungen nach noch zu vereinbarenden Kriterien zur Personalgewinnung bereitzustellen. Insgesamt wird also eine Realisierung von 100 Wohneinheiten, davon 30 WG-Plätzen für Auszubildende sowie 70 Personalwohnungen, angestrebt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Milieuschutzsatzungen ausweiten</b>

**Wir beantragen:**

1. Zur Fortführung des Milieuschutzes mit jährlich acht neuen Satzungen eine Mittelbereitstellung in Höhe 400 000 EUR pro Jahr bei 61-8.
2. Zur Sicherstellung der Bearbeitung (Überwachung der Satzungsziele, mietpreisrechtliche Fragen) 4,00 Stellen in der Entgeltgruppe EG 11 in der zuständigen Abteilung Wohnen (61-9) siehe auch lfd. Nr. 4250

**Begründung:**

Gerade in Großstädten wie Stuttgart steigen die Mieten seit Jahren stark an. Die Folge: Menschen mit geringeren Einkommen können sich eine Wohnung nicht leisten und alteingesessene Mieter werden verdrängt.

Mit Hilfe der Milieuschutzsatzungen sind bauliche Maßnahmen und Modernisierungsvorhaben steuerbar, die über den allgemein üblichen Ausstattungsstandard hinausgehen und nicht als bauordnungsrechtliche Mindestanforderungen bzw. energetische Nachrüstungsspflichten berücksichtigt werden müssen. In Berlin haben die sozialen Erhaltungssatzungen dazu geführt, dass die Versagung von Maßnahmen zur Veränderung von Wohnungsgrößen sich dämpfend auf die Bautätigkeit in den Gebieten ausgewirkt. Die Ergebnisse der Untersuchungen in Berlin in den drei Erhaltungsgebieten lassen den Schluss zu, dass die gebietsspezifische Wohnungsstruktur der Quartiere mit Hilfe der Erhaltungsverordnung erhalten werden konnte. Sowohl die Zahl der Wohnungen als auch deren Größenstruktur hat sich in den drei betrachteten Gebieten nur geringfügig verändert.

Dies zeigt, dass mit Hilfe der Milieuschutzsatzung Gentrifizierungsprozesse verhindert werden und zum Erhalt von Mietwohnungen beiträgt. Dafür ist es wichtig, großräumige Zusammenhänge bei den Milieuschutzgebieten herstellen, damit eine Dämpfung der Mietpreise entstehen kann. Es geht hierbei um die existenzielle Not der Mieter:innen mit kleinem und mittlerem Einkommen.

Aufgrund dessen wird die Vorlage 498/2021 vervierfacht, damit diese Ziele überhaupt erreicht werden können.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Verkaufsstopp aller städtischen Grundstücken des Neckarpark-Areals!****Wir beantragen:**

1. Der Verkauf aller verbleibender städtischer Grundstücke auf den Baufeldern des Cannstatter Neckarpark-Areal wird mit sofortiger Wirkung gestoppt.
2. Alle laufenden Vergabeverfahren rund um das Neckarpark-Areal werden - im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten - unverzüglich eingestellt.
3. Auf den städtischen Grundstücken des Neckarpark-Areal baut die Stadt Stuttgart in Eigenregie und über ihre hundertprozentige Tochter SWSG. Der Boden-Verkehrswert wird nicht der Mietpreiskalkulation zugerechnet. Sozialmietwohnungen, Personalwohnungen und Wohnraum für Azubis entsteht.

**Begründung:**

Die Bodenpreise im Neckarpark haben sich vervielfacht. Seit dem Verkauf der Grundstücke im Jahr 2012 sind die Verkehrswerte von rund 300 auf bis zu 2500 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Anstatt städtischen Grund und Boden mit Verkäufen aus der Hand zu geben und mit horrenden Zuschüssen an private Bauträger zu versuchen, dass die Ausgangsmieten für Haushalte noch zu leistbaren Konditionen angeboten werden können, sollte die Stadt auf den noch verbleibenden Grundstücken selber bauen.

Wenn private Bauträger für den Erwerb von Grundstücken investieren, werden Grundstückskosten in die Mietpreise anteilig eingerechnet. Extrem gestiegene Bodenpreise sind ein wesentlicher Grund für explodierende Mieten.

Die Stadt kann dagegen – wo ihr die Grundstücke selbst gehören – auf eigenem Grund wesentlich günstiger Wohnungen bauen und Wohnraum mit leistbaren Mieten schaffen.

Zudem wird durch den Verbleib städtischer Flächen in öffentlichem Eigentum Kontrolle und Gestaltungshoheit der Stadt dauerhaft gesichert, die nach der Privatisierung durch Verkauf stark eingeschränkt ist.

Die Stadt hat hier zum Beispiel die Möglichkeit dringend benötigte Personalwohnungen für städtische Beschäftigte zu bauen. Alleine die Feuerwehr schätzt den Bedarf von Personalwohnungen auf derzeit mindestens 200 zusätzliche Wohneinheiten.

Für das Projekt „Housing first“ könnten so auch Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Teil einer städtischen Bodenvorrats- und Bau-Politik auf eigenem Grund kann im Neckarpark auch der Bau eines technischen Rathauses geplant- sowie die dringend

erforderliche anderweitige Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden, die derzeit in Sozialhotels untergebracht sind, umgesetzt werden.

Fakt ist, in Stuttgart gibt es einen massiven Mangel an leistbarem Mietwohnraum.

Der kommunale Bestand an Wohnungen muss deutlich erhöht werden um Abhilfe zu schaffen. Im Neckarpark muss die Stadt nun aus der Bodenpreis-Explosion die Konsequenzen ziehen und selbst als Bauträgerin und Vermieterin in Erscheinung treten. Alle laufenden Vergabeverfahren sind deshalb – wenn juristisch durchführbar – unverzüglich zu stoppen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                     Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                     Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Aktivierung von Leerständen</b>

### Wir beantragen:

3. Für die Entwicklung und den Ausbau von Maßnahmen und Konzepten zur Aktivierung von Leerständen (GDRrs. 641/2021) Aufwendungen für 2022: 150 000 Euro und für 2023: 150 000

(Kosten: 2022: 150 000 € // 2023: 150 000 €)

### Begründung:

Im aktiven Umgang mit Leerständen sieht die Wirtschaftsförderung künftig verstärkten Handlungsbedarf. Mit dem Ziel der Vermeidung, Vermittlung und Bespielung von Leerständen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren und zur Aufwertung der Innenstadt und der Stadtteilzentren insgesamt soll das Leerstands- und Zwischennutzungsmanagement und das Stadtteilmanagement der Landeshauptstadt Stuttgart weiter ausgebaut und professionalisiert werden. Wichtig sind hierbei viele Angebote und Erlebnismöglichkeiten, um Innenstädte und Stadtteilzentren neu zu definieren und Orte für Kreativität, soziales Miteinander und Innovation zu schaffen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:   Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:   Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Beratungsstelle für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen ermöglichen</b>

**Wir beantragen:**

1. Anschubsfinanzierung: 20 000 Euro in HH 2022
2. Gesamtkosten jährlich bis zu 238 000 Euro für eine Mindestlaufzeit von 3 Jahren
  - a. Personalkosten für Beratungsstelle: bis zu 108 000 Euro (1,5 Vollzeitstellen E13)
  - b. Sachkosten, Beratungsstelle, Homepage, Öffentlichkeitsarbeit: 50 000 Euro
  - c. Sachkosten Beratungsnetzwerk: 100 000 Euro
    - i. Davon 30 000 Euro für Konzeptberatung durch Beratungsstelle
    - ii. Davon 70 000 Euro für Fachberatung durch Beratungsnetzwerk

**Begründung:**

Es gibt immer mehr Menschen, die gemeinschaftlich wohnen wollen, während gleichzeitig das Angebot für gemeinschaftliches Wohnen viel zu klein ist. Um wesentlich mehr Umsetzung von gemeinschaftlichem Wohnen und Bauen in Stuttgart zu realisieren, soll eine Beratungsstelle für gemeinschaftliches Bauen und Wohnen eingerichtet und durch die Stadt finanziert werden. Diese soll selbst kostenfreie Beratungen für neue Wohnprojekte anbieten, aber auch kostenlose Fachberatungen durch Berater:innen aus einem breiten Beratungsnetzwerk vermitteln. Zuletzt soll die Beratungsstelle in enger Zusammenarbeit mit der existierenden Kontaktstelle Baugemeinschaften Informationsveranstaltungen organisieren und Vergabeprozesse für Grundstücksvergaben optimieren. Die Beratungsstelle dient somit als Katalysator für die Entwicklung neuer Wohnprojekte, aber dient auch als Bindeglied und Kommunikator zwischen Stadtverwaltung und Wohnprojekteszene.

Mit der Kontaktstelle für Baugemeinschaften leistet die Stadtverwaltung schon heute einen wichtigen Beitrag zur Förderung von gemeinschaftlichem Wohnen aber vor allem dem gemeinschaftlichen Bauen durch Baugemeinschaften. Aufgrund ihrer Position innerhalb der Stadtverwaltung kann sie direkt Einfluss auf Vergabeprozesse nehmen, kann Informationen über Kaufgelegenheiten veröffentlichen und allgemein informieren. Sie kann/darf jedoch nicht eigenständig beraten, Beratungsleistungen vermitteln und wird auch von außen als Teil der Verwaltung wahrgenommen und nicht als Interessenvertretung der Wohnprojekteszene.

Die neu zu schaffende Beratungsstelle soll oben aufgeführte Leerstellen füllen und im Wechselspiel mit Akteuren innerhalb der Stadtverwaltung Wohnprojekte in der Entstehungsphase und den ersten Phasen der Umsetzung unterstützen. Mittelfristig sollen so in Stuttgart mehr Wohnprojekte entstehen, die sich an Konzeptvergaben, bei in Erbpacht zu vergebenden städtischer Grundstücken, beteiligen.

Die Finanzierung soll an den Kesselhof gehen, der sich als Startkatalysator für die Beratungsstelle und die Vernetzung sehen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Wohnungslose Menschen stärken: Housing first!****Wir beantragen:**

1. Für das Modellprojekt Housing First Stuttgart eine Förderung für das Jahr 2022 von 389.744 EUR und für die Jahre 2023 bis einschließlich 2025 437.716 EUR jährlich.  
(Kosten: 2022: 390 000 € // 2023: 435 000 €)

**Begründung:**

Die Suche nach günstigen Wohnraum hat sich in den vergangenen Jahren extrem verschärft, vor allem Menschen mit besonderen Bedürfnissen, psychischen- und oder Suchtproblemen und Wohnsitzlose haben es extrem schwer Wohnraum zu finden.

Das Housing-First-Konzept geht von der Erkenntnis aus, dass gesicherter Wohnraum eine Voraussetzung für die Stabilisierung und Aktivierung von Selbstkräften Wohnungsloser ist. Das Konzept stammt aus der USA und wird bereits in vielen Ländern, u.a. auch in Deutschland umgesetzt. Zielgruppe sind obdachlose Menschen, die von den vorhandenen Regelangeboten nicht erreicht werden bzw. bereits Angebote erfolglos durchlaufen haben.

Durch vermittelten Wohnraum und die Aktivierung von Selbstkräften wird auch die zusätzlich angebotene Unterstützung besonders effizient. Betroffene müssen nicht mehr Angst haben, dass Hilfe-Maßnahmen und damit auch die Unterbringung beendet werden, weil vereinbarte Hilfeziele nicht erreicht werden konnten. Mehrere Studien haben bereits die Wirksamkeit des Konzeptes Housing First nachweisen können. Es ist dem konventionellen Stufenplanvorgehen weit überlegen, in welchem die Menschen erst viele Schritte durchlaufen müssen, um „wohnungsfähig“ oder „wohnungsberechtigt“ zu werden. Dies scheiterte oft, weil Alkohol- und Drogenfreiheit kaum erreicht werden konnte, wegen einer unsicheren Unterbringung und dem meist prekären Umfeld in Unterkünften. So kam es zu vielen Rückfällen. Housing First ermöglicht, dass ehemals Obdachlose wieder langfristig im eigenen Wohnraum leben können. In Modellprojekten zeigten sich positive Entwicklungen bei psychischen Erkrankungen und Drogenmissbrauch, eine deutliche Verbesserung des Gesundheitszustandes und der Lebensqualität. Zudem konnte eine Kostenreduktion trotz der entstehenden Wohnkosten erzielt werden. Gründe: Rückgang von Inhaftierungen, sinkende Nutzung von Rettungsdiensten und anderen medizinischen Versorgungsleistungen. Letztendlich steht aber weit vor jeder Kostenrechnung die Würde des Menschen im Vordergrund und das Menschenrecht auf Wohnsitz.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzende)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:

Uhrzeit:  
Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Wohnungsnotfallhilfe prüfen und weiterentwickeln</b>

**Wir beantragen:**

1. Mittel für die Evaluation und Weiterentwicklung der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe bereit zu stellen:  
200.000 EUR für das Jahr 2022 und 50.000 EUR das Jahr 2023.  
  
(Kosten gesamt: 250.000 EUR, im Jahr 2022: 200 000 € // 2023: 50 000 €)

**Begründung:**

Zu 1)

Grundlage für die Weiterentwicklung der Angebote der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe soll die Evaluation des gesamten Hilfesystems sein. Mit der Weiterentwicklung des bestehenden Systems wird das Ziel verfolgt, den Herausforderungen knappen Wohnraums besser begegnen zu können. Weitergehende Möglichkeiten für eine effektive Fallsteuerung, sowie präventive Ansätze sollen identifiziert und gestärkt werden.

Durch den enormen Anstieg an Fällen von Wohnungslosen in den Sozialunterkünften und Notunterkünften und der notwendig gewordenen Einführung von Fallmanagement sind erhebliche zusätzliche Herausforderungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht entstanden: die Klärung komplexer Fallbedingungen und die Koordination des Fallmanagements bei gleichzeitig steigenden Fallzahlen erfordern neue konzeptionelle, Leitungs- und Steuerungsaufgaben.

Mit dem Weiterentwicklungsprozess „Wohnung-S-Los! 2025“ sollen die Lebensbedingungen von Wohnungslosen in der Landeshauptstadt Stuttgart verbessert und Wohnungslosigkeit reduziert werden. Die Umsetzung trägt dazu bei, das UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung Nr. 1 „Keine Armut“ zu erreichen. Zudem stärkt der Prozess „Wohnung-S-Los! 2025“ die soziale Infrastruktur in der Landeshauptstadt Stuttgart, indem er das Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe an aktuelle Entwicklungen anpasst und für zukünftige Herausforderungen vorbereitet. Dies trägt dazu bei, das UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung Nr. 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ zu erreichen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Wohnungslose aus dem EU-Ausland nicht alleine lassen!</b>

### Wir beantragen:

1. Für das Jahr 2022 232.759 EUR, sowie für die Jahre 2023 bis einschließlich 2025 jeweils 258.621 EUR pro Jahr zur Anschlussfinanzierung der zentralen Beratungsstelle für Wohnungslose aus dem EU-Ausland (ZAS –Zentrale Anlaufstelle für neuzugewanderte Unionsbürger:innen).

### Begründung:

Zu 1)

Die Personenfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist eine ihrer wesentlichen Säulen und prägt die Lebensrealität zahlreicher EU-Bürger:innen. In den letzten Jahren haben viele Menschen von ihrem Recht Gebrauch gemacht in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten – so auch nichtdeutsche EU-Bürger:innen in Deutschland. Der überwiegende Teil dieser Menschen ist erwerbstätig und nicht auf die Unterstützung durch staatliche Transferleistungen angewiesen. Im Falle einer Krise, einer veränderten Lebenssituation oder einer schwerwiegenden Erkrankung sind die meisten von ihnen äquivalent zu deutschen Staatsbürger\*innen über die ausdifferenzierten sozialen Sicherungssysteme abgesichert. Dies trifft allerdings auf eine kleine Gruppe von EU-Bürger:innen in Deutschland nicht zu. Viele der Menschen kommen nach Deutschland mit falschen Vorstellungen, ohne Ausbildung und Sprachkenntnissen. Dort werden sie dann mit geringen Löhnen oft ohne Sozialversicherung ausgebeutet. Als EU-Bürger haben sie zwar das Recht, sich in Deutschland Arbeit zu suchen, aber keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Sie kommen durch ihre Jobs nicht auf anrechenbare Leistungen für ein Arbeitslosengeld und haben, da sie noch nicht fünf Jahre in Deutschland leben, auch keinen Anspruch auf Hartz IV. Da sie auch keine Flüchtlinge sind, haben sie zudem keinen Anspruch auf andere öffentliche Zuwendungen. Ab 2013/2014 kam es zu einem verstärkten Auftreten von nichtdeutschen EU-Bürger:innen in der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe (WNH), die über keinen regulären Zugang zu den Hilfesystemen verfügten. Diese nutzen vor allem die niedrigschwelligen Angebote, da diese ihnen auch ohne Sozialleistungsbezug offenstehen. Die Interventionsstrategie zielt darauf ab, den besonders benachteiligten Personen einen Zugang zu den Angeboten des bestehenden Hilfesystems zu ermöglichen und eine Grundlage für deren soziale Inklusion herzustellen. In der Praxis wird oft mit der Metapher der „Brücke“ gearbeitet, die in das Hilfesystem gebaut werden müsse. In den Beratungen stand die aufgrund der Wohnungslosigkeit sehr prekäre Lebenssituation der Betroffenen im Vordergrund. Die Weitervermittlungen erfolgten daher auch in einem Großteil der Fälle in niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote der Wohnungsnotfallhilfe oder in die ordnungsrechtliche Unterbringung, sofern die rechtlichen Voraussetzungen hierfür

gegeben waren. Weiterhin wurde in der konkreten Arbeit die Erfahrung gemacht, dass die Barrieren für einige Personen nahezu unüberwindbar und der Ausschluss von der gesellschaftlichen Teilhabe oft ziemlich umfassend ist, insbesondere was den Zugang zu den existenzsichernden Sozialleistungen und der Notversorgung angeht. Auch wurde die Zielgruppe des ZAS um Familien und Alleinerziehende mit Kindern erweitert. Eine Beendigung der ZAS hätte zur Folge, dass diese Personen unkoordiniert im Hilfesystem auflaufen und von den Regelangeboten keine adäquate Unterstützungsleistung erhalten würden. Das ZAS führt zu einer Stabilisierung im Hilfesystem, einer Entlastung der Regelangebote und einer klaren Orientierung für die betreffenden Menschen, außerdem würden die städtischen Ämter und Institutionen auf Dauer einen Ansprechpartner diese Zielgruppe in Stuttgart behalten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
--

Betreff

**Türöffner - Wohnungsakquise für einkommensschwache Haushalte**

#### **Wir beantragen:**

1. Die Stadt stellt jährlich 25 000 Euro dem Projekt Türöffner bereit. Die Mittel stehen bereit, um bei Bedarf Mietausfälle von Klient:innen zu übernehmen, zur Reparatur von Schäden an der Wohnung sowie für unvorhergesehene Ereignisse im Krisenfall.

#### **Begründung:**

Wohnraum in unserer Region ist knapp und wird immer teurer. Vor allem Menschen mit geringem Einkommen, Ein-Elternfamilien und nicht zuletzt Geflüchtete spüren die zu hohen Mieten besonders stark. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen in prekärem Wohnraum leben müssen.

Die Caritas hat gemeinsam mit den Dekanaten die Wohnraumoffensive Türöffner ins Leben gerufen, um leerstehenden Wohnraum wieder zugänglich zu machen. Dieser soll für einkommensschwache Haushalte akquiriert und bereitgestellt werden. Durch den Aufbau eines Netzwerkes zwischen Caritas, Kommune, Kirchengemeinden, der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft wird leerstehender Wohnraum wieder zugänglich gemacht.

Die Caritas tritt dabei in zweierlei Rollen auf. Einerseits vermitteln Sie und bringen Eigentümer:innen und Mieter:innen zusammen und es entsteht ein direkter Mietvertrag zwischen den beiden Parteien. Andererseits tritt Caritas auch als Mieterin von Wohnraum in Stuttgart auf und ist verantwortlich für die personen- und sachgerechte Weitervermietung an o.g. Zielgruppen. Personen, die die Stadt in den Bewerber:innenpool vermittelt, werden gleichermaßen berücksichtigt.

Die Stadt stellt bereits für jede von Türöffner vermittelte Wohnung einen einmaligen Beitrag zur Verfügung. Darüber hinaus benötigt Türöffner einen Betrag von 25 000 Euro p.a., auf den zugegriffen werden kann, wenn ein nachgewiesener akuter Bedarf besteht. Diese Summe dient als Absicherung bei Mietausfällen, zur Reparatur von Schäden an der Wohnung sowie für unvorhergesehene Ereignisse. Besteht kein Bedarf, werden die Gelder von Caritas nicht abgerufen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Mobilität / Verkehr



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Killesbergbahn zum Nulltarif</b>

### Wir beantragen:

1. Die für Kinder und Familien wichtige Killesbergbahn wird ab dem 1. Januar 2022 zum Nulltarif für Alle angeboten. Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen der SSB werden durch die Stadt Stuttgart ersetzt.

### Begründung:

Für viele Kinder ist die Killesbergbahn der erste Schritt zur Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels. Eine Runde auf der Killesbergbahn mit der Familie durch den Killesbergpark erzeugt große Freude und Spaß bei Kindern und Erwachsenen. Eine der wichtigsten Stuttgarter Attraktionen und ein Wahrzeichen der Stadt. Wer ist nicht schon selbst als Kind mal mit der Killesbergbahn gefahren?! Als Zeichen des Dankeschöns an die vielen Kinder und Jugendlichen der Stadt, die seit der Corona-Pandemie auf vieles verzichten mussten und auch weiter verzichten müssen. Durch Einschränkungen in der Schule und im Freizeitangebot, ist es wichtig auch von Seiten der Stadt etwas zurückzugeben. Die Nutzung der Killesbergbahn zum Nulltarif wäre nicht nur eine schöne Geste für die Kleinsten, sondern auch der Einstieg in eine kostenlose Mobilität für Kinder und Jugendliche mindestens bis zum 18 Lebensjahr.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>
---------------------------------------

<b>Nr.</b>
------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Kostenloser ÖPNV für Schüler:innen, Azubis und Meisterschüler:innen</b>
--

### Wir beantragen:

1. Ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Schüler:innen, Azubis und Meisterschüler:innen. Die notwendigen Finanzmittel für die Jahre 2022 ff. werden entsprechend im Haushalt eingestellt.

### Begründung:

Die Landesregierung einigte sich im Sommer 2021 für die Einführung eines 365-Euro-Ticket für Schüler:innen und Azubis mit 70 Prozent der Mehrkosten zu bezuschussen. Die restlichen 30 Prozent sollen von den Kommunen übernommen werden.

Wir beantragen, dass die Stadt anstelle eines 365-Euro-Tickets für Schüler:innen, Azubis und Meisterschüler:innen ein kostenloses ÖPNV Ticket ermöglicht. Das wäre ein deutliches Signal in Richtung einer dringend notwendigen, echten ökologischen und sozial gestalteten Mobilitätswende.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Autofreie Sonntage ausweiten****Wir beantragen:**

1. Die Organisation und Umsetzung von einem autofreien Wochenende ab dem Jahr 2022 unter folgenden Bedingungen: Jeden letzten Sonntag im Monat sind alle Straßen in Stuttgart für den Autoverkehr gesperrt, der ÖPNV im gesamten Stadtgebiet ist kostenlos. Die Umsetzung soll als Verkehrsversuch nach §45 Abs. 1 Nr. 6 Straßenverkehrsordnung (StVO) erfolgen – die dafür notwendigen Sach- und Personalmittel werden von der Verwaltung dargelegt und in Haushalt und Stellenplan eingestellt für die Jahre 2022 ff. Für die Jahre 2022 und 2023 stehen bereits je 570.000 Euro für den kostenlosen ÖPNV zur Verfügung – die notwendige Aufstockung der Mittel für weitere 10 Sonntage mit kostenlosem ÖPNV werden von der Verwaltung errechnet und in den Haushalt eingestellt.
2. Einmal im Monat Theodor-Heuss-Straße / Friedrichstraße (zwischen Hauptbahnhof und Rotebühlplatz) autofrei. Jeden dritten Sonntag im Monat wird genannter Straßenabschnitt zwischen Freitagabend 20 Uhr und Sonntagabend 22 Uhr für den Autoverkehr gesperrt. Die notwendigen Sach- und Personalmittel werden von der Verwaltung dargelegt und in Haushalt und Stellenplan eingestellt für die Jahre 2022 ff.

**Begründung:**

Mit der Umsetzung von autofreien Sonntagen, tageweise kostenlosem ÖPNV und einer erstmaligen Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an der Europäischen Mobilitätswoche hat die Stadt ein erstes Zeichen gesetzt.

Eine sozialökologische Mobilitätswende ist dringend angezeigt – mit Aktionen wie autofreien Sonntagen und autofreien Wochenenden, kostenlosem ÖPNV kann gezeigt werden, welche Vorteile eine echte Mobilitätswende hat.

Zu 1) Autofreie Sonntage wurden bereits in den 1970-er Jahren bundesweit begangen. Die Rechtsgrundlage für einen Stuttgarter autofreien Sonntag könnte die novellierte Straßenverkehrsordnung (§45 Abs. 1 Nr. 6) sein, die es ermöglicht, Verkehrsversuche zu unternehmen. Untersuchungsgegenstand eines autofreien Sonntags in der gesamten Stadt könnte die Reduzierung von Lärm und Abgasen sein und die Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer:innen.

Zu 2) Entlang der Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Rotebühlplatz (Theodor-Heuss-Straße und Friedrichstraße) befinden sich zahlreiche Gaststätten, Bars, Clubs, Restaurants. Eine Sperrung für den Autoverkehr von Freitagabend bis Sonntagabend einmal im Monat könnte die Verkehrsader in einen echten Stadtboulevard verwandeln – der Verkehrslärm von Posern in getunten Autos wäre für ein Wochenende verschwunden – die Außengastronomie könnte sich ausdehnen und ein Stück Lebensqualität könnte zurückkehren.

Verkehrlich wäre die Sperrung verkraftbar, der X1 Schnellbus könnte an den Freitagabenden und Samstagen über die Fritz-Elsass-Straße, Schloßstraße, Holzgartenstraße und Kriegsbergstraße Richtung Hauptbahnhof umgeleitet werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Europäische Mobilitätswoche fortsetzen**

### Wir beantragen:

1. Die Erhöhung und Entfristung der bestehenden 0,5 Stelle VZK in EG 11 (060.0010.230) im Referat S/OB nach GRDRs 604/2021 auf eine 1,0 Stelle.
2. Die Bereitstellung der notwendigen Sachmittel für a) die Koordination, Organisation und Zuschüsse für Aktionen, Kampagnen und Projekten im Rahmen der europäischen Mobilitätswoche. Hier ist von 40 000 Euro pro Jahr auszugehen. B) für die Koordination, Organisation für die Autofreien Sonntage, die wir in Antrag "Autofreie Sonntage ausweiten" beantragt haben. Hier soll besonders die Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund stehen, Sachmittel in Höhe von 30 000 Euro pro Jahr scheinen hier angemessen.

### Begründung:

Mit der erstmaligen Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart an der Europäischen Mobilitätswoche (firmiert in Stuttgart unter dem Namen "Stuttgarter Mobilitätswoche") hat die Stadt ein erstes Zeichen gesetzt.

Eine sozialökologische Mobilitätswende ist dringend angezeigt – mit Aktionen wie autofreien Sonntagen, kostenlosem ÖPNV und der Beteiligung an der Europäischen Mobilitätswoche kann den Bürger:innen ein Einblick vermittelt werden, welche Vorteile eine echte Mobilitätswende hat. Zudem gibt es zahlreichen Initiativen aus der Bürger:innenschaft die Möglichkeit, sich zu präsentieren und ihre Lösungsansätze in die Debatte einzuführen.

OB Frank Nopper meinte nach der erste Stuttgarter Mobilitätswoche, die europäische Mobilitätswoche in Stuttgart habe gezeigt "(...) wie vielseitig die Mobilität unserer Stadt ist und wie wir gemeinsam mit Innovation und Wille den Verkehr modern, stadtverträglich und menschenfreundlich gestalten können." Wenn die Stadtspitze jetzt noch den Klimaschutz beim Thema Mobilität ernst nimmt, dann spricht nichts gegen eine Verstetigung und ein verstärktes Engagement bei den anstehenden europäischen Mobilitätswochen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Stuttgart einführen****Wir beantragen:**

1. Die Verwaltung beziffert die notwendigen Haushalts- und Personalmittel zur Umsetzung von Tempo 30 auf allen Straßen im Stadtgebiet und stellt die hierfür nötigen finanziellen und personellen Ressourcen in den Haushalt ein.

**Begründung:**

Die Stadt Paris hat Ende August 2021 Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit im gesamten Stadtgebiet umgesetzt. Von der Maßnahme verspricht man sich in der französischen Hauptstadt 25 Prozent weniger Unfälle, zweimal weniger Lärm und mehr Raum insbesondere für Radfahrende, wie Spiegel Online am 29. August 2021 berichtet. Zusätzlich hat die Stadtverwaltung von Paris damit begonnen, 52 Kilometer Pop-up-Radwege in dauerhafte Radfahrstreifen umzuwandeln, Straßen in Fußgänger:innenzonen umzuwandeln, öffentliche Begegnungsflächen und Fahrradabstellplätze zu schaffen. Bäume werden gepflanzt und Gartenflächen angelegt, meldet Spiegel Online darüber hinaus.

Dass sich dieses Beispiel nicht 1:1 auf Deutschland übertragen lässt, hat im wesentlichen rechtliche Gründe. Aber mit der Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) sind neue Handlungsmöglichkeiten geschaffen worden; abgesehen davon wurden die Möglichkeiten der bisherigen STVO in Stuttgart keinesfalls ausgereizt.

Die Stimmen für eine flächendeckende Umsetzung von Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit sind vielfältig: "Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) fordert ein generelles Tempolimit von 30 Kilometern pro Stunde in geschlossenen Ortschaften. Raserei und erhöhte Geschwindigkeit gehörten zu den Hauptursachen für tödliche

Unfälle (...)", heißt in einem Bericht des Redaktionsnetzwerks Deutschland vom 17. Mai 2021. Die Bundesgeschäftsführerin des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), Ann-Kathrin Schneider wird mit folgenden Worten zitiert: "Tempo 30 entspannt das Leben in den Städten, es macht sie sicherer, klimafreundlicher und leiser. Wie in Paris und anderen europäischen Metropolen sollte es auch in deutschen Städten möglich sein, Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit einzuführen. Paris wird durch Tempo 30 aufblühen, und das sollten deutsche Städte auch." Eine Studie des Umweltbundesamts (Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen) vom November 2016 kommt zu folgenden Ergebnissen:

"In der Praxis wurden bei Messfahrten Reisezeitverluste an Tempo-30-Strecken von 0 bis 4 Sekunden je 100 Meter festgestellt. Dies ist auch bei längeren Abschnitten oder einer Aneinanderreihung von mehreren Regelungen volkswirtschaftlich kaum relevant. Wichtiger für die subjektive Wahrnehmung und damit die Akzeptanz von Tempo 30 ist die Homogenität des Verkehrsflusses. Der Verkehrsfluss kann Messungen zufolge bei Tempo 30 besser sein als bei Tempo 50. Tempo 30 führt in der Mehrzahl der untersuchten Fälle zu wahrnehmbaren Lärmentlastungen. Dazu tragen vor allem nachts auch die geringeren Lärmspitzen bei. Tempo 30 reduziert die Luftschadstoffbelastung, wenn es gelingt, die Qualität des Verkehrsflusses beizubehalten oder zu verbessern. Tempo 30 hat positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit. Vorliegende Studien ergeben keine Anhaltspunkte für gegenteilige Annahmen."

Gründe genug, um in Stuttgart flächendeckend Tempo 30 einzuführen. Mit der Novellierung der STVO ergeben sich zusätzlich Möglichkeiten über Verkehrsversuche zumindest temporär Tempo 30 einzuführen. Darüber hinaus besteht auf Grundlage von § 45 Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen (StVO) die Möglichkeit etwa " zum Schutz der Wohnbevölkerung vor Lärm und Abgasen" Tempo 30 einzuführen. Die aktuelle Fassung der StVO trat im April 2020 in Kraft – eine zugesagte Berichterstattung der Stuttgarter Verwaltungsspitze zu den neuen Möglichkeiten der StVO fand (Stand Anfang September 2021) nicht statt. Es ist jetzt Zeit zu Handeln und eine echte soziale und ökologische Verkehrswende in Gang zu setzen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
--

Betreff
---------

<b>Citymaut für den ÖPNV ersatzlos streichen!</b>
---

### Wir beantragen:

1. Der Straßenbenutzungsvertrag mit der SSB wird ersatzlos gestrichen. Auf ein Benutzungsentgelt/City-Maut (sogenannte Straßenbenutzungsgebühr) wird zukünftig dauerhaft verzichtet. Die notwendigen Finanzmittel bzw. Mindereinnahmen werden von der Verwaltung in der ersten Lesung dargelegt.

(Kosten 2022: ca. 10 Mio. € / 2023: ca. 10 Mio. € 2024 ff.: ca.10. Mio. € p.a.)

### Begründung:

Am 2. November des Jahres 1960 schloss die Stadt Stuttgart mit der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB) einen "Straßenbenutzungsvertrag" ab. In einer Neufassung vom 23. Dezember 1968 ist zu lesen, dass die SSB an die Stadt "für ihr eingeräumte Straßenbenutzung ein jährliches Entgelt in Höhe von 3 v.H. der während des betreffenden Geschäftsjahres erzielten, um eine Umsatzsteuer gekürzten Roheinnahmen an Fahrgeldern aus dem Personen- und Gepäckverkehr ihrer Straßenbahnlinien auf Straßen und Grundstücken, bei welchen die Stadt Stuttgart Träger der Straßenbaulast oder Eigentümer ist". In der aktuellen Fassung (des sogenannten "Straßenbenutzungsvertrag" aus dem Jahr 2019 heißt es

"Die SSB zahlt an die Landeshauptstadt für die ihr eingeräumte Straßenbenutzung ein jährliches Entgelt. Das jeweilige Entgelt des Vorjahres wird jährlich prozentual erhöht um den Prozentsatz, der sich aus der Addition der für das Abrechnungsjahr beschlossenen durchschnittlichen prozentualen Anpassung des VVS-Gemeinschaftstarifs und der Hälfte der über die prozentuale Anpassung des VVS-Gemeinschaftstarifs hinaus erzielten prozentualen Steigerung der gesamten SSB-Fahrgeldeinnahmen des Vorjahres (Einnahmenanspruch gemäß Einnahmenezuscheidung/ Einnahmenaufteilung) ergibt. Die Gebühr für das Einleiten von Niederschlagswasser in öffentliche Entwässerungseinrichtungen wird gesondert geregelt.". Die Laufzeit des Vertrags wird bis zum Jahr 2040 angegeben.

Die Erhebung einer Citymaut für den ÖPNV ist ein absurdes, anachronistisches Mittel, welches in Zeiten von Klimawandel und einer dringend notwendigen, sozial-ökologischen

Verkehrswende keinerlei Daseinsberechtigung hat. Der ÖPNV muss dringend gestärkt, finanziell entlastet werden und darf nicht durch Taschenspielertricks der Stadtverwaltung belastet werden. Mit der ersatzlosen Streichung der sogenannten Straßenbenutzungsgebühr (ca. 8,4 Mio. Euro pro Jahr) wird SSB von einer ungerechtfertigten Last befreit. Diese Gebühr ist in dieser Höhe nicht nur einmalig in Deutschland, sie ist auch seit über einem halben Jahrhundert ein riesiges Investitionshemmnis für die SSB. Keine andere Großstadt bereichert sich derart an seinem Nahverkehrsunternehmen wie Stuttgart und lässt dafür die Kunden bezahlen. Dieser Zustand muss umgehend beendet werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Budget für Verkehrsversuche – die Mobilitätswende beschleunigen</b>

**Wir beantragen:**

1. Ein Budget in Höhe von 2 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2022/2023 für Verkehrsversuche nach §45 Abs. 1 Nr. 6 Straßenverkehrsordnung (StVO). (Kosten 2022: 2 Mio. € )
  
2. Die dafür notwendigen Personalstellen werden von der Verwaltung im Stellenplan dargelegt

**Begründung:**

Eine soziale und ökologische Verkehrswende ist in Zeiten der drohenden Klimakatastrophe dringend notwendig. Bislang hat der Verkehrssektor zum Erreichen des Pariser Klimaabkommens keinen positiven Beitrag geleistet – besonders in Stuttgart nicht. Die Zahl der zugelassenen Personenkraftwagen (Pkw) steigt seit Jahren kontinuierlich an – es ist jetzt an der Zeit, dass in der Autostadt Stuttgart andere, klimaverträgliche Mobilitätsformen den Vorzug vor dem motorisierten Individualverkehr bekommen. Hierfür bietet die Straßenverkehrsordnung (StVO) in §45 eine gute Möglichkeit, kurzfristig und temporär "zur Erforschung des Unfallgeschehens, des Verkehrsverhaltens, der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen" einzugreifen.

Ferner wären aus diesem Budget auch Initiativen wie die "Superblock West" zu unterstützen, damit ein Verkehrsversuch im Sinne des Vorbilds Barcelona Superblock umgesetzt werden kann.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Ampelschaltungen für Fuß- und Radverkehr optimieren!</b>

### Wir beantragen:

1. Die notwendigen Personal- und Sachmittel zur Optimierung der Lichtsignalanlagen im Verkehr mit dem Ziel, die Wartezeiten für den Fuß- und Radverkehr an den Ampeln unter 40 Sekunden zu halten und – wo immer möglich – eine grüne Welle für den Rad- und Fußverkehr zu schalten.
2. An Bedarfsampeln wird die Reaktionszeit für Zuzußgehende auf unter sieben Sekunden programmiert.
3. Die Programmierung aller Lichtsignalanlagen an allen oberirdischen Haltestellen der SSB in der Weise, dass wenn eine Stadtbahn oder ein Bus hält, alle Ampeln für den Fußverkehr auf Grün, und für den Autoverkehr auf Rot geschaltet werden.

### Begründung:

Wenn der Fuß- und Radverkehr in Stuttgart gestärkt werden soll, dann ist ein probates Mittel, die Wartezeiten an Ampeln zu verkürzen und grüne Wellen zu programmieren.

Im Fußverkehrskonzept der Stadt Stuttgart vom Juni 2017 wird an mehreren Stellen angemahnt, die Ampelschaltungen für Zuzußgehende zu optimieren. Auf Seite 26 empfehlen die Autor:innen: "Fußgänger sollten nicht länger als 40 Sekunden, an Bedarfsampeln nach Anforderung nicht länger als 7 Sek. warten müssen. Diese Empfehlung wurde bislang in Stuttgart nicht flächendeckend umgesetzt. Im Fußverkehrskonzept heißt es weiter: "Wartezeiten von über 40 Sekunden, doppelte Anforderung und fehlende Furten an einer signalisierten Kreuzung wurden als fußgängerunfreundlich bewertet."

In der Nähe von Haltestellen des ÖPNV "(...) wo lange Wartezeiten besonders zu Regelverstößen und gefährlichen Situationen führen (...)" (S. 30) besteht offenbar auch Handlungsbedarf. Abschließend: "Ampeln, an denen Fußgänger länger als 40 Sekunden warten müssen, führen häufig dazu, dass die Menschen noch bei Rot queren." (S. 46)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Lebenswerte Innenstadt – Personal und Finanzierung für Umsetzung bis 2025</b>

**Wir beantragen:**

1. Die notwendigen finanziellen und personellen Mittel für eine Umsetzung von GRDRs 492/2021 bis zum Jahr 2025.
2. Die notwendigen finanziellen und personellen Mittel für eine Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Maßnahmen von GRDRs 492/2021 für die kommenden zwei Jahre notwendig sind.
3. Die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Erstellung eines Umsetzungsplans für die bauliche Umsetzung des Zielkonzepts von GRDRs 492/2021.

**Begründung:**

Im Juli des Jahres 2017 beschloss der Gemeinderat mehrheitlich den Bereich innerhalb des zukünftigen Cityrings grundlegend umzugestalten. Grundlage dafür war der interfraktionelle Antrag GRDRs 205/2017 „Eine lebenswerte Stadt für alle!“. Intention des gemeinsamen Zielbeschlusses ist es, dass die Fläche der Fußgängerzonen innerhalb des zukünftigen Cityrings ausgeweitet wird, zusätzliche Radverbindungen geschaffen werden und gleichzeitig alle oberirdischen öffentlichen Parkplätze zurückgebaut werden - Lösungen für mobilitätseingeschränkte Menschen sollten erarbeitet werden. Platz für Stadtbegrünung, Begegnungsräume, Orte ohne Konsumzwang und Platz für Spielflächen und Außengastronomie soll geschaffen werden.

Neben der von uns beantragten Konkretisierung hinsichtlich des Zeithorizonts, bis wann das Zielkonzept umgesetzt sein soll (2025), bitten wir zum anstehenden Doppelhaushalt um Auskunft über die benötigten personellen und finanziellen Mittel a) für die Umsetzung des gesamten Zielkonzepts bis zum Jahr 2025 und b) für die Umsetzung der kurzfristig zu realisierenden (auch provisorischen) Maßnahmen in den kommenden zwei Jahren.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Gesetzliche Pflichtaufgabe Barrierefreiheit an allen Haltestellen für Bus und Bahn endlich realisieren!**

### Wir beantragen:

- Für die Umsetzung von Barrierefreiheit an allen Bushaltestellen im Stuttgarter Stadtgebiet werden pro Jahr 10 Mio. Euro für die kommenden drei Jahre eingestellt. (Kosten 2022: 10 Mio. € / 2023 : 10 Mio. € 2024: 10. Mio. € )
- Die notwendigen Personalstellen dafür werden von Seiten der Verwaltung bzw. der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) errechnet und in den Stellenplan integriert.

### Begründung:

Im Juni 2021 waren erst 46 Prozent der Stuttgarter Bushaltestellen barrierefrei. Von den insgesamt 822 Haltepunkten also nur 376. Die Stadt hat bislang ein Budget von 1,25 Mio. Euro für den Umbau der Haltestellen pro Jahr investiert. Mit der Mitteilungsvorlage 62/2021 und der Platzierung in der Grünen Liste will die Stadtspitze die Geschwindigkeit des Umbaus zwar forcieren, aber in einem Maße, was mit Blick auf die Gesetzeslage vollkommen unzureichend ist: Da Barrierefreiheit eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist, kann sich die Stadt nicht damit begnügen, die Anstrengungen etwas zu erhöhen und im Jahr 2030 die Barrierefreiheit an den Stuttgarter Bushaltestellen realisiert zu haben. Das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) hat nach § 8 Abs. 3 Satz 3 eine klare Vorgabe formuliert: "Der Nahverkehrsplan hat die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen." Da dieses Ziel in Stuttgart wohl nicht mehr erreicht werden kann, sollten jetzt die notwendigen Personal- und Sachmittel bereitgestellt werden, damit diese gesetzliche Pflichtaufgabe zumindest innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt werden kann. Ein weiteres Verzögern bei diesen Pflichtaufgaben ist nicht akzeptabel.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**E-Lastenradförderung mit sozialer Komponente: absolute Förderhöhe von 4000 auf 5000 Euro erhöhen!****Wir beantragen:**

1. Eine Erhöhung der absoluten Förderhöhe für E-Lastenräder von bisher 4000 Euro auf 5000 Euro (siehe GRDRs 190/2020). Die dafür notwendigen zusätzlichen Finanzmittel werden in den Doppelhaushalt für die Jahre 2022 ff. eingestellt.

**Begründung:**

Mit unserem Haushaltsantrag "Familien fördern – Umwelt schützen" (Nr. 584/2017) haben wir erstmals ein Förderprogramm für E-Lastenräder beantragt. Mit der mehrheitlichen Unterstützung des Stuttgarter Gemeinderats begann eine Erfolgsgeschichte. Bereits im November 2018 lagen bei der Verwaltung 300 Anträge auf Förderung eines Lastenrads vor. Mit der Neuauflage des Programms im Jahr 2020 (GRDRs 190/2020) wurde zusätzlich eine soziale Komponente in das Förderprogramm implementiert. Im August 2021 wurde das 850. geförderte Lastenrad von der Verwaltung übergeben.

Mit dem Fahrradboom der letzten Monate sind neben der Knappheit an Ersatzteilen auch die Preise für Fahrräder gestiegen. Lastenräder, die in Stuttgarts Steillagen eingesetzt werden, müssen mit einem stärkeren Motor und einer höheren Akkuleistung ausgestattet werden. Dies führt zu höheren Anschaffungskosten. Mittlerweile gibt es auf dem Markt kein Modell mehr für unter 4000 Euro, welche die für Stuttgart notwendigen technischen Voraussetzungen erfüllt. Von daher ist es angezeigt, die absolute Förderhöhe für E-Lastenräder von bisher 4000 Euro auf 5000 Euro zu erhöhen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Verkehrswende voranbringen: Ressourcen zur Umsetzung der fahrradpolitischen Ziele der Stadt**

### Wir beantragen:

Die Bereitstellung aller personellen und finanziellen Ressourcen in den entsprechenden Ämtern (Tiefbauamt, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Amt für öffentliche Ordnung / Straßenverkehrsbehörde), die notwendig sind für die Umsetzung folgender Ziele bis zum Jahr 2030:

1. Die Planung und Umsetzung aller 13 geplanten Radschnellverbindungen, die in GRDRs 586/2020 die bereits untersucht und vorgestellt wurden.
2. Die Planung und Umsetzung aller 38 geplanten Hauptradrouten (240 Kilometer) nach der aktuellen Version des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Stuttgart.
3. Die in Antrag Nr. 76/2019 vom Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen, neben den Hauptradrouten werde auch "in den Stadtbezirken das Radroutennetz insgesamt weiter verdichtet".
4. Maßnahmen die notwendig sind, „*Bis 2030 soll der Anteil des Radverkehrs am Modal Split, bezogen auf den Quell-, Ziel- und Binnenverkehr, auf 25 Prozent der Wege ansteigen*“. (Nach dem mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossenen Antrag Nr. 76/2019)

### Begründung:

An ehrgeizigen Zielen und Plänen für eine Verbesserung des Fahrradverkehrs in Stuttgart mangelt es nicht. Die überaus engagierte Bürger:innenschaft in Stuttgart, die mit über 35 000 Unterschriften für den Stuttgarter Radentscheid gezeigt haben, welche Bedeutung der Radverkehr für viele Einwohner:innen hat ist ein Zeichen dafür, dass in Stuttgart in Sachen Fahrradverkehr etwas passieren muss. Ein weiteres Beispiel ist Deutschlands größte regelmäßige Fahrraddemo: die Critical Mass hat sich nach erzwungener Corona-Pause zurückgemeldet – jeden ersten Freitag im Monat fahren im Winter hunderte, im Sommer tausende Fahrradfahrer:innen durch Stuttgart und fordern Verbesserungen im Fahrradverkehr. Sowohl der Radentscheid als auch die regelmäßigen Critical Mass Veranstaltungen haben bislang nicht dazu geführt, dass sich sichtbar etwas zum Positiven in Richtung fahrradfreundliche Stadt tut. Dabei hat sich die Stadt selbst mit ihrem Radverkehrskonzept ehrgeizige Ziele gesetzt: der Gemeinderat hat im Februar 2019 mit dem Radentscheid (Antrag Nr. 76/2019) einen Grundsatzbeschluss gefasst, dem jetzt auch endlich Taten folgen müssen. Angesichts der anstehenden Haushaltsberatungen wollen wir von der Verwaltungsspitze wissen, welche personellen und finanziellen Ressourcen geschaffen werden müssen, um die Ziele bis spätestens zum Jahr 2030 realisiert zu haben.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Fußverkehrskonzept: Hauptfußwegeverbindungen und Flanierwegen jetzt umsetzen!**

**Wir beantragen:**

1. Die notwendigen Sach- und Personalmittel zur Umsetzung aller Hauptfußwegeverbindungen und Flanierwegen nach dem Fußverkehrskonzept der Landeshauptstadt Stuttgart bis zum Jahr 2030
2. Die notwendigen Sach- und Personalmittel zur Planung von Hauptfußwegeverbindungen und Flanierwegen in den Außenbezirken bis zum Jahr 2025.

**Begründung:**

Das Stuttgarter Fußverkehrskonzept wurde im Juni 2017 vorgestellt. Zentraler Baustein des Konzepts sind die Hauptfußwegeverbindungen und Flanierwegen. "Mit den Hauptfußwegeverbindungen und den Flanierwegen wurde ein dichtes Netz entwickelt, welches die gesamte Fläche der Innenstadtbezirke abdeckt.", wie es auf Seite 25 des Endberichts Fußverkehrskonzept heißt. Ein Plan, wie die Routen systematisch umgesetzt werden sollen, war bislang nicht zu finden. Dabei ist eine Stärkung des Fußverkehrs dringend angezeigt. Eine stringente Durchsetzung der Mindestbreite von 2,50 Meter für Fußwege ist dabei ebenso wichtig und sollte im Rahmen der Umsetzung der Hauptfußwegeverbindungen und Flanierwegen beachtet werden.

Die Verwaltungsspitze plant im Haushaltsentwurf eine Fortführung der Pauschale für das Fußverkehrskonzept nur bis zum Jahr 2023 und mit lediglich einer Million Euro pro Jahr. Danach ist keine Fortführung der Umsetzung des Fußverkehrskonzepts geplant. Mit Blick auf eine dringend notwendige Mobilitätswende ist dies ein indiskutabler Plan, der dringend korrigiert werden muss.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Platz für Lastenfahrräder schaffen: Fünf Prozent der Parkplätze werden für Lastenräder reserviert!**

**Wir beantragen:**

Die notwendigen Sach- und Personalmittel in den Haushalt einzustellen um innerhalb der nächsten zwei Jahre (2022 und 2023)

1. fünf Prozent der oberirdischen, öffentlichen Parkplätze in den Innenstadtbezirken sowie Bad Cannstatt und Vaihingen Parkplätze in Stellplätze für Lastenräder umzuwidmen. Die Stellplätze für Lastenräder werden mittels geeigneter Fahrradbügel markiert.
2. Stellplätze für Lastenräder an geplanten Stuttgarter Rechtecken werden so realisiert, dass der Zugang zu den Lastenradabstellanlagen auf Straßenniveau erfolgen kann.

**Begründung:**

Mit einem überaus erfolgreichen Förderprogramm für Lastenräder gibt es dank der Mehrheiten im Stuttgarter Gemeinderat ein Angebot an Familien auf Förderung eines Lastenfahrrads. Mittlerweile sind allein in Stuttgart über 850 solcher Gefährte gefördert worden. Zusätzlich hat das Land Baden-Württemberg ein eigenes Lastenradförderprogramm aufgelegt, für Unternehmen, Vereine, Freiberufler:innen, gemeinnützige Organisationen und Kommunen – hier werden 25 Prozent der Anschaffungskosten vom Land übernommen, bei einer maximalen Förderhöhe von 2500 Euro. Mit der im Juni 2021 beschlossenen Förderung "E-Trikes für mobilitätseingeschränkte Stuttgarter:innen" (GRDRs 133/2021) dürfte der Bestand an Lastenrädern nochmals steigen.

Wer sich ein solches Lastenrad anschafft, der braucht auch einen Platz um dieses abzustellen. Mit der Überarbeitung der Straßenverkehrsordnung (StVO) ist im Jahr 2020 nun erstmals die Möglichkeit geschaffen worden, separate Parkplätze für Lastenräder auszuweisen. Nach § 39 Abs. 7 StVO in Verbindung mit Verkehrszeichen 314 können nun Parkplätze und Ladezonen für Lastenfahrräder eingerichtet werden. Angesichts von einer steigenden Zahl von Lastenrädern in Stuttgart möchten wir, dass die Stadtverwaltung von den neuen Möglichkeiten der Straßenverkehrsordnung Gebrauch macht und zunächst in den Innenstadtbezirken, Bad Cannstatt und Vaihingen Parkplätze in sichere Abstellmöglichkeiten für Lastenräder umzuwandeln.



Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Stuttgarter Rechtecke systematisch auf die ganze Stadt verteilen – Fußverkehr stärken**

### Wir beantragen:

1. Sach- und Personalmittel für die Erstellung von jeweils 20 Stuttgarter Rechtecken in den Innenstadtbezirken, Bad Cannstatt und Vaihingen. (Entspricht 2,0 Mio. Euro Sachmittel) (Kosten 2022: 1 Mio. € / 2023: 1 Mio. €)
2. Sach- und Personalmittel für die Erstellung von jeweils 5 Stuttgarter Rechtecken in den äußeren Stadtbezirken. (Entspricht 1,0 Mio. Euro Sachmittel) (Kosten 2022: 0,5 Mio. € // 2023: 0,5 Mio. €)

### Begründung:

Im Mai 2021 wurde das erste sogenannte Stuttgarter Rechteck an der Ecke Schloss / Johannesstraße im Stuttgarter Westen eingerichtet. Auf einer Fläche von zwei mal sechs Metern wird alles gebündelt, was auf einem Fußweg nichts zu suchen hat: Parkscheinautomaten, Fahrradabstellbügel oder Straßenschilder finden hier Platz, alternativ und / oder zusätzlich könnten auf den Flächen Ruhe- und Spielmöglichkeiten geschaffen werden. Bereits im Fußverkehrskonzept aus dem Jahr 2017 wurde die Idee formuliert, bis zur Umsetzung vergingen allerdings über vier Jahre. Mit der Erstellung weiterer Rechtecke kann das Zufußgehen attraktiver, sicherer und bequemer werden und öffentlicher Raum wird wieder für öffentliche Belange genutzt.

In den dicht besiedelten Innenstadtbezirken ist der Bedarf an solchen Rechtecken besonders hoch, deshalb die Unterscheidung in der Anzahl der beantragten Stuttgarter Rechtecke.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Erneuerung bzw. Ersatzneubau des Steges in der Fauststraße Vaihingen für Rad- und Fußverkehr</b>

**Wir beantragen:**

- 3,18 Mio. Euro für die Erneuerung bzw. Ersatzneubau des Steges in der Fauststraße in Vaihingen  
(Kosten 2022: 636 000 € // 2023: 1,908 Mio. € // 2024: 636 000 Mio. € )

**Begründung:**

Eine echte Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn Fuß- und Radverkehr über eine angemessene Infrastruktur verfügen und zusammen mit dem ÖPNV als echte Alternative zum privaten motorisierten Individualverkehr fungieren können. Hierfür braucht es einen massiven Ausbau der Infrastruktur für Rad- und Fuß, sowie für den ÖPNV.

In diesem Zusammenhang kann es nicht sein, dass die Erneuerung oder der Ersatzneubau eines Stegs in Vaihingen nicht in die Grüne Liste übernommen wurde – solche Maßnahmen sollten Selbstverständlichkeiten sein und nicht Gegenstand von Haushaltsanträgen des Gemeinderats. In der Rote Liste ist das Projekt auf S. 57 unter Nummer 660 zu finden. Der Fußgängersteg dient als wichtige Fußwegeverbindung zum Fanny-Leicht-Gymnasium – und damit als Schulweg. Es muss jetzt investiert werden, damit garantiert ist, dass der Steg dauerhaft erhalten bleibt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Eine Klimabahn für Stuttgart</b>

**Wir beantragen:**

Im Doppelhaushalt werden die notwendigen 16 000 Euro für die Gestaltung und Umsetzung einer Klimabahn bei der SSB bereitgestellt. Das Konzept wird bei Scientists4future (Prof. Dr. Nils Moosdorf) erfragt.

(Kosten 2022: 16 000 €)

**Begründung:**

Die Gefahren und Notwendigkeiten unmittelbaren Handelns bezüglich des Klimawandels sind unübersehbar. Hierfür ist es notwendig, auch auf anderen Wegen auf die Dringlichkeit des Problems hinzuweisen. Mit dem Konzept einer Klimabahn haben die Scientists4Future eine vergleichsweise günstige Möglichkeit geschaffen, auf die drohende Klimakatastrophe hinzuweisen. In Stuttgart könnte eine Stadtbahn nach diesem Konzept für mindestens zwei Jahre umgestaltet werden, um eine breitere Öffentlichkeit für das Thema Klimaschutz zu erreichen.

Das Konzept ist einsehbar unter:

<https://de.scientists4future.org/die-klimabahn/>

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Fahrradgutschein für Neubürger:innen in Höhe von 300 Euro****Wir beantragen:**

1. Die Verwaltung schafft für Stuttgarter Neubürger:innen einen Anreiz, ein Fahrrad/Pedelec zu erwerben oder Services (Wartung, Reparatur) für ein Vorhandenes in Anspruch zu nehmen. Hierzu wird ein einmaliger und zeitlich befristeter Zuschuss i. H. v. 300 Euro pro Neubürger:in mittels eines Gutscheins gewährt. Die dafür notwendigen Personal- und Haushaltsmittel werden in den kommenden Doppelhaushalt von der Verwaltung eingestellt. Darüber hinaus legt die Verwaltung im ersten Quartal 2022 dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage vor, sodass im dritten Quartal das Programm umgesetzt werden kann.

**Begründung:**

Zweiradmobilität ist umweltschonend, gesundheitsförderlich und in Zeiten des rasant fortschreitenden Klimawandels ein wichtiger Baustein einer sozial-ökologischen Verkehrswende.

Mit dem Antrag "Stuttgart zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen" (Nr. 76/2019) hat der Stuttgarter Gemeinderat im Februar 2019 zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die zu einer Stärkung des Fahrradverkehrs in Stuttgart führen sollen. Mit dem Zielbeschluss zur Fahrradstadt hat der Stuttgarter Gemeinderat das Bekenntnis abgegeben, den Anteil des Radverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr auf 25 Prozent zu erhöhen. Mittels eines Gutscheinmodells kann ein zusätzlicher Anreiz geschaffen werden, frühzeitig das Mobilitätsverhalten von Neubürger:innen in der Orientierungsphase zu beeinflussen, es fördert zusätzlich den Fahrradhandel in Stuttgart.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Fußgänger:innenquerung über die Rotebühlstraße Ecke Reuchlinstraße realisieren****Wir beantragen:**

1. Die notwendigen Mittel zur Umsetzung einer verkehrssicheren Fußgänger:innenquerung die Rotebühlstraße auf Höhe der Reuchlinstraße im Stuttgarter Westen.

**Begründung:**

Wer die Rotebühlstraße auf Höhe der Reuchlinstraße als Zufußgehender legal über eine Ampel/Zebrastrreifen queren möchte, muss derzeit einen Umweg von 250 Metern zurücklegen, um sicher auf die andere Seite der Straße gelangen zu können. Gerade in einem so dicht besiedelten Stadtteil wie dem Stuttgarter Westen ist dies ein nicht haltbarer Zustand, der mit geringen Mitteln behoben werden kann. Die Idee stammt von der Anwohnerschaft, die mit ihrem Anliegen neben über 500 gesammelten Unterschriften von Anwohnenden auch im Bezirksbeirat West vorstellig war. Der Bezirksbeirat West befürwortet das Projekt als eines von fünf Projekten für den nächsten Doppelhaushalt.– Im Sinne einer Stärkung des Fußverkehrs ist das Projekt zeitnah umzusetzen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Nahverkehrsabgabe einführen, kostenlosen Nahverkehr oder 365-Euro-Ticket einführen, ÖPNV stärken**

**Wir beantragen:**

1. Der Gemeinderat führt umgehend eine Nahverkehrsabgabe ein, sobald das Land Baden-Württemberg hierfür die angekündigte Rechtsgrundlage geschaffen hat. Mit den Einnahmen und städtischen Zuschüssen wird das Ziel verfolgt, die Nutzung des ÖPNV für alle Nutzer:innen kostenlos zu machen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Varianten darzulegen und deren Kosten zu beziffern:
  - 2.1 Ticketfreier, kostenloser Nahverkehr für alle Stuttgarter Einwohner:innen für den gesamten Bereich des VVS.
  - 2.2 Ticketfreier, kostenloser Nahverkehr für alle Stuttgarter Einwohner:innen für die Stuttgarter Tarifzone.
  - 2.3 Ein 365-Euro-Jahres-Ticket für alle Stuttgarter Einwohner:innen für das gesamte VVS-Netz
  - 2.4 Ein 365-Euro-Jahres-Ticket für alle Stuttgarter Einwohner:innen für die Stuttgarter Tarifzone
3. Die Varianten 2.1 bis 2.4 werden separat abgestimmt

**Begründung:**

Stuttgart ist nach wie vor unter denjenigen Städten, welche eine der höchsten Luftschadstoffkonzentrationen und gleichzeitig einer nach wie vor wachsenden Zahl an Kraftfahrzeugen auf den Straßen aufweist. Eine grundlegende sozial-ökologische Verkehrswende hin zu einer multimodalen Mobilitätskultur durch Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf umwelt-, klima- und ressourcenschonende Transportmittel ist jedoch dringend notwendig. Die Studie des Landes „Mobiles Baden-Württemberg – Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“ stellte bereits im Jahr 2016 klar: Bis 2050 muss der heutige Bestand an Kraftfahrzeugen um 85 Prozent abschmelzen, damit die vollständige Dekarbonisierung des Verkehrssektors in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen des Landes gelingen kann. Mit dem heutigen Wissen ist klar: die muss nicht erst im Jahr 2050 realisiert werden, sondern spätestens im Jahr 2035. Hierfür braucht es eine grundsätzliche Kursänderung: nachhaltige, klimaschonende Verkehrsmittel müssen günstiger (oder umsonst) sein, klimaschädliche Mobilität hingegen muss unattraktiver und deutlich teurer werden. Für diese ökologische Verkehrswende ist ein leistungsfähiger, attraktiver und alle Bedürfnisse abdeckender ÖPNV das notwendige Rückgrat. Durch die Coronakrise hat der ÖPNV in den letzten anderthalb Jahren massiv Fahrgäste verloren, die Zahl der Abonent:innen

(insbesondere beim Jobticket) ging stark zurück. Mit unterschiedlichen Aktionen haben die Verkehrsverbände Kund:innen belohnt, die ihr Abo trotz Corona behalten haben. So konnten VVS Kund:innen in den Sommerferien landesweit ihr Ticket im Nahverkehr nutzen. Bis zum 26. September 2021 gab es eine Aktion, dass jede:r Abonent:in das Ticket bundesweit im Nahverkehr nutzen durfte. Innerhalb kurzer Zeit machten 280 000 Kund:innen davon Gebrauch. Bislang sind 70 bis 75 Prozent der Fahrgäste, die vor Corona im ÖPNV unterwegs waren, nutzen diesen inzwischen wieder regelmäßig.

Doch während ÖPNV-Nutzer:innen einen immer höheren Anteil an Kosten für Betrieb, Fuhrpark und Infrastruktur tragen (aktuell sind es im VVS 62,4 % Nutzerfinanzierung, bei der SSB waren es inklusive verbundbedingter Belastungen im Jahr 2016 sogar 94 %) zieht sich die öffentliche Hand schrittweise weiter aus der Mitfinanzierung zurück. Hier muss mit einer Nahverkehrsabgabe konsequent umgesteuert werden. Wir wollen deshalb in einem ersten Schritt zumindest ein 365-Euro-Jahresticket einführen um dann den ticketfreien, kostenlosen Nahverkehr einzuführen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stadteigene Mobilität verstetigen</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Verstetigung des Budgets der Stelle für Stadteigene Mobilität nach GRDRs 484/2021 mit 625 000 Euro (125 000 Euro pro Jahr ab 2022)  
(Kosten 2022: 125 000 € / 2023: 125 000 € // 2024: 125 000 € // 2025: 125 000 € // 2026: 125 000 €)
2. Die Umsetzung des Pendlerprojekts "Stuttgart fährt mit" und das Dienstfahrradleasing für städtische Beschäftigte

**Begründung:**

Die Stadt Stuttgart würde stark davon profitieren, beim Thema nachhaltige Mobilität und Klimaschutz mit gutem Beispiel voran zu gehen. Wenn die stadteigene Mobilität dafür mit einem Bündel an guten, effektiven und klimawirksamen Maßnahmen gestärkt werden könnte, wäre dies nicht nur ein wichtiger Beitrag zu mehr Klimaschutz, sondern würde auch die Stadt als gute Arbeitgeberin stärken. Zwei Maßnahmen aus dem Konzept stadteigene Mobilität seien hier kurz erklärt:

"Die nachhaltige Mobilität von Beschäftigten ist ein wichtiges Element der Mobilitätsstrategie von Arbeitgebern, um Schadstoffe, Lärm, Staus und Stress auf dem Weg zur und von der Arbeit ihrer Mitarbeitenden zu reduzieren." So steht es in der Drucksache 84/2021 zum Pendlerprojekt "Stuttgart fährt mit", die der Verwaltungsausschuss des Gemeinderats am 24. März 2021 einstimmig beschlossen hat. Um die baldige Umsetzung des Pendlerprojekts "Stuttgart fährt mit" gewährleisten zu können, sollen im Doppelhaushalt 2022/2023 die dafür notwendigen Sachmittel bereitgestellt werden.

In den vergangenen Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 fasste der Gemeinderat mehrheitlich den Beschluss, ein Dienstfahrradleasingkonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Leider ist dies bislang noch nicht passiert, obwohl die dafür notwendige Stelle geschaffen wurde. In einer Stellungnahme auf den Antrag "Berichterstattung zum Dienstfahrradleasing für städtische Beschäftigte Antrag" (Nr. 430/2020) bestätigte die Verwaltungsspitze, dass die tarifrechtlichen Hindernisse aus dem Weg geräumt seien und die Erarbeitung eines praktikablen Konzepts für alle Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart erarbeitet werde.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stellenschaffungen für den Bereich Fahrradverkehr</b>

**Wir beantragen:**

**Folgende Stellen werden unbefristet geschaffen:**

1. Für die weitere und dauerhafte Bearbeitung des Themenkomplexes Radschnellwege ist die Schaffung einer unbefristeten Planerstelle ab dem Jahr 2022 erforderlich
2. Beim Amt für öffentliche Ordnung und Tiefbauamt sollte ab dem Jahr 2024 zusätzlich Personal zur Bearbeitung von Radschnellverbindungen dauerhaft aufgebaut werden. Ziel sollte es sein, bis zum Jahr 2030 alle 13 geplanten Radschnellwege umgesetzt zu haben.

**Begründung:**

An ehrgeizigen Zielen und Plänen für eine Verbesserung der Fahrradverkehrsinfrastruktur in Stuttgart mangelt es nicht, der zwingende Handlungsbedarf wird auch vom Radentscheid (über 35 000 Unterschriften) und Deutschlands größter regelmäßigen Fahrraddemo (Critical Mass) unterstrichen. Die Stadt Stuttgart hat selbst mit ihrem Radverkehrskonzept ambitionierte Ziele gesetzt, der Gemeinderat hat im Februar 2019 mit dem Radentscheid (Antrag Nr. 76/2019) einen Grundsatzbeschluss gefasst, dem jetzt auch endlich Taten folgen müssen. Ziel muss es sein, die Vorhaben des Radentscheids, und des Radverkehrskonzepts bis spätestens zum Jahr 2030 realisiert zu haben. Die dafür notwendigen Personalstellen müssen jetzt geschaffen werden, damit dies gelingen kann.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                    Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                    Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Platz zum Spielen für Kinder: Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Weiterfinanzierung von "Platz zum Spielen durch Ausbau verkehrsberuhigter Bereiche" (Maßnahme 2.7 von GRDRs 364/2021) für die Jahre 2022, 2023, 2024 und 2025. Hierfür sind für die genannten Jahre jeweils 50 000 Euro im Haushalt bereit zu stellen.  
(Kosten 2022: 50 000 € // 2023: 50 000 € // 2024: 50 000 € 2025: 50 000)

**Begründung:**

"Es gibt einen großen Bedarf bei den Kindern und Jugendlichen nach mehr Nutzungsflächen im öffentlichen Raum und großes Interesse diesem entgegenzukommen (vgl. Bericht Temporäre Spielstraßen 104/2019).", schreibt die Verwaltung in der Mitteilungsvorlage 364/2021. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass temporäre Spielstraßen eine hohe Akzeptanz bei den Anwohner:innen haben, sie sind ein sichtbares und vielbeachtetes Thema in der Stadt geworden.

In einer Stadt, in sich der der Autoverkehr jahrzehntelang (politisch gewollt) rücksichtslos ausbreiten konnte wird es dringend Zeit, dass Platz für Bürger:innen und vor allem für Kinder geschaffen wird. Spielen auf der Straße ist unter anderem durch die temporären Spielstraßen wieder ein sichtbares und viel beachtetes Thema geworden.

"Gelegenheit zu Spiel und Bewegung im direkten Wohnumfeld berührt unmittelbar das Recht auf Spiel laut der UN-Kinderrechtskonvention Art. 31, zu deren Umsetzung sich die Landeshauptstadt Stuttgart verpflichtet hat." Umso erstaunlicher ist es, dass die Verwaltungsspitze es nicht für notwendig erachtet hat, dieses wichtige Projekt auf die Grüne Liste zu setzen. " Möglichkeiten zum Draußensein, zum Spielen und sich bewegen stärken die Gesundheit, bilden Kommunikationsorte für alle Altersgruppen in einer Stadt und fördern so auch das soziale Miteinander." – dafür sind 50 000 Euro pro Jahr kein Geld.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Versenkpoller für die Altstadt von Bad Cannstatt – Schleichverkehre effektiv unterbinden!****Wir beantragen:**

1. Die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel und ggf. die Bereitstellung der Personalbedarfe im Stellenplan für die Einrichtung von versenkbaren Pollern, zur Eindämmung des Schleichverkehrs in der Altstadt Bad Cannstatt. Ebenso werden die notwendigen Betriebsmittel in den Haushalt gestellt.

**Begründung:**

Schleichverkehre – insbesondere im Bereich der Fußgänger:innenzone der Altstadt von Bad Cannstatt – sind seit vielen Jahren ein Problem. Sie gefährden Zufußgehende, beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität und sind ein Störfaktor. Eine vielversprechende Lösung für dieses Problem sind Versenkpoller: sie stellen ein physisches Hindernis dar und sorgen so dafür, dass alle nicht berechtigten Pkw und Lkw an einer Einfahrt in die Fußgänger:innenzone in Bad Cannstatt gehindert werden. Bereits in den letzten Haushaltsberatungen hatten wir mit dem Antrag "Bad Cannstatt laudf nai – Mittel für Versenkpollersystem in der Altstadt" (Nr. 639/2019) einen Antrag auf Versenkpoller für die Cannstatter Innenstadt gestellt. Dieser wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, aber die Verwaltung versprach a) eine Berichterstattung und b) eine Machbarkeitsstudie. Die Berichterstattung zu a) erfolgte in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 7. Mai 2019. Zum Thema Versenkpoller wurde von Seiten der Straßenverkehrsbehörde folgender Satz im städtischen Protokoll festgehalten. "Somit sei der Doppelhaushalt 2022/23 der richtige Zeitpunkt, die Maßnahme zu beantragen".

Die versprochene Machbarkeitsstudie (b) wurde am 8. Dezember 2020 vorgestellt. Das Büro Drees & Sommer stellte die von der Stadt Stuttgart beauftragte Studie mit dem Titel "ERSCHLIEßUNG NECKARPARK UNTERSUCHUNG ZUM EINSATZ VON „AUTOMATISCHEN POLLERN“ vor. Im Fazit der Studie ist zu lesen:

"Für **Fußgängerzonen** ist die Einschränkung des Verkehrs über Poller **rechtlich unproblematisch**. Die Zufahrt für **Rettungsfahrzeuge** ist übergeordnet zu regeln (z.B. über Schlüsselschalter) Die **Herstellkosten** für automatische Poller sind stark von den baulichen Randbedingungen abhängig. Als Richtwert kann ein Betrag in der Größenordnung von ca. 30.000 € (brutto) angesetzt werden (ohne Planungsaufwendungen, ohne Leittechnik und ohne Visualisierung)." Damit sind die Bedenken gegen Versenkpoller ausgeräumt, die Haushaltsreife ist gegeben – fehlt nur noch der Beschluss und die Umsetzung.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Weitere Busspuren zur ÖPNV-Beschleunigung</b>

**Wir beantragen:**

1. 750 000 Euro für die Einrichtung weiterer Busspuren zur ÖPNV-Beschleunigung für die Haushaltsjahre 2022/2023 sowie für die Finanzplanung 2024/2025 und 2026 (Kosten 2022: 150 000 € / 2023: 150 000 € // 2024: 150 000 € // 2025: 150 000 € // 2026: 150 000 €)

**Begründung:**

Der ÖPNV ist einer der Schlüssel zum Gelingen der dringend notwendigen Mobilitätswende in Stuttgart. Die Einrichtung weiterer Busspuren gehört diesbezüglich zu den Selbstverständlichkeiten, die eine Verwaltungsspitze in die Grüne Liste übernehmen sollte. Ohne eine weitere Attraktiverung, Ausweitung und Verbesserung des ÖPNV-Angebots wird die Verkehrswende nicht gelingen. (Siehe Rote Liste S. 56 Nummer 6605410)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gutachten zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität der Gablenberger Hauptstraße****Wir beantragen:**

1. Die Verwaltung erstellt ein Gutachten zur Umgestaltung und Verkehrsberuhigung der Gablenberger Hauptstraße im Abschnitt zwischen Schmalzmarkt und der Kreuzung Talstr. Im Gutachten sollen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, die dazu führen die Aufenthaltsqualität in der Gablenberger Hauptstraße deutlich zu verbessern und insbesondere die Barrierefreiheit für Fußgänger durchgehend zu gewährleisten.

Im Doppelhaushalt 2022/23 wird ein für das Gutachten ausreichendes Planungsbudget eingestellt. Die Untersuchung soll mindestens folgende Punkte umfassen:

- a. Verhinderung des überörtlichen Schleichverkehrs, PKW und LKW
- b. Auswirkungen auf parallel Straßen durch eine potenzielle Verkehrsverlagerung
- c. Durchgehend Tempo 30, Aufhebung des Status Vorrangstraße
- d. Rechts vor links Regelung der Querstraßen
- e. Stationäre Geschwindigkeitskontrollen
- f. Verbreiterung der Gehwege auf beiden Seiten durchgehend auf mind. 2,5 m
- g. Prüfung, ob die Busse der 42er Linie, durch Elektro- oder Brennstoffzellenantrieb leiser werden können
- h. Vorschlag für den Einsatz von elektrisch betriebenen Kleinbussen für den Anliegerverkehr in Gablenberg z.B. als lokaler Ring über die Bergstraße, Plettenberg, Buchwald, Waldebene Ost etc.
- i. Aufwertung und Instandsetzung der Straßen- und Gehwegbeläge, Einsatz von Flüsterasphalt
- j. Barrierefreie Gestaltung der Gehwege und der Übergänge zwischen Gehwegen und Straßen
- k. Verbesserung / Verbreiterung des Fußgängerüberwegs an der Kreuzung zur Wagenburgstraße
- l. Intelligentes Parkplatzsystem mit Ausweichstellen zur Verminderung der Durchfahrtsgeschwindigkeit
- m. Identifikation von zusätzlichen Flächen für: Grünflächen, Außengastronomie Baumstandorte, Radabstellplätze und Bewegungsmöglichkeiten
- n. Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Umgestaltung durch geeignete Bürgerbeteiligungsmodelle

## **Begründung:**

Im Rahmen des Sanierungsgebietes Stuttgart Gablenberg wurden viele Vorschläge und Ideen zur Verkehrsberuhigung und Umgestaltung der Gablenberger Hauptstraße (auch im Rahmen der Bürgerbeteiligung) entwickelt, allerdings scheiterten diese Vorschläge praktisch immer daran, dass eine echte Verkehrsberuhigung nicht wirklich durchsetzbar erschien.

Die frühere Hauptstraße durch das ehemalige Dorf Gablenberg ist in den letzten Jahrzehnten zu einer voll ausgebauten Hauptverkehrsstraße im Stuttgarter Osten geworden. Die Straße dient als „Abkürzung“ für viele Auto- und LKW Fahrer, die von der Talstraße in Richtung mittlerer Filderlinie fahren.

Die Straße ist für Kfz und für Linienbusse optimiert. Die Fußgängerwege sind teilweise gerade einen Meter breit, je nachdem wie nahe die Häuser an der Straße stehen. Teilweise ist nicht genug Platz, für sich begegnende Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren. Für Seh- und Körperbehinderte Menschen gibt es zahllose Hindernisse.

Die Straße ist für Ladenbesitzer unattraktiv, es gibt Leerstände bzw. nur noch Läden mit einfachsten Angebot. Die zahlreichen, auch traditionellen Restaurants haben keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten für die Außengastronomie. Die Aufenthaltsqualität ist bei weitem nicht zufriedenstellend. Die Anwohner leiden unter dem Lärm der Fahrzeuge und die Abgasentwicklung.

Alles was bisher für die Gablenberger Hauptstraße vorgesehen ist wird keine wirkliche Lösung der Probleme (Lärm, Abgasbelastung, Fehlen jeglicher Barrierefreiheit) mit sich bringen. Auch wird eine Umgestaltung, die mehr Aufenthaltsqualität für die Menschen herstellt, nichts nützen, wenn der Verkehr nicht eingeschränkt wird.

Hier muss unserer Auffassung nach eine viel tiefere Veränderung angestrebt werden, die alle Verkehrsformen neu regelt und den ÖPNV explizit mit einbezieht.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Anwohner:innenparken: Gebühren gestaffelt nach Einkommen und Pkw-Größe –  
Auto-Rückgabe-Bonus****Wir beantragen:**

1. Die Anwohner:innenparkgebühren für Gebiete mit Parkraummanagement werden ab dem dritten Quartal 2022 wie folgt:
  - a) Für schwere Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor über 1800 Kilogramm Gesamtgewicht und Elektrofahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von über 2000 Kilogramm werden die Gebühren auf 360 Euro pro Jahr erhöht.
  - b) Normale Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unter einem Gesamtgewicht von 1800 Kilogramm und Elektrofahrzeuge unter einem Gesamtgewicht von 2000 Kilogramm bezahlen künftig pro Jahr 180 Euro für einen Anwohner:innenparkausweis.
  - c) Inhaber:innen von Familiencard bezahlen pro Jahr 60 Euro, Inhaber:innen einer Bonuscard bezahlen wie bislang auch 30,70 Euro Verwaltungsgebühren.
2. Die Ausweitung des Parkraummanagements (PRM) auf die Gesamtstadt soll vorangetrieben werden. Die Dafür notwendigen Mittel aus GRDRs 546/2021 in Höhe von 100 000 Euro für das Jahr 2022 und 200 000 Euro für das Jahr 2023 werden in den Haushalt übernommen.
3. Wer sein Pkw ab dem 1. Januar 2022 abmeldet und innerhalb der nächsten drei Jahre kein Pkw anmeldet (bezogen auf den Haushalt), bekommt als Nachhaltigkeitsbonus ein VVS-Jahresticket für die nächsten drei Jahre umsonst. Die dafür notwendigen Mittel für die Jahre 2022 ff. werden im Haushalt eingestellt.

**Begründung:**

Anfang Juli 2021 hat die Landesregierung von Baden-Württemberg den Weg freigemacht, dass Kommunen die Preise ihrer Anwohner:innenparkausweise selbst bestimmen können. Bislang lag der Gebührenrahmen zwischen 10,20 Euro und 30,70 Euro pro Jahr – damit konnten lediglich die Verwaltungsgebühren für die Herausgabe der Parkausweise gedeckt werden. Faktisch war damit also das Parken im öffentlichen Raum gratis. Die Kosten für die Erstellung und Unterhaltung von Parkraum in der Öffentlichkeit wurden von allen Steuerzahlenden erwirtschaftet. Mit der Aufhebung des Gebührenrahmens bietet sich erstmals die Möglichkeit, die Kosten nach dem Verursacher:innenprinzip zu erheben und nach Einkommen zu differenzieren. Im Sinne einer ökologischen und sozialen Verkehrswende müssen Anreize weg vom eigenen Pkw hin zum Umweltverbund und zu mehr Carsharingangeboten gemacht werden.

Städte wie Freiburg planen die Kosten für die Anwohner:innenparkausweise auf 360 Euro pro Jahr anzuheben. Tübingen hat sich für ein Modell entschieden, welches nach Fahrzeuggewicht und nach Einkommen der Haushalte unterscheidet. Der Regeltarif in Tübingen für einen Jahresparkausweis liegt bei 120 Euro. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, die mehr als 1,8 Tonnen wiegen werden 180 Euro pro Jahr fällig – bei Elektrofahrzeugen ist die Schwelle bei 2 Tonnen. Bonuscardinhaber:innen bezahlen von den Tarifen je die Hälfte.

Die von der Verwaltung geplante Ausweitung des Parkraummanagements (PRM) auf die Gesamtstadt soll in diesem Zusammenhang erfolgen. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 300 000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 (siehe GRDRs 546/2021 Anlage 2) sollen in den Haushalt gestellt werden und baldmöglichst umgesetzt werden.

Um zusätzliche Anreize für ein nachhaltigeres Mobilitätsverhalten zu setzen, wollen wir, dass alle, die ihr Auto abmelden und innerhalb der nächsten 3 Jahre keines mehr anmelden, ein VVS Jahresticket für die nächsten drei Jahre, nach der Idee des Nachhaltigkeitsbonus ähnlich wie bei der Lastenradförderung in GRDRs 102/2020 und GRDRs 190/2020. Die Stadt Barcelona spendiert allen, die ihr Verbrennerfahrzeug dauerhaft abmelden, drei Jahre lang ein Ticket für den ÖPNV.

Übersicht Gebührenneuordnung:

<b>Schwere Fahrzeuge</b>
360 Euro pro Jahr

Zielgruppe	Normale Fahrzeuge
Regeltarif	180 Euro pro Jahr
Familiencard	60 Euro pro Jahr
Bonuscard	30 Euro pro Jahr

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Soziales und Gewaltprävention



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Hilfe Trott-war e.V.: Stellen für Sozialdienst der Mitarbeitenden, für Festanstellung von Verkäufer\*innen und professionelle Öffentlichkeitsarbeit**

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart finanziert Mittel in Höhe von 72 800 Euro jährlich für eine Sozialarbeiter\*innenstelle in Vollzeit TVöD-SuE.
2. Die Stadt Stuttgart finanziert 20.000 Euro jährlich für Mehrkosten, die infolge einer Festanstellung von zwei Verkäufer\*innen der Straßenzeitung entstehen.
3. Die Stadt Stuttgart übernimmt die Anschubfinanzierung einer 0,75-Stelle (Journalist\*in oder vergleichbare Qualifikation) für Öffentlichkeitsarbeit in den kommenden zwei Jahren in Höhe von 54.600 Euro jährlich.

### Begründung:

#### zu 1)

Trott-war e.V. beschäftigte bisher eine Vollzeit-Sozialarbeiter\*innen-Stelle aus eigenen Mitteln. Aufgrund des Lockdowns in der Corona-Pandemie sind jedoch die Einnahmen von Trott-war - die im Wesentlichen von Mitarbeitenden durch den Verkauf der Straßenzeitung erwirtschaftet werden - drastisch eingebrochen. Für den Verein ist daher die Finanzierung der Weiterbeschäftigung aus eigenen Mitteln nicht mehr möglich. Es ist bekannt, dass mit dem Verkauf der Straßenzeitungen die Reintegration von langzeitarbeitslosen Menschen, die Unterstützung von Personen in Wohnungsnotfällen, angestrebt wird. Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, erhalten eine Perspektive durch das zusätzliche alternative Beschäftigungsangebot. Mit dem betriebsinternen Sozialdienst bietet Trott-war seinen Mitarbeitenden niederschwellige, unbürokratische Hilfe und Unterstützung an, damit sie schnell in einen "gelingenden Alltag" zurückfinden und in der Gesellschaft wieder Fuß fassen können. Die Sozialarbeiterin unterstützt und berät alle Mitarbeitenden der Straßenzeitung, insgesamt über 200 Personen, niederschwellig in allen Fragen und Problemstellungen, bei denen sie Hilfe benötigen.

#### zu 2)

Trott-war e.V. bietet freien Verkaufenden nach einer Probezeit, wenn sie sich durch Auftreten und Mindestverkaufszahlen bewährt haben, eine Festanstellung an. Eine derartige Anstellung ist langfristig von großem Vorteil für die Verkaufenden, da sie damit regulär sozialversichert sind. Um den Schritt in die Anstellung zu gehen, bietet Trott-war Arbeitsverträge mit Tarifen an, bei denen die Verkaufenden von Beginn an finanziell nicht schlechter gestellt sind. Um netto

den gleichen Betrag "in der Tasche" zu haben wie die frei Verkaufenden, muss der Verein Trott-war e.V. die zusätzlichen Kosten für Sozialabgaben, bezahlten Urlaubsanspruch, 13. Monatsgehalt und Betriebliche Altersvorsorge für jeden angestellten Verkaufenden in Höhe von 10.000 Euro jährlich übernehmen. Für zwei festangestellte Verkaufende beträgt daher die Summe 20.000 Euro jährlich.

**zu 3)**

Trott-war plant, sich über eine professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit langfristig finanziell besser aufzustellen. Während bisher die Öffentlichkeitsarbeit nebenher von vielen Mitarbeitenden aller Hierarchieebenen erledigt wird, soll sie zukünftig strukturiert und effizient gestaltet werden, um den Verein finanziell nachhaltig zu konsolidieren. Gedacht ist dabei an die systematische Betreuung und Akquise von Sponsor\*innen, die Organisation von Infoständen bei Stadt(teil-)festen, Festivals, Messen etc., Teilnahme an Veranstaltungen von Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen), eine konsequente Pflege des social-media-Auftritts sowie die Akquise und Organisation von Firmenevents. Es hat sich gezeigt, dass sich Trott-war e.V. mit Firmen-Allianzen finanziell besser aufstellen kann. Eine bessere Vernetzung mit der Wirtschaft in der Region und Kooperationen mit Firmen bringt mehr Unabhängigkeit. Der Verein geht daher davon aus, dass sich die Stelle für die Öffentlichkeitsarbeit nach zwei Jahren selbst tragen kann.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Komplextraumatisierte Frauen kompetent beraten: Wildwasser Stuttgart e.V. unterstützen****Wir beantragen:**

1. Jährliche Mittel für eine 100% Personalstelle (TVöD EG 11/3, Dipl. Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin/ Psychologin mit abgeschlossener therapeutischer Zusatzausbildung und traumaspezifischer Fortbildung) für den Verein Wildwasser Stuttgart e.V. zur Beratung von komplextraumatisierten Frauen nach sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.

**Begründung:**

In den letzten Jahren ist der Beratungsbedarf für Frauen, die komplextraumatisiert sind und Gewalt in organisierten Täterkreisen erfahren haben, erheblich gestiegen. Die neuen Beratungsfälle bei Wildwasser stiegen um 34% im Zeitraum von 2019 auf 2020, wo es 408 Beratungsfälle gab. Der Beratungsbedarf von Fachkräften hat sich fast verdoppelt. Waren es 2019 noch 54 Fachkraftberatungen, stieg die Zahl 2020 auf 105 an. Die Wartezeit betrug im Durchschnitt 3-4 Monate. Um den Beratungsbedarf zu decken und die Betroffenen adäquat zu versorgen, hat Wildwasser mit hohem Einsatz Eigenmittel (Spenden, Bußgelder, Förderverein) akquiriert und ab Juli 2020 zusätzliche Personalkapazitäten in Höhe von 75% aufgebracht. Dies kann jedoch dauerhaft keinesfalls geleistet werden.

Durch zusätzliches Engagement konnte Ende 2020 die Förderung einer 75%-Stellen über das Sozialministerium für die Arbeit mit Betroffenen im Bereich organisierte sexualisierte Gewalt erwirkt werden. Diese Förderung endet jedoch im März 2022, wobei der Bedarf jedoch nicht endet.

In Stuttgart fehlt es bisher an personeller Kapazität sowie an Expertise in den Fachberatungsstellen sowie anderen Institutionen des Gesundheitssystems, um diese besonders vulnerable Zielgruppe in ihren spezifischen Bedarfen zu unterstützen. Viele Betroffene aus Stuttgart wenden sich an das Hilfetelefon Berta –ein Angebot des UBSKM (Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs) für Betroffene von organisierter sexueller und ritueller Gewalt -und werden von dort an Wildwasser Stuttgart e.V. verwiesen.

Wildwasser Stuttgart e.V. arbeitet seit Jahrzehnten zur Thematik „Sexualisierter Gewalt in organisierten und rituellen Gewaltstrukturen“ und hat hier landes-und bundesweit einen sehr guten Ruf. Wildwasser benötigt dringend diesen zusätzlichen Stellenanteil, um die betroffenen Frauen zeitnah, niedrigschwellig, adäquat und fachkompetent zu unterstützen.

Für Menschen mit diesen Gewalterfahrungen ist es besonders wichtig und besonders schwer, Schutz und angemessene Unterstützung zu erhalten. Bei vielen Betroffenen prägt sich ein vielfältiges Beschwerdebild aus, das ein Muster typischer Veränderungen beinhaltet und als komplexe posttraumatische Belastungsstörung bezeichnet wird“ (DeGPT). Eine weitere Folge kann die Ausbildung einer „Dissoziativen Identitätsstörung“ sein, die Aufspaltung der Persönlichkeit in verschiedene, unabhängig voneinander agierende Persönlichkeiten. Besonders schwere oder wiederholte bzw. langanhaltende Traumatisierungen, zum Beispiel infolge psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalterfahrungen oder auch Erfahrungen körperlicher bzw. emotionaler Vernachlässigung in der Kindheit, können erhebliche Beeinträchtigungen des Erlebens, Denkens, Fühlens und auch der Interaktion mit der Umwelt nach sich ziehen.

Die Wartezeiten für eine ambulante Traumatherapie sind sehr lang, und die Betroffenen werden auf Grund ihrer komplexen Problematik häufig abgelehnt. Das reguläre Hilfesystem hat oft zu hohe Hürden und ist zu wenig vernetzt, was diese Thematik betrifft. Helfer\*innennetze sind schnell überfordert, und es besteht die Gefahr einer sekundären Traumatisierung. Auch Professionelle wie Sozialpädagog\*innen, Psychotherapeut\*innen, Ärzt\*innen und Polizei haben in der Regel kaum Wissen zur Thematik und wenden sich daher an Wildwasser.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Modellprojekt „Lebensthemen in der Schule“ umsetzen: Mittel für Gesundheitsladen e.V. und Sozialberatung Stuttgart bereitstellen</b>

### **Wir beantragen:**

- Die Stellenanteile für das Projekt „Lebensthemen in der Schule“ sowohl für den Gesundheitsladen e.V. wie auch für die Sozialberatung Stuttgart e.V. um jeweils eine 0,5 Stelle für vier Jahre zu bewilligen (GRDs 310/2021)

(Kosten pro Haushaltsjahr für eine 0,5 Stelle ca. 35.000 € im Gesundheitsladen e.V.)

### **Begründung:**

Das Projekt „Lebensthemen in der Schule – Schulsozialarbeit & Präventions-, Informations- und Beratungsangebote an allgemeinbildenden Schulen“ hat das Ziel, der Gewalt an Schulen auf mehreren Ebenen zu begegnen. Es trifft auf großen Zuspruch bei Schüler:innen, Eltern und Schulleitungen und wird in Kooperation mit der Jugendhilfeplanung der Stadt Stuttgart implementiert und durchgeführt.

Themen sind: Gewaltfreie Schulkultur, Gewaltprävention mit und durch Eltern, Schüler:innen, Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulsozialarbeit.

Im Zuge von Präventionsveranstaltungen an Schulen über Themenfelder zur Gewaltprävention, psychische Gesundheit und Diversity/Inklusion wird oft festgestellt, dass einige Schüler\*innen im Anschluss an solche Workshops persönlichen Beratungsbedarf haben. Durch die Niedrigschwelligkeit der Präventionsangebote werden Schüler\*innen ermutigt, sich mit ihren Beratungsbedarfen an professionelle Fachkräfte zu wenden und damit weitere, längerfristige Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies betrifft insbesondere Themen, die sehr schambesetzt sind und mit denen sich die Jugendlichen bisher nur zu einem kleinen Teil an das psychosoziale Unterstützungssystem wenden.

Neben Themen wie beispielsweise sexualisierte Gewalt, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität, Ausgrenzungserfahrungen oder die psychische Erkrankung eines Elternteils, ist verstärkt zu beobachten, dass Jugendliche psychische Probleme haben wie Angst- und Essstörungen oder Depressionen. Bereits vor der Pandemie und dem ersten Lockdown wendeten sich zunehmend junge Menschen an uns, die psychisch belastet waren. Verschiedene Studien und Untersuchungen belegen mittlerweile, dass psychische Erkrankungen bzw. Belastungen bei Kindern und Jugendlichen seit Beginn seit 2020 erheblich zugenommen haben.

Wichtig ist daher, den Jugendlichen ein niedrigschwelliges Beratungsangebot im Themenfeld „Psychische Gesundheit“ anzubieten, das direkt von den Schulen den Weg zu weiterführenden Hilfen ebnet.

Die Fachkräfte der beiden Träger bieten daher sowohl Workshops und Veranstaltungen in Schulen an wie auch zusätzlich individuelle, fallspezifische Beratungen und Vermittlungen in weiterführende Hilfen für einzelne Schüler:innen.

Es wird angestrebt, das Modellprojekt extern evaluieren zu lassen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Haus der Familie: Kurse für Bonuscard-Berechtigte und Stellenanteile bezuschussen****Wir beantragen:**

1. ein jährliches Budget von bis zu 25.000 Euro jährlich für das Haus der Familie, damit Bonuscard-Inhaber\*innen nur 10 Prozent der Kursgebühren selbst bezahlen müssen.  
(Kosten: 2022: 25 000 // 2023: 25 000 // 2024: 25 000 // 2025: 25 000 // 2026: 25 000)
2. Für den Bereich der Familienbildung (Trägercode HDF134001) erhält das Haus der Familie einen um 29.000 Euro jährlich erhöhten Zuschuss ab dem Jahr 2022. Mit dieser Aufstockung kann eine 100%-Sozialpädagog\*innenstelle geschaffen werden, die Eltern-Kind-Gruppen im Stuttgarter Stadtgebiet anleitet und betreut.  
(Kosten: 2022: 29 000 // 2023: 29 000 // 2024: 29 000 // 2025: 29 000 // 2026: 29 000)

**Begründung:****zu 1)**

Das Haus der Familie hat mit sehr großem Engagement und Herzblut während des Lock-downs im Zuge der Corona-Pandemie unter extrem erschwerten Bedingungen, den Kontakt zu den (jungen) Familien gehalten, sie begleitet und beraten. Seit dem Umzug nach Bad Cannstatt sieht sich das Haus der Familie einer wachsenden Nachfrage nach Kursen von Menschen aus sogenannten Schwellenhaushalten und mit Bonuscard gegenüber. Aufgrund der anderen Sozialstruktur im Stadtbezirk hat sich die Zusammensetzung der Kursteilnehmer\*innen stark verändert. Um die Diskrepanz zwischen finanziellen Mitteln und dem eigenen Anspruch des Haus der Familie, auch sozial und finanziell schlechter gestellten Familien eine Teilnahme an den Kursangeboten zu ermöglichen, war es für das Haus der Familie bislang nur möglich, eine 10%-ige Ermäßigung anzubieten. Wenn es eine auskömmliche städtische finanzielle Kompensation gibt, können die Kurse aktiv für Bonuscard-Haushalte beworben und angeboten werden.

**zu 2)**

Mit den erhöhten Stellenanteilen, sollen zwei Stellen von Festanstellungen aufgestockt werden. Damit können im Jahr 80 Eltern-Kind-Kurse à 10 Termine durchgeführt werden, an denen bis zu 1.500 Eltern und Kinder zwischen 0 und 3 Jahren teilnehmen können. Das entspricht ca. einem Drittel des jährlichen Angebots des Trägers in diesem Bereich. Das Haus der Familie versucht mit diesem Schritt dem seit Jahren im sozialpädagogischen Bereich herrschenden Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Zudem haben während der Corona-Pandemie die Hälfte der bisherigen Honorarkräfte ihre Tätigkeit im Haus der Familie beendet. Die

Kursgebühren müssten verdoppelt werden, um die Stellenanteile für eine Personalstelle finanzieren zu können. Dies wäre für die Kursteilnehmer\*innen weder darstellbar noch von diesen finanziell leistbar.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Angebote für Ältere ausbauen - StadtSeniorenRat Stuttgart e.V. stärken</b>
---

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart stockt die Mittel in Höhe von 22.500 Euro jährlich - zusätzlich zur bestehenden Regelfinanzierung des StadtSeniorenRats Stuttgart - auf.

In diesem Betrag enthalten ist die Weiterfinanzierung eines 0,2-Stellenanteils in der Verwaltungsstelle im Büro Mitte, die Anmietung und Ausstattung von kleinen Räumlichkeiten in Bad Cannstatt, sowie die Schaffung einer Hilfskraftstelle für Bad Cannstatt.

(Die jährlichen Gesamtkosten incl. bereits bewilligter Ressourcen für den StadtSeniorenRat betragen im Falle der Bewilligung des Antrags 94.500 Euro)

### Begründung:

Der StadtSeniorenRat ist die Interessenvertretung und Beratung der Älteren in den 23 Stadtbezirken Stuttgarts in allen Fragen der Lebensbedingungen (z.B. Vorsorge für Alter und Krankheit, Versorgung und Barrierefreiheit im Stadtbezirk, öffentlicher Verkehr, altersgerechtes und finanzierbares Wohnen, Kommunikation – auch digital – mit anderen, ambulante und stationäre Pflege, Gewinnung, Einführung und Fortbildung von Delegierten, Erfahrungsaustausch, Vorträge über Alterserkrankungen)

Vor vier Jahren wurde dem Seniorenberatung eine 50 % Stelle bewilligt. Vor zwei Jahren dann eine weitere Viertelstelle. Die Bewilligung der Viertel-Stelle war nur auf 2 Jahre befristet und soll dringend verlängert werden, denn ohne diesen Stellenanteil kann der Bürobetrieb nicht auskömmlich aufrechterhalten werden. Zugleich plant der StadtSeniorenRat den Ausbau der Arbeit in Bad Cannstatt. Ein Stadtbezirk mit über 60.000 Einwohner:innen und einem hohen Migrant:innen-Anteil. Hier ist die Einrichtung einer kleinen Filiale geplant, um auch hier regelmäßige Beratungsterminen anbieten zu können. Als besondere Zielgruppe sieht der StadtSeniorenRat, ältere Migrant:innen, die sowohl in die ehrenamtliche Arbeit einbezogen werden sollen, wie vermehrt in den Genuss von Beratungen kommen können. Ein Büroraum im Schwabenzentrum ist seitens der Stadt bereits angeboten worden. Dieses Angebot kann aber erst nach positiver Entscheidung im Doppelhaushalt für die beantragten Mittel wahrgenommen werden. Auch in diesem Antrag ist die Schaffung einer Hilfskraft-Stelle zur Betreuung des kleinen Büros enthalten, ferner Miete und Ausstattung.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Eine öffentliche Toilette für die Paulinenbrücke – JETZT!****Wir beantragen:**

1. Am Standort Paulinenbrücke eine kostenlose, öffentlich zugängliche Toilette einzurichten, die rund um die Uhr geöffnet ist. Die Barrierefreiheit soll sichergestellt werden. Die notwendigen Finanzmittel für Standortsuche und Umsetzung werden von der Verwaltung beziffert und in den DHH 2022/2023 eingestellt.
2. Die notwendigen Personalstellen für Reinigungskräfte werden von der Verwaltung berechnet und in den Stellenplan eingestellt.

**Begründung:**

Die Forderung nach einer öffentlichen Toilette steht schon seit mehreren Jahren im Raum und wurde bereits explizit in den DHH Verhandlungen 2019/20 diskutiert (vgl. GRDRs 607/2019). Es wird schon seit vielen Jahren immer wieder von Anwohner:innen diese Forderung an die Verwaltung und (Bezirks-) politische Vertreter:innen gerichtet, daher ist umgehendes Handeln notwendig. Die derzeitige Situation mit lediglich einer kostenpflichtigen Werbesäulentoilette ist nicht tragbar. Die Nutzung einer Toilette darf nicht vom Geldbeutel oder der Verfügbarkeit eines passenden Münzstückes abhängig sein. Gerade die öffentliche Verwaltung soll für menschliche Grundbedürfnisse kein Geld verlangen. Wer genau hinsieht merkte in jüngerer Vergangenheit auch, dass sich keine der Problemlagen verbessert hat. Die Zahl der mittellosen Menschen ist größer geworden, die Armut nimmt zu und es wird weiterhin „wild gepinkelt“, wodurch Schäden an Gebäuden und Geruchsbelästigungen entstehen. Will die Stadtverwaltung die Problematik des „Wildpinkelns“ in den Griff bekommen und Grundbedürfnisse frei von Kostenpunkten halten, muss das Thema der Sanitäranlagen vor Ort adressiert werden. Die Bedürfnisse der Menschen vor Ort, in einem Bereich für den die LHS große Pläne hat, weiterhin zu ignorieren ist nicht hinnehmbar.

Die von Seiten der Verwaltung auch ggü. des BB-Süd angedeutete Aussicht, dass die zukünftig an der Paulinenbrücke entstehende Interims-Feuerwache 1, möglicherweise irgendwann eine öffentliche, kostenfreie Toilette für den Bereich zu Verfügung stellen werde, ist schlicht nicht belastbar. Auch vor dem Hintergrund der GRDRs 570/2021, „Nachnutzung Bereich unter der Paulinenbrücke – Weiterentwicklung ab Sommer 2021“ zeichnet sich keine zeitnahe Lösung ab. Zusammenfassend haben sich die Konflikte zwischen obdachlosen Menschen, Geschäftsleuten

und Anwohner:innen unter der Paulinenbrücke weiter zugespitzt. Hier kann durch die Installation einer kostenlosen, öffentlichen Toilette Abhilfe geschaffen werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Pro Familia stärken! Mittel für kultursensible Dolmetscher:innen und den Ausbau sexualpädagogischer Beratung für Menschen mit Behinderung****Wir beantragen:**

1. 10.000 Euro jährlich für die Ausbildung und den Einsatz von kultursensiblen Dolmetscher:innen.
2. Erhöhung um einen 0,5-Stellenanteil, ca. 27.000 € jährlich nach TVÖD-L 10/4 zur Erweiterung des sexualpädagogischen Angebots für Menschen mit Behinderung. zzgl. Overheadkosten ( Fahrtkosten, Fortbildung, Materialkosten etc.): 10.000 € jährlich

(Gesamtkosten: 47.000 € jährlich)

**Begründung:**

zu 1)

Beratungen in sensiblen, intimen Themenbereichen für Menschen aus anderen Kulturen ohne oder mit nur geringen Sprachkenntnissen sind eine große Herausforderung und bedürfen guter Dolmetscher:innen. Gerade wenn es um Themen, wie Schwangerschaft oder sexuelle Bildung und Entwicklung geht, müssen Dolmetscher nicht nur Worte übersetzen. Es geht darum, ein Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen zu haben. Daher bildet Pro Familia sogenannte Kulturdolmetscher:innen aus, die Sprache und Kultur vermitteln können. Pro Familia hat festgestellt, dass zunehmend Menschen aus süd- und osteuropäischen Ländern zu uns kommen. Um diesen Menschen eine gute Beratung bieten zu können, soll der Pool mit kultursensiblen Dolmetscher:innen aus diesen Kulturräumen erweitert werden.

zu 2)

Pro Familia ermöglicht Menschen mit Behinderung angemessene Informationen, Aufklärung, Unterstützung und Begleitung auf ihrem Weg zu selbstbestimmter Sexualität unter der Berücksichtigung ihrer persönlichen und individuellen Bedingungen und Möglichkeiten. Dazu sind zielgruppenspezifische methodische-didaktische Fähigkeiten, Fachwissen, kontinuierliche Weiterbildung und Überprüfung der eigenen Standpunkte und Wertevorstellungen nötig, sowie und vor allem Zeit, um mit den Menschen zu arbeiten. Das Angebot umfasst die Arbeit mit Klient:innen (Einzelberatung und Gruppenangebote), als auch mit Eltern und der Weiterbildung von Multiplikator:innen.

Gestiegene Fahrtkosten durch vermehrte aufsuchende Beratungsangebote für Menschen, denen das Aufsuchen der Beratungsstelle aufgrund ihrer Behinderung nicht möglich ist tragen zu gestiegenen Kosten bei. Zudem werden Mittel für höhere Materialkosten benötigt, um mit zusätzlichem Anschauungsmaterial und Arbeitsmitteln, die Beratung für diese spezifische Gruppe zu erleichtern. Weitere Kostensteigerungen sind zurückzuführen auf höhere Fortbildungskosten sowie Investitionen in die technische Ausstattung für barrierefreie Zugänge und die bessere Erreichbarkeit.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Migrations- und Flüchtlingsberatung des AGDW – Recht auf Zukunft****Wir beantragen:**

- Die Mittel für das Projekt „Recht auf Zukunft“ der Arbeitsgemeinschaft für die eine Welt (AGDW) auf insg. zu erhöhen, damit die bisher 1,3 Stellen auf 2,5 Stellenanteile erhöht werden können (s. GRDRs 362/2011)  
(Kosten gesamt: 217.000 Euro jährlich)

**Begründung:**

Recht auf Zukunft ist eine Beratungsstelle für Familien aus der europäischen Union, mehrheitlich mit den Staatsbürgerschaften: Rumänien, Bulgarien und Slowakei. Der Beratungsansatz ist niederschwellig und aufsuchend, um im Sinne der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe (Integration) zu unterstützen. Insbesondere in den Themenfeldern Gesundheit, Schule, frühkindliche Bildung, Sonderpädagogik, Arbeit und Kommunikation mit Behörden gibt es für diese Gruppe die größten Unterstützungsbedarfe wie auch –leistungen.

Die strukturelle Integration dieser Zielgruppe sind über die Systeme Arbeits- und Wohnungsmarkt, sowie soziale Sicherung ((aufstockende r-) ALG II-Bezug) bereits angelaufen, denn sie leben im Durchschnitt meist seit 12 bis 24 Monaten in Stuttgart. Allerdings benötigen sie insbesondere für Ihre Kinder Unterstützung. Meist sind es sehr junge Familien, bei denen das Alter der Eltern zwischen 18 und 35 Jahren liegt. Die bestehenden Regelangebote sind – angesichts der multiplen Problemlagen zu hochschwellig, als dass sie zunächst an dem eigentlichen Bedarf der Zielgruppe ansetzen könnten. AGDW hat hier bereits viel Erfahrung, benötigt aber mehr Kapazitäten für die Beratung, die oft kurzfristiges, schnelles Reagieren auf Problemlagen erfordert.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>OMID – Betreuung traumatisierter Geflüchteter</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Finanzierung des Angebots OMID – Frühe Hilfen für traumatisierte Flüchtlinge  
(Kosten 2022: 290.000 Euro / 2023: 290.000 Euro)

**Begründung:**

Mindestens 40% der in Deutschland ankommenden Geflüchteten haben im ihrem Herkunftsland oder auf der Flucht eine traumatisierende Erfahrung gemacht: Verfolgung, Folter, und massive Gewalterfahrung, der Verlust von Familienangehörigen und Freunden. Das OMID-Projekt hilft den Menschen in den Unterkünften schnell bei existentiellen Krisen, die oft auch zum Selbstmord führen können. Dieses Angebot ist immens wichtig für die Gesundheit der Geflüchteten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Rückkehrberatung fortführen - „Zweite Chance Heimat“ des AGDW fördern**

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart übernimmt im Falle des Wegfalls der bisherigen EU-Förderung aus dem Asyl- Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) ab dem 1.4.2022 die Kosten für das Projekt „Zweite Chance Heimat“ des AGDW e.V., insb. (GRDRs 197/2021)  
(Kosten jährlich: 104.100 €)
2. Im Fall einer (wahrscheinlichen) weiteren EU-Förderung des Projekts durch AMIF übernimmt die Stadt Stuttgart wie bisher den jährlichen kommunalen Kofinanzierungsanteil in Höhe von 23.000 Euro.

...

### Begründung:

Seit dem Jahr 2004 bietet die Arbeitsgemeinschaft für die eine Welt e.V. (AGDW) in Stuttgart lebenden ausländischen Personen, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten und dabei Hilfe benötigen, Beratung, Information und praktische Unterstützung im gesamten Rückkehrprozess an. Durch das Angebot Rückkehrberatung wird sichergestellt, dass Hilfesuchende zu festen Öffnungszeiten qualifizierte Beratungen und praktische Unterstützungen durch 1,5 Stellen erhalten. Durch die ganzheitliche qualifizierte Rückkehrberatung werden persönliche, bürokratische und finanzielle Hindernisse bei Rückkehrwilligen abgebaut, die Motivation zur Rückkehr wird erhöht und der Zeitraum bis zur Ausreise verkürzt.

Um das Projekt mit EU-Mitteln fortsetzen zu können wird die AGDW an der kommenden Ausschreibung des AMIF im Herbst 2021 teilnehmen. Der Antrag kann voraussichtlich im 4. Quartal 2021 gestellt werden. Mit der Entscheidung über den Antrag kann frühestens im März 2022 gerechnet werden. Die Laufzeit der Bewilligung würde drei Jahre, vom 01.04.2022 bis 31.03.2025, betragen.

Bisher ist die Finanzierung der Rückkehrberatung abhängig von den für einen befristeten Zeitraum bewilligten AMIF-Mitteln. Um in Zukunft das Angebot Rückkehrberatung dauerhaft sicherstellen zu können, unabhängig von den Unwägbarkeiten der Gewährung von AMIF-Mitteln, beantragt die AGDW einen jährlichen städtischen Zuschuss in Höhe von 104.100 EUR ab dem Jahr 2022. An der Finanzierung der jährlichen Kosten in Höhe von 179.100 EUR beteiligt sich das Land Baden-Württemberg mit einem Zuschuss in Höhe von 75.000 EUR/Jahr. Sollte die AGDW Drittmittel aus dem AMIF erschließen können, würde der städtische Zuschuss entsprechend reduziert werden.

Die Sozialverwaltung befürwortet, dass das Angebot Rückkehrberatung in den Jahren 2022 bis 2025 rückkehrwilligen in Stuttgart lebenden Migranten zur Verfügung steht. Im Falle einer befristeten Bewilligung einer Zuwendung aus AMIF-Mitteln sind städtische Mittel für den kommunalen Kofinanzierungsbeitrag erforderlich.

In den Jahren 2022 bis 2025 stellt die Stadt jährlich 23.000 EUR zur Verfügung, zur Sicherung des kommunalen Kofinanzierungsanteils im Falle einer Finanzierungszusage des AMIF.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                          Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                          Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>achTsam im Sozialraum – Sozialraumorientierte Suchtberatung stärken</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Mittel für eine zusätzliche **0,5** Fachkraftstelle der sozialraumorientierten Suchtberatung des Klinikums der LHS (CMBA Bezirk 1) und die daraus resultierenden zusätzlichen Raumkosten werden in den Doppelhaushalt 2022/2023 eingestellt  
(Kosten 2022: 67.200 / 2023: 67.200 Euro)

**Begründung:**

Der 2013 begonnene Prozess der weiteren Verflechtung von Trägern der Suchthilfe, Wohnungsnotfallhilfe und Sozialpsychiatrie der LHS im „Konzept zur ambulanten Versorgung von chronisch mehrfach beeinträchtigten Abhängigkeitskranken (CMBA) in Stuttgart bleibt wichtig und muss gestärkt werden (siehe GDR 185/2017). Mit den Beschlüssen im Rahmen des Doppelhaushaltes 2020/21 konnte die Umsetzung einer flächendeckenden CMBA-Versorgungsstruktur abgeschlossen werden. Die Evaluation und positive Resonanz der aufsuchenden Hilfen in Bezirk 1 zeigen, dass die Zielgruppen erreicht werden können. Nun gilt es weiterhin den Bedarfen (0,5 Fachkraft-Stelle, zusätzlicher Flächenbedarf) zu entsprechen. Die Aufsuchenden Hilfen für chronisch suchtmittelabhängige Menschen im Projekt „achTsam“ für den CMBA Bezirk 1, strebt eine Weiterentwicklung des Versorgungsangebots der Stadtbezirke Ost, Wangen, Hedelfingen und Untertürkheim an. Die dafür nötigen Mittel sollen in den DHH 2022/23 eingestellt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Infektionsprophylaxe der Kontakt- und Anlaufstelle High Noon ausbauen</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Kontakt- und Anlaufstelle High Noon ab dem Haushaltsjahr 2022ff mit zusätzlichen **5.000€ p.a.** für Sachkosten zur Infektionsprophylaxe zu unterstützen.

**Begründung:**

Die Ausgabe von Utensilien der Kontakt- und Anlaufstelle High Noon, verknüpft mit den Beratungsangeboten zu „Safer use“ ist ein wichtiger Baustein der Infektionsprophylaxe und der Suchthilfeangebote der LHS. Die Bereitstellung des Angebotes an 365 Tagen im Jahr an anonym nutzbare Automaten sowie durch qualifizierte Hilfskräfte und die Fachkräfte von Release muss auch in den kommenden Jahren gesichert werden. Das jährliche Sachmittelbudget zum Infektionsschutz beträgt derzeit 37.000€ und muss zur Sicherstellung des Angebotes um etwa 5.000€ im Jahr auf 42.000€ angepasst werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Mehrkosten für Beratungsräume des Gerontopsychiatrischen Beratungsdienstes übernehmen</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Übernahme der zusätzlichen Mittelbedarfe für ein weiteres Beratungszimmer in Höhe von **2.300 € p.a.** in den Haushaltsjahren 2022ff für den Gerontopsychiatrischen Beratungsdienst des Caritasverbands Stuttgart e.V.

**Begründung:**

Der Gerontopsychiatrischer Beratungsdienst (Gerbera) Süd/Mitte/Nord ist im Jahr 2020 auf 2,3 Stellen angewachsen. Doppelbelegungen von Büros in denen sensible in Beratungssituationen von älteren Bürgerinnen und Bürgern stattfinden ist in der Gerbera problematisch und sollte vermieden werden, um die notwendige Vertraulichkeit zu gewährleisten und die Akzeptanz des Angebots zu verbessern.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                  Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                  Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Zusätzliches Beratungszimmer für den sozialpsychiatrischen Dienst Stuttgart-Freiberg</b>

**Wir beantragen:**

1. Zur Sicherstellung des Beratungsangebotes des sozialpsychiatrischen Dienstes Stuttgart Freiberg ein zusätzliches Beratungszimmer, mit Kosten in Höhe von **5.300 € p.a. ab DHH 2022ff.**

**Begründung:**

Zu 1) Der Sozialpsychiatrische Dienst hat über längere Zeit einen dringenden Bedarf eines weiteren Beratungszimmers entwickelt. Seit Juli 2019 trägt die Evangelische Gesellschaft die Mehrkosten für die Nutzung eines weiteren Raumes. Die zusätzliche Räumlichkeit wird für die Sprechstunde der psychiatrischen Institutsambulanz und des sozialpsychiatrischen Dienstes genutzt. In vielen Sitzungen des SGAs wurde in den vergangenen Monaten im Namen der Hilfestellen und GZPs der LHS deutlich, dass die Bedarfe nach sozialpsychiatrischen Hilfen zuletzt stark zunahmen. Die Erhöhung der Zuschüsse im Rahmen der Förderung der sozialpsychiatrischen Dienste ist daher richtig und notwendig.

Laura Halting-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Das neue gemeindepsychiatrische Zentrum in Sillenbuch zukunftsfähig aufstellen</b>

**Wir beantragen:**

1. Den Mittelbedarf des neuen GPZ Standort Sillenbuch (Raumkosten/ Flächenausweitung) in den Haushalt 2022/23ff aufzunehmen  
(Kosten 2022ff: 43.000 €)
2. Die bereits vom Träger geleisteten Mittel (Miet- und Nebenkosten) anteilig für das zurückliegende Halbjahr, seit Einzug am neuen Standort (07/2021), zu erstatten
3. Die Kosten der teilweisen Verlagerung der Angebote der Suchtberatungsstelle des Klinikums Stuttgart gKAöR in das Gemeindepsychiatrische Zentrum Ost mit **27.000 € p.a.** in den Haushalt 2022/23ff aufzunehmen

**Begründung:**

Zu 1) Das Gemeindepsychiatrische Zentrum in Stuttgart-Sillenbuch (ehemals Standort Birkach) wurde bereits am 16. Juli eröffnet. Der sozialplanerisch zu befürwortende neue Standort wird in GRDRs 155/2021 erläutert. Die Raumsituation wurde damit maßgeblich verbessert und vertrauliche Klient:innengespräche in angemessenen Räumlichkeiten ermöglicht. Am Standort in Sillenbuch sind Barrierefreiheit, Wohnort- und Gemeindenähe in zentraler Lage mit guter Verkehrsanbindung gegeben. Der neue Standort entspricht den Kriterien nach GRDRs 556/2016 und ist im Hinblick auf Größe und Ausstattung vergleichbar mit anderen GPZs, welche in den vergangenen Jahren in neuere und größere Immobilien umgezogenen sind.

Zu 2) Umzüge von wichtigen Einrichtungen der sozialpsychiatrischen Hilfen der LHS können nicht nach Doppelhaushalt-Turnus geplant werden. Die seit dem Umzug an den neuen Standort entstandenen Kosten der eva sollen daher bemessen und rückwirkend gefördert werden.

Zu 3) Im Zuge des Umzugs wurde die Verlagerung der Angebote der Suchtberatungsstelle des Klinikums Stuttgart in ungenutzte Räumlichkeiten des Gemeindepsychiatrischen Zentrums Ost vorgenommen. Die Suchtberatungsstelle des Klinikums bietet in der Region I (Stadtbezirke Ost, Sillenbuch, Ober- und Untertürkheim, Hedelfingen und Wangen) aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängige Menschen an. Darüber hinaus werden CMBA in der regionalen Fachberatungsstelle Ost der Wohnungsnotfallhilfe suchtspezifisch beraten und betreut. Zur Umsetzung des CMBA-Angebots stehen der Suchtberatungsstelle des Klinikums 1,5 Fachkräfte zur Verfügung. Sozialplanerisch wurde die

Erweiterung des Suchtberatungsangebots vor Ort im Stuttgarter Osten von Seiten der Verwaltung bereits begrüßt und die Anmietung der zusätzlichen Räume befürwortet.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Mediennutzung für Mädchen Präventionsseminare an Schulen</b>

**Wir beantragen:**

- Die Präventionsseminare „MIA Medien\_Ich\_und\_Andere(s)“ zur Mediennutzung für Mädchen und junge Frauen an Schulen der LHS zu realisieren und dafür im DHH 2022/23 **16.600 € p.a.** zu Verfügung zu stellen.  
(Kosten: 2022: 16 600 € // 2023: 16 600 €)

**Begründung:**

Zu 1) Die Suchtberatungsstelle für Frauen und Mädchen in Stuttgart „Lagaya“ rückt mit dem Projekt „MIA Medien\_Ich\_und\_Andere(s)“ aktuelle Herausforderungen und Risiken von intensiver Mediennutzung in den Fokus.

Mädchen und jungen Frauen (sowie deren Angehörige und entsprechendes pädagogisches Personal) erhalten im Rahmen des Programms Raum für Reflexion und für die Auseinandersetzung mit Chancen und Risiken von intensiver Mediennutzung. Es bietet Orientierung, Information und Begleitung bis hin zu beratender Einzelfallhilfe. Ziel ist es, dass individuelle Nutzungsmuster zu erkennen, zu besprechen und neue Nutzungsstrategien zu entwickeln um damit einer möglichen Chronifizierung pathologischer Verhaltensweisen wie bspw. der Suchtentwicklung frühzeitig entgegen zu wirken.

Die Beratungsstelle möchte das Problemfeld aktiv im Austausch mit Mädchen und jungen Frauen thematisieren und in Schulen oder Einrichtungen der Jugendhilfe der LHS Seminarangebote zu Verfügung stellen. Angewandt werden sollen interaktive und reflexive Methoden aus der sozialen Gruppenarbeit, Sucht-, Stress-, Gewalt- und Mobbingprävention, Erlebnispädagogik, Körperschemaarbeit, Medien- sowie Sexualpädagogik und nicht zuletzt Methoden aus der psycho-sozialen Arbeit mit Verhaltens- und Persönlichkeitsstörungen.

Zielsetzungen sind dabei:

- Unterstützung dabei individuelle (konstruktive sowie destruktive) Nutzungsmuster zu erkennen, besprechen und zu reflektieren
- konstruktiv(er)e Handlungs- und Nutzungsstrategien entwickeln, gesündere Verhaltensweisen und Medienkonsumformen einüben und etablieren - Medienkompetenz verbessern
- fachlich kompetente Unterstützung bei Interesse, Fragen, Sorgen und Nöten in Bezug auf Mediennutzung (Social Media, Social Messaging, Online-Gewalt etc.)

- riskante Aspekte und negative Auswirkungen reduzieren und möglicher Chronifizierung sowie psychologischen Folgestörungen möglichst frühzeitig entgegenwirken  
Sensibilisierung für riskante (Beziehungs-)Dynamiken (z.B., (sexuelle) Gewalt im Internet, Cyber Mobbing)
- Sensibilisierung für Selbstwert und Selbstschutz
- nachhaltige Unterstützung in das bereits Vorhandene Kooperationsnetzwerk einbringen und dieses weiter ausbauen
- Unterstützung bei Erarbeitung von Ausgleichsmöglichkeiten bei gleichzeitiger Erwartung allumfänglicher Erreichbarkeit sowie Befähigung dazu Balance zu halten, auch wenn (z.B. während d. Coronapandemie) fast alle Beschäftigungen online in unterschiedlichen virtuellen Räumen stattfinden)
- Aufklärung, Information und kompetente Wissensvermittlung zur Selbstbefähigung der Adressatinnen
- Selbstwirksamkeit stärken/Opferschutz (Schutz vor Täter-Opfer-Umkehr und Victim blaming)

MIA\_Medien\_Ich\_und\_Andere(s) ist an den Trägerverein LAGAYA e.V. Stuttgart und dort an die Präventionsabteilung Mädchen.Sucht.Auswege - Flexible Beratung und Prävention angebunden und damit Teil des Angebotsnetzwerkes des Suchthilfeverbands Stuttgart. Kooperation und Kombination mit anderen Präventionsangeboten der LHS bestehen. Insbesondere Schulen und Angebote der Jugendhilfe sowie entsprechendes Fachpersonal und Angehörige nutzen MIA regelmäßig seit Projektbeginn. Die bestehenden Netzwerke sollten daher beibehalten und ausgebaut werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Achtsamer Umgang mit der seelischen Gesundheit fängt in der Schule an – Präventionsprojekt „Verrückt? Na und!“ unterstützen</b>
--

**Wir beantragen:**

1. Das Präventionsprojekt „Verrückt? Na und!“ zur seelischen Gesundheit junger Menschen mit 0,5 Fachkraftstellen im DHH 2022/23 zu fördern
2. Die Stelle im DHH 2022/23 zzgl. Sachkosten auszustatten

**Begründung:**

Zu 1) Das von „Irrsinnig Menschlich e.V.“ entwickelte und mit dem „Großen Präventionspreis Baden-Württembergs“ ausgezeichnete Projekt verliert mit Ende dieses Jahrs die bestehende Stiftungsfinanzierung. Die in Schulen gebotenen präventiven Projekttage und Schulungen zur psychischen Gesundheit von Jugendlichen wird vom GPZ Möhringen organisiert und sollte insbesondere angesichts der großen psychosozialen Belastungen für Kinder und Jugendliche durch die Pandemiejahre weitergeführt werden. Die Nachfrage an das Projekt „Verrückt? Na und!“ ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Kein Lebensalter ist so anfällig für Probleme, die die eigenen Lösungsmöglichkeiten übersteigen, wie das Jugend- oder junge Erwachsenenalter. Psychische Erkrankungen, suchtabhängiges oder selbstschädigendes Verhalten treten in keiner Lebensphase so häufig auf, wie in der Pubertät.

Das Interesse der Schulen nach Präventionsangeboten zur seelischen Gesundheit ist trotz oder gerade mit den Erfahrungen im Zusammenhang mit der Pandemie weiterhin ungebrochen groß. Studien zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen überdies deutlich auf, dass „Sorgen und Ängste noch einmal zugenommen hätten, auch depressive Symptome und psychosomatische Beschwerden wie Kopf-oder Bauchschmerzen seien verstärkt zu beobachten“, so die Leiterin der Copsy-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE), Ulrike Ravens-Sieberer. Vor der Corona-Krise gab es laut der Untersuchung „lediglich“ bei zwei von zehn Kindern ein Risiko für psychische Auffälligkeiten. In der Pandemie sehen viele Kinder ihre Lebensqualität deutlich gemindert Laut der letzten Befragung im Rahmen der Studie fühlen sich 85% der Kinder belastet. Die Studie zeigt auch auf, dass Kinder einkommensschwachen Verhältnissen sowie Kinder aus Familien mit einem Migrationshintergrund stärker belastet sind.

Zentrales Ziel des Projekts ist es, seelische Krisen „besprechbar“ zu machen, damit eine Entstigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen stattfindet. Die Zeit zwischen dem ersten Auftreten von Symptomen bis zur Unterstützung für die Bewältigung von

psychischen Krisen oder Erkrankungen sollte möglichst kurzgehalten werden. Das Projekt hilft jungen Menschen, ihre Not früher zu erkennen, sich nicht zu verstecken und Unterstützung anzunehmen.

Die Schule als Begegnungsort eignet sich daher in besonderer Weise, um wirksam in Kontakt zu kommen. Die in den Schulen verortete Schulsozialarbeit bietet eine gute Ausgangssituation, um die Projektstage nachhaltig zu sichern. Schulsozialarbeiter:innen sind zentrale und auch vertraute Ansprechpartner:innen für Schüler:innen, Lehrkräfte und Eltern.

Schulsozialarbeiter:innen erkennen die besonderen Bedarfe der Schüler:innen und der Lehrkräfte. Gemeinsam mit „Verrückt? Na und!“ können passgenaue Angebote für Schulen entwickelt und durchgeführt werden. Die Beratungs- und Vermittlungsqualität im Hinblick auf psychische Gesundheitsprobleme wird durch das Team „Prävention zur seelischen Gesundheit -Verrückt? Na und!“ über anonyme Fachberatungen oder Fachveranstaltungen erweitert, sodass in erster Linie die vertrauten Ansprechpersonen der Schüler:innen fachlich fundiert und sicher handeln können.

Der Personalbedarf umfasst eine Fachkraft gemäß §72 SGB VIII mit einschlägigen Erfahrungen in der Präventionsarbeit zur seelischer Gesundheit und sozialpsychiatrischem Fachwissen (0,5 Stellenanteile).

Zu 2) Die pauschal nötigen Sachkosten sollen im DHH Zeitraum 2022/2023 zu Verfügung gestellt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Medikamentenmissbrauch erkennen und handlungsfähig werden - Aufbau einer digitalen Plattform und Fachberatung</b>

**Wir beantragen:**

- 1. Die Finanzierung der Umsetzung und des Betriebes einer digitalen Plattform zur Prävention bei Medikamentenkonsum- und abhängigigkeit des Zentrums für Seelische Gesundheit am Klinikum der LHS mit **41.500 € p.a.** im DHH 2022/23  
0,5 Stellenanteile  
(Kosten 2022: 39.200 Euro / 2023: 39.200 Euro)  
Sachkosten  
(Kosten 2022: 2.300 Euro / 2023: 2.300 Euro)

**Begründung:**

Zu 1) Der Missbrauch von häufig rezeptfrei zugänglichen Medikamenten ist für Ärzt:innen und Angehörige, aber auch für die Betroffenen selbst häufig schwer durchschaubar. Das Zentrum für Seelische Gesundheit des Klinikums plant mit einer digitalen Plattform einen neuen Zugangsweg zu ermöglichen, sodass Bürger:innen wie auch Ärzt:innen digital und zeitlich unabhängig Informationen und Fachberatung erhalten können. Es sollen Ärzt:innen fachliche Unterstützung und Beratung bei Fragen zum Thema Medikamentenabhängigkeit erhalten. Betroffene sollen sich selbst testen können, Informationen zu den unterschiedlichen Medikamenten erhalten und Termine mit zuständigen Mitarbeiter:innen vereinbaren. Angehörige können über die Plattform erste Informationen erhalten und Hilfsangebote erhalten. Eine 24/7 Bereitstellung von Informationen rund um Medikamentenkonsum- und abhängigigkeit, sowie Selbsttests und Hilfsangebote uneingeschränkt nutzbar zu machen, einschließlich einer niedrigschweligen Terminvereinbarung, kann für alle Zielgruppen den Unterschied machen. Es geht darum Gefährdungspotentiale besser zu erkennen und Ärzt:innen Informationen zugänglich zu machen, sowie Austausch zu neuen „Trends“ ermöglichen. Die Unterstützung des Projektes wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Prävention und Sensibilität im Umgang mit Medikamenten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Hauswirtschaftliche Fachkraft für das Café 72 der Ambulanten Hilfe e.V.</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Kosten einer 100% Stelle für eine hauswirtschaftliche Fachkraft in der Bad-Cannstatter Tagesstätte Café 72 des Ambulante Hilfe e.V. mit **50.000 € p.a.** in den Haushaltsjahren 2022 bis 2025 einzustellen.

**Begründung:**

Das seit über 25 Jahren in Bad Cannstatt präsenste Café 72 ist eine Tagesstätte des Ambulanten Hilfe e.V. und leistet einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung und (Selbst-)Versorgung eines breiten Spektrums von Besuchenden. Gegründet und weiterentwickelt hat sich das Café 72 mit der Konzeption „Hilfe zur Selbsthilfe“, um Menschen in Armut und Wohnungsnot den Anschluss an ein Stück Normalität zu ermöglichen. Es bietet die Infrastruktur (Küche, Waschmaschine, Trockner, PC), die Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht und die Würde des Einzelnen stets gewahrt wird. Aufgrund der partizipativen Konzeption benötigte die Einrichtung als einziger Träger einer Tagesstätte in Stuttgart bislang keine hauswirtschaftliche Fachkraft. Durch die in den vergangenen Jahren gewachsene Besucherschaft und verstärkt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und mit September dieses Jahres wegfallende Stiftungsförderung, wird eine Konzeptanpassung notwendig.

Seit 2014/15, verstärkt durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, nahm die Zahl der Besucher:innen im Cafe 72 spürbar zu. Auch wurde die Besucherschaft dadurch vielfältiger. Gab es zuvor viele Stammbesucher:innen, die alleinstehend und schon etwas älter waren, kommen in der jüngeren Vergangenheit viele arbeitssuchende Menschen aus dem EU-Ausland und zunehmend auch Familie in die Tagesstätte. Für die Einrichtung ist es damit notwendig konzeptionelle Anpassungen vorzunehmen und sich weiterzuentwickeln, um den Bedürfnissen der größeren und veränderten Besucherschaft besser zu entsprechen. Zunehmende Besetzungslücken müssen aufgefangen werden und der in der Pandemie erheblich gestiegene Bedarf an Mittagessen begegnet werden.

Aufgrund der größeren und veränderten Besucherschaft im Café 72 sowie der noch länger geltenden Hygienemaßnahmen ist eine Rückkehr zur früheren partizipativen Konzeption derzeit nicht absehbar. Die vielfältigen Angebote der Tagesstätte von Essenausgabe, Dusch-, Waschmaschinen- und Trockner-Zugang, Kleiderkammer, Sprechstunden des MedMobils und Vermittlung an weitere Hilfsangebote für Wohnungslose und psychisch erkrankte Besucher:innen des Cafés 72 dürfen nicht wegfallen. Zur Aufrechterhaltung der Angebote ist

die Beantragung einer 100% Stelle wirtschaftlichen Fachkraft für die Tagesstätte notwendig. Die Anpassung an Personal-Standards, die für anderer Tagesstätten längst gefördert sind, befähigt das Café 72 die Idee von Hilfe zur Selbsthilfe, unter Beibehaltung der Würde und Individualität des Einzelnen, treu zu bleiben.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Ausstattung aller Mitarbeitenden in den ambulanten Hilfen und aller Wohngruppen der Erziehungshilfen mit einem Smartphone.</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Stadt Stuttgart stattet alle Mitarbeitenden in den ambulanten Hilfen und aller Wohngruppen der Erziehungshilfen mit einem Smartphone aus

**Begründung:**

Es handelt sich hier um einen Antrag des Personrats des Jugendamts gemäß §84 in Verbindung mit §75(4) Ziff.12. Die darin enthaltene Forderung ist nachvollziehbar und angemessen. In heutiger Zeit findet persönliche und private Kommunikation ganz überwiegend über digitale, soziale Medien und Chat-Plattformen statt. Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen und mit knappen finanziellen Mitteln und zumal Kinder und Jugendliche nutzen klassische Telefonie und Mail praktisch gar nicht mehr. Prepaid-Handys ohne Guthaben bewegen sich dann auch nur in WLAN-Netzen.

Mit den bisher arbeitgeberseitig zur Verfügung gestellten Arbeitsmitteln können die Mitarbeitenden in den ambulanten Häusern zur Erziehungshilfe, praktisch nicht mehr mit ihren Klient:innen kommunizieren. Man kann sich gegenseitig nicht kurzfristig erreichen, Absprachen und Terminvereinbarungen sind extrem erschwert, fallen aus, ohne abgesagt zu werden etc. Es gab Situationen, in denen abgängige Jugendliche nur erreicht und zurückgeholt werden konnten, wenn Kolleg:innen regelwidrig die zeitgemäße und überhaupt mögliche Kommunikation über ihr privates Gerät bewerkstelligen. Es gibt einige Mitarbeitende, die das tun. Das macht sie einerseits arbeitsfähig, andererseits gibt es keine Abgrenzung zur Fallarbeit nachts, am Wochenende oder im Urlaub. Zudem ist das regelwidrig.

Es gibt viele gute Alleinstellungsmerkmale der Dienste des Jugendamts gegen die der freien Träger, der Einsatz musealen Kommunikationsmaschinen gehört allerdings nicht dazu.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:   Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:   Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Digitale Lernplattform check-e.jetzt. weiterfinanzieren</b>

**Wir beantragen:**

1. Weiterfinanzierung von Personal- und Sachkosten der digitalen Lernplattform „check-e.jetzt“ in Höhe von **81.525 € p.a.** für die Haushaltsjahre 2022ff

Stellenanteile

(Kosten 2022: 65.220 Euro / 2023: 65.220 Euro)

Sachkosten

(Kosten 2022: 16.300 Euro / 2023: 16.300 Euro)

**Begründung:**

Die digitale Lernplattform „check-e.jetzt.“, die im Oktober 2020 als Pilot-Projekt des Freiwilligenzentrums Caleidoskop im Caritasverband für Stuttgart e.V. gestartet ist, bringt Schüler:innen mit Lernrückständen mit Freiwilligen zusammen. Die Lernbegleitung in Lern Tandems hat sich im vergangenen Jahr bewährt und ergänzt die bewährten Patenprogramme der LHS. Die erfolgreiche Vermittlung im Patenprogramm der Lernplattform leistet einen wichtigen Beitrag die Folgen der Pandemie für den Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen abzudämpfen und ihnen ein gutes Fundament für den weiteren Bildungsweg zu geben. Der Beschäftigungsumfang der zwei hauptamtlichen Fachkräfte, die dabei Lern Tandems zusammenführen, moderieren und begleiten soll auf insgesamt 100% erhöht werden (aktuell 70%).

Die Pandemie hat uns zuletzt vor Augen geführt wie abhängig der Lernerfolg von Schüler:innen von der sozioökonomischen Situation im Elternhaus ist. Die LHS fördert seit vielen Jahren eine Vielzahl von Patenprogrammen für Kinder und Jugendliche, auch im Bereich der Lernbegleitung. Diese Patenprogramme arbeiten jeweils mit einer bestimmten Zielgruppe von Schülerinnen und Schülern, an vorgegebenen Kooperationsschulen und in ausgewählten Stadtteilen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die durch dieses ehrenamtliche Engagement erreicht werden, ist bereits beachtlich. Der Bedarf liegt aber weitaus höher. Für viele Schülerinnen und Schüler, insbesondere der Grundschulen und der Sekundarstufe 1, gibt es nach wie vor zu wenig Angebote einer individuellen Lernbegleitung.

Die digitale Lernplattform check-e.jetzt für virtuelle Lerntandems verkleinert die Lücke der fehlenden Lernbegleitung durch ehrenamtliche Engagierte mit derzeit 90 Lerntandems weiter. Vor allem der sorgsame und zeitaufwendige Vermittlungsprozess soll in der Verstetigung des Projekts verbessert werden, um Tandems zügiger ins gemeinsame Arbeiten zu bringen.

Die positive Resonanz von Seiten der Schüler:innen sowie Lehrer:innen bestätigt die angestrebte Erhöhung der Anzahl der Lerntandems und soll eine zuverlässige Lernbegleitung über mindestens ein Schulhalbjahr ermöglichen. Bereits einmalige wöchentliche Treffen ermöglichen einen erkennbaren schulischen Erfolg, was die Schüler:innen sofort in ihrem Selbstbewusstsein und ihrer Motivation positiv verändert und sie in ihrer Selbstwirksamkeit bestärkt. Die ehrenamtlichen Lernbegleitungen leisten hier einen außergewöhnlichen Beitrag, der den Schülerinnen und Schüler ein gutes Fundament für ihren weiteren Bildungsweg vermittelt.

Zielgruppe: Kinder und Jugendliche aller allgemeinbildenden Schulen in Stuttgart, die einen konkreten Bedarf im Bereich der Lernunterstützung und eine Empfehlung zur Teilnahme durch eine Lehrkraft, die Schulsozialarbeit oder eine Beratungsstelle haben sowie sich mindestens 6 Monate eine Lernbegleitung wünschen. Als Lernbegleitungen engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, Studierende oder Mitarbeiter:innen aus Unternehmen. Die Gruppe der Engagierten ist heterogen, da das Engagement flexibel, digital und damit auch ortsunabhängig ist.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Therapeut\*innen durchgeführt. Damit wird jedem Elternteil ermöglicht, eine individuelle therapeutische Begleitung in Einzelgesprächen und eine Unterstützung in den emotional sehr stark belastenden 4er-Gesprächen zu erhalten. Es handelt sich dabei um eine sehr aufwändige und diffizile systemische Familienberatung- und -therapie. Mithilfe eines als Honorarkraft tätigen Kollegen kann zudem das therapeutische Angebot in türkischer und kurdischer Sprache ausgeweitet werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Fachberatungsstelle Häusliche Gewalt der Sozialberatung Stuttgart e.V. stärken**

### Wir beantragen:

1. Einen 0,4 Stellenanteil zur Sozialarbeit mit 43.707 Euro jährlich zur Erhöhung der Personalkapazitäten im Arbeitsfeld Beratung und Training von gewaltausübenden Menschen in Fällen von häuslicher Gewalt im Rahmen von STOP
2. Einen 0,2 Stellenanteil zur Sozialarbeit mit 21.854 Euro jährlich zur Regelfinanzierung des Projektes „Intervention geflüchteter Menschen in Fällen häuslicher Gewalt im Rahmen von STOP (GRD 243/21)
3. 5.700 Euro jährlich als Zuschusserhöhung zur Refinanzierung der Mietkosten für die Räumlichkeiten der Beratungsstelle in der Charlottenstraße

### Begründung:

Die Ausführungen zur generellen Bedeutung des Themas Prävention häuslicher Gewalt finden sich in unserem Antrag „**Prävention Häusliche Gewalt im Genderteam – Mittel für die Fraueninterventionsstelle (FIS) von Frauen helfen Frauen e.V. und die Fachberatungsstelle Gewaltprävention der Sozialberatung Stuttgart e.V.**“.

Antragspunkt 1) begründet sich in einer Fallsteigerung bei häuslicher Gewalt.

Zu 2)

Mittels dolmetschergestützter Beratungsarbeit wird das Angebot weiterentwickelt und ausgebaut um geflüchtete Menschen zu erreichen, die aufgrund von Sprachbarrieren bisher keinen Zugang zum Beratungsangebot bei Häuslicher Gewalt hatten.

Zu 3)

In den letzten 10 Jahren wurden die Zuschüsse für die Miete nicht erhöht, trotz erfolgter aufwändiger Sanierungen. Mitte 2021 wurde im Zuge des Auslaufens des bisherigen Mietvertrages die Miete auf 13€/qm erhöht, wofür die aktuellen Pauschalen nicht ausreichen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                   Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                   Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Prävention Häusliche Gewalt im Genderteam – Mittel für die Fraueninterventionsstelle (FIS) von Frauen helfen Frauen e.V. und die Fachberatungsstelle Gewaltprävention der Sozialberatung Stuttgart e.V.</b>

**Wir beantragen:**

1. Zur weiteren Implementierung von Prävention von Häuslicher Gewalt im Genderteam erhöht die Stadt Stuttgart die Mittel um jährlich 116.726 Euro (GRDs 243/2021)

Die Summe ergibt sich aus der Erweiterung der Stellenkapazitäten um insg. 120% (jeweils 60% pro Träger). Die Mittel verteilen sich wie folgt:

- Sozialberatung Stuttgart e.V. in Höhe von 56.735 Euro jährlich
- Fraueninterventionsstelle (FIS) in Höhe von 59.991 Euro jährlich

**Begründung:**

Für eine nachhaltige Verankerung der bisherigen Präventionsangebote im Bereich Häusliche Gewalt sind zusätzliche personelle Ressourcen erforderlich. Die Coronapandemie hat das erhöhte Ausmaß an Partnerschafts- und häuslicher Gewalt in den Fokus gerückt. Zudem besteht seit dem 1. Februar 2018 die gesetzliche Verpflichtung der sog. Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Häuslicher Gewalt. Die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen muss auf lokaler Ebene erfolgen. Die hohe Dunkelziffer, wonach geschätzt bis zu 30% der Bevölkerung von häuslicher Gewalt und Stalking betroffen sein könnten (Kinder, Jugendliche und Erwachsene), gebietet es, Prävention als Regelangebot in den unterschiedlichen Fachstellen zu verankern, diese zu vernetzen und Beratung anzubieten.

Um die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, werden die Zielgruppen ausgeweitet. Neben Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in allen Bildungseinrichtungen, sollen Fachkräfte (Pädagog:innen der offenen und mobilen Jugendarbeit, Schulsozialarbeitende, Multiplikator:innen (Lehrer:innen, Familienhebammen, Schwangerenberatungen) sowie zivilgesellschaftliche Verbände unterschiedlicher Kulturen, sexueller Orientierung, Religionen u.v.m. sensibilisiert und erreicht werden.

Für die Fraueninterventionsstelle FIS ist es zwingend erforderlich, dass eine Anpassung der Verwaltungskosten vorgenommen wird, nachdem dies seit ihrem Bestehen noch nie erfolgt ist. Der Verwaltungsaufwand und die Kosten sind durch Aufgabenvermehrung sowie zusätzliche Fachkraftstellen und Tarifsteigerungen enorm gestiegen. Das kann vom Verein nicht mehr alleine gestemmt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                   Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                   Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Mittel für die Fraueninterventionsstelle (FIS) von Frauen helfen Frauen e.V.</b>

**Wir beantragen:**

1. Für eine bessere Büroausstattung und die Anmietung weiterer Räumlichkeiten erhöht die Stadt den Zuschuss für die Fraueninterventionsstelle FIS in Höhe von 12 700 Euro jährlich für Mietkosten, Mietnebenkosten und Sachkosten
2. Zzgl. einer einmaligen Zahlung in Höhe von 2.850 Euro für Büromobiliar und die Neueinrichtung von EDV- und Telefon

**Begründung:**

Es ist erfreulich, dass in den vergangenen Jahren für die zusätzlichen Aufgaben neue Fachkraftstellen geschaffen wurden. Seit Bestehen der Fraueninterventionsstelle FIS wurden aber weder die Verwaltungs- noch die Raumkosten angepasst, obwohl es bei beiden Posten zu erheblichen Tarif- und Mietpreissteigerungen gekommen ist.

Seit 2010 gab es keine Erweiterung der Räumlichkeiten. Die FIS benötigt dringend eigene Büros, um ihre Arbeit auf hohem professionellem Niveau weiterführen zu können. Das Ausweichen und Mitnutzen der BIF-Räume ist inzwischen völlig an seine Grenzen angelangt. Ab April 2022 besteht die Chance in der Bismarckstraße 30 eine zusätzliche Wohnung mit 2 Zimmern anzumieten. Diese Möglichkeit sollte dringend wahrgenommen werden, insbesondere, wenn der Präventionsantrag Häusliche Gewalt bewilligt wird.

Die Fraueninterventionsstelle ist der städtischen Interventionsstelle zwar formal gleichgestellt, faktisch ist sie aber finanziell schlechter gestellt, da es bisher keine Erstattung der gestiegenen Verwaltungskosten gab. Der Verein kann die ständig steigende Belastung der Verwaltungs- und Mietkosten nicht mehr alleine tragen. Die Fachkräfte müssen von Verwaltungsarbeiten entlastet werden, damit sie ihren eigentlichen Aufgaben der Beratung nachkommen können.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 21.10.2021	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                  Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                  Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff  <b>Gewaltschutz für Männer stärken</b>

**Wir beantragen:**

2. Einen zusätzlichen 0,6 Stellenanteil für die Sozialberatung e.V. zur fachgerechten Beratung von betroffenen Männern in Fällen häuslicher Gewalt in Stuttgart.(GRDs 243/2021)  
(Kosten jährlich: 50.733,00 Euro)

**Begründung:**

Grund für die Beantragung zusätzlicher Personalkapazitäten ist die immense Fallsteigerung in 2019 und insbesondere im Pandemiejahr 2020 auf 100 Fälle im Jahr. Diese Steigerung kann auch auf die Enttabuisierung des Themas durch eine verstärkte Öffentlichkeits- und Pressearbeit zurückgeführt werden. In den Jahren 2016 bis 2018 waren noch 40 Fälle pro Jahr zu verzeichnen, im Jahr 2019 stieg die Zahl auf 65 und im Jahr 2020 sogar auf 100 Männer, die Beratung suchten. Hinzu kamen Fragen von 30 Fachstellen aus dem Hilfenetzwerk, um Beratung und Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Die Beratungsstelle männliche Opfer von häuslicher Gewalt am Katharinenplatz 3 in Stuttgart wurde gemeinsam mit der Abteilung für Chancengleichheit und Diversity konzipiert und ins Leben gerufen. Nach erfolgreichem Projektverlauf wurde vom Gemeinderat im DHH 2016/17 eine halbe Vollzeitstelle zur Weiterführung der Beratung als Regelangebot bewilligt. Ergänzt wird das Angebot durch eine Schutzwohnung mit zwei Plätzen. Zudem kann inzwischen eine Onlineberatung und seit 2020 auch Videoberatung angeboten werden. Damit kann schnell und niederschwellig Hilfe angeboten werden.

Die Beratungskapazitäten im Bereich „Gewaltschutz für Männer“ erhöhen sich mit den beantragten Stellenanteilen auf insgesamt 1,1 Vollzeitkräfte.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Klima, Energie





<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
---

Betreff

**Alle städtischen Gebäude bis 2030 klimaneutral machen – 60 Mio. Euro pro Jahr investieren!**

#### Wir beantragen:

1. Für die Jahre 2022 ff. ein Budget von jährlich 60 Mio. Euro für die Sanierung von allen städtischen Liegenschaften mit dem Ziel, Klimaneutralität zu erreichen.
2. Die Schaffung der notwendigen Stellen (60) für die Umsetzung.

#### Begründung:

Die Stadt besitzt 1.321 Liegenschaften und 2.334 weitere Abnahmestellen (z.B. Straßenbeleuchtung). Der Stromverbrauch wird derzeit mit 202,5 GWh/a angegeben, der Heizenergieverbrauch 288,9 GWh/a. Daraus resultieren Treibhausgasemission in Höhe von 70.104 t CO<sub>2</sub>/a. Die Stadtverwaltung muss im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens unbedingt mit gutem Beispiel vorangehen und alle städtischen Liegenschaften – soweit notwendig – sanieren. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde dies im Januar 2021 als "eine gute Investition in die Zukunft" bezeichnet.

"Außer Frage stehe die Notwendigkeit von Klimaschutz und -neutralität, die angedachten Maßnahmen bei den städtischen Liegenschaften werden begrüßt." – so werden die Vertreter\*innen von Grünen, CDU, SPD, FDP, Freien Wähler und der Fraktionsgemeinschaft PULS zitiert.

Auch von Seiten der Verwaltung wird Sympathie für die energetische Sanierung städtischer Gebäude erkennbar: "Diese knapp 600 Mio. €, legt BM Pätzold dar, seien notwendig, um die Beschlüsse in den Energierichtlinien bei Sanierungen in Bezug auf die Energieneutralität zu erreichen und seien eine Investition in die Zukunft. Investitionen in die Klimaneutralität sei kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit und rechne sich am Ende." (Quelle: Protokoll Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) vom 22. Januar 2021)

Diese Notwendigkeit, die sich am Ende rechnet und von der großen Mehrheit des Gemeinderats gewünscht ist, muss jetzt im Haushalt mit den notwendigen Finanz- und Personalmitteln hinterlegt werden. Es stellt sich also die Gretchenfrage: wie haltet ihr's mit dem Klimaschutz?

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
<b>Betreff</b> <b>Aufsuchende Grünraumberatung – 7 Stellen für Grünraumbeauftragte</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Schaffung von 7 Personalstellen für Grünraumbeauftragte in den Bezirken Mitte, Ost, West, Nord, Süd, Vaihingen und Bad Cannstatt
2. Ein Budget für die Grünraumberatung und Klimaanpassungsmaßnahmen in Höhe von 700 000. Euro pro Jahr

**Begründung:**

Zwar existiert ein Programm zur Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden (Richtlinie für das kommunale Grünprogramm der Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung der Hof-, Dach-, und Fassadenbegrünung; GRDRs 608/2014), die Stadt bietet hierfür auch eine kostenfreie Beratung an. Die Begrünung von Dächern und Fassaden hat bauphysikalisch, lufthygienisch und stadökologisch eine umfassend positive Wirkung. Weitere positive Eigenschaften sind die Senkung der Kosten für Klimatisierung von Gebäuden sowie ein verbesserter Lärmschutz. Die Begrünung von Hinterhöfen hat ebenfalls positive Effekte auf das lokale Klima (vor allem im Sommer) und reduziert die Schadstoffbelastung in der Luft.

Viele Bürger\*innen haben keine Kenntnis von der Existenz eines solchen Programms, hier kann eine aufsuchende Beratung Abhilfe schaffen. Das Ziel sollte sein, dass zunächst in den inneren Stadtbezirken, Vaihingen und in Bad Cannstatt je eine Stelle geschaffen wird, da diese besonders von der Klimaerwärmung und den Folgen betroffen sind. In dicht bebauten Quartieren ist eine Begrünung deutlich wirkungsvoller und notwendiger wie eher locker bebauten Außenbezirken. Die Grünberater\*innen werden die Aufgabe haben, aufsuchend die Bürger\*innen über die Fördermöglichkeiten zu informieren und sie dabei zu unterstützen, für mehr Begrünung in ihrem Umfeld zu sorgen.

Gleichzeitig können die Beauftragten auch eine Koordinierende Rolle für dringend notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen im öffentlichen Raum und auf städtischen Liegenschaften übernehmen und die Klimaanpassung im Bezirk vorantreiben.

Laura Halding-Hoppenheit  
 (Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
 (Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Aktionsprogramm Schutz vor Starkregenereignissen</b>

### Wir beantragen:

1. Ein Fonds für die Entsiegelung von Flächen innerhalb des Stadtgebiets in Höhe von 8 Mio. Euro. Die Verwaltung wird aufgefordert, geeignete Flächen zur Entsiegelung zu identifizieren und unter Berücksichtigung von Starkregenereignissen die entsprechenden Flächen im Bestand entsiegelt werden können. Bei der Identifizierung und Umsetzung ist die Abteilung Stadtklimatologie beim Amt für Umweltschutz einzubinden.
2. Die Erarbeitung eines Programms zum Schutz von kritischer Infrastruktur vor Starkregenereignissen und die notwendigen Mittel zur Umsetzung (Finanzen und Personal)
3. Ein Informationsprogramm mit aufsuchender Information für alle Einwohner\*innen Stuttgarts, wie man sich im Falle von Starkregenereignissen richtig zu verhalten hat. Dazu gehört auf der Aufbau eines Sirennetzes (Vgl. GRDRs 663/2021) und die dafür notwendigen 210 000 Euro. (siehe auch Antrag „Stuttgarter Feuerwehr zukunftsfähig aufstellen“ Antragspunkte 8, 9 und 10)

### Begründung:

Im Unterschied zu Hochwasserereignissen ist die Vorwarnzeit für Starkregenereignisse sehr viel kürzer. Tage, manchmal nur Stunden vorher ist klar, welche Gefahr durch erhebliche Niederschlagsmengen innerhalb kurzer Zeit ausgehen kann. Die Ereignisse im Sommer 2021 in Ahrweiler und Teilen Nordrheinwestfalens sowie im Spätsommer in New York City haben gezeigt, welche verheerende Ausmaße solche Starkregenereignisse auslösen können. Mit den heute bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels steigt die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse weiter an. Stuttgart ist auf Grund seiner Kessellage besonders gefährdet und verletzlich für Starkregenereignisse. Der leitende Technische Direktor vom Hochwasserschutz und der Gewässerökologie am Regierungspräsidium Stuttgart, Markus Moser, wurde in der Presse unlängst mit folgendem Satz zitiert: "Im Gegensatz zum Hochwasserschutz stehen wir mit dem Starkregenmanagement noch weitgehend am Anfang".

Zu 1) Bezogen auf Stuttgart wollen wir deshalb mit einem konzeptionellen Antrag das Thema Starkregenmanagement mit einem ersten Bündel an Maßnahmen aufs Gleis setzen, um hier für die Zukunft einen deutlich besseren Schutz aufzubauen. Ein wichtiger Baustein ist es, den Anteil an versiegelten Flächen zu reduzieren (und nicht weitere zu versiegeln wie im Rosensteinviertel geplant ist). Dies ist eine Querschnittsaufgabe und gleichzeitig Daueraufgabe, um die Versickerungsflächen zu vergrößern und damit die Auswirkungen von Starkregenereignissen zu reduzieren. Dieser Fonds soll unterstützend wirken, um Flächen zu entsiegeln – in Absprache mit der Abteilung Stadtklimatologie.

Zu 2 ) Ein weiterer Baustein muss der Schutz von kritischer Infrastruktur sein, die im Falle plötzlich auftretenden enormen Niederschlagsmengen funktionsfähig zu bleiben. Hier sind von zentraler Bedeutung Kommunikation, Notstrom und auch der Aufbau eines Sirensystems.

Zu 3) Als dritten Baustein braucht es ein Informationsprogramm für die Bevölkerung, wie man sich im Falle von Starkregenereignissen zu verhalten hat – dies hat nichts mit Panikmache zu tun, sondern richtiges Verhalten kann im Zweifel Leben retten. Hierfür ist die Verwaltung aufgefordert, zeitnah ein Konzept zu entwickeln, damit Leib und Leben sowie Infrastruktur, Gebäude und Verkehrswege bestmöglich geschützt werden. Teile eines solchen Konzepts können auch mit Antrag „Stuttgarter Feuerwehr zukunftsfähig aufstellen“ Antragspunkte 8, 9 und 10 bewältigt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Was bedeutet das Vorziehen der Klimaneutralitätsziele der Stadt auf das Jahr 2035?**

**Wir beantragen**, die Stadtverwaltung berichtet bis zum Beginn der 2. Lesung, folgende Frage zu beantworten hinsichtlich Finanzen und Personal im städtischen Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023:

- Was bedeutet das Vorziehen der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in der Stadt für alle Sektoren für den anstehenden Haushalt 2022/2023

### Begründung:

Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021 zum Klimaschutz ist klar, dass die Klimaneutralität in Deutschland deutlich vor dem Jahr 2050 erreicht werden muss, um nicht die Freiheit zukünftiger Generationen unverhältnismäßig einschränken zu müssen. Die Bundesregierung hat zwischenzeitlich ihr Klimaneutralitätsziel auf das Jahr 2045 vorgezogen. Das Land Baden-Württemberg plant mit dem Jahr 2040. Alleine die Landeshauptstadt hat ihren Zielhorizont im Aktionsplan Weltklima in Not noch auf das Jahr 2050 gelegt – was dringend geändert werden muss.

Inzwischen gibt es von fast allen Fraktionen im Stuttgarter Gemeinderat ein klares Bekenntnis und zum Teil konkrete Anträge, die ebenfalls für Stuttgart deutlich ambitionierte Klimaziele fordern. Im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) am 24.09.2021 hat die Verwaltung erste Erkenntnisse vorgestellt, die nahelegen, dass in vielen Bereichen erhebliche zusätzliche Personal- und Finanzressourcen erfordern. Darüber, was das für den Bereich der klimaneutralen Liegenschaften bis zum Jahr 2030 bedeutet, hat uns die Verwaltung bereits informiert.

Für die privaten Liegenschaften deutet sich an, dass alleine für den Bereich der Förderung von Energieeinsparung durch das Energiesparprogramm (ESP) die bereitgestellte Mittel bei weitem nicht ausreichen. Dies ist nicht verwunderlich, da die bis 2023 jährlich bereitgestellten Mittel von ca. 23 Mio. Euro pro Jahr sich noch auf das Ziel 2050 ausgelegt waren. Bei einem Vorziehen auf das Jahr 2035 würden jedoch statt zusätzlicher 6517 Wohneinheiten (WE) pro Jahr, zusätzliche 13 300 WE nötig werden. Für einen auskömmlichen Förderrahmen würde das eine

Ausstattung von jährlich 110 Mio. Euro pro Jahr bis 2035 bedeuten. Beim Blick, was in den letzten zwei Jahren tatsächlich an Fördervolumen vergeben werden konnte, wird schlagartig klar, dass es bei solch ambitionierten aber nötigen Maßnahmen ebenfalls einer völlig neuen Struktur und Ausstattung der Energieberatung bedarf.

Dieses Rechenbeispiel soll zeigen, welchen drastischen Konsequenzen der Auftrag aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch auf Stuttgart und damit auch für den Haushalt 22/23 hat. Leider fehlt aber bisher immer noch eine systematische Übersicht über alle Sektoren, was das Vorziehen der Klimaziele auch für den Doppelhaushalt 22/23 bedeutet. Dieses Wissen ist aber dringend nötig, damit für die nächsten beiden Jahre nicht mit überholten Klimazielen gearbeitet wird. Im Klimaschutz können wir uns keine zwei verlorenen Jahre leisten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Personal-und Sachmittel für das Energieberatungszentrum Stuttgart e. V. (EBZ)**

### Wir beantragen:

1. Konzeptionelle Weiterentwicklung des EBZ zur einem „one stop shop“ für Gebäudemodernisierung und Gebäudebegrünung.
2. Die Erhöhung des Zuschusses für das Energieberatungszentrum Stuttgart e. V. (EBZ) um 151 200 Euro pro Jahr für den Ausbau der Energieberatung.
3. Die Erhöhung des Zuschusses für das Energieberatungszentrum Stuttgart e. V. (EBZ) um 150 000 Euro für den Aufbau für Gebäudegrünberatung

(Kosten: 2022: 301 200 € // 2023: 301 200 €)

### Begründung:

Ein wesentlicher Baustein, um die Sanierungsrate aller Gebäude in Stuttgart voran zu bringen, sind ausreichend Beratungsangebote beim Energieberatungszentrum Stuttgart e. V. (EBZ). Der Verein soll durch eine dauerhafte Erhöhung der Zuschüsse um jeweils 301 200 Euro in den Jahren 2022 und 2023 in die Lage versetzt werden, die Stellenanteile zu erhöhen und das Beratungsangebot ausbauen und weiterzuentwickeln. Dies ist notwendig, um die Sanierungsrate deutlich zu erhöhen und das Beratungsangebot auf das Thema der Gebäudebegrünung auszuweiten.

Im Sinne der Pariser Klimaziele gilt es, die private Gebäudesanierung und ihren Beitrag für die nötige Klimaanpassung deutlich zu beschleunigen. Im Aktionsprogramm Klimaschutz (vgl. GRDRs 785/2019) stehen viele Millionen Euro zur Förderung bereit.

Im Vergleich mit andern Städten, wie z.B. Karlsruhe, die schon heute mit deutlich mehr Personal ausgestattet sind, gilt es jetzt für Stuttgart nachzulegen und auszubauen. Einen Flaschenhals bei der Energieberatung darf sich Stuttgart nicht leisten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff
<b>Klimaanpassung: Regenspeicherbecken Österfeld modernisieren!</b>

### Wir beantragen:

- 415 000 Euro für die Modernisierung der Regenspeicherbecken Österfeld

(Kosten 2022: 200 000 € // 2023: 215 000 €)

### Begründung:

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Stuttgart besonders spürbar: Hitzesommer, Starkregenereignisse wechseln sich ab. Regenspeicherbecken sind bei zunehmenden Extremwetterlagen nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Es ist nicht ersichtlich, warum die Modernisierung eines Regenspeicherbeckens in Österfeld (Rote Liste, S. 61, Randnummer 66005410) keinen Eingang in die Grüne Liste gefunden hat.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Innovative Anlagentechnik in städtischen Gebäuden</b>

### Wir beantragen:

5. 100 000 Euro Sachmittel für das Jahr 2022

6. 100 000 Euro Sachmittel für das Jahr 2023

(Kosten 2022: 100 000 € // 2023: 100 000 €)

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Die Stadt hat in Sachen Klimaschutz eine Vorbildfunktion. Es ist nicht einzusehen, warum für den Zeitraum des Doppelhaushalts die notwendigen 200 000 Euro für innovative Anlagentechnik bei städtischen Gebäuden eingespart werden sollen.

Stromspeicher, Erprobung intelligenter Zähler, Displays zur Visualisierung von Anlagen mit erneuerbarer Energie, wie es auf Seite 48 (oben) der Roten Liste heißt sind sinnvolle

Maßnahmen und müssen – mit Blick darauf, dass alle städtischen Gebäude bis zum Jahr 2030 energetisch saniert sein sollen – dringend umgesetzt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Modellprojekt IBA `27 Leonhardsvorstadt / Züblinareal: Energiewende planen und umsetzen!****Wir beantragen:**

- Zusätzlich zu den in GRDRs 543/2021 eingeplanten 100 000 Euro für das Energiekonzept Leonhardsvorstadt werden die notwendigen personellen und finanziellen Mittel für die Umsetzung des Energiekonzepts bereitgestellt. Ziel ist es, die Leonhardsvorstadt zu einem Modellprojekt für die Umsetzung der urbanen Energiewende im Bestand eines Quartiers zu machen und zu zeigen, wie Klimaneutralität im Bestand eines Quartiers erreicht werden kann.

**Begründung:**

Eine der großen Zukunftsaufgaben ist es, bestehende Infrastrukturen im Zeichen der drohenden Klimakatastrophe zur Klimaneutralität hin zu transformieren. Die „Leonhardsvorstadt“ ist ein solches Viertel, welches sich als Modellprojekt für die Umsetzung der notwendigen Energiewende im Bestand eignet. Als Projekt innerhalb der laufenden Internationalen Bauausstellung (IBA) richtet sich bis zum Jahr 2027 ein besonderer Fokus. In den Haushaltsmitteln für die Planung von IBA-Projekten (GRDRs 543/2021) sind bislang für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 für ein Energiekonzept jeweils 50 000 Euro eingeplant. Innerhalb des Bürger\*innenbeteiligungsformats wurden ambitionierte Ziele für die Leonhardsvorstadt formuliert: es solle ein "Klimagerechtes Stadtquartier" entstehen, der "Begriff der Klimaneutralität im städtischen Kontext großmaßstäblich begreifen (bspw. CO2neutrale Energieversorgung)". "Bei Bauvorhaben den gesamten energetischen Fußabdruck betrachten und minimieren (bspw. graue Energie)" Weitere Ziele werden formuliert: "Regenerative Energien zur Deckung lokaler Energiebedarfe, Überschüssige Energie vor Ort speichern, PV-Module, Solarthermie und Mehrtagespeicher gleichermaßen einsetzen". Die Erstellung eines Energiekonzepts allein wird nicht ausreichen, auch für die Umsetzung müssen jetzt Gelder im Haushalt eingeplant werden. Die Leonhardsvorstadt soll so bis spätestens im Jahr 2027 als Modellquartier für die Umsetzung der urbanen Energiewende im Bestand als Vorbild dienen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Betriebshof Burgstallstraße des Garten-, Friedhofs- und Forstamts sanieren</b>

### Wir beantragen:

1. Gebäudeertüchtigung des Betriebshofs in der Burgstallstraße 87/1 (Teilhaushalt 670710)

Die Einstellung im ErgHH von 145 000 Euro jährlich für die beiden Haushaltsjahre 2022 und 2023

(Kosten ErgHH 2022: 145 000 € // 2023: 145 000 €)

### Begründung:

Das Gebäude Burgstallstraße 87/1 wird als Stützpunkt des Betriebs Mitte von Amt 67 genutzt. Es ist in einem katastrophalen baulichen Zustand. Neben einem Aufenthaltsraum ist ein Umkleide- und Sanitärraum für Männer, jedoch keine Duschkabine für Frauen vorhanden. Seit vielen Jahren sind diese Räumlichkeiten völlig heruntergekommen, so dass sie als menschenunwürdig bezeichnet werden müssen. Die Amtsleitung hat inzwischen verfügt, dass sie von den Arbeitskräften weder für Pausen noch für Umkleiden/Duschen genutzt werden sollen. Aufgrund der Mitarbeiter\*innenzahl im Betriebsbereich und der Notwendigkeit des Stützpunktes für die Unterhaltung und Pflege der Grünanlagen und Spielplätze in Stuttgart Süd und West muss das Gebäude unbedingt ertüchtigt werden. Es müssen endlich die Voraussetzungen zur Unterbringung von 6 bis 10 Mitarbeiter\*innen im Gebäude geschaffen werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Kinder – Jugend – Bildung



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften</b>

### **Wir beantragen:**

7. Die Verbesserung der Wohnsituation von Kindern- und Jugendlichen in Unterkünften durch folgende Maßnahmen (GRDRs 362/2021):
  - a. Umstellung auf 10qm Schlaf-/Wohnfläche pro Bewohner:in  
(Kosten 2022: 650.000 Euro / 2023 ff.: 650.000 Euro)
  - b. Kindergerechte Ausstattung von Kinderzimmern  
(Kosten 2022: 59.000 Euro / 2023: 29.000 Euro)
  - c. Verbesserung der Aufenthaltsqualität  
(Kosten 2022: 150.000 Euro / 2023 ff.: 150.000 Euro)
  - d. Maßnahmen für Sicherungsvorkehrungen (bsp.: kindersichere Steckdosen)  
(Kosten 2022: 482.000 Euro / 2023: 292.500 Euro)
  - e. Modellprojekte zum Strategiewechsel bei der Schaffung von Belegungsplätzen in Sozialunterkünften  
(Kosten 2022: 739.200 Euro / 2023 ff.: 739.000 Euro )
  - f. Finanzmittel für Umbau- und Instandhaltung sowie Gebäudemanagement  
(Kosten 2022: 280.000 Euro / 2023 ff.: 280.000 Euro)

Gesamtkosten 2022: 2,366 Mio. Euro / 2023: 1,911 Mio. Euro / 2024 ff.: 1,6 Mio. Euro)
8. Die Schaffung von Angeboten für Kinder und Jugendliche in Sozialunterkünften, wie Bildungsangebote, Lerngruppen und Beratungsangebote.  
(Kosten 2022: 155.000 Euro / 2023 ff.: 203.000 Euro)
9. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften entsprechend UN-Menschenrechtskonvention:  
(Kosten 2022: 147.000 Euro / 2023: 149.000 Euro / 2024 ff.: 152.000 Euro)

### **Begründung:**

Die Verwaltung hat in einem ämterübergreifenden Prozess ein Konzept zur „Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften“ erarbeitet. Die unmittelbare Umsetzung der konkreten Maßnahmen ist dringend geboten, da Kinder- und Jugendliche in Stuttgarter Unterkünften in sehr untragbaren Verhältnissen leben. Die durchschnittliche Wohndauer von Kindern und Jugendlichen in Unterkünften beträgt mittlerweile mehrere Jahre, da die Wohnungssituation in Stuttgart sehr angespannt ist und auch sicher für

lange Zeit noch bleiben wird. Die Kinder und Jugendlichen sind von den beengten Verhältnissen, erschwerter Bildungsteilhabe, den geringen sozialen Kontakten und Unterstützungsnetzwerke besonders stark betroffen. In solchen Verhältnissen wird die Armut von Eltern an Kinder „vererbt“, sie werden aller Chancen beraubt. Die UN-Kinderrechtskonvention, zu der wir uns als Stadt verpflichtet haben, gebietet es, diese unhaltbaren Zustände für Kinder und Jugendliche zu verbessern.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen stärken</b>

**Wir beantragen:**

1. Den Ausbau des Angebots der Sozialarbeit an allgemeinen sowie beruflichen Schulen in Stuttgart. (GRDRs 503/2021)  
(Kosten 2022: 485.000 Euro / 2023 ff.: 640.000 Euro)

**Begründung:**

Die Arbeitsweise der Schulsozialarbeit hat sich dynamisch auf die immer wieder veränderten Umstände, wie Schule während der Pandemie möglich sein kann, eingestellt. Es war für die Schulsozialarbeitenden ein herausforderndes Jahr. Es hat sich aber auch gezeigt, wie gut das Stuttgarter Modell der Schulsozialarbeit funktioniert. Dem kam zugute, dass die Schulsozialarbeit kontinuierlich ausgebaut wurde. Der Bedarf an Sozialer Arbeit an Schulen wird nach der Pandemie weiter ansteigen. Daher muss die Schulsozialarbeit kontinuierlich ausgebaut werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:                                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Verbesserung der Förderung der freien Träger von Kindertagesstätten</b>

**Wir beantragen:**

1. Ab dem 01.01.2022 werden, auf Basis der jeweils geltenden Förderrichtlinien der Stadt, die tatsächlichen Fachpersonalkosten mit einer Quote von 98% gefördert.  
Ab dem 01.01.2023 werden, auf Basis der jeweils geltenden Förderrichtlinien der Stadt, die tatsächlichen Fachpersonalkosten mit einer Quote von 100% gefördert.
2. Ab dem 01.01.2022 wird die Förderung für die sogenannten ‚Sonstigen Ausgaben‘ (Sachkosten und Personalkosten für Nicht-Pädagogisches-Fachpersonal) jährlich gemäß der Personalkosten- und Sachkostensteigerung angepasst.
3. Gleichzeitig zur Umsetzung der Antragspunkte 1. und 2. müssen ab dem 01.01.2023 die Kita-Gebühren in Einrichtungen der freien Träger auf die Höhe der Gebühren in städtischen Kindertageseinrichtungen begrenzt werden.
4. Als ein erster Schritt zur Armutsprävention und der Bewältigung des Fachkräftemangels, werden ab dem 01.01.2022 in Kitas mit hoher Armutquote Stellen für studierte Frühpädagog:innen bzw. vergleichbare Professionen mit einem Stellenanteil von zusätzlich 25% einer Vollzeitkraft pro Gruppe gefördert.

**Begründung:**

Es ist an der Zeit, den seit vielen Jahren anhaltenden Streit zwischen der Stadt und den freien Träger von Kindertageseinrichtungen beizulegen. Die anhaltend fehlenden Kitaplätze und der Fachkräftemangel verdeutlichen, dass wir auf die Kitaplätze der freien Träger angewiesen sind. Eine Ungleichbehandlung in der Fördersystematik ist mittlerweile wenig verständlich. Unterschiedlich hohe Kitagebühren in den verschiedenen Einrichtungen führt bei Eltern, deren Kinder in Einrichtungen der freien Träger einen Platz haben – übrigens häufig auch weil kein städtischer Platz frei war -, zu einer höheren finanziellen Belastung, die dringend beendet werden muss.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:

Uhrzeit:  
Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Bildungsgerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen befördern</b>

### Wir beantragen:

1. Die Bildungsgerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Stuttgart weiter mit Bildungsprojekten und ausreichend Personal zu befördern:
  - a) Unterstützung von neuzugewanderten Schüler:innen an beruflichen Schulen  
(Kosten 2022: 95.000 Euro / 2023 ff.: 95.000 Euro)
  - b) FSJ an Schulen  
(Kosten 2022: 140.000 Euro / 2023 ff.: 140.000 Euro)
  - c) „Funkensprüher“ an Gymnasien  
(Kosten 2022: 25.000 Euro / 2023 ff.: 25.000 Euro)
  - d) „Einfach Deutsch“ für VK-SuS  
(Kosten 2022: 60.000 Euro / 2023 ff.: 60.000 Euro)
  - e) Verstärkung von Lernräumen in GU I  
(Kosten 2022: 40.000 Euro / 2023 ff.: 200.000 Euro)
  - f) Ausbau von Lernräumen in GU II  
(Kosten 2022: 140.000 Euro / 2023 ff.: 220.000 Euro)
  - g) Zweite Fachkraft für Lernmobil  
(Kosten 2022: 60.000 Euro / 2023 ff.: 60.000 Euro)
  - h) Fachkräftetandem in S-Ost und S-Zuffenhausen  
(Kosten 2022: 99.500 Euro / 2023 ff.: 152.000 Euro)
  - i) Musik für Alle – Erweiterung um 10 weitere Klassenzüge/ 5 Standorte  
(Kosten 2022: 140.000 Euro / 2023 ff.: 14.000 Euro)
  - j) Erweiterung Qualitätsentwicklungsfond  
(Kosten 2022: 280.000 Euro/ 2023 ff.: 280.000 Euro)

Gesamtkosten 2022: 950.000 Euro / 2023 ff.: 1,246 Mio. Euro

### Begründung:

Die Stärkung von Bildungsgerechtigkeit, verstanden als die Entkoppelung des Bildungserfolgs der Kinder und Jugendlichen von ihrer sozialen Herkunft, ist ein langfristiges Ziel und eine Leitidee der Stadt Stuttgart. Kinder aus ärmeren Verhältnissen oder mit Migrationsgeschichte haben häufiger niedrigere Abschlüsse und schlechtere Noten. Die aktuelle Coronasituation hat

diese Entwicklung noch verschärft. Um dieser Entwicklung zu begegnen müssen bestehende und weitere Projekte für Bildungsgerechtigkeit ausgebaut und umgesetzt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Ausbau von Kindertagesstätten weiter vorantreiben</b>

### Wir beantragen:

1. Die Planungsmittel für den weiteren Ausbau von folgenden Kindertagesstätten in Stuttgart entsprechend der Forderungen der Fachverwaltung und der Freien Träger wie in GRD 661/2021 einzustellen:
  - a) Augsburgener Straße 289, Untertürkheim  
(Kosten 2022: 200.000 Euro / 2023: 350.000 Euro)
  - b) Allmersbacher Straße, Bad Cannstatt  
(Kosten 2022: 160.000 Euro / 2023: 290.000 Euro)
  - c) Ferdinand-Hanauer-Straße 10, Bad Cannstatt  
(Kosten 2022: 200.000 Euro / 2023: 350.000 Euro)
  - d) Thaerstraße, Weilimdorf  
(Kosten 2022: 180.000 Euro / 2023: 320.000 Euro)
  - e) Wiener Straße, Feuerbach  
(Kosten 2022: 160.000 Euro / 2023: 290.000 Euro)
  - f) Schrozberger Straße 41, Feuerbach  
(Kosten 2022: 180.000 Euro / 2023: 320.000 Euro)
  - g) Alte Dorfstraße 44, Birkach  
(Kosten 2022: 150.000 Euro / 2023: 200.000 Euro)
  - h) Nobileweg 18, Stammheim  
(Kosten 2022: 150.000 Euro / 320.000 Euro)

Gesamtkosten 2022: 1,58 Mio. Euro / 2,44 Mio. Euro

### Begründung:

Der Ausbau von Kindertagesstätten muss konsequent durchgeführt werden. Wir sind als Stadt immer noch weit davon entfernt allen Kindern einen Kita- und Kindergarten-Platz anbieten zu können. Ziel muss es sein alle geplanten Umbau- und Sanierungsprojekte umzusetzen, um den Versorgungsgrad weiter zu steigern. Hierbei darf es nicht zu Verzögerungen kommen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Jugendhäuser sanieren und planen, Angebot erweitern****Wir beantragen:**

1. Die Stuttgarter Jugendhausgesellschaft erhält finanzielle Mittel zu Sanierung, Erhalt und Planung Ihrer Jugendhäuser und Treffpunkte:
  - a) Sanierungsbaukosten Treffpunkt Pfaffenäcker  
(Kosten 2022/2023: 1,18 Mio. Euro)
  - b) Baukosten Spielhaus Unterer Schloßgarten  
(Kosten 2023: 650.000 Euro / 2024/2025: 2,0 Mio Euro)
  - c) Sanierung der städtischen Gebäude  
(Kosten 2022/2023: 525.980 Euro)
  - d) Planungsmittel Jugendtreff Lauchau  
(Kosten 2022: 190.000 Euro)
  - e) Areale Bürgerhospital  
(Kosten 2022: 300.000 Euro)
  - f) Planungsmittel und Beteiligungskonzept Bewegungshalle „Pferdestall“  
(Kosten 2022: 50.000 Euro / 2023: 250.000 Euro)
  - g) Pop-Up Jugendtreff im Leonhardsviertel  
(Kosten 2022-2026: 500.000 Euro)
  - h) Sanierung Kinderhaus Büsnau  
(Kosten 2023: 75.000 Euro / 2024/2025: 1,0 Mio. Euro)
2. Die Angebote der Stuttgarter Jugendausgesellschaft für Kinder und Jugendliche werden erweitert:
  - a) Digitale Sozialarbeit  
(Kosten 2022: 198.000 Euro / 2023 ff.: 198.000 Euro)

**Begründung:**

Die Stuttgarter Jugendhausgesellschaft betreibt in der Stadt Stuttgart sehr viele Jugendhäuser verteilt über alle Stadtteile. Die Gebäude bedürfen einer konstanten Instandhaltung und Sanierung. Hierfür sind finanzielle Mittel für Planung und Umsetzung nötig. Der Lockdown während der Corona-Pandemie hat zudem gezeigt, dass ein Angebotsausbau notwendig ist.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



hat. Seinem Engagement ist es zu verdanken, dass mittels einer weiteren Bewilligung von Geldern durch den Gemeinderat (im Rahmen des Bürgerhaushalts 2020/21) die Mittel auf 370.000 Euro aufgestockt wurden. Mit weiteren 350.000 Euro Zuschuss und einem Eigenanteil des Vereins in Höhe von ca. 85.500 Euro würde die sich abzeichnende Deckungslücke geschlossen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 21.10.2021	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Jugendfarm Elsental e.V. sanieren</b>

**Wir beantragen:**

1. Den Ersatzneubau für das Farmhaus und Schutzraum für Spiel- und Kitagruppe der Jugendfarm Elsental in Stuttgart Süd.  
(Kosten 2022: 472.000 Euro)

**Begründung:**

Die Stuttgarter Jugendfarmen sind für viele Kinder- und Jugendliche wichtige Grün- und Lernräume - gerade in einer Großstadt. Der Ausbau und die Instandhaltung der in die Jahre gekommen Gebäude und die Anpassung an sich verändernde pädagogische Konzepte ist notwendig.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:                      Uhrzeit:  
Datum:                                      Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:                                      Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Haus des Engagement fördern</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Mietübernahme für den Experimentierraum „Haus des Engagement“ und die Übernahmen der Kosten für die „Tour der guten Engagement-Orte“.  
(Kosten 2022: 22.000 Euro / 2023: 18.000 Euro)

**Begründung:**

Wir haben uns als Stadt Stuttgart verpflichtet das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und zu unterstützen. Das „Haus des Engagement“ soll dies in Zukunft an einem festen Standort ermöglichen. Bis dahin wird der provisorischer Experimentierraum und eine Tour durch die Stadtteile notwendig sein.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Haus der Natur – Zentrum für Natur- und Umweltbildung</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Planung eines Haus der Natur – Zentrum für Natur- und Umweltbildung  
(Kosten 2022: 10.000 Euro)

**Begründung:**

Die Schaffung eines Zentrums der Natur- und Umweltbildung, zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Es soll als Kulminationspunkt für die vielen Akteure und Initiativen in der Stadt dienen und das Stuttgarter BNE-Netzwerk „Natur erleben Stuttgart“ beherbergen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



**Haushaltsantrag vom 21.10.2021****Nr.**

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Mobile Kindersozialarbeit weiter ausbauen****Wir beantragen:**

1. Die Erweiterung der Mobilen Kindersozialarbeit in den Stadtteilen Zuffenhausen, Birkach und Botnang (Caritasverband, Eva)  
(Kosten 2022: 104.239 Euro / 2023 ff.: 104.239 Euro)

**Begründung:**

Im Rahmen der Mobilen Kindersozialarbeit werden Kinder zwischen 8 und 13 Jahren begleitet, die aus verschiedenen Gründen in ihrer Entwicklung eine besondere Unterstützung brauchen. Die Stuttgarter Armutskonferenz hat im Jahr 2019 aufgezeigt, dass weitere Anstrengungen zur Teilhabegerechtigkeit und für Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen notwendig sind. Durch Corona hat sich dieser Bedarf noch verstärkt. Birkach, Botnang und Zuffenhausen zeichnen sich durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Unterstützungsbedarfen aus.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Kinder und Jugendliche beteiligen</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer jährlichen stadtweiten Kinderversammlung und Ausstattung mit einem selbstverwalteten Budget.  
(Kosten 2022: 5.000 Euro / 2023 ff.: 15.000 Euro)
2. Die Durchführung einer Jugendbefragung zur Erhebung der spezifischen Bedarfe von Jugendliche unter 18 Jahren.  
(Kosten 2022: 20.000 Euro / 2023: 20.000 Euro)
3. Die Förderung von Partizipation an Schulen  
(Kosten 2022: 100.000 Euro / 2023 ff.: 100.000)
4. Die Finanzierung vom Fonds „Zukunft der Jugend“ und „Mein Ding! Jugendpartizipation direkt!“ ab dem Jahr 2023 sichern.  
(Kosten 2022: 50.000 Euro / 2023 ff.: 50.000 Euro)

**Begründung:**

Der Aktionsplan „Kinderfreundliche Kommune – Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention 2020 – 2022“ hat dazu geführt, dass Stuttgart zur ‚Kinderfreundlichen Kommune‘ erklärt wurde. Die verschiedenen Maßnahmen müssen auch über das Jahr 2022 fortgeführt werden. Dazu gehört die Durchführung einer stadtweiten jährlichen Kinderversammlung und einer Jugendbefragung. Das Siegel einer kinderfreundlichen Kommune verpflichtet uns dazu.

Zusätzlich wünschen sich Kinder und Jugendliche mehr Beteiligung an den Schulen. Über das Projekt im Qualitätsentwicklungsfonds könnten an Schulstandorten entsprechende Beteiligungsverfahren entwickelt und etabliert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Jugendliche beim Übergang Schule/Beruf unterstützen</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Förderung der Jugendberufshilfe nach §13 SGB VIII für Jugendliche am Übergang Schule/Beruf.  
(Kosten 2022: 376.000 Euro / 2023 ff.: 383.000 Euro)
2. Die weitere Umsetzung des vom Jugendamt geförderten Beratungsangebots und Modellprojekts „Schools for future“.  
(Kosten 2022: 139.000 Euro / 2023: 172.000 Euro / 2024 ff.: 142.000 Euro)
3. Die Förderung des SPRECHSTUNDE Zukunft und Beruf / Berufliche Eingliederung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Stuttgarter Jugendhausgesellschaft)  
(Kosten 2022: 258.500 Euro / 2023 ff.: 258.500 Euro)
4. Die weitere Förderung des Projekts „400+ Zukunft bei Jugend.Arbeit.Perspektive“ (Caritasverband) (Miete und Personal)  
(Kosten 2022: 68.676 Euro / 2023 ff.: 68.676 Euro)
5. Die weitere Förderung des Projekts der Assistierte Berufsausbildung „Cambio“ (Evangelische Gesellschaft)  
(Kosten 2022: 202.302 Euro / 2023 ff.: 206.119 Euro)
6. Die weitere Förderung des „Haus der Lebenschance“ zur Erlangung des Hauptschulabschlusses für junge Menschen, die nicht mehr beschult werden können. (Evangelische Gesellschaft und Johanniterorden BW)  
(Kosten 174.000 Euro / 2023 ff.: 174.000 Euro)

**Begründung:**

Die Beratung von Jugendlichen im Übergang von der Schule in den Beruf ist immens wichtig, um gerade jungen Menschen eine Hilfestellung zu geben, die aufgrund eines bildungsfernen Elternhauses eine solche Unterstützung nicht erhalten. Die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen kann und muss dadurch gestärkt werden. Hier gilt es Projekte beim Jugendamt und bei den freien Trägern zu fördern.

Zu 5)

Das Projekt „Cambio“ unterstützt chancenarme junge Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle und begleitet sie auch während der Ausbildung, um einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss zu erreichen. Vielen von Ihnen gelang der Übergang von der Schule in den Beruf bisher nicht, es wurde keine Erstausbildung abgeschlossen und es fehlten passende Unterstützungsangebote von der Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter. Hier wird Bildungsbenachteiligung ausgeglichen und die Basis für ein selbstständiges Leben gelegt. Besonders für Geflüchtete ist der Einstieg in das Arbeitsleben eine große Herausforderung. Eine neue Sprache, aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, fehlende Anerkennung einer Qualifikation erschweren den Zugang in das Schul- und Ausbildungssystem sowie in den Arbeitsmarkt – doch genau die berufliche Integration hat Schlüsselfunktion für die gesellschaftliche Integration.

Die Auswertungen seit Beginn des Projekts zeigen, dass positive Übergangszahlen zu verzeichnen sind und die Angebote stark nachgefragt werden. Hierbei wurden geflüchtete ebenso wie in Deutschland geborene Menschen betreut; die Erfolgsquote ist hoch und viele konnten hierdurch den Übergang in eine schulische, universitäre oder berufliche Ausbildung schaffen. Besonders seit Ausbruch der Pandemie hat der Maßnahmenträger den Kontakt zu all seinen Teilnehmenden auf verschiedene Wege halten können und es konnte festgestellt werden, dass diejenigen welche sich in Ausbildungsbegleitung befinden, einen erhöhten Nachholbedarf im Theorieunterricht haben. Insbesondere bei den jungen Geflüchteten hat sich gezeigt, dass sie mit dem Homeschooling nur schwer zurechtkommen. Besonders im Jahr 2020 musste die Lernunterstützung massiv intensiviert werden und es ist anzunehmen, dass ohne diese enge Unterstützung, einige ihre Ausbildung abgebrochen oder verloren hätten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

**Haushaltsantrag vom 21.10.2021****Nr.**

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Neubau und Sanierung von Schulen, Sporthallen und Mensen****Wir beantragen:**

1. Den Neubau und die Sanierung wie geplant von folgenden Stuttgarter Schulen:
  - a) Schickhardt-GMS, Stuttgart-Süd mit Ersatzneubau Sporthalle und Mensa  
(Kosten 2022: 1,0 Mio Euro / 2023: 1,0 Mio. Euro)
  - b) Sommerrainschule, Bad Cannstatt  
(Kosten 2023: 1,3 Mio. Euro)
  - c) Grundschule Heumaden, Sillenbuch mit Neubau TVH und Lehrschwimmbad  
(Kosten 2022: 481.000 Euro / 2023: 963.000 Euro / 2024 ff.: 8.5 Mio Euro)

**Begründung:**

Der Sanierungsstau der letzten Jahre bei den Stuttgarter Schulbauten wird allmählich, langsam aber kontinuierlich aufgeholt. Diese Fortschritte müssen dringend weitergehen und dürfen jetzt nicht aufgehoben werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:    Uhrzeit:  
Datum:    Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum:    Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Planungsmittel für Sanierung und Neubau von Stuttgarter Schulen bereitstellen</b>

**Wir beantragen:**

5. für den Neubau und Sanierung von folgenden Stuttgarter Schulen entsprechende Planungsmittel bereit zu stellen:
  - a. Filder-Modulschulzentrum, Möhringen  
Kosten 2022: 4,2 Mio. Euro)
  - b. Park-Realschule und GTS Grundschule  
(Kosten 2022: 1,55 Mio. Euro / 2023: 6,035 Mio. Euro)
  - c. Eiermann-Areal, Vaihingen, Neubau mit Sporthalle  
(Kosten 2022: 1,0 Mio. Euro / 2023: 3,2 Mio. Euro)
  - d. Grundschule Heumaden, Sillenbuch, Umstrukturierung Ganztagesesschule  
(Kosten 2022: 400.000 Euro / 2023: 700.000 Euro / 2024: 400.000 Euro)
  - e. Deutsch-Französische-Grundschule, Sillenbuch  
(Kosten 2022: 655.000 Euro / 2023: 390.000 Euro)
  - f. Pragschule, Stuttgart-Nord, Umstrukturierung Ganztagesesschule  
(Kosten 2022: 800.000 Euro / 2023: 2,3 Mio. Euro)
  - g. Pestalozzischule, Vaihingen, Neubau Mensa  
(Kosten 2022: 250.000 Euro / 2023: 250.000 Euro)
  - h. Riedseeschule, Möhringen  
(Kosten 2022: 200.000 Euro / 2023: 600.000 Euro)
  - i. Schulcampus Freiberg, Mühlhausen, Große Weiterentwicklung  
(Kosten 2022: 200.000 Euro / 2023: 400.000 Euro)
  - j. Max-Eyth-/Robert-Mayer-Schule, Mitte  
(Kosten 2022: 550.000 Euro / 2023: 1,0 Mio. Euro)
  - k. Hohensteinschule, Zuffenhausen, Neubau Sporthalle  
(Kosten 2022: 800.000 Euro / 2023: 1,0 Mio. Euro)
  - l. SZ Heilbronner Straße Nord, Neubau Sporthalle  
(Kosten 2023: 800.000 Euro)

- m. Gottlieb-Daimler-Gymnasium, Bad Cannstatt, Neubau Sporthalle  
(Kosten 2022: 400.000 Euro / 2023: 700.000 Euro)
  - n. GMS Weilimdorf  
(Kosten 2023: 800.000 Euro)
  - o. Margarete-Steiff-Schule, Möhringen  
(Kosten 2023: 1,0 Mio. Euro)
  - p. Körschtalschule, Plienigen  
(Kosten 2023: 100.000 Euro)
  - q. Elise von König-Schule, Münster  
(Kosten 2022: 250.000 Euro / 2023: 400.000 Euro / 2024: 1,0 Mio. Euro)
  - r. Altenburgschule, Bad Cannstatt  
(Kosten 2022: 1,3 Mio. Euro / 2023: 500.000 Euro / 2024: 840.000 Euro)
6. für die Sanierung von Außenanlagen folgenden Stuttgarter Schulen entsprechende Planungsmittel bereitzustellen:
- a. Sporthalle Möhringen  
(Kosten 2022: 125.000 Euro / 2023: 130.000 Euro)
  - b. Lehenschule, Süd  
(Kosten 2022: 200.000)
  - c. Grundschule Mühlhausen  
(Kosten 2022: 50.000 Euro / 2023: 350.000 Euro / 2024: 40.000 Euro)
  - d. Hegel-Gymnasium, Vaihingen  
(Kosten 2022: 60.000 Euro / 2023: 518.000 Euro)
  - e. TVH Steinhaldenfeld  
(Kosten 2022: 30.000 Euro / 2023: 50.000 Euro / 2024/25: je. 600.000 Euro)

**Begründung:**

Der Sanierungsstau der letzten Jahre bei den Stuttgarter Schulbauten wird allmählich, langsam aber kontinuierlich aufgeholt. Diese Fortschritte müssen dringend weitergehen und dürfen jetzt nicht aufgehalten werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Psychologische- und Erziehungsberatung ausbauen</b>

**Wir beantragen:**

1. Das Rahmenkonzept integrale kommunale psychologische Beratung/  
Erziehungsberatung ausbauen:  
Beratung in Fragen der Erziehung, Trennung und Scheidung, psychologische Diagnostik, Kinderschutz, Prävention. (GRDs 295/2021)  
(Kosten 2022: 508.000 Euro / 2023 ff.: 1,06 Mio. Euro)

**Begründung:**

Um dem Rahmenkonzept integrale kommunale psychologische Beratung/ Erziehungsberatung gerecht zu werden, benötigt die Psychologische Beratung ausreichend personelle Ressourcen. Nur damit kann sie in den Kernfeldern der Beratung in Fragen der Erziehung, Trennung und Scheidung, psychologische Diagnostik, Kinderschutz und der Prävention erfolgreich tätig sein.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen</b>

### **Wir beantragen:**

1. Die Schaffung einer 0,5 Stelle für das Projekt „Verrückt? Na und!“ und zu Präventiven Projekttagen zur seelischen Gesundheit in Schulen, Lehrer:innenfortbildungen, Elterninformationen und Schulsozialarbeit. (eva)  
(Kosten 2022: 35.000 Euro / 2023 ff.: 35.000 Euro)
2. Die Erhöhung der kommunalen Förderung der Psychologischen und Sozialen Beratungsstelle. Dadurch Begrenzung des Eigenmittelanteils des Caritasverbands.  
(Kosten 2022: 28.352 Euro / 2023 ff.: 28.352 Euro)
3. Die Förderung einer Fachkraftstelle mit Stellenumfang von 75% für die Weiterführung der Projektarbeit „Wir sind inklusiv“ der Psychologischen Beratungsstelle Bad Cannstatt. (Caritasverband)  
(Kosten 2022: 51.200 Euro / 2023 ff.: 51.200 Euro)

### **Begründung:**

Die Präventionsarbeit zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen an Schulen und darüber hinaus ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die durch verschiedene Projekte bei freien Trägern umgesetzt wird. Die Nachfrage nach den verschiedenen Projekten steigt stetig an. Das Risiko psychisch zu erkranken, steigt für Kinder aus Familien mit geringen sozioökonomischen Ressourcen. Das Risiko steigt auch bei Kindern, deren Eltern psychisch erkrankt sind. Als Folge der Corona-Pandemie und der Lockdowns berichten Mediziner:innen und Psycholog:innen aus sämtlichen Beratungsstellen sowie Ärzte in Kinder- und Jugendpsychiatrien von einer Zunahme bei psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen, vor allem auch von Kindern aus Familien mit einem Migrationshintergrund.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Personalgewinnung und Personalerhaltungsmaßnahmen beim Jugendamt</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Finanzierung der Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung beim Jugendamt Stuttgart, unter anderem für PiA-Plätze, Personalzimmer, Stipendien für Fachschüler:innen.  
(Kosten 2022: 3,1 Mio. Euro / 2023: 4,8 Mio. Euro / 2024 ff.: 4,5 Mio. Euro )

**Begründung:**

Um den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung gerecht zu werden, braucht es nicht nur ausreichend Betreuungsplätze, sondern auch entsprechende gut ausgebildetes Fachpersonal. Die Maßnahmen zur Personalgewinnung und zum Personalerhalt sind zwingend dafür erforderlich, ausreichend Fachpersonal für die Stadt Stuttgart zu gewinnen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Spielplätze sanieren und neu bauen</b>

### Wir beantragen:

7. Die Sanierung und den Neubau folgender Stuttgarter Spielplätze:
- a. SP Wiener Straße, Feuerbach  
(Kosten 2022: 200.000 Euro / 2023: 400.000 Euro)
  - b. SP Am Riedsee, Möhringen  
(Kosten 2022: 50.000 Euro / 2023: 400.000 Euro)
  - c. SP Burgunder-/ Straßburger Straße, Zuffenhausen  
(Kosten 2022: 20.000 Euro / 2023: 140.000 Euro)
  - d. SP Lindpainter Straße, Botnang  
(Kosten 2022: 30.000 Euro)

### Begründung:

Die Sanierung und Instandhaltung von Spielplätzen ist eine kommunale Aufgabe und ihr kommt eine wichtige Bedeutung zu, Kindern und Jugendlichen Spiel, Spaß und Bewegung im Freien zu ermöglichen. Gerade in der Zeit der Lockdowns wurde deutlich, wie wichtig der öffentliche Raum und gerade auch Spielplätze für Kinder und Jugendliche sind. Der Ausbau muss weiter vorangetrieben werden und darf nicht ins Stocken geraten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



insbesondere dann, wenn aufgrund der speziellen Art der Tätigkeit der Urlaub nicht oder nur erschwert in natura genommen werden kann. Nach Berechnung des Arbeitsgerichts stehen in zwei anspruchsberechtigten Fällen für die Jahre 2016 und 2017 jeweils 14 Tage, für das Jahr 2018 nochmals 16 Tage Urlaub zu. Es kann weder im Sinne der vhs noch der LHS sein, dass nun jede einzelne Honorarkraft eine monetäre Abgeltung auf privatrechtlicher Ebene vor Gericht einklagen muss. Ein großer Teil der Rückstellungen der vhs müsste dann für Prozesskosten aufgewendet werden.

Die vhs Stuttgart ist die mittlerweile größte öffentliche, von der Stadt Stuttgart geförderte Weiterbildungseinrichtung Baden-Württembergs und somit auch ein zentrales Aushängeschild der Landeshauptstadt. In ihrem Leitbild und Selbstverständnis betont die Volkshochschule Stuttgart auf ihrer Homepage ihre große öffentliche Bedeutung: *"Die vhs stuttgart ist eine öffentliche Weiterbildungseinrichtung. Sie wird zu großen Teilen aus öffentlichen Mitteln finanziert und steht daher in einer besonderen gesellschaftlichen Verantwortung. Ohne eine verlässliche Finanzierung, vor allem durch die Landeshauptstadt Stuttgart, kann die vhs nicht erfolgreich sein. Auch daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung zu sorgsamem und wirtschaftlichem Umgang mit allen Ressourcen."* Mitarbeiter:innen und somit auch Honorarkräfte sind eine zentrale Ressource für das Kursangebot. Auch mit dieser Ressource muss deshalb sorgsam umgegangen werden. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Aberkennung von Rechten sind weder mit dem Anspruch der vhs noch der Landeshauptstadt zu vereinbaren.

Der Landeshauptstadt Stuttgart kommt als Arbeitgeberin Vorbildfunktion zu. Sie legt soziale und ökologische Maßstäbe in ihren Vergabe- und Anlagerichtlinien fest, ebenso selbstverständlich muss die Einhaltung arbeitnehmerrechtlicher Vorgaben sein. Im Zuge der großen Pläne für die Zukunft der vhs Stuttgart ist es an der Zeit die Auflösung dieses Konflikts durch die Verwaltung und den Gemeinderat herbeizuführen. Der Anspruch auf Urlaubsentgelt muss deshalb anerkannt und im Rahmen des DHH 2022/23 erfüllt und gesichert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

#### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Vollausstattung der Lehrkräfte mit mobilen digitalen Leihgeräten an Stuttgarter Schulen</b>

#### **Wir beantragen:**

1. Die Umsetzung einer Vollausstattung mit mobilen digitalen Leihgeräten der Lehrkräfte in den Stuttgarter Schulen – wie am 22.4.2021 im Gemeinderat beschlossen.  
(Kosten 2022: 241.000 Euro)

#### **Begründung:**

Da die bisher zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht dafür ausreichen, alle Lehrkräfte mit einem digitalen Endgerät zu versorgen, legt die Stadt Stuttgart die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, um dieses Ziel zu erreichen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Sprachförderung in Tageseinrichtungen für freie Träger</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Aufstockung der finanziellen Mittel für die Sprachförderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen der freien Träger.  
(Kosten 2022: 100.000 Euro / 2023 ff.: 100.000 Euro)

**Begründung:**

Die Sprachförderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen ist ein wichtiger Baustein für gleiche Startchancen von Kindern in der Schule und trägt maßgeblich zur Bildungsgerechtigkeit bei. Durch den Ausbau von Betreuungsplätzen ist die Aufstockung der finanziellen Mittel zur Sprachförderung geboten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)





<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Kita „Rasselbände“ benötigt neue Küche</b>

**Wir beantragen:**

25.000 Euro einmalige Investitionskosten zur Erneuerung der Küche im Erdgeschoss der Kita Rasselbände, Reuchlinstraße 17c.

**Begründung:**

Die Küche im Erdgeschoss muss vollständig erneuert werden. Sie steht seit 1994 in täglicher Benutzung und wurde seitdem nicht erneuert. Die Nutzbarkeit ist inzwischen stark eingeschränkt. Auch unter dem Aspekt der erforderlichen Hygienemaßnahmen ist eine Erneuerung dringend geboten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Stadtentwicklung und Quartiersarbeit



Haushaltsantrag vom 21.10.2021
--------------------------------

Nr.
-----



Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Verwaltungsgebäude Torstraße 15, Decker- Nauheimer Straße ausstatten**

### Wir beantragen:

1. 1,204 Mio. Euro für Möblierung, Thekenanlagen und technische Ausstattung bei den Bürgerbüros und der Ausländerbehörde

(Kosten 2022: 400 000 € // 2023: 804 000 €)

### Begründung:

Bürger\*innenbüros und die Ausländerbehörde gehören zu denjenigen Arbeitsplätzen, bei denen Fluktuation und Krankenstand am höchsten ist innerhalb der Stadt. Deswegen sollte die Stadt dringend in die Ausstattung dieser wichtigen Arbeitsplätze investieren (vgl. Rote Liste, Seite 17).

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Verwaltungsgebäude Hauptstätter Straße 75 planen**

### **Wir beantragen:**

1. 2,094 Mio. Euro für die Planungen eines Neubaus eines Verwaltungsgebäudes in der Hauptstätter Straße

(Kosten: 2022: 1,47 Mio. € // 2023: 624 000 €)

### **Begründung:**

Der Mangel an städtischen Büroflächen existiert seit vielen Jahren. Die Dringlichkeit zur Schaffung von mehr Büroarbeitsplätzen von Politik und Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen – es müssen jetzt auch die Planungsgelder auch für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes in der Hauptstätter Straße eingestellt werden, sonst verzögert sich die Schaffung von neuen städtischen Büros um weitere zwei Jahre. (Siehe Rote Liste, S. 13 Nr. 230)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Villa Berg – alle Maßnahmen umsetzen!**

### Wir beantragen:

- Die Umsetzung aller Maßnahmen von GRDRs 272/2018 (ca. 6,8 Mio. Euro)  
(Kosten: 2022: 0,99 Mio. € // 2023: 1,22 Mio. €)

### Begründung:

Am 11. Dezember 2018 wurde dieses Konzept im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Technik vorgestellt. Vertreter\*innen aller Fraktionen, die sich in dieser Sitzung zu Wort gemeldet hatten, lobten die Entwürfe und setzten sich für Umsetzung ein. So ist im Protokoll zu lesen, man freue sich darüber, "dass man sich auf den Weg macht, um die Parkanlage zumindest teilweise wieder so schön zu gestalten, wie sie einst war" Wichtig sei, den "Park für die Bevölkerung so zugänglich zu machen, dass er eine gute Aufenthaltsqualität hat", ist dort zu lesen. Eine andere Wortmeldung lautete: "Da die Wiederherstellung des Parks insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern diene, lege man Wert auf eine starke Bürgerbeteiligung, die den Umwandlungsprozess begleitet." Weiter ist zu lesen über das Parkpflegewerk zum Park der Villa Berg: "Damals sei eine klare Ansage zur Renaturierung des Parks gemacht worden, indem die Fernsehstudios abgerissen werden und dort ein Park wiederhergestellt werden soll." Es sei wichtig, "diese klare Aussage nicht infrage zu stellen." Der Plan für die Villa Berg liefere "eine gute Grundlage, um den Park teilweise zu heilen." Und nicht zuletzt sei die Vorlage (GRDRs 272/2018) der Plan "dass aus dem Park wieder ein Park gemacht wird".

Bei so viel Einhelligkeit müsste die Umsetzung dieses Plans reine Formsache sein.

Bislang befinden sich die Maßnahmen zur Umsetzung von GRDRs 272/2018 in der Rote Liste aus Seite 65.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Haushaltsmittel für Projekte der Stadtentwicklung (GRDs 544/2021)**

### **Wir beantragen Finanzmittel für die Umsetzung von GRDs 544/2021:**

1. 50 000 Euro für Nachhaltiges Bauflächenmanagement (NBS) – Flächenaktivierung, analog zu GRDs 544/2021 Anlage 1.
2. 40 000 Euro für die Qualifizierung der NBS-Bauflächenpotenziale, analog zu GRDs 544/2021 Anlage 2.
3. 100 000 für das Förderprogramm Nahversorgung Konkret, analog zu GRDs 544/2021 Anlage 3.
4. 300 000 Euro für Umsetzung Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart (EWS) Gewerbegebietsmanagement, GRDs 544/2021 Anlage 4.

(Kosten gesamt: 2022: 267 000 € // 2023: 223 000 € )

### **Begründung:**

Die vier genannten Maßnahmen im Bereich der Stadtentwicklung haben einen Gesamtumfang von 490 000 Euro für die kommenden zwei Jahre. Gerade so wichtige Förderprogramme wie Nahversorgung Konkret müssen dringend weitergeführt werden.

Wir beantragen die vollständige Umsetzung von der Projekte der Stadtentwicklung nach GRDs 544/2021.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:  
Datum: Uhrzeit:  
Eingang bei: 10-2.1  
Datum: Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Haushaltsmittel für Planungsmaßnahmen im Städtebau (GRDrs 547/2021)</b>

**Wir beantragen Finanzmittel für die Umsetzung von GRDrs 547/2021:**

1. 1 545 000 Euro für die Umsetzung von GRDrs 547/2021 im Jahr 2022
  2. 1 685 000 Euro für die Umsetzung von GRDrs 547/2021 im Jahr 2023
- (Kosten: 2022: 1,545 Mio. € // 2023: 1,685 Mio. €)

**Begründung:**

Insgesamt 22 Planungsmaßnahmen hat das Amt für Stadtplanung und Wohnen für den Doppelhaushalt 2022/2023 angemeldet. Darunter sind Planungsmaßnahmen zum B14 Wettbewerb (städtebauliche Machbarkeitsstudien), zu Großen Entwicklungsprojekten in der Innenstadt, zum Kaufhof Areal in der Eberhard-/Steinstraße, der Rahmenplan Talgrund, der Cannstatter Wilhelmsplatz, Ortsbildanalysen für Erhaltungssatzungen und viele andere wichtige Projekte. Es ist nicht erklärbar, warum es nicht eine dieser Planungsmaßnahmen in den Haushalt geschafft hat, zumal die Umsetzung dieser Vorhaben zwingend eine Planung voraussetzt.

Insbesondere die Umsetzung des Wettbewerbs B14 muss dringend mit den notwendigen 200 000 Euro Planungsmittel ausgestattet werden, damit die noch dringendere Mobilitätswende in Stuttgart endlich sicht- und erlebbar wird.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Haushaltsmittel für Planungsmaßnahmen der Grünplanung (GRDRs 545/2021)</b>
---

### Wir beantragen Finanzmittel für die Umsetzung von GRDRs 545/2021:

- 10. 3 080 000 Euro für Erlebnisraum Neckar – Ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss, analog zu GRDRs 545/2021, Anlage 1.
  - 11. 250 000 Euro für die Biotopverbundplanung entsprechend §22 Abs. 2 Naturschutzgesetz Baden-Württemberg, analog zu GRDRs 545/2021, Anlage 2.
  - 12. 55 000 Euro für Qualifizierung Fokusraum Solitude-Allee: Interkommunale Freiraumplanung von Schloss zu Schloss, analog zu GRDRs 545/2021, Anlage 3.
- (Kosten gesamt: 2022: 1,67 Mio. € // 2023: 1,715 Mio. €)

### Begründung:

Zu 1) Unter der Überschrift "Stadt am Fluss" wurde das Thema immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert, schließlich wurde im September des Jahres 2017 ein Masterplan unter dem Titel "Erlebnisraum Neckar" vorgestellt. In mehreren Vorlagen, Präsentationen wurde dieser Masterplan auch den Ausschüssen des Gemeinderats und den Bezirksbeirat\*innen vorgestellt. Am 22.10.2019 beschloss der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart einstimmig "Die in der Begründung dargestellte Planung zur Fortführung bereits begonnener Masterplanprojekte wird zustimmend zur Kenntnis genommen." (GRDRs 298/2019) und nahm zustimmend zur Kenntnis, "Für den Zeitraum des Doppelhaushalts sind Finanzmittel in Höhe von 3,385 Mio. Euro notwendig." (GRDRs 803/2019).

Am 12.11.2019, also weniger als einen Monat später beschloss der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik abermals einstimmig und begrüßte ausdrücklich Masterplan Erlebnisraum Neckar Projekt Naturoase Auwiesen / IKoNE Nr. 43 - Projektbeschluss (GRDRs 934/2019).

Wenn diese Einstimmigkeit und die Zustimmung in den Bezirksbeiräten Ausdruck von Wille zur Umsetzung ist, dann sind die drei Millionen und 80 000 Euro für die kommenden zwei Jahre verkraftbar. Ein Stoppen oder Aussetzen der Umsetzung des Masterplans Neckar bedürfte einer Begründung derjenigen, die dies wünschen.

Zu 2) In GRDRs 545/2021, Anlage 2 ist zu lesen: "Mit der Novellierung des Naturschutzgesetzes im Juli 2020 werden die Kommunen verpflichtet, die übergeordneten Vorgaben zum örtlichen Biotopverbund in einem Biotopverbundplan darzustellen und den Landschaftsplan entsprechend anzupassen.

Die vorliegende Biotopverbundplanung wurde in den Jahren 1993 – 2005 erstellt. Sie entspricht nicht mehr den heutigen fachlichen Standards und rechtlichen Vorgaben. Insbesondere hat das Land Baden-Württemberg neue übergeordnete Planungen erstellt (landesweiter Biotopverbund,

Generalwildwegeplan, fachliche Grundlagen und Fachdaten zu Natur und Landschaft), welche keine Berücksichtigung finden."

An dieser Stelle braucht es keine weitere Begründung, sondern der Hinweis, dass dies eine (gesetzliche) Pflichtaufgabe ist. Es ist der Job der Verwaltungsspitze, solche Aufgaben in die Grüne Liste zu übernehmen.

Zu 3) In GRDRs 545/2021, Anlage 3 ist zu lesen: "Das am 17.12.2019 durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschlossenen Strukturkonzept Nord entwickelt 11 Fokusräume, in denen die Siedlungs- und Freiraumstruktur qualifiziert werden soll. Einer der Fokusräume sind die Stadt- und Freiräume entlang der historischen Solitude-Allee." Der Ausschuss beschloss an jenem Tag einstimmig: "Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Einbezug der jeweiligen Bezirksbeiräte festgelegten "Fokusräume der Stadtentwicklung" weiter planerisch zu vertiefen. Dabei soll die Bürgerschaft in diesen Räumen beteiligt werden". Wenn sich die Einstimmigkeit auch in den Haushaltsberatungen hält werden die Fokusräume an der Solitude Allee in den kommenden beiden Jahren umgesetzt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Haushaltsmittel für Projekte der Verkehrsplanung (GRDs 546/2021)****Wir beantragen Finanzmittel für die Umsetzung von GRDs 546/2021:**

1. 300 000 Euro für die Erstellung des Verkehrsstrukturplans Bad Cannstatt ( 100 000 für das Jahr 2022 und 200 000 Euro für das Jahr 2023, analog zu GRDs 546/2021, Anlage 1)
2. 100 000 Euro für die Erstellung einer Werbesatzung (je 50 000 Euro in 2022 und 2023), analog zu Anlage 1 GRDs 546/2021, Anlage 3)

(Kosten gesamt: 2022: 200 000 € // 2023: 350 000 €)

**Begründung:**

Zu 1) In GRDs 546/2021, Anlage 1 steht: *"Aufgrund der in 2021 erfolgenden Inbetriebnahme des Rosensteintunnels, der Stadt am Fluss Projekte sowie der dynamischen Stadtentwicklung in Bad Cannstatt ist die Aufstellung eines neuen Verkehrsstrukturplans (VSP) erforderlich. 2021 wird hierzu bereits mit der Grundlagenermittlung sowie dem „Teilkonzept Fußverkehr“ begonnen. Die in Bearbeitung befindliche Fortschreibung des Radkonzepts fließt ebenfalls in den VSP ein. Zentrale Themen des VSP sind die Bereiche Wilhelmsplatz / Bahnhofspatz, Augsburger Platz und Neckarknie / Mühlgrün, das Zufluss-Konzept-Nord-Ost sowie die zukünftige Netzstruktur für die einzelnen Verkehrsarten."*

Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum dieses Projekt den Sprung von der Roten Liste in die Grüne Liste verpasst hat. Die Notwendigkeit eines Verkehrsstrukturplans für Bad Cannstatt wird jedem unmittelbar ersichtlich, der sich schon mal am Cannstatter Wilhelmsplatz aufgehalten und umgesehen hat.

Zu 2) In GRDs 546/2021, Anlage 3 steht: *"Die Neukonzeption der Werbung im öffentlichen Raum wurde von Ref. T im STA vom 10.11. 2020 und 19.01.2021 thematisiert. Zudem liegen von der SSB zahlreiche Baugesuche für begrünte Wartehallen mit digitaler Werbung vor. Neben den Werbeinhalten geht es in planungs- und bauordnungsrechtlicher Sicht um die Zulässigkeit von Werbeanlagen mit wechselndem oder bewegtem Licht und deren Größe im öffentlichen Raum. Die zahlreich vorhandenen Bebauungspläne innerhalb des Cityrings enthalten zur „bewegten Werbung“ unterschiedliche Vorgaben, die ein einheitliches Vorgehen erschweren."*

*Deshalb wäre die Erstellung einer Werbesatzung wünschenswert. Hierzu bedarf es einer umfangreichen Bestandsanalyse mit Bewertung und Erstellung eines Werbekonzepts für die Innenstadt, die extern vergeben werden soll."*

Das Thema Neukonzeption wurde sowohl in Ausschüssen, Fraktionsrunden, Gesprächen mit Bürgermeister\*innen, Amtsleitern und in der breiten Öffentlichkeit ausführlich diskutiert. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum jetzt nicht mit der Erarbeitung einer Werbesatzung begonnen werden sollte.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,

Betreff

**Siedlungshäuser im Höhenpark Killesberg erhalten**

### Wir beantragen:

- 2,665 Mio. Euro für Sanierung und Umbau der Siedlungshäuser im Höhenpark Killesberg  
(Kosten: 2022: 410 000 € // 2023: 1,02 Mio. €)

### Begründung:

Der städtische Umgang mit Baukultur lässt seit Jahrzehnten viele Wünsche offen. Beispielhaft dafür sind die Siedlungshäuser im Höhenpark Killesberg, in deren Instandhaltung in den letzten Jahrzehnten wenig bis nichts investiert wurde. Das Projekt Instandhaltung und Umbau wurde zwar in der Roten Liste auf Seite 68 (Nummer 670) angemeldet, aber nicht in die Grüne Liste übernommen.

Wir wollen einen grundsätzlich anderen Umgang mit städtischen Liegenschaften: mehr in Instandhaltung investieren, damit werden kostspielige Sanierungen verhindert und Gebäude mit baugeschichtlicher Bedeutung bleiben dauerhaft erhalten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Städtebaulichen Erneuerung fortsetzen (GRDRs 210/2021)</b>
---

### **Wir beantragen:**

1. Die Umsetzung aller in GRDRs 210/2021 beschriebenen städtebauliche Projekte in die Finanzplanung 2022 bis 2026 einstellen.

### **Begründung:**

Das "Jahresprogramm der städtebaulichen Erneuerung Bewilligung im Programmjahr 2021 Prioritätensetzung 2022 und Ausblick" (GRDRs 210/2021) wurde im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik am 13.07.2021 einstimmig beschlossen. Einen Tag später beschloss Der Verwaltungsausschuss ohne Aussprache einstimmig wie beantragt. Allerdings fand sich die Drucksache nur auf der Rote Liste auf den Seiten 52, 53 und 54 wider. Wir wollen die städtebauliche Erneuerung fortsetzen und beantragen deshalb die Finanzierung aller Projekte.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stadtteilzentren konkret (GRDRs 784/2021) finanzieren und umsetzen**

### **Wir beantragen**

1. Wie von der Verwaltung vorgeschlagen nach GRDRs 784/2021 den Investitionsfonds „Stadtteilzentren konkret“ für die Programmjahre 2022 und 2023 den Betrag von 3,3 Mio. Euro bereitzustellen.

(Kosten: 2022 und 2023: 3,3 Mio. €)

2. Einen Bericht, welchen Finanz- und Personalmittelbedarf die Fachverwaltung sieht, um die in der GRDRs 343/2021 genannten weiteren Handlungsoptionen (Nr. 6 a bis f) so konzeptionell vorzubereiten, dass sie in den Jahren 2024 und 2025 umgesetzt werden kann.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
---

Betreff
---------

<b>Weißenburgpark - Bauunterhaltung</b>
---

### **Wir beantragen:**

550 000 Euro für die Bauunterhaltung

(Kosten: 2022: 110 000 € // 2023: 110 000 €)

### **Begründung:**

Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Teilen viel zu wenig Geld für die Bauunterhaltung von Gebäuden und Infrastruktur ausgegeben. Die vom Garten-Forst-Friedhofsamt beantragte dauerhafte Erhöhung der Bauunterhaltung für den Weißenburgpark ist eine gerechtfertigte, sinnvolle Investition, die dazu beiträgt, dass kostspielige Sanierungen als Folgekosten von unterlassenen Bauunterhaltungskosten auf den städtischen Haushalt zukommen.

Die geplante dauerhafte Erhöhung Bauunterhaltung steht in der Rote Liste auf Seite 62, Nummer 670 7010.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Villa Elisa – Bürger\*innenbeteiligung für zukünftige Nutzung**

### Wir beantragen

1. 10 000 Euro für eine Bürger\*innenbeteiligung für die zukünftige Nutzung der Villa Elisa und der Außenfläche

### Begründung:

Wie weiter mit der Villa Elisa - ein offenes gemeinwohlorientiertes Haus für den Westen? Sollte die Villa Elisa zukünftig nicht mehr von der Schwabschule oder anderen Einrichtungen im Westen zur Kinderbetreuung gebraucht werden, soll die Fläche und das Gebäude zur öffentlichen Nutzung umgestaltet werden. Damit die Nutzungsmöglichkeiten in einem transparenten und allen Bürger\*innen zugänglichen Verfahren erfolgen, beantragen wir eine Bürger\*innenbeteiligung für die Villa Elisa mit Außenfläche. Dabei sollen sowohl neue Formate der Beteiligung angewendet als auch möglichst viele unterschiedliche Nutzer\*innengruppen erreicht werden. Die Zuständigkeit bleibt im Rahmen des Sanierungsgebietes S 28 beim Amt für Stadtplanung und Wohnen. An der Vergabe bzw. Erstellung des Beteiligungsauftrags wird der Steuerungskreis S 28 beteiligt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stadtgarten endlich umbauen**

### **Wir beantragen:**

1. Die Planung und den Umbau des historischen Stadtgartens in Stuttgart Mitte

(Kosten 2022: 100.000 Euro / 2023: 100.000 Euro / 2024: 200.000 Euro / 2025: 3,5 Mio. Euro / 2026: 600.000 Euro)

### **Begründung:**

Der historische Stadtgarten Stuttgart befindet sich im Herzen der Stadt, zwischen der Hochschule für Technik, der Universität Stuttgart, dem Stuttgarter Klinikum und dem Lindenmuseum. Seit Jahren gibt es Planungen der Universität Stuttgart diesen wichtigen Ort zu einem grünen Campusgelände umzubauen. Eine Umgestaltung ist dringend geboten, da es heute ein Ort der Unsicherheit für viele Menschen ist, mit vielen Schäden am Mobiliar. Es ist ein Ort den man schnell passiert, in welchem man sich aber nur ungern aufhält.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Alten- und Pflegeeinrichtung Else-Heydlauf-Stiftung sanieren</b>
---

### **Wir beantragen:**

13. Die Planung einer Sanierung der Alten- und Pflegeeinrichtung Else-Heydlauf-Stiftung in der Mönchsbergstraße 111, Stuttgart-Zuffenhausen.

(Kosten 2022: 200.000 Euro)

### **Begründung:**

Der Mangel an Pflegeplätzen in der Stadt Stuttgart ist riesig. Wir müssen neben der Schaffung von neuen Pflegeplätzen aber auch die bestehende Substanz an Pflegeeinrichtungen sanieren und dadurch erhalten. Die Alten- und Pflegeeinrichtung Else-Heydlauf-Stiftung bedarf dringend einer Generalsanierung, auch aufgrund von brandschutztechnischen Mängeln. Hierzu sind im Jahr 2022 Planungsmittel notwendig.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Gemeinwesenarbeit in den Quartieren stärken</b>
--

### Wir beantragen:

14. Den weiteren Ausbau der Stuttgarter Stadtteil-, Kinder- und Familienzentren in Stuttgart:

- a. Stuttgarter Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) (GRDrs 156/2021)  
(Kosten 2022: 135.000 Euro / 2023 ff.: 102.000 Euro)
- b. Stadtteil- Familienzentren ausbauen ( GRDrs 315/2021)  
(Kosten 2022: 109.000 Euro / 2023: 109.000 Euro / 2024 ff.: 91.000 Euro)
- c. Begegnungsstätten PLUS und Stadtteil- und Familienzentren PLUS (GRDrs 100/2021)  
(Kosten 2022: 52.000 Euro / 2023: 52.000 Euro)
- d. Neues Stadtteilhaus (GRDrs 100/2021)  
(Kosten 2022: 63.000 Euro / 2023: 401.000 Euro / 2024 ff.: 338.000 Euro)
- e. Begegnungsstätte PLUS (GRDrs 100/2021)  
(Kosten 2022: 40.000 Euro / 2023: 220.000 Euro / 2024 ff.: 180.000 Euro)
- f. Überführung Generationenhaus Hallschlag in ein Stadtteilhaus (GRDrs 100/2021)  
(Kosten 2022: 66.000 Euro / 2023 ff.: 66.000 Euro)

15. Den weiteren Ausbau von Begegnungsstätten für Ältere Menschen in den Quartieren:

- a. Begegnungsstätte für Ältere (GRDrs 182/2021)  
(Kosten 2022: 11.000 Euro / 2023 ff.: 11.000 Euro)
- b. Begegnungsstätte für Ältere, Münster, Umbau Pflegestift (GRDrs 398/2020)  
(Kosten 2022: 281.000 Euro)
- c. Begegnungsstätte Luginsland, Untertürkheim, Barrierefrei zugängliche Küche  
(Kosten 2022: 18.000 Euro)

16. Die Förderung und den Ausbau der Quartiersentwicklung und Quartiersmanagements:

- a. Quartiersmanagement am Wiener Platz, Feuerbach  
(Kosten 2022: 42.000 Euro / 2023 ff.: 43.000 Euro)
- b. Quartiersentwicklung Postareal, Untertürkheim  
(Kosten 2023 ff.: 56.000 Euro)

### Begründung:

Die Gemeinwesenarbeit in den Quartieren der Stadt Stuttgart ist enorm wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Jung und Alt. Die Stadt Stuttgart hat mit der Neukonzeption von Stadtteil- und Familienzentren ein gutes Konzept vorgelegt. Dieses und die Soziale Quartiersentwicklung sollte weiter umgesetzt werden, entsprechend der Beschlüsse des Gemeinderats.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Quartiersarbeit in S-Süd mit dem Projekt KUGEL fortsetzen**

### Wir beantragen:

1. Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 Euro jährlich für die Förderung des Quartiersprojekts KUGEL einzustellen. (GRDRs 748/21)

### Begründung:

Das Angebot „KULTUREN GEMEINSAMEN LEBEN“ (KUGEL) des Internationalen Bundes Süd e.V. (IB Süd) wird in Kooperation mit verschiedenen Organisationen, Vereinen und Institutionen im Heusteigviertel und der näheren Umgebung im Stadtbezirk Stuttgart-Süd erbracht. Beteiligt sind das Generationenhaus Heslach der Rudolf Schmid und Hermann Schmid Stiftung, das Begegnungs- und Servicezentrum „Altes Feuerwehrhaus“, die Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Stuttgart e. V., das Jugendhaus Heslach, Müze e.V. Süd und das Familienzentrum Stuttgart e.V.

Ziel des Angebots KUGEL ist, Begegnungsmöglichkeiten für Menschen aus unterschiedlichen Sozial- und Altersgruppen sowie kulturellen Hintergründen zu schaffen. In Stuttgart-Süd gibt es Angebote, die dazu beitragen, das Nachbarschaftsleben zu fördern. Die Aufgabe des Sozialraummanagements von KUGEL ist, die Vernetzung und Koordination vorhandener Aktivitäten aktiv zu fördern sowie die Planung und Steuerung der gemeinsamen Entwicklung im Quartier zu begleiten. Die bestehenden Strukturen und sozialen Netzwerke werden auf diese Weise erhalten und gestärkt.

An der Durchführung von Aktivitäten und Veranstaltungen sind bürgerschaftlich Engagierte maßgeblich beteiligt. Insgesamt wurden schon 475 Einwohner\*innen über unterschiedliche Aktionen erreicht, davon ca. 135 Einwohner\*innen mit Migrationshintergrund.

Für den Berichtszeitraum werden im Projektbericht 22 Kooperationspartner aufgeführt sowie 23 regelmäßig, aktiv und freiwillig Mitarbeitende.

Das Projekt Kugel arbeitet seit dem Jahr 2016 im Stadtbezirk-Süd und hat tragfähige Beziehungen und Netzwerke geschaffen, zu deren dauerhaften Erhaltung das Projekt weitergeführt werden sollte. Dazu bedarf es der Weiterfinanzierung einer Vollzeitstelle.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gemeinwesenzentrum Bürgertreff Wangen**

### **Wir beantragen:**

1. Das ortsbildprägende Gebäude in der Ulmer Straße 352 in Stuttgart-Wangen wird in ein Gemeinwesenzentrum Bürgertreff Wangen wie geplant umgebaut.

(Kosten 2022: 300.000 Euro / 2023: 500.00 Euro / ff: 4,42 Mio. Euro)

### **Begründung:**

Die Bürgerschaft in Stuttgart-Wangen hat einen großen Bedarf an Begegnungsorten sowohl für das bürgerschaftliche Engagement, wie auch für Vereine und Veranstaltungen. Nach einer Generalsanierung des Gebäudes in der Ulmer Straße 352 können flexibel und barrierefrei nutzbare Räume für einen Bürgertreff über zwei Etagen mit einem Saal und verschiedenen Räumlichkeiten entstehen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Demokratiebildung - Antirassismus - Interkulturelles



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Büro für Diskriminierungskritische Arbeit stärken</b>

### Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer 100% Referent:innen Stelle beim Büro für Antidiskriminierungsarbeit für die Bereiche Beratung nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG), Empowerment und Sensibilisierung für Kinder und Jugendliche sowie zur Unterstützung mit Honorarmitteln.

Referent:innen Stelle

(Kosten 2022: 65.000 Euro / 2023 ff.: 65.000 Euro)

Honorarmittel

(Kosten 2022: 15.000 Euro / 2023 ff.: 15.000 Euro)

### Begründung:

Das Büro für Antidiskriminierungsarbeit ist mittlerweile eine wichtige Anlaufstelle zum Thema Diskriminierung in Stuttgart. Das Büro hat sich durch Förderprojekt der Aktion Mensch wichtige Expertise aufgebaut zur Beratung und Betreuung von Kinder und Jugendlichen nach dem AGG. Dabei geht es vor allem um die Stärkung der Kinder und Jugendlichen, die von Diskriminierung betroffen sind. Dieses wichtige Angebot sollte nach dem Ende der Förderung durch die Aktion Mensch von Seiten der Stadt Stuttgart weiter finanziert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Demokratiebildung ausbauen und stärken</b>

### Wir beantragen:

1. Die Förderung von Bildungsprojekten gegen Rassismus, die sich an junge Menschen richten, über die Partnerschaft für Demokratie (PfD) fortführen.  
(Kosten 2022: 25.000 Euro / 2023 ff.: 25.000 Euro)
2. Die weitere finanzielle Förderung des städtischen Bildungsprogramms „Hallo Demokratie“ für junge Neuzugewanderte in Vorbereitungsklassen und die Aufstockung der Koordinierungsstelle um 25% Stellenanteile.)  
Projektmittel  
(Kosten 2022: 25.000 Euro / 2023 ff.: 25.000 Euro)  
25% Stellenanteil  
(Kosten 2022: 15.000 Euro / 2023 ff. 15.000 Euro)

### Begründung:

Die Vermittlung demokratischer Werte an die nachwachsenden Generationen ist eine wichtige politische Bildungsaufgabe in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Land und Kommune. Herausforderungen und Krisen der letzten Jahre machen deutlich, dass Demokratiebildung auf kommunaler Ebene verstärkt und verstetigt werden muss.

Der Bund fördert aus dem Programm „Demokratie leben!“ mit kommunaler Kofinanzierung aus dem Projektetat der Abteilung Integrationspolitik (SI-IP) die Partnerschaft für Demokratie (PfD) in Stuttgart.

Aus unserer Sicht sollten Projekte zur Demokratiebildung im Rahmen der PfD und das Projekt „Hallo Demokratie“ auch in 2022 und 2023 von der Stadt weiter gefördert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Forum der Kulturen e.V. erhalten und stärken</b>

### Wir beantragen:

1. Die institutionelle Förderung des Forums der Kulturen e.V. jährlich entsprechend der Tarifsteigerungen und Sachkostenmittel zu erhöhen.  
(Kosten 2022: 32.000 Euro / 2023 ff.: 32.000 Euro)
  
2. Die finanzielle Unterstützung zur Fortführung von wichtigen Projekten beim Forum der Kulturen e.V. wie die Projekt „House of Resources“, „samo.fa“, Senior:innenarbeit von Migrantenvereinen, „AMIF – Ausbildung migrantischer Multiplikator:innen“.  
(Kosten 2022: 250.000 Euro / 2023: 520.000 Euro)

### Begründung:

Das Forum der Kulturen e.V. ist in Stuttgart eine wichtige Institution in unserer Stadt, die maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und unserer vielfältigen Stadt beiträgt. Integrations- und Kulturpolitisch ist das Forum der Kulturen als großer Dachverband der Migrantenorganisationen ein wichtiger Akteur auf Kommunalen Ebene und mittlerweile auch auf Landes- und Bundesebene. Ein Leuchtturm für unsere Stadt Stuttgart auf den wir stolz sein können. Wir sehen die Stadt Stuttgart in der Verpflichtung die Arbeit des Forums der Kulturen zu erhalten und bei der Umsetzung von Projekten ideell und finanziell zu unterstützen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Haus der Kulturen weiterentwickeln</b>

### Wir beantragen:

1. Die Fortführung des Entwicklungsprozesses zur Schaffung eines Gesamtkonzepts für ein Haus der Kulturen in Stuttgart. Dafür sind Sachmittel notwendig und die Fortführung eines 50% Stellenanteils.  
 Sachkosten  
 (Kosten 2022: 70.000 Euro / 2023: 70.000 Euro)  
 Stellenanteil  
 (Kosten 2022: 35.000 Euro / 2023: 35.000 Euro)
  
2. Die Verwaltung beauftragt eine Machbarkeitsstudie für ein Haus der Kulturen auf dem Grundstück vom Galeria Kaufhof Parkhaus in Stuttgart Mitte.  
 (Kosten 2022: 60.000 Euro)

### Begründung:

Die Sachkundigen Mitglieder des Internationalen Ausschuss setzen sich seit langem für ein Haus der Kulturen in Stuttgart ein. Der Gemeinderat hat im letzten Doppelhaushalt eine halbe Stelle bei der Abteilung Integrationspolitik (SI-IP) bis Ende 2021 geschaffen und Sachmittel für die partizipativ angelegte Konzeptentwicklung bereitgestellt. Eine Konzeptstudie wurde erstellt. Damit das Vorhaben weiter vorankommt und eine Realisierung in absehbarer Zeit in der Innenstadt möglich ist, halten wir es für erforderlich, den breit angelegten Beteiligungsprozess von Fachleuten und Zivilgesellschaft in 2022 und 2023 fortzusetzen. Die Überlegungen vom Oberbürgermeister, das Haus der Kulturen auf dem Gelände des Parkhaus Galeria Kaufhof zu erstellen begrüßen wir. Für einen weiteren Planungsprozess ist eine Machbarkeitsstudie notwendig.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Gesamtstrategie zur Interkulturellen Kompetenz in der Stadtverwaltung</b>

### Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer 100% Koordinationsstelle in der Abteilung Integration zur Umsetzung einer Gesamtstrategie zur Interkulturellen Ausrichtung in allen Arbeitsbereichen der Stadtverwaltung.

(Kosten 2022: 70.000 Euro / 2023 ff.: 70.000 Euro)

### Begründung:

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung im Partizipations- und Integrationsgesetz der Landesregierung festgeschrieben. Dieser gesetzliche Anspruch ist in vielen Fachbereichen der Stadt nur unzureichend umgesetzt. Deshalb fordern wir eine Gesamtstrategie zur interkulturellen Ausrichtung in allen Arbeitsbereichen der Stadtverwaltung einschließlich der Planungsstäbe in den Fachämtern und mit Einbindung der Bezirksämter.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Dolmetschereinsätze für Träger der Flüchtlingssozialarbeit</b>

### Wir beantragen:

1. Die Förderung der Dolmetschereinsätze für Träger der Flüchtlingssozialarbeit im Rahmen des Pakts für Integration in den einzelnen Flüchtlingsunterkünften.  
(Kosten 2022: 60.000 Euro / 2023: 60.000 Euro)

### Begründung:

Bei Gesprächen oder Informationsveranstaltungen mit komplexen oder schwierigen Themen wie Rechts- oder Finanzangelegenheiten, Erziehungsfragen, gesundheitlicher Versorgung oder Beziehungskonflikten im Familienkontext sind Dolmetschereinsätze für Geflüchtete notwendig. Diese Leistungen können dann nicht von Familienangehörigen übernommen werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Jugendpolitische Beteiligung ausbauen</b>

### Wir beantragen:

1. Die Weiterfinanzierung des Projekts zur Jugendbeteiligung und Demokratiebildung „Tomorrow Campus Stuttgart“ von Team Tomorrow (Verein Unsere Zukunft e.V.)  
(Kosten 2022: 130.000 Euro / 2023 ff.: 130.000 Euro)

### Begründung:

Das Team Tomorrow hat in den letzten beiden Jahren unter schwierigsten Bedingungen ihren Auftrag zur Jugendbeteiligung und Demokratiebildung für Jugendliche in der Stadt Stuttgart hervorragend umgesetzt. Diese Arbeit gilt es in den nächsten Jahren fortzuführen und zu verstetigen. Gerade in einer Zeit der Verbreitung von Fake-News und Politikverdrossenheit bei jungen Menschen ist es notwendig Demokratiebildung verstärkt zu fördern.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Jugendpolitische Zusammenarbeit mit Partnerstädten stärken</b>

### Wir beantragen:

1. Die Stärkung der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit den Stuttgarter Partnerstädten. Der Stadtjugendring beantragt eine Erhöhung der städtischen Förderung für den Bereich „Internationale Jugendarbeit“ (50% Bildungsreferent\*innen Stelle sowie eine 15% Verwaltungsstelle zur organisatorischen Unterstützung)
  - 50% Bildungsreferent\*innen Stelle:  
(Kosten 2022: 38.000 Euro / 2023 ff.: 38.000 Euro)
  - 15% Verwaltungsstelle  
(Kosten 2022: 15.000 Euro / 2023 ff.: 15.000 Euro)

### Begründung:

In der heutigen Zeit stehen Jugendliche komplexen Anforderungen und Unsicherheiten gegenüber. Dazu zählen unter anderem hohe Arbeitslosigkeit trotz guter Bildung, der Klimawandel, die Digitalisierung, Fake News und antidemokratische Tendenzen. Die Situation der Pandemie fördert zusätzlich soziale Ungleichheiten und Diskriminierung, die marginalisierte Jugendliche besonders treffen.

Der Stadtjugendring hat sich angesichts der zunehmenden Tendenzen von fremdenfeindlichen und antidemokratischen Denkens geprägte Gesellschaft auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene einen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Demokratie- und Menschenrechtsbildung gesetzt.

Grenzüberschreitende Dialog zu Jugendthemen beispielsweise mit Stuttgarts Partnerstädten stärkt die Kompetenzentwicklung Jugendlicher für eine aktive europäische Bürgerschaft. Die über einen persönlichen Austausch gemachten praktischen Erfahrungen und das Kennenlernen anderer Lebenswelten fördern Solidarität und stärken den europäischen Zusammenhalt.

Diesen Grenzüberschreitenden Dialog wollen wir stärken und entsprechend fördern.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Kolonialgeschichte der Stadt Stuttgart aufarbeiten – vertiefende Forschung</b>

**Wir beantragen:**

1. In Kooperation mit der Koordinierungsstelle Erinnerungskultur und dem Stadtarchiv Stuttgart soll die koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart nach einer ersten Vorstudie „Kolonialismus und koloniales Denken in Stuttgart“ in den beiden letzten Jahren nun vertiefend und weiter wissenschaftlich erforscht und aufgearbeitet werden.  
(Kosten 2022: 250.000 Euro / Kosten 2023: 250.000 Euro)

**Begründung:**

Die ersten Resultate aus der jüngst veröffentlichten und vom Gemeinderat im letzten Doppelhaushalt beschlossenen Vorstudie „Kolonialismus und koloniales Denken in Stuttgart“ sollen als Basis für eine nun vertiefende Forschung dienen. Es ist weiter notwendig die Rolle Stuttgarts als „Knotenpunkt des Kolonialen“ und den damit verbundenen Auswirkungen bis in die Gegenwart zu erforschen. Die eingestellten Mittel sollen die Möglichkeit eröffnen sich mit Eigenmitteln an der Kofinanzierung an Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und dem Stadtarchiv zu beteiligen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Koordinierungsstelle Erinnerungskultur im Kulturamt stärken</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Schaffung einer weiteren 100% Stelle für die Koordinierungsstelle Erinnerungskultur im Kulturamt.  
(Kosten 2022.: 70.000 Euro / Kosten 2023 ff.: 70.000 Euro)
2. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Planung, Organisation, Koordination von Projekten, Workshops, Honoraren und der Dialogplattform.  
(Kosten 2022: 100.000 Euro / Kosten 2023 ff.: 100.000 Euro)

**Begründung:**

Schon nach kurzer Zeit zeigt sich, dass die bisherige Ausstattung der Plattform Erinnerungskultur mit zwei halben Stellen an ihre Kapazitätsgrenze kommt. Die außerordentliche Nachfrage und die immense gesellschaftliche Brisanz von Erinnerungskultur bedarf einer Aufstockung der Stellenanteile und einer Ausstattung mit ausreichend finanziellen Mitteln.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Arbeit der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ fördern</b>

### Wir beantragen:

17. Einen Zuschuss in Höhe von **25.000 Euro** für den Verein Zeichen der Erinnerung e.V. im Haushaltsjahr 2022 zusammengesetzt aus:

- a. Namensergänzungen an der Gedenkstätte Innerer Nordbahnhof
- b. Gedenkveranstaltung „1000 für 1000“ für die über den Nordbahnhof aus Stuttgart nach Theresienstadt deportierten und dort ermordeten Jüdinnen und Juden

### Begründung:

Die 2006 eingeweihte Gedenkstätte am Inneren Nordbahnhof erinnert an die Verfolgung und Vernichtung württembergischer Juden, Sinti und Roma und die Rolle des Nordbahnhofs an der systematischen Deportation nach Izbic, Riga, Auschwitz und Theresienstadt. Zur Eröffnung der Gedenkstätte waren 2200 Namen jüdischer Opfer auf der Wand der Namen verewigt. Der Verein "Zeichen der Erinnerung e.V." hält das Gedenken präsent und macht in seiner Arbeit deutlich, dass der Prozess der Erinnerung an die Verbrechen der NS-Zeit nicht abgeschlossen ist. 2008 wurden knapp 300 Namen von ‚Sinti und Roma‘ nachgetragen, die bei der Errichtung der Gedenkstätte noch nicht im Blick waren. Anhand von neuen wissenschaftliche Studien von Dr. Haenschen und Prof. Dr. Roland Müller mit Kollegen stellte sich in jüngerer Zeit heraus, dass - nach heutigem Kenntnisstand - etwa 440 Namen fehlen. Diese sollen 2022 nachträglich angebracht werden.

Darüber hinaus soll im Haushaltsjahr 2022 eine Gedenkveranstaltung für die dritte der "großen" Deportationen aus Stuttgart in das Konzentrationslager Theresienstadt stattfinden. Die Deportation nach Izabica (April 1942) stand im Frühjahr 2021 mit eindrucksvollen Veranstaltungen im Mittelpunkt. Im August 2022 soll an die dritte Deportation mit einer Veranstaltung erinnert werden. Als Veranstaltungsort konnte die Spardawelt Freilichtbühne auf dem Killesberg zu ermäßigten Konditionen reserviert werden. Für Aufwendungen von in.stuttgart und Licht/Tontechnik fallen min. 16.000 € an. Die Gedenkveranstaltung in der Freilichtbühne soll durch Wortbeiträge und künstlerische Darbietungen geprägt sein. Mit einem Menschenzug von (angestrebt) mehr als 1000 Menschen zum Inneren Nordbahnhof soll nach

der Veranstaltung an die 1.000 von dort Deportierten des August 1942 erinnert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Kommunale Kriminalprävention stärken</b>

### Wir beantragen:

1. Den Ausbau vom „Projekt Respektlotsen“, welches im Verbund von der Kommunalen Kriminalprävention und der Abteilung Integration nach den Jugendkrawallen von Juni 2020 initiiert wurde.  
(Kosten 2022: 20.000 Euro / 2023: 20.000 Euro)
2. Die personelle Unterstützung der Kommunalen Kriminalprävention mit einem 50% Stellenanteil.  
(Kosten 2022: 35.000 Euro / 2023 ff.: 35.000 Euro)

### Begründung:

Eine Schnittstelle von Demokratiebildung, Kriminalprävention und aufsuchender Jugendarbeit mit interkultureller Ausrichtung bildet das Projekt Respektlotsen, das im Verbund von der Kommunalen Kriminalprävention (SOS-KKP) und SI-IP mit weiteren Kooperationspartner\*innen nach den Jugendkrawallen von Juni 2020 initiiert wurde. In Ergänzung zur professionellen Mobilien Jugendarbeit engagieren sich junge Erwachsene verschiedener Herkunft in der Innenstadt und teilweise in den Außenstadtbezirken, um ein respektvolles Miteinander an öffentlichen Plätzen zu fördern. Wünschenswert wäre ein Ausbau dieses Modellprojekts.

Die Aufgaben der Kommunalen Kriminalprävention nehmen seit Jahren zu. Nicht zuletzt auch seit den Jugendkrawallen ist die Koordination von Projekten und die Beteiligung an Netzwerktreffen mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Eine Aufstockung der Stellenanteile ist notwendig.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Kultur



Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

<b>Vielfältige städtische Kulturlandschaft trotz Coronakrise erhalten und stärken</b>
---

#### Begründung:

Wie in anderen Städten hat die Corona-Pandemie die Stuttgarter Kunst- und-Kulturszene stark in Mitleidenschaft gezogen und das kulturelle Leben zeitweise fast lahmgelegt. Mit unseren Anträgen setzen wir uns dafür ein, dass die Stuttgarter Kulturinstitutionen an ihre vielfältigen Aktivitäten und Angebote vor der Pandemie anknüpfen können. Uns ist daran gelegen, dem „Dauerbrenner“ strukturelle Unterfinanzierung“ wenigstens für einzelne Einrichtungen etwas entgegen zu setzen. Die Position 1.14 (Evaluation Förderrichtlinien) soll u.a. dazu dienen, in den kommenden beiden Jahren das Thema Dynamisierung von Förderungen zu beleuchten und auszuloten.

Mit unseren Anträgen nehmen wir im Wesentlichen die von der Kulturverwaltung vorgeschlagenen Einrichtungen auf, weichen aber in manchen Fällen von der dort vorgeschlagenen Förderhöhe ab. Über den Vorschlag der Kulturverwaltung hinaus machen wir weitere Förderanträge für Einrichtungen und Initiativen geltend, die von der Verwaltung nicht berücksichtigt wurden.

#### Wir beantragen:

##### 1. Kulturförderung – Neuaufnahmen und Einmalbedarfe

1.1 Kulturinitiative Bohnenviertel e.V. p.a.	65.000 EUR
1.2 Herbordt und Mohren / Die Institution. Schaudepot für die Darstellenden Künste p.a.	150.000 EUR
1.3 Instant Act Stuttgart p.a.	70.000 EUR
1.4 Literally Peace e.V. p.a.	20.000 EUR
1.5 Kunstverein ZeroArts e.V. p.a.	7.000 EUR
1.6 Citizen Kane Kollektiv p.a.	100.000 EUR
1.7 figure humaine kammerchor	60.000 EUR p.a.
1.8 Fonds zur Gewährung von Stipendien	60.000 EUR p.a.

1.9 Projektmittelfonds Internationaler Kulturaustausch		50.000 EUR p.a.
1.10 Mural-Festival	in 2022	68.480 EUR
1.11 Club Kollektiv		28.200 EUR p.a.
1.12 Gütesiegel Kultur Stefanie Oberhoff p.a.		50.000 EUR
1.13 Contain't		117.358 EUR p.a.
1.14 Evaluation Förderrichtlinien	einmalig	150.000 EUR
1.15 Künstlerhaus Stuttgart Rückzahlung Soz.Vs.beiträge	einmalig	43.000 EUR
1.16 Kunstverein Wagenhallen e.V. für Ausstattung	einmalig	110.000 EUR
1.17 Contain't (Baukostenzuschuss)	einmalig	603.595 EUR
1.18 Waggons Stuttgart (Erhalt der Waggons - Umzug)	einmalig	1.088.903 EUR
1.19 Akademie Schloss Solitude		93.000 EUR p.a.
1.21 Theater Rampe (Wechsel Theaterleitung)	einmalig	210.370 EUR

**Zwischensumme: 4.080.164 EUR**

## **2. Kulturförderung – Verstetigungen/Verlängerungen**

2.1 Tanztheater Katja Erdmann-Rajski		50.000 EUR p.a.
2.2 Kulturinsel Stuttgart p.a.		175.000 EUR
2.3 Renitenztheater		42.300 EUR p.a.
2.4 Internationale Bachakademie Stuttgart/Musikfest p.a.		115.000 EUR
2.5 Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber p.a.		7.000 EUR
2.6 KulturRegion Stuttgart - biennales Fest	in 2023	80.000 EUR
2.7 Verein Haus für Film und Medien	in 2022	326.000 EUR
	in 2023	395.000 EUR
2.8 CURRENT–Kunst und urbaner Raum 2022/23 Festival	insg. für 2 Jahre	350.000 EUR

**Zwischensumme: 1.969.600 EUR**

## **3. Kulturförderung – Erhöhungen (+)**

3.1 Schauspielbühnen in Stuttgart /Altes Schauspielhaus & Komödie im Marquard e.V. p.a.	+	249.600 EUR
3.2 Friedrichsbau Variete Theater p.a.	+	50.000 EUR
3.3 Theater am Olgaeck p.a.	+	55.000 EUR
3.4 Ensemble Materialtheater p.a.	+	25.000 EUR
3.5 Ars Narrandi e.V. p.a.	+	55.000 EUR
3.6 Gospel im Osten p.a.	+	6.000 EUR
3.7 Stiftsbläser	+	530 EUR p.a.
3.8 Jazzclub Kiste	+	3.000 EUR p.a.

3.9 backsteinhaus produktion p.a.		+	80.000 EUR
3.10 Jazz Society p.a.		+	12.460 EUR
3.11 Deutsch-Türkisches Forum e.V. p.a.		+	50.000 EUR
3.12 Theater La Lune p.a.		+	20.000 EUR
3.13 Projektmittel Film p.a.		+	30.000 EUR
3.14 Angemessene Honorare für Künstler*innen p.a.		+	60.000 EUR
3.15 Jazzclub Kiste – einmaliger Zuschuss für Mindestgagenprogramm p.a.		+	20.000 EUR
3.16 Eliszis Jahrmarkttheater e.V. p.a.		+	35.000 EUR
3.17 Forum der Kulturen e.V.	in 2022	+	182.000 EUR
	in 2023	+	32.000 EUR
3.18 Freie Tanz- und Theaterszene		+	12.000 EUR p.a.
3.19 FTTS Projektmittelförderung bisher finanziert durch Tanzpaktmittel		+	140.000 EUR p.a.
3.20 Weissenhofmuseum		+	40.000 EUR p.a.
3.21 Künstlerhaus Stuttgart e.v.		+	50.000 EUR p.a.
3.22 Kunstverein Oberwelt e.V.		+	5.000 EUR p.a.
3.23 Württembergischer Kunstverein (WKV)		+	55.000 EUR p.a.
3.24 Vereinigung Stuttgarter Mundarttheater		+	1.000 EUR p.a.
3.25 Stuttgarter Kammerorchester		+	30.000 EUR p.a.
3.26 O-Team		+	30.000 EUR p.a.
3.27 Orchester der Kulturen		+	38.000 EUR p.a.
3.28 Gedok e.V.		+	6.100 EUR p.a.
<b>Zwischensumme:</b>			<b>2.698.400 EUR</b>

**Gesamtsumme der beantragten Kulturförderung für die Jahre 2022/23: 8.471.164 EUR**

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Etablierung eines neu aufgelegten Programms für "Kunst im öffentlichen Raum"**

#### Wir beantragen:

1. Für die Etablierung eines neu aufgelegten Programms für "Kunst im öffentlichen Raum" beantragen wir  
(Kosten: 1.000.000 EUR p.a.)

#### Begründung:

1996 wurde das Programm zur Pflege von Kunst im öffentlichen Raum ersatzlos gestrichen. Dabei hat die Kunst im öffentlichen Raum in Stuttgart eine reiche Tradition und birgt ein enormes Potential hinsichtlich der Gestaltung der Landeshauptstadt. Dieses gilt es in den kommenden Jahren systematisch zu entwickeln - auch im Hinblick auf die IBA 2027. Bis dahin sollte Stuttgart eine Vorzeigestadt im Bereich "Kunst im öffentlichen Raum" sein.

Dabei bedeutet "Kunst im öffentlichen Raum" weit mehr als "Stadtmöblierung mit Kunstwerken". Sie umfasst eine Vielfalt von Kunstformen: neben der traditionellen Erinnerungskultur in Form historischer Denkmale, Skulptur des 20. Jahrhunderts und Performances auch Urban Art und Streetart. Bestehende Stadtbrachen könnten und sollten mit neuen künstlerischen Formaten aufgewertet werden.

Es gilt, die bestehenden Kunstschatze im öffentlichen Raum (u.a. Werke internationaler Künstler wie Alexander Calder, Alfred Hridlicka, Carsten Nicolai, Otto Herbert Hajek, Gerlinde Beck) zu pflegen und zu erhalten. Viele Werke bedürfen dringend einer grundlegenden Restaurierung, andernfalls ist mit einem Verlust von Millionenwerten zu rechnen. Das aktuelle Budget von 13.000 EUR p.a. ist dazu völlig unzureichend.

Der beantragte Betrag soll zur Erarbeitung eines Konzepts und der Etablierung eines Programms für "Kunst und Kultur im öffentlichen Raum" innerhalb und außerhalb der Verwaltung dienen. Mit einem Büro für Kunst im öffentlichen Raum könnte das Thema und damit verbundene Projekte und Förderungen koordiniert, weiterentwickelt und langfristig im kulturellen Leben der Stadt verankert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Pragfriedhof Nord, Krematorium - Einbau einer zweiten Ofenlinie und bauliche Anpassungen**

### Wir beantragen:

- Für die Erneuerung der Verbrennungsanlage und die Einrichtung einer zweiten Ofenlinie beantragen wir Planungsmittel im Teilfinanzhaushalt 670 des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes in Höhe von 700.000 EUR im DHH 2022 / 2023.

(Kosten 2022: 200 000 € // 2023: 500 000 €)

### Begründung:

Das 1905 errichtete Krematorium wurde letztmalig grundlegend 2003 saniert.

Seither wurden fast ausschließlich Instandhaltungsmaßnahmen oder gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen, die aufgrund der Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) zwingend umzusetzen waren, ausgeführt. So musste die Verbrennungsanlage 2015 / 2016 hinsichtlich der Abgasführung saniert werden, um den geforderten Grenzwert für Kohlenmonoxid entsprechend der 27. BImSchV zu erreichen. Dies bedeutete, dass zwei der drei vorhandenen Verbrennungsöfen stillgelegt werden mussten und seither nur noch einer in Betrieb ist. Es war zu diesem Zeitpunkt bereits ersichtlich, dass es sich hierbei nur um eine Interimsmaßnahme handeln konnte.

Bei einer Begehung konnten sich die Stadträt:innen von der Notwendigkeit einer grundlegenden Erneuerung der Anlage überzeugen. Fällt der noch funktionstüchtige Verbrennungsofen aus, so steht die Anlage still und es bleibt nur die Auslagerung anstehender Kremationen in nächstgelegene Krematorien (z.B. Rutesheim, Heilbronn).

Die grundlegende Sanierung bzw. Erneuerung der Kremationsanlagen und Rückführung auf zwei Ofenlinien befürworten wir aus den folgenden Gründen:

- Das Krematorium ist ein wichtiger Bestandteil innerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge

- Verstorbene – insbesondere infektiös Verstorbene können in Stuttgart verbrannt werden. Sie müssen nicht in ein Krematorium außerhalb von Stuttgart gebracht werden.
- Verhinderung von Leichentourismus.
- Die kurzen Wege zum Krematorium sind ein Beitrag zum Klimaschutz.
- Sehr schwere Särge müssen nicht mehr in andere Städte zur Kremation überführt werden.
- Bei Wartungsarbeiten oder technischen Störungen ist immer eine Ofenlinie noch aktiv. Derzeit bedeutet ein Ausfall der Ofenlinie den kompletten Stillstand der Anlage. Es besteht ein relevantes Ausfallrisiko. Dies wirkt sich besonders bei der Kundengewinnung negativ aus.
- Konstanter Kundenservice und eine attraktive Anlage
- Zunahme von Instandhaltungskosten in den nächsten Jahren bezüglich der vorhandenen Anlage.
- Bei Großschadenereignissen und Pandemien und einer entsprechend hohen Anzahl von Verstorbenen ist das Krematorium in der jetzigen Form komplett überlastet.
- Feuerbestattungen nehmen im Verhältnis zu sonstigen Bestattungsformen seit Jahren zu und bilden mit 70% den größten Anteil bei Bestattungen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



- a) Kulturveranstaltungen (Künstler:innenhonorare, Organisationskosten usw.) 50.000 EUR p.a.
- b) Angebote zur Bürgerbeteiligung (Workshops, Organisationskosten etc.) 15.000 EUR p.a.
- c) Gastronomiekonzept, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit etc. 10.000 EUR p.a.

Anmerkung:

Während unser Haushalts-Antrag "Villa Berg - alle Maßnahmen umsetzen" sich auf den Park als solchen bezieht und dessen Wiederherstellung und Renaturierung zum Schwerpunkt hat, widmet sich dieser Antrag dem Aufbau des Kulturbetriebs Villa Berg und den dazu nötigen personellen und finanziellen Ressourcen. Beide Anträge stehen gleichwertig nebeneinander.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Transparenz, Digitales, Beteiligung



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Videoaufzeichnung von allen Gemeinderatssitzungen machen und veröffentlichen!</b>

**Wir beantragen:**

- Die Aufzeichnung aller öffentlichen Gemeinderatssitzungen und die Veröffentlichung derselben nach 24 Stunden Einspruchsfrist (die Veröffentlichung kann gegebenenfalls auf 48 Stunden verlängert werden, es zählen zudem nur Werktage) zwecks Herausnahme der aufgenommenen Stadträte auf deren Antrag. Die dafür notwendigen Sach- und Personalmittel werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt
- Zwecks Barrierefreiheit wird die Aufzeichnung mit Untertiteln unterlegt. Auf begründeten, rechtzeitigen Antrag kann auch ausnahmsweise ein Gebärdendolmetscher in der Sitzung eingesetzt werden (z.B. bei angekündigten Tagesordnungspunkten größerer Bedeutung). Die dafür notwendigen Sach- und Personalmittel werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt

**Begründung:**

Zu 1) und 2): Es ist heute allgemein erstrebenswert und teilweise auch in Baden-Württemberg Praxis, in größeren Städten Aufzeichnungen der Sitzungen des Stuttgarter Gemeinderats öffentlich vorzuhalten, nicht nur im früher genannten Beispiel Konstanz. Dies trägt dem für die Demokratie wichtigen Transparenzprinzip Rechnung. Generell streben wir, im Gegensatz zum Vorgehen der Verwaltung, mit der Konzentration auf wenige Schwerpunktsitzungen mit durchaus begrüßenswerten Liveübertragungen mit Gebärdendolmetscher leichter zu organisierende und kostengünstigere Übertragungen auch aller (weiteren) Gemeinderatssitzungen an.

Bei den Gemeinderatssitzungen genügt es, das Rednerpult aufzunehmen, der Ton reicht dank Lautsprecheranlage ohnehin aus – auf solchen Aufnahmen werden die Stadträte nicht erkennbar sein, wenn sie nicht ans Rednerpult treten.

Im Sinne allgemeiner Barrierefreiheit ermöglicht dieses System auch stark mobilitätseingeschränkten Personen sowie denen, die es zeitlich nicht zu den Sitzungen schaffen können, diese zumindest im Nachhinein ohne Vorauswahl durch die Presse zu verfolgen und nicht erst auf Sitzungsprotokolle zu warten.

Wir hoffen auf eine realistische Kosteneinschätzung der Verwaltung für dieses System auf der Basis der nunmehr neu installierten Medientechnik (nicht nur) im Großen Sitzungssaal des Rathauses.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Einführung des auf Landesebene üblichen Gebührendeckels für Informationsfreiheitsanfragen****Wir beantragen:**

1. Eine Deckelung der Kosten für Anfragen nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz BW an die Stadt auf maximal 500 Euro.

**Begründung:**

Eine solche Deckelung besteht sowohl im Bundesinformationsfreiheitsgesetz wie auch im Umweltinformationsgesetz des Landes Baden-Württemberg und soll verhindern, dass es zu allzu abschreckenden Gebührenerhebungen kommen kann. Die ersten 37 Anfragen an die LHS lagen zwar alle darunter, aber das ist nicht von vorneherein klar und unterstreicht andererseits, dass hier nicht allzu viele Kosten an der Stadt hängenbleiben werden.

Mittlerweile hat das Land Baden-Württemberg für seine auskunftspflichtigen Stellen nach seinem allgemeinen Informationsfreiheitsgesetz ebenfalls diesen 500-Euro-Gebührendeckel eingeführt. Der Gesetzgeber hat aber keine Änderungen vorgenommen, was die Kommunen betrifft, so dass Auswüchse wie in Stuttgart schon geschehen mit Kostenvoranschlägen von über 8.000 Euro zuverlässig Antragsteller von der Aufrechterhaltung ihrer Anfragen abhalten, was natürlich dem Geist solcher Regelungen diametral entgegenläuft.

Da solche Fälle aber bislang sehr selten sind, sind auch die mit der Gebührendeckelung verbundenen Gebühreneinbußen sehr gering und eine Flut von Anfragen ist keinesfalls zu erwarten, denn bei Gebühren von bis zu 500 Euro wird niemand aus Spaß und Tollerei unnötige Informationsanfragen stellen bzw. aufrechterhalten – das ist dafür immer noch viel zu kostspielig.

Sollte eine Neuregelung der Informationsfreiheit z.B. in einem im Landeskoalitionsvertrag zwischen GRÜNEN und CDU vereinbarten Transparenzgesetz erfolgen, das diese - oder niedrigere Deckelungen – für die Gebühren solcher Anfragen beinhaltet, erübrigt sich diese städtische Regelung natürlich ab dem Zeitpunkt der Gültigkeit der Neuregelung, ansonsten soll sie beibehalten werden. Aus demselben Grund sehen wir aktuell auch von der Forderung nach einer Transparenzsatzung ab, behalten uns diese aber für den nächsten Doppelhaushalt vor, falls bis dahin keine entsprechende Regelung des Landes mit Gültigkeit für Kommunen geschaffen wurde.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Eingang bei L/OB:

Datum:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Betriebsfähigkeit des Planetariums sichern****Wir beantragen:**

1. Austausch der Beleuchtungseinheiten beim Planetarium, insgesamt 9 Velvet-Projektoren für in Summe 400.000 Euro im Ergebnishaushalt 2022, Teilhaushalt 4102731 (Kulturamt)
2. Bezifferung der Kosten für den Austausch der Weltraumsimulationsanlage (Rechensystem) Fulldome des Planetariums  
(Kosten: 2022: 400 000 €)

**Begründung:**

Zu 1)

Ohne diese Erneuerung droht der Ausfall dieser wichtigen Einheit, ohne die Planetariumsvorführungen praktisch nicht denkbar sind. Schon während des kommenden Doppelhaushaltsjahrs droht der Ausfall, sie ist daher zwingend für den Weiterbetrieb des Planetariums schon im Jahr 2022 durchzuführen; eine einfache Erneuerung des Systems ist nicht mehr möglich, da diese vom Hersteller (Zeiss) nicht mehr im Angebot ist. - Außerdem spart das neuere LED-System Strom im Betrieb ein und refinanziert so die Anschaffung mittelfristig zumindest teilweise.

Zu 2)

Die vorhandene Anlage des Planetariums ist in die Jahre gekommen und um auf dem Stand der Technik zu bleiben, wäre ein Austausch wünschenswert. Daher bitten wir um die Bezifferung der Summe, die dies kosten würde; nach sieben Jahren wäre eine Aktualisierung geboten. (Hard- und Software)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion  Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Städtischer Pressespiegel: Digital zugänglich machen</b>

**Wir beantragen:**

- Der Städtische Pressespiegel wird künftig auch in digitaler Form den Amtsleiter:innen, Bürgermeister:innen und Fraktionen zur Verfügung gestellt. Die dafür notwendigen Haushaltsmittel und ggf. Personalstellen beziffert die Verwaltungsspitze und stellt sie in den Doppelhaushalt 2022/2023 für die Jahre 2022 ff. ein.

**Begründung:**

Der städtische Pressespiegel hat eine wichtige Funktion für Verwaltung und die Fraktionen des Gemeinderats. Die wichtigen, Stuttgart betreffenden Medienberichte werden in einer Übersicht an Fraktionen, Bürgermeister:innen und Amtsleiter:innen verteilt – bislang nur in Papierform. Im Zeitalter der Digitalisierung sollte ein solch wichtiges Instrument auch in digitaler Form (mit der Möglichkeit, mit Hilfe der Suchfunktion schnell die relevanten Themen zu finden) bereitgestellt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)





die Akustik im - von vielen Vereinen - genutzten Saal zu verbessern. Dadurch kann die Nutzungsqualität und Attraktivität des Häussler-Bürgerforums gesteigert werden.

Zu 4)

Mit dem Fahrrad zur S-Bahn und von dort aus mit der Bahn in die Stadt – von dieser intermodalen Form der Mobilität würden mehr Menschen Gebrauch machen, wenn sie Überdachte, sichere Fahrradabstellmöglichkeiten an den Bahnsteigen (Vaihingen Bahnhof, Universität und Österfeld) vorfinden würden. Hier muss deutlich mehr gemacht werden – wir bitten um einen Statusbericht und die Bezifferung der Kosten. Bürgerhaushalt: 62803, 62644.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Feuerwehr





16. Gemäß Drucksache 672/2021 werden die Finanzmittel der Drucksache bereitgestellt (zusätzliche 130.000 Euro pro Jahr) sowie folgende Stellen gemäß Orga-Untersuchung Zentralwerkstatt Fahrzeuge
17. Stelle 1,0 A11 gD Fahrzeugbeschaffung Sonderfahrzeuge
18. Stelle 1,0 A9 Z Fahrzeugbeschaffung, Dokumentation
19. Stelle 1,0 A9 Z Fahrzeugbeschaffung, Normfahrzeuge
20. Bau- und Sanierungsmaßnahmen sowie Wartung: GR Drs. 675/2021, 779/2021, 780/2021: Diese Mittel werden gemäß Vorlagen zur Verfügung gestellt sowie die folgenden Stellen geschaffen
21. Stelle 1,0 A13 gD Leiter Neubauten/Sanierung – Entfall KW 01/2022 (Daueraufgabe)
22. Stelle 1,0 EG 12 SGL Neubau/Sanierung Berufsfeuerwachen und Freiwillige Feuerwehrhäuser KW 2031, Schaffung 2022
23. Stelle 1,0 A11 SB Umsetzung Neubauten Berufsfeuerwehr (Schaffung 2022)
24. Stelle 1,0 EG 10 SB Umsetzung Neubauten Freiwillige F. KW 2031, Schaffung 2023
25. Stelle 1,0 A9 + Z SB Möblierungsplanung/Schließmanagement KW 2031, Schaffung 2023
26. Stelle 1,0 A11 Teamleiter Bauunterhaltung BF/FF Schaffung 2022
27. Stelle 1,0 EG 8 Facilitymanager/Haustechnik ab 2022
28. Bevorzugung/Einreihung von Angehörigen der Berufsfeuerwehr in Personalwohnungsplanungen bzw. Vormerklisten der SWSG
29. Schaffung von sechs Ausbildungsstellen für Notfallsanitäter:innen (NFS) sowie 2,0 Stellen in der Entgeltgruppe P8 für die Transferzeit zwischen Abschluss der Ausbildung zum NFS und Aufnahme des Vorbereitungsdienstes mittlerer feuerwehrtechnischer Dienst.
30. Umzug Notbetriebsstelle auf die neue Feuerwache 5 in Möhringen: teilweiser ILS-Geräteumzug für 200.000 Euro im Finanzhaushalt 2022, 20.000 Euro Honorarkosten in 2022 sowie in 2022 TK-Kosten von 10-4 von 203.400 Euro und 156.400 Euro in 2023 plus Schnittstellenkosten

### **Begründung:**

Zu 1) bis 5)

Ehrenamtsförderung und Nachwuchsgewinnung bei der freiwilligen Feuerwehr: Nachhaltige Verbesserungen sind dringend notwendig.

Zu 6) bis 10)

Der Katastrophenschutz muss für Klimakrise und Pandemien personell und finanziell gut aufgestellt werden. Hier wurden zuletzt deutliche Engpässe und Defizite sichtbar.

Zu 11)

Schrittweise Einführung von digitalen Schulungsmöglichkeiten für den verpflichtenden Ausbildungsdienst für die freiwillige Feuerwehr: Schaffung von Web-Seminaren, E-Learning in Führungs-Aus- und Fortbildung, Schaffung technischer Voraussetzungen im Aus- und Fortbildungszentrum der Branddirektion und bei den Abteilungen der Feuerwehr (FW) und der Jugendgruppen, losgelöst von städtischen Liegenschaften Zugang der Angehörigen der FW zum städtischen Netz (VPN) – der Ausbildungsbetrieb war in der Pandemiezeit kaum möglich wegen Kontaktbeschränkungen und fehlenden technischen Voraussetzungen bei den meisten Beteiligten, Insellösungen ohne einheitlichen Rahmen wurden von einzelnen Abteilungen gepflegt. Es sind 24 freiwillige Abteilungen und die Branddirektion auszustatten. Lagerverwaltung und datenschutzkonforme einheitliche Mitgliederverwaltung der FW-Abteilungen sind ebenso unbedingt erforderlich.

Zu 12)

Eine moderne, ortsunabhängige Kommunikationsinfrastruktur muss für die FW flächendeckend verfügbar sein.

Zu 14)

Die körperliche Fitness von Angehörigen der Feuerwehr muss systematisch gewährleistet werden und die Schwellen für die FF-Angehörigen sind möglichst niedrig zu halten.

Zu 15)

Ohne entsprechende Übungsflächen kann die Feuerwehr keine angemessenen Übungen durchführen und die Fläche der abgehenden Feuerwache 5 in Degerloch steht möglicherweise nicht ohne Zeitlimit zur Verfügung, bis zur anderweitigen Nutzung muss eine adäquate Alternative gefunden und in die Nutzung genommen werden, um die dauerhafte, ununterbrochene Möglichkeit des Übens zu sichern.

Zu 16) bis 19)

Diese Untersuchung hatte gezeigt, dass ein hoher Bedarf an Werkstattkapazität und sauberer Organisation dieser Tätigkeiten besteht.

Zu 20) bis 27)

Die enormen Bedarfe in Bau und Sanierung von Berufsfeuerwachen und freiwilligen Feuerwehrhäusern für mindestens ein Jahrzehnt erfordern professionelle Begleitung und Organisation (Bsp. Raumplanung) als Ansprechpartner\*in bei der Branddirektion für das Hochbauamt und andere Ämter der Stadtverwaltung samt den entsprechenden Sachmitteln. Es ist nicht sachgerecht wie in der Stellungnahme anderer Referate zu lesen, den Beschaffungsetat und Wartungskosten zusammenzurechnen und so indirekt zu kürzen.

Zu 28)

Viele Angehörige der Berufsfeuerwehr legen lange Pendlerwege zurück und haben so eine eher schwache Bindung an die Stuttgarter Branddirektion, u.a. sind die hohen Wohnkosten in Stuttgart ein Problem. Hier ist Hilfe angezeigt, um das Personal zu halten und neues zu gewinnen.

Zu 29)

Es ist wichtig, dass die Branddirektion eigene Einsatzkräfte im Rettungswesen behält, um mit den anderen wie dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) effektiv auf Augenhöhe zusammenarbeiten zu können und die Steuerung des gesamten Rettungswesens sachgerecht zu betreiben. Die Zwischenlösungen mit Referat AKR tragen nicht länger, deswegen und wegen erhöhter Anforderungen in diesem Bereich sind diese zusätzlichen Stellen und Ausbildungsplätze erforderlich.

Zu 30)

Als Katastrophenschutzstelle muss die Integrierte Leitstelle (ILS) selbst bei einem Ausfall in Wache 3 Bad Cannstatt noch weiterarbeiten können, daher ist neben dem (s.o.) geforderten Neubau der ILS mit neuer Ausstattung auch ein Backup in der neuen Feuerwache 5 in Möhringen sachlich zwingend, dafür fallen die angeführten Kosten an.

Einen Deckungsvorschlag für die Finanzierung der genannten Stellen haben wir im Antrag „Deckungsvorschlag: 33,5 Stellen beim Amt für öffentliche Ordnung nicht schaffen - dafür Stellen bei der Feuerwehr schaffen“ formuliert.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Neufassung Feuerwehrbedarfsplan: alle Bedarfe frühestmöglich berücksichtigen</b>

**Wir beantragen:**

1. die anfallenden Stellen und Sachmittelbedarfe im turnusmäßig erneuerten Feuerwehrbedarfsplan 2021 sowohl zeitnah in den Doppelhaushalt 2022/2023 als auch in die mittelfristige Finanzplanung bis 2026 aufzunehmen und zuvor jeweils so rasch wie möglich zu beziffern.

**Begründung:**

Der aktuell gültige Feuerwehrbedarfsplan stammt aus dem Jahr 2011. Entsprechend dem Gemeinderatsbeschluss vom 27.07.2011 (GRDRs. 621/2011, Ziffer 6) ist die Verwaltung beauftragt, den Feuerwehrbedarfsplan in einem zehnjährigen Rhythmus fortzuschreiben. Die Fortschreibung, die insbesondere auch der Stadtentwicklung (Stuttgart 21 (S21), Eiermann-Campus, Rosensteinviertel, starker Anstieg der Tunnel im Stadtgebiet sowohl bei Bahn wie Autoverkehr) Rechnung tragen muss, wird aktuell durch den externen Gutachter Lüff+ unter Projektleitung des Haupt- und Personalamtes (10-3.1) aufgearbeitet. Um die Feuerwehr für die kommenden 10 Jahre zukunftsfähig aufzustellen, ist die rasche, gegebenenfalls stufenweise Einplanung der nötigen Bedarfe (mit ausreichendem Vorlauf z.B. für die – wann auch immer - erfolgende Inbetriebnahme von S21 usw.) im Doppelhaushalt und der mittelfristigen Finanzplanung zwingend erforderlich; daher ist ein Folgeantrag aufgrund dieser Zahlen zu diesem zu erwarten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbach  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Umwelt-, Tier- und Artenschutz





<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Klimafreundliche Ernährung, keine Lebensmittelverschwendung</b>
--

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart richtet bei der Stabsstelle Klimaschutz des Oberbürgermeisters eine unbefristete EG 13-Stelle ein, die den Bereich klimafreundliche Ernährung bearbeitet.
2. In städtischen Gebäuden sollen nach Möglichkeiten sogenannte Fairteiler für Foodsharing geschaffen werden.
3. Das Thema „Kampf gegen Lebensmittelverschwendung“ und „Klimagerechte Ernährung“ wird in dem Ausschuss für Klima und Umwelt behandelt. Dort wird wenigstens einmal jährlich über die Fortschritte bei der Verringerung der Treibhausgase im Bereich Ernährung berichtet. Vertreter:innen der entsprechenden Initiativen werden dazu eingeladen.
4. Der Umweltpreis 2022 wird unter das Motto „Kampf gegen Lebensmittelverschwendung“ gestellt und entsprechend beworben.

### Begründung:

Bei der Produktion, der Lagerung und dem Transport von Lebensmitteln entstehen riesige Mengen an CO<sub>2</sub>. Wenn diese Waren weggeworfen werden, wurde das Kohlendioxid völlig sinnlos emittiert. Nach der Studie des Thünen-Instituts und der Universität Stuttgart aus dem Jahr 2019 entsorgt jeder Bundesbürger 75 Kilo an eigentlich noch genießbaren Lebensmitteln pro Jahr – das macht, wenn man die Verluste in der Produktion und im Handel mitrechnet, zwölf Millionen Tonnen allein in Deutschland, vor allem Obst und Gemüse, die Reste von Selbstgekohtem sowie Brot. Laut einer etwas älteren Analyse des WWF sind es sogar 18 Millionen Tonnen.

Die Bedeutung des Themas steht also außer Frage. Der Schwerpunkt der Stelle zum Thema „Klimafreundliche Ernährung“ ist, Möglichkeiten zur Einsparung von Treibhausgasen im

gesamten Sektor rund um die Ernährung in Stuttgart zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung zu erarbeiten. Dabei soll zuerst eine inhaltliche Gesamtkonzeption erstellt werden. Diese betrachtet die gesamte Kette von Nahrungsmittelproduktion über Verarbeitung, Lagerung, Transport, Distribution bis zum Endverbrauch in Haushalt und Gastronomie. Aspekte einer nachhaltigen Nahrungsproduktion und -nutzung (z.B. ökologische Produktion, regionale Produkte, etc.) sowie soziale Gesichtspunkte sind mit zu berücksichtigen.

Besonderes Augenmerk soll auf der nachhaltigen Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung liegen. Die ehrenamtlich Tätigen die bei der Rettung von überschüssigen Lebensmitteln wie Foodsharing und Tafelläden beteiligt sind, werden mit einbezogen, um die Bedarfe zu erfassen und zu decken, z.B. bei der Einrichtung weiterer „Fairteiler“. Foodsharing kommt vor allem durch fehlende Weiterverteilungsmöglichkeiten an Grenzen. Daher ist es nötig, dass die Stadt sich unterstützend einbringt, um mehr Verteilstellen zu schaffen. Ziel ist, dass es in jedem Stadtteil möglichst fußläufig einen Fairteiler gibt. Die Stadt soll eigene Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, soweit möglich, und die Kosten für deren Einrichtung und einen Teil der Pflege übernehmen. Im Bürgerhaushalt kam Vorschlag Nr. 62657 „Lebensmittel retten und verteilen hilft dem Klima und den Menschen“ auf Platz 16.

Des Weiteren müssen Erzeuger:innen und Unternehmen entlang der Distributionskette informiert und motiviert werden, wie sie Lebensmittelabfälle vermeiden und Überschüsse dem menschlichen Verzehr erhalten können. Geeignete Maßnahmen (Plattform zu mehr Nachhaltigkeit, Datenbank für Best Practice, Umweltzertifizierungen, Vortagsbäckereien u.v.m.) sind z.B. in einer Studie der Uni Stuttgart zu finden. („Ermittlung der weggeworfenen Lebensmittelmengen und Vorschläge zur Verminderung der Wegwerfrate bei Lebensmitteln in Deutschland“, iswa, 2012)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Pfandringe für städtische Mülleimer</b>
--

### Wir beantragen:

1. Es werden Finanzmittel bereitgestellt, um städtische Mülleimer mit Pfandringen auszurüsten. Dies soll zunächst an folgenden (Brennpunkten) Orten installiert werden:
  - a. Im Bezirk Mitte alle Mülleimer
  - b. In den anderen Stadtbezirken vorerst nur in den Zentren, insbesondere die Mülleimer in der Umgebung von S-Bahn-Haltestellen.

### Begründung:

Hintergrund dieses Antrags ist sowohl Umweltschutz durch konsequente Mülltrennung und Recycling wie auch die Gewährleistung von Hygiene und Hilfe für in Armut lebende Menschen.

Wie in vielen anderen Städten ist es auch in Stuttgart Alltag, dass Menschen Pfandflaschen sammeln (müssen). Oft befinden sich diese Flaschen in den Mülleimern, in welchen die Sammler:innen suchen müssen. Dies ist nicht nur unwürdig für die Flaschensammler:innen, sondern auch aus gesundheitlichen- und hygienischen Gründen unzumutbar. Eine einfache und kostengünstige Lösung dafür sind sogenannte „Pfandringe“, welche an den Mülleimern befestigt werden, so dass die Flaschen direkt neben den Mülleimer in die Halterung abgestellt werden können und so einfach und hygienisch eingesammelt werden können.

Im Bürgerhaushalt wurde diese Idee bereits aufgegriffen für Stuttgart-Stadtmitte. Auch der Bezirksbeirat Mitte hat diesem Vorhaben mehrheitlich ohne Gegenstimmen zugestimmt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Hundesteuer für Tierheimhunde streichen****Wir beantragen:**

1. Die Hundesteuer für Hunde, die aus dem Tierheim Stuttgart kommen, soll gestrichen werden.

**Begründung:**

Wer einen Hund aus dem Tierheim holt, entlastet die jetzt schon bereits überforderten Tierheime und damit deren Finanzen. Zudem übernehmen die Kund:innen des Tierheims Verantwortung für den adoptierten Hund. Die Streichung der Hundesteuer für diese Hunde wäre ein Anreiz für eine größere Vermittlungsquote und würde damit auch zur finanziellen Entlastung des Tierheims beitragen. Zudem stellt es neben einer finanziellen Entlastung auch eine Anerkennung für diese Kund:innen des Tierheims dar. Dass eine Streichung der Hundesteuer für Tierheimhunde auch rechtlich möglich ist, beweist die Stadt Mannheim.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Hundewiesen ermöglichen</b>

### **Wir beantragen:**

1. Die Stadt stellt ein Budget auf, um potenzielle Flächen für Hundewiesen zu ermitteln.
2. Es werden zur Umsetzung der Hundewiesen finanzielle Mittel eingestellt.

### **Begründung:**

Zu 1)

Bereits 2016 waren in Stuttgart ca. 14.000 Hunde gemeldet (Quelle: Stuttgarter Nachrichten). Die Tendenz stieg von Jahr zu Jahr, insbesondere während der Corona-Pandemie. Auch Hunde müssen die Möglichkeit haben, ihren Bedürfnissen nach Bewegung nachkommen zu können. Dafür bieten sich Hundewiesen am besten an. Deshalb sollen auch in Stuttgart entsprechende Flächen bzw. Wiesen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Zu 2)

Nachdem die Flächen ermittelt sind, müssen für die Umsetzungsphase Mittel eingeplant werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>GRDRs 178/2021: TOP-E-Flächen</b>
--------------------------------------

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart stellt 158 TEUR für die Aufstockung und Pflegemittel für bisherige TOP-E-Flächen zu Verfügung, wie in der roten Liste/Anmeldeliste auf S. 62 eingetragen.
2. Die Stadt Stuttgart stellt 648 TEUR für neue TOP-E-Flächen für die Erstpflege und Dauerpflege bereit, wie in der roten Liste/Anmeldeliste auf S. 62 vermerkt.

(Kosten gesamt: 2022: 234 000 € // 2023: 143 000 € // 2024: 143 000 € // 2025: 143 000 €  
// 2026: 143 000 €)

### Begründung:

Zu 1) und 2:) In der GRDRs 178/2021 heißt es: „Im Rahmen des Artenschutzkonzeptes wurden in einem ersten Schritt 20 Pilotflächen, sogenannte „Top-E(ffizienz)-Flächen“, ausgewiesen, die eine hohe natur- und artenschutzfachliche Relevanz besitzen und auf denen definierte Umsetzungsprioritäten mit vergleichsweise geringen finanziellen und personellen Aufwand umgesetzt werden können. Es sind bereits erste Erfolge zu verzeichnen. So konnte beispielsweise auf der Top-E-Fläche an der Dachswaldböschung in S-Vaihingen der Bestand an Backenklees, eine bundesweit vom Aussterben bedrohte Pflanze, erhalten und erweitert werden. Der Standort ist das letzte Vorkommen dieser Art in Stuttgart und eines von fünf in ganz Baden-Württemberg.“

Allgemein ist noch hinzuzufügen, dass wir uns im größten Artensterben seit Existenz der Dinosaurier befinden. Artenschutz ist mit der gleichen Priorität wie Klimaschutz zu betrachten, da wir Menschen von anderen Arten abhängig sind, um überhaupt existieren zu können.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stillgewässer und Stauanlagen kontrollieren**

### Wir beantragen:

1. Für die Messgeräte Monitoring Stillgewässer einmalig für das Jahr 2022 50.000 EUR.
2. Für die Messgeräte für den Pegel der Stauanlagen einmalig für das Jahr 2022 150.000 EUR.
3. Für den laufenden Betrieb für das Monitoring Stillgewässer und Stauanlagen, 30.000 EUR für das Jahr 2022 und ab 2023 dauerhaft 50.000 EUR.

(Kosten gesamt: 2022: 130 000 // 2023: 150 000)

### Begründung:

Alle 16 Seen im Stadtgebiet Stuttgart, die in der Unterhaltung des Tiefbauamts liegen, sind Flachgewässer mit hohem Nährstoffgehalt und geringem Zufluss an Frischwasser. In Schönwetterperioden mit wenig Niederschlag und hohen Temperaturen sinkt nicht nur der Wasserstand; es kann aufgrund des nährstoffhaltigen Wassers mit abnehmendem Sauerstoffgehalt zu starker Algenbildung und Umkippen der Seen kommen. Diese Problematik wird durch die fortschreitende Klimaerwärmung verstärkt. Somit ist ein engmaschiges Monitoring der Wasserqualität der Seen erforderlich. Die bislang manuell durchgeführten Sauerstoffmessungen reichen nicht aus für eine durchgängige Überwachung der Seen, um auch im Falle eines Havarie-Ereignisses umgehend reagieren zu können. Katastrophen wie das massenhafte Fischsterben am Max-Eyth-See in Zukunft müssen verhindert werden durch eine engmaschige Beobachtung.

Es ist eine Ausstattung der Seen mit Sauerstoffmessgeräten vorgesehen, die zur Fernüberwachung in ein Prozessleitsystem integriert werden sollen. Im Rahmen des Gewässermonitorings des Max-Eyth-Sees sind zusätzlich zwei Mal im Jahr Fischbestandserhebungen vorgesehen. Die Bestandsentwicklung der Wasserpflanzen muss von Tauchern regelmäßig überwacht werden, um die Wasserpflanzen rechtzeitig - vor einem Zusammenbruch in den Sommermonaten – zurückzuschneiden.

Zudem betreibt das Tiefbauamt 55 Stauanlagen, die bislang nicht fernüberwacht sind, d.h. im Einstau-Fall geht keine Hochwassermeldung ein. Vorgesehen ist, die nach DIN 19700

klassifizierten Becken an das webbasierte Flut- und Informationssystem (FLIWAS) des Landes Baden-Württemberg anzuschließen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Taubenschläge: Standortsuche verstärken, Bau und Finanzierung sicherstellen</b>
--

### Wir beantragen:

1. Die Stadt stellt die notwendigen Finanzmittel für eine Standortsuche von Taubenschlägen zur Verfügung und schafft dafür die nötige/n Stelle/n.
  - a. Die Verwaltung bemisst und schafft die erforderlichen Stellenanteile für Standortsuche und Planung für Taubenschläge bis hin zum Personal für die Taubenfütterung, damit die eingestellten Finanzmittel für Planung und Ausführung von Taubenschlägen umgesetzt werden können.
  - b. Die nicht aufgebrauchten Finanzmittel, welche im Doppelhaushalt 2020/2021 für Taubenschläge eingestellt wurden, werden auf den Doppelhaushalt 2022/2023 übertragen.
  - c. Die Summe der im DHH 20/21 eingestellten Finanzmittel für Taubenschläge in Höhe von 140.000 Euro jährlich wird auch im neuen Doppelhaushalt 2022/23 wieder eingestellt.

### Begründung:

Zu 1) und 2.)

Stuttgart hat immer noch einen massiven Mangel an Taubenschlägen, da seit Jahren das Projekt zur Schaffung von Taubenschlägen stagniert. Als Grund dafür wird der angebliche Mangel an potenziellen Standorten angegeben. Die Situation ist sogar noch schlechter geworden, nachdem in der Vergangenheit sogar einige Taubentürme aufgegeben wurden, was die Lage für die Tauben sogar weiter verschlechtert hat. Taubenschläge sind die tierfreundlichste Lösung, um die Population dieser Tiere eindämmen zu können. Aber auch für die Bürger:innen bedeutet dies eine massive Entlastung, da die Tauben sich dann weniger an verschiedenen Orten aufhalten und die Verschmutzung durch Taubenkot verringert wird.

Dafür wurden im letzten Haushalt finanzielle Mittel bereitgestellt, welche nicht vollständig aufgebraucht wurden. Die Finanzierung solcher Taubenschläge muss auch in den Folgejahren gewährleistet sein und mit der Aufstockung weiterer Mittel sollen die Bemühungen nach der Suche und Umsetzung zusätzlicher Plätze noch konsequenter verfolgt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>GRDRs 557/2021: Gewässermonitoring</b>
---

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart stellt 430 TEUR für das Gewässermonitoring zur Verfügung, wie es in der roten Liste/Anmeldeliste auf S. 61 vermerkt ist.

(Kosten: 2022: 130 000 € // 2023: 150 000 € // 2024: 50 000 € // 2025: 50 000 € // 2026: 50 000 €)

### Begründung:

Zu 1)

Ein Gewässermonitoring ist bei Stillgewässern mehr als notwendig. Bereits in der Vergangenheit gab es Vorkommnisse, wie beispielsweise das Kippen des Max-Eyth-Sees, bei denen eine solche Überwachung hilfreich gewesen wäre und die Schäden vermutlich geringer ausgefallen wären. Auch für das Ökosystem und somit auch für die Tiere und Pflanzen sind intakte Gewässer eine Grundvoraussetzung.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>GRDRs 557/2021: Entschlammung Lindenbachsee in Weilimdorf</b>

### Wir beantragen:

31. Die Stadt Stuttgart stellt 150 TEUR für die Entschlammung des Lindenbachsees zur Verfügung, wie es in der roten Liste/Anmelde-Liste der Verwaltung auf S. 61 vermerkt ist. (Kosten: 2022: 150 000 €)

### Begründung:

In der GRDRs 557/2021 heißt es: „Aufgrund der natürlichen Seenalterung des Lindenbachsees hat sich mit den Jahren eine Schlammschicht im Seegrund aufgebaut. Diese führt aufgrund von sauerstoffzehrenden Abbauprozessen im Wasser zu einer verminderten Wasserqualität. Die Wahrscheinlichkeit der Algenblüte erhöht sich deutlich und hiermit auch das Risiko von Sauerstoffknappheit in heißen Sommern. Daher soll der Lindenbachsee entschlammt werden.“ Es ist also eine unabdingbare Notwendigkeit, dass die Entschlammung durchgeführt wird.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Umsetzung Freizeitkonzept „Stuttgarter Stadtwald“</b>
--

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart stellt 400 TEUR für Umsetzung des Freizeitkonzepts für den „Stuttgarter Stadtwald“ zur Verfügung, wie auf S. 66 der roten Liste/Anmeldeleiste vermerkt.

(Kosten: 2022: 200 000 € // 2023: 200 000 €)

### Begründung:

Die Umsetzung des Freizeitkonzepts für den „Stuttgarter Stadtwald“ ist eine Initiative die es zu fördern gilt. Es geht darum, den unterschiedlichen Besuchergruppen des Stadtwalds und den sie vertretenden Interessengruppen gerecht zu werden. Zu diesen Gruppen gehören beispielsweise Freizeitsportler, Erholungssuchende und Naturliebhaber. Zudem kommt der Berücksichtigung des Naturschutzes hohe Bedeutung zu. Um dies alles im Einklang zu bringen bzw. dafür eine geeignete Lösung zu finden, ist es unabdingbar, dass das entwickelte Konzept jetzt auch umgesetzt wird.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>GRDRs 502/2021: Urbanes Grün - Fortführung</b>

### Wir beantragen:

1. Die Förderprogramme Urbane Gärten und das Stuttgarter Grünprogramm wird fortgesetzt, wie in der roten Liste auf S. 50 vermerkt. Dazu werden die notwendigen finanziellen Mittel von 500 TSD Euro bereitgestellt.

(Kosten: 2022: 250 000 € // 2023: 250 000 €)

### Begründung:

Zu 1)

Das Programm muss auch weiterhin fortgesetzt werden, da es einen wesentlichen Beitrag für den Klimaschutz und die Klimaanpassung leistet. Die Bürger:innen sollen dabei auch weiterhin motiviert werden Begrünungen in ihrem Umfeld vorzunehmen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Pflege und Gesundheit



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Menschen ohne Krankenversicherung in Stuttgart brauchen medizinische Versorgung – Projektmittel für Malteser Medizin für Menschen (MMM)**

### **Wir beantragen:**

32. Jährlicher Zuschuss in Höhe von 14.000 Euro für das Projekt Malteser Medizin für Menschen zur Aufrechterhaltung dessen medizinischer Leistungen für Menschen ohne Krankenversicherung
33. Jährlicher Zuschuss in Höhe von 26.000 Euro für den Malteser Hilfsdienst e.V. in Höhe von 26.000 Euro zum Aufbau einer Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung bzw. ungeklärtem Krankenversicherungsstatus.

(Kosten gesamt: 40.000 Euro in 2022 und 40.000 Euro im Jahr 2023)

### **Begründung:**

Zu 1)

Seit 13 Jahren bietet der Malteser Hilfsdienst e.V. Sprechstunden für Menschen ohne Krankenversicherung in Stuttgart Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung an. Ziel ist die medizinische Versorgung (Erst- und Akutuntersuchungen und Schwangerschaftsvorsorge) dieser Zielgruppe über ein Netzwerk aus niedergelassenen Ärzten sowie Krankenhäusern. Rund 5.500 Behandlungen, die kostenlos angeboten werden, wurden seit 2008 von rein ehrenamtlich(!) tätigen Mediziner:innen durchgeführt. Medikamente und nachfolgende Behandlungskosten werden meist vom Malteser selbst übernommen, da sich die Menschen diese nicht leisten könnten. Es gibt zudem einen ständigen Austausch mit dem Gesundheitsamt und engen Kontakt zum – gegenüberliegenden – Marienhospital.

Um diese wichtige Hilfe für die Ärmsten unserer Gesellschaft aufrecht erhalten zu können, entstehen dem Malteser Hilfsdienst inzwischen so hohe Kosten, dass er sie allein nicht mehr tragen kann. Dafür ist ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 14.000 Euro erforderlich. Seit 2015 werden zusätzlich zur normalen wöchentlichen Sprechstunde durchschnittlich jährlich 40-50 Schwangere beraten, um Geburten dieser Kinder unter medizinischen und sozialen Basisstandards zu gewährleisten.

Zu 2)

In den Sprechstunden des Malteser Hilfsdienst wird sichtbar, dass viele Menschen mit unzureichender oder mit ungeklärtem Krankenversicherungsschutz in Stuttgart leben. Ebenso muss in vielen Fällen erst die Klärung des Versicherungsstatus und die Ursachen der Zugangsschwierigkeiten zum Regelsystem gemacht werden. Dazu erforderlich ist die oft

aufwändige Recherche und Klärung über die fallspezifischen sozial- und ausländerrechtlichen Ansprüche mit sich anschließenden Hilfestellungen bei der Antragstellung, Schriftverkehr und Behördengängen. Die Beantragung von Sozialleistungen muss zudem in enger Zusammenarbeit mit den Leistungsträgern Stadt bzw. Landkreis erfolgen.

Aufgrund der multiplen Problemlagen der Zielgruppe ist neben der persönlichen Beratung in Krisensituationen (per Telefon, Mail und persönlich) häufig die Weiterleitung von Klient:innen ins Hilfesystem der bestehenden Fachstellen und -dienste erforderlich.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Krebsberatungsstelle unterstützen – Mietkosten übernehmen****Wir beantragen:**

1. Die Stadt Stuttgart fördert die Krebsberatungsstelle in Höhe von 30 000 Euro jährlich (GRDRs 793/21).

(Kosten 2022: 30 000 € // 2023: 30 000 € // 2024: 30 000 € // 2025: 30 000 € // 2026: 30 000 €)

**Begründung:**

Die Bedeutung ambulanter psychosozialer Beratung für an Krebs erkrankte Menschen ist selbsterklärend und inzwischen auch gesetzlich geregelt worden. Aufgrund der hohen Mietpreise im Ballungsraum Stuttgart reicht jedoch der Sachkostenanteil bei weitem nicht aus, so dass die Weiterförderung der Krebsberatungsstelle durch die Stadt Stuttgart erforderlich bleibt.

Gemäß GRDRs 793/21 wurde die Förderung der Krebsberatung Stuttgart (Träger Krebsverband Baden-Württemberg e.V.) aufgrund des seit Mitte Juli 2021 in Kraft gesetzten Gesundheitsversorgungswiderentwicklungsgesetzes (GVWG) neu aufgestellt. Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen übernimmt den Hauptanteil des Förderbetrags, daneben beteiligen sich die privaten Krankenversicherungen zu 7 Prozent an der Förderung. Allerdings wurde die Förderung der Sachkosten von 20 auf 10 Prozent gesenkt. Damit könnten die Kosten für die Miete nicht aufgebracht werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



6. Förderung von bis zu 5 Selbsthilfegruppen, in denen sich Demenzkranke in einem frühen Krankheitsstadium treffen können (Priorität Nr. 11)

Gesamt	2022	2023	2024	2025	2026
65 000	13 000	13 000	13 000	13 000	13 000

**Begründung:**

Der demografische Wandel führt dazu, dass immer mehr Menschen einen erhöhten Pflegebedarf mit einhergehenden kognitiven Einschränkungen haben werden. Hinzu kommt, dass wir in Stuttgart bis zu dem Jahr 2030 2052 zusätzliche Pflegeheimplätze benötigen werden. Da der Bedarf an Betreuung und Pflege aufgrund dieser Situation nicht sichergestellt werden kann, bedarf es Unterstützung für Pflegebedürftige und deren Angehörige/Bezugspersonen.

Zu 1. und 2.:

Ziel ist es, dass die Betroffenen mit Unterstützung der betreuenden Bezugspersonen, selbstbestimmt leben können. Den Betroffenen wird es dadurch ermöglicht, den Austausch und Kontakt mit Gleichbetroffenen zu pflegen und damit Teilhabe an der Gesellschaft zu erleben.

Zu 3. und 4.:

Durch die regelmäßigen Besuche kann die soziale Vereinsamung vermindert und depressiven Erkrankungen vorgebeugt werden. Der soziale Kontakt stärkt die Pflegebedürftigen mental. Sie können über ihre Sorgen aber auch über schöne Dinge sprechen und haben durch die Begleitung zu Freizeitaktivitäten Teil am gesellschaftlichen Leben.

Eine angemessene Auslagenerstattung soll dazu beitragen, mehr freiwillige Helferinnen und Helfer gewinnen und das Angebot ausbauen zu können.

Zu 5.:

Die Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V. (eva) möchte in enger Vernetzung mit anderen Anbietern von Unterstützungsangeboten im Alltag für diese Herausforderungen Lösungen finden. Aufgrund der zentralen Funktion der Fachberatung Demenz und der langjährigen Erfahrung in der Arbeit mit freiwillig Engagierten schlägt die eva die Entwicklung einer Strategie zur Gewinnung neuer freiwillig Engagierter für Angebote in der Altenhilfe vor. Diese Strategie besteht aus zwei wesentlichen Elementen: der Entwicklung neuer Ehrenamtsformate, die die aktuellen Wünsche der Menschen an freiwilliges Engagement berücksichtigen und die Entwicklung von neuen Formen der Öffentlichkeitsarbeit zur Gewinnung neuer freiwillig Engagierter. Der Projektzeitraum soll 4 Jahre betragen.

Zu 6.:

Die Selbsthilfe spielt eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Selbstbestimmtheit und Selbstwirksamkeit von Menschen mit Pflegebedarf. Der Austausch mit Gleichbetroffenen stärkt die Selbsthilfekräfte und trägt zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
--

Betreff
---------

<b>Schulgesundheitspflege zügig ausweiten</b>
---

### Wir beantragen:

1. Die Schulgesundheitspflege wird auf alle Stuttgarter Schulen ausgeweitet.

### Begründung:

In Stuttgart wurde bereits mit dem Pilotprojekt Schulgesundheitspflege an den beiden Schulstandorten ROT (Uhlandschule, Rilke-Realschule, Porsche-Gymnasium) und Neugereut (Pelikanschule und Jörg-Ratzebschule mit Realschule und Gymnasium) begonnen. Dies begrüßen wir sehr.

Nach dem Setting-Ansatz der Weltgesundheitsorganisation WHO ist die Lebenswelt Schule maßgeblich für Kinder und Jugendliche, um gesund aufzuwachsen. Dort wird Gesundheit gelernt, erfahren und gefördert. Prävention und Gesundheitsförderung sollten als fester Bestandteil in den schulischen Alltag der Kinder und Jugendlichen gehören. Studien belegen, dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen den Lebensbedingungen, der Gesundheit und dem Bildungserfolg besteht.

In Brandenburg und Hessen (die Projektphase IV (01.01.2019 - 31.12.2020) wurde noch einmal um ein weiteres Jahr bis 31.12.2021 verlängert) laufen Modellprojekte und international ist der Einsatz von School Health Nurses (kurz School Nurses /Schulgesundheitspflegerinnen und -pflegern) üblich und bewährt. In Großbritannien, Finnland, Schweden, USA, Australien, China, Korea und anderen Ländern werden School Nurses an allen Schulen eingesetzt.

In Hessen zeigt die bereits vorliegende Evaluationsstudie deutliche Hinweise darauf, dass die Tätigkeit der Schulgesundheitsfachkraft neben direkten Effekten auf die Gesundheit der Schüler:innen auch Wirkungen auf ihre Bildungschancen entfaltet. Die Bedenken hinsichtlich einer redundanten Überschneidung ihrer Tätigkeit mit anderen Professionen konnten ausgeräumt werden.

Aufgrund dessen fordern wir, dass die Schulgesundheitspflege, die für die Schüler:innen einen Effekt auf die Gesundheit und auch auf die Bildungschancen entfaltet, großzügig in Stuttgart umgesetzt wird.

Abschlussbericht Hessen: <https://schulgesundheitsfachkraft.de/abschlussberichte-dokumente/>

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Sport und Bäder







Investitionen in Kinder und Jugendliche dar, dies besonders in Bezug zu einer gesunden Entwicklung und Abfederung der Folgen der Corona-Pandemie und der draus resultierenden vermehrten Nutzung von digitalen Medien, deshalb unterstützen wir das Jugendsportkonzept (GRDRs 450/2021).

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)





Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Sport in Stuttgart zukunftssicher machen****Wir beantragen:**

1. TSV Mühlhausen Kunststoffrasenplatz, Leichtathletikanlage und 100m Kunststofflaufbahn (2022 Sanierung Kunstrasenplatz)  
(Kosten: FinHH: 2022: 140 TEUR // 2023: 920 TEUR)
2. Umbau SSB-Sportplatz (zwei Kompaktspielfelder Kunstrasen) und Errichtung eines nötigen Funktionsgebäudes  
(Kosten: FinHH 2023: 120 TEUR, mittelfr. Fin.-Planung 2024: 1.500 TEUR und 2025: 890 TEUR)
3. SV Sillenbuch Oberflächenerneuerung Kunstrasen und Herstellung Flutlichtanlage (LED?) (Kosten: FinHH 2023: 110 TEUR Finanzplanung 2024: 790 TEUR)
4. Sportzentrum Q22 Neckarpark, 2-teilige Sporthalle, Judo- und Beachhalle, für Vereins- und Leistungssport,  
(Kosten: FinHH 2022: 5.210 TEUR // 2023: 14.800 TEUR, Finanzplanung 2024: 7.410 TEUR)
5. Feuerbach (SportVg) Planung/Bau 3-teilige Sporthalle in Kombination mit Vitadrom, um vereinseigene Räumlichkeiten,  
(Kosten: FinHH 2023: 1.890 TEUR, Finanzplanung 2024 und 2025 je 5.500 TEUR, 2026: 1.030 TEUR)
6. Sanierungsmaßnahmen zur Bestands-/Betriebssicherung (Vorgriff Sanierungsprogramm): Turn- und Sporthallen Plieningen, Wangen, Obertürkheim, Sillenbuch und Neckarpark insgesamt  
(Kosten: ErgHH 2022: 236 TEUR // 2023: 52 TEUR)
7. Hedelfingen/Wangen: Bau 2-teilbare Sporthalle mit Versammlungsstättenfunktion und Multifunktionsraum  
(Kosten: FinHH 2023: 696 TEUR, Finanzplanung 2024 und 2025 je 6.000 TEUR und 2026: 4.704 TEUR)
8. SV Möhringen und ARCES Umbau Tennensportplatz in multifunktionale Sportfläche mit u.a. Kunstrasen-Kleinspielfeld, Boule-Feldern und Sommerstockbahn  
(Kosten: FinHH 2022: 80 TEUR und 2023: 470 TEUR)
9. Waldau – Info-System/Wegbeschilderung im Sportgebiet  
(Kosten: FinHH 2023: 215 TEUR)

10. Digitalisierungshilfe für kleinere Sportvereine (das betrifft bis auf die größten Neun die allermeisten der 190 Stuttgarter Sportvereine): Stelle bei der Stadt erforderlich oder Zuschuss an Sportkreis für Stelle dort, s. letzten DHH
11. „Sportpool“ ist ein sinnvolles Programm, Zusammenarbeit Sportamt/Sportkreis ist sinnvoll
12. GES-Nachtschwärmer: Angebot ab 22. Juni 2022, Dienstag und Samstagabend, z.B. am Katharinenstift, eingezäunter Bolzplatz
13. Übernahme Orga-Kosten von 10 TEUR für 24-Stunden-Kinderlauf (evtl. über Kinderbeauftragten-Etat?)
14. Gebührenbefreiung für Bauten für Sportvereine (gibt es für andere gemeinnützige Vereine schon)
15. Systematische Bürgschaften für stark verspätete (um Jahre!) Landeszuschüsse.
16. Schulturnhallen: nur 6 bis 7 sind zugänglich in Sommerferien: mehr Verwaltungspersonal? Kosten?

### **Begründung:**

Zu 1) sowohl die Oberfläche von Kunstrasenplätzen als auch die anderen genannten Einrichtungen müssen von Zeit zu Zeit erneuert werden

Zu 2) Die Angehörigen der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) benötigen angemessene Sportflächen.

Zu 3) Hier handelt es sich nur um die vergleichsweise günstige Oberflächenerneuerung. Hier müssen lediglich die Matten an der Oberfläche ausgetauscht werden um die Bespielbarkeit zu sichern. Die Einrichtung von Flutlicht ist dementsprechend eine passende Ergänzung

Zu 4) und 5) sowie 6): Es fehlen generell Hallenkapazitäten in Stuttgart (Plan 2030), deswegen wird aktuell jeder Sporthallenneubau befürwortet

Zu 8): Tennenplätze sind nicht mehr zeitgemäß, die Nachfolgenutzung ist sinnvoll

Zu 9): Das wachsende Sportgebiet Waldau ist inzwischen recht unübersichtlich und die Bestandsbeschilderung nicht mehr zeitgemäß

Zu 10): ohne Social-Media-Auftritt können Sportvereine kaum noch jüngere Mitglieder werben und halten, sie sind aber überwiegend nicht in der Lage, dies komplett selbst umzusetzen.

Zu 12): dies ist eine in anderen Kreisen erfolgreiche Maßnahme, um der Unterversorgung mit Sportangeboten in der Innenstadt zu begegnen.

Zu 15): die Auszahlung der Zuschüsse durch das Land ist bereits garantiert -> durchlaufender Posten

Zu 16): die Knappheit von Hallenzeiten für Vereine usw. könnte so abgemildert werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB: Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1 Datum:	Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>BEWEGUNGPLUS – Betriebssportkonzeption für die Beschäftigten der LHS</b>

**Wir beantragen:**

1. Die Entwicklung eines Betriebssportkonzepts unter Einbeziehung der örtlichen Sportvereine und weiterer Sportanbieter sowie der vorhandenen Sportinfrastruktur.
2. Die Schaffung 1,0 Stellen (EG 12) ab 01/2022 zur Projektkoordination von *bewegungplus* bei Amt 52
3. Die Bereitstellung von Sachmitteln in Höhe von 350 000 € für die Jahre 2022 und 2023
4. 50.000 € für die Bereitstellung der digitalen Infrastruktur Begründung:

**Begründung:**

Gesunde, motivierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der wichtigste Erfolgsfaktor einer Stadtverwaltung. Bewegung und Sport spielen dabei eine große Rolle: sie bieten den nötigen körperlichen Ausgleich bei potentiell hohen oder einseitigen Arbeitsbelastungen und halten Körper sowie Geist gesund. Bewegung und Sport fördern die geistige Balance, da das Stresslevel gesenkt wird. Zudem bieten Bewegungsangebote niedrigschwellige Plattformen für soziale Begegnung und Austausch.

Die teilweise hohen Krankenstände, die verantwortlichen Diagnosen wie Erkrankungen des Muskel-Skelett-Apparates sowie psychische Erkrankungen und spezifische Belastungsprofile an verschiedenen Arbeitsplätzen lassen den Bedarf von passgenauen Bewegungs- und Sportangeboten immer dringlicher werden. Die Nachfrage ist seit vielen Jahren hoch, gleichermaßen von Seiten der Beschäftigten wie auch von Seiten der Ämter/Eigenbetriebe. Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung bestehen bereits einzelne, geschätzte Bewegungsangebote für LHS-Beschäftigte. Jedoch wäre ein räumlich, zeitlich und inhaltlich deutlich größeres Gesamtangebot erforderlich, das die Vielfalt an Bedarfen besser abdecken kann und somit auch einen Großteil der potentiellen Interessenten mit attraktiven Möglichkeiten niedrigschwellig erreichen, begeistern und motivieren kann.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:	
Datum:	Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1	
Datum:	Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Bäderbetriebe für die Zukunft sanieren</b>

### Wir beantragen:

35. Für das SoleBad Cannstatt Planungsmittel für die Sanierung und Modernisierung der Saunaanlage, des Bewegungsbades, der Umkleidebereiche, der sanitären Einrichtungen im EG sowie der Erneuerung der Lüftungsanlagen und Außenanlagen für 2022: 300 000 Euro und 2023: 300 000 Euro
36. Für das Leuze Planungsmittel für die Sanierung/Erneuerung aller Bereiche zuzüglich Teensland mit Rutschenwelt 2023: 400 000 Euro
37. Planungsmittel für das Hallenbad Sonnenberg, Möhringen für die Generalsanierung von 2022: 400 000 Euro und 2023: 400 000 Euro
38. Planungsmittel für das Inselbad Untertürkheim für die Generalsanierung des Sprung- und 50 Meter Sportbeckens in Höhe von 2022: 200 000 Euro und 2023: 400 000 Euro
39. Interimsbad als Ersatzwasserfläche für Schulen, Vereine, Schwimmkurse und Öffentlichkeit während der Schließungsphase des Hallenbad Zuffenhausen. Dafür sind folgende Planungsmittel einzustellen: 2022: 500 000 Euro; 2023: 4 000 000 Euro; 2024: 1800 000 Euro
40. HB/FB Vaihingen – Planungsmittel für ein Nahwärmenetz in Höhe von 100 000 Euro für 2022 einstellen

### Begründung:

Zu 1) bis 4)

Bäder in Stuttgart sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Sanierungen und Modernisierungen der Stuttgarter Bäder sind notwendig, um Schäden zu beseitigen und die Bäder baulich für die Zukunft aufzustellen.

Zu 5)

Die DLRG sieht die Schließung von Schwimmbädern als großes Problem, weil Gelegenheiten zum Schwimmenlernen verloren gehen. Ferner fehlen Schwimmlehrer:innen. Der Schwimmunterricht ist aufgrund langer Anfahrts- oder Fußwege zum Schwimmbad zu kurz und es gibt zu wenig Wasserflächen für Vereine und Schulen. Des Weiteren ist Schwimmunterricht verpflichtend im Lehrplan, daher hat die Kommune die Aufgabe, Wasserflächen dafür vorzuhalten.

Zu 6)

Die Nutzung von Abwärme (sei es ein Klärwerk, ein Rechenzentrum oder schlicht Abwasser

aus Haushalten / Industrieanlagen) zur Realisierung der notwendigen Wärmewende und damit als Baustein für die Energiewende muss heute Verpflichtung sein, wenn das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten werden soll. Mit der Abwärme von Schwimmbädern (Freibäder oder Hallenbäder) können die umliegenden Gebäude mit klimaneutraler, kostengünstiger Wärme versorgt werden. Eine Investition in solche Nahwärmenetze sollte eine Selbstverständlichkeit sein in einer Stadt, die sich zum Ziel gesetzt hat, so bald wie möglich klimaneutral zu sein.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Defizitausgleich für die Bäderbetriebe**

### **Wir beantragen:**

1. den Ausgleich des – wesentlich durch Corona bedingten - Defizits der Bäderbetriebe im Jahr 2021 im städtischen Haushalt in Höhe von voraussichtlich 25 Millionen Euro.

### **Begründung:**

Aufgrund der langen Schließzeiten und stark verringerten Besucherzahlen durch die Corona-Pandemie haben die Bäderbetriebe schon einen Jahresverlust von 18 Millionen Euro einkalkuliert. Der Verlust fällt aber noch höher aus, so dass das Defizit aus dem städtischen Haushalt ausgeglichen werden muss.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Ämterfinanzierung - Stellenanträge





<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Die Stuttgarter Ämter mit einen ausreichenden Sachmittelbudget ausstatten</b>

### Wir beantragen:

Zur dauerhaften Sicherstellung eines auskömmlichen Sachmittelbudgets folgendes vor:

1. Pro Stellenschaffung einen Einmalbetrag von 4000.- € für Büroausstattung (IT-Kosten sind übers zentrale luK-Budget abgedeckt)
2. Ferner eine automatische, laufende Erhöhung der Abdeckung der laufenden Kosten (Bürobedarfe, Telefonkosten, Dienstkleidung oder „Corona-Kosten“ etc.). Bisher beläuft sich diese auf 500.-€, was nicht auskömmlich ist.
3. Ausstattung der Liegenschaftsverwaltung mit einem Anmietbudget

### Begründung:

Der GPR wie auch viele örtliche PR-Kolleg\*innen bekommen immer wieder zu hören, dass die Sachmittelbudgets in den Ämtern/Bezirksämtern vielfach nicht reichen, um notwendige Anschaffungen und laufende Kosten, die auch fürs Personal wichtig sind, wie Büroausstattungen

(Schreibtische, Bürostühle, Schränke), Ersatzbeschaffungen, Büromaterial, laufende Telefonkosten, Verbrauchsmaterialien (Toner, Mouse, Tastatur) oder auch die Einrichtung von Telearbeitsplätzen im notwendigen Umfang tätigen zu können.

Unseres Wissens hat es bezogen auf die Sachmittelbudgets seit 2005 keinen Inflationsausgleich mehr gegeben, eine Koppelung zwischen Stellen/Stellenschaffungen und den Sachmittelbudgets gibt es auch nicht. Vielfach sind Preise gestiegen, neue Stellen sind dazu gekommen. So wundert es nicht, wenn mit den Mitteln nun kaum mehr auszukommen ist. Wir haben auch erfahren, dass vielfach Anträge auf Sondermittel etwa in Verbindung mit Schutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie nicht genehmigt wurden.

Die Sachkosten finden sich im Haushaltsplan unter den Kontengruppen 420 und 440. Da die Qualität der Arbeitsumgebung, die Ausstattung mit notwendigen Arbeitsmitteln auch mitentscheidend ist, ob Kolleg\*innen bei der Stadt bleiben bzw. sich Menschen für die Stadt als Arbeitgeberin entscheiden, möchten wir das Thema der zu knappen Sachmittelbudgets der

Ämter/Bezirksämtern in den bevorstehenden Haushaltsberatungen gerne aufgreifen und eine dauerhafte, angemessene Erhöhung erreichen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellenplan: Betriebliches Gesundheitsmanagement im Referat AKR zukunftsfähig aufstellen****Wir beantragen:**

41. x Stelle(n) Betriebsmediziner:in EG 15 (Umsetzung DGUV\* 2 von 2012), AKR-AGS-1 lfd Nr. 320
42. x Stelle(n) Assistenzkraft EG 6 für o.g. Stelle, AKR-AGS-1, lfd. Nr. 325
43. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 10, Verwaltungsaufgaben für DGUV 2, AKR-AGS-1, lfd. Nr. 330
44. 4,5 Stellen Psychosoziale Beratung EG 11, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.1, lfd Nr. 335
45. 1,0 Stelle Leitende:r Psychosoziale Beratung EG 13, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.1, lfd Nr. 340
46. 0,5 Stelle Sekretär:in EG7, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.1, lfd Nr. 345
47. 1,76 Stelle Sachbearbeitung EG 13, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.2, Gebäudemanagement lfd. Nr. 350
48. 2,65 Stellen Fachreferent:in BGM EG 13, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.2, lfd. Nr. 355
49. 0,5 Stelle Sekretär:in EG 7, Betriebliches Gesundheitsmanagement und Sozialberatung, AKR-AGS-2.2, lfd Nr. 360
50. X Stellen Fachkraft für Arbeitssicherheit EG 12, AKR-Si, lfd Nr. 370
51. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 10, lfd. Nr. 375
52. 1,0 Stelle Informationssicherheitsbeauftragte:r EG 15, AKR-DSB/ISB, lfd Nr. 380

\* Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit" Die DGUV Vorschrift 2 ist eine für Berufsgenossenschaften und Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand einheitliche und gleich lautende Vorgabe zur Konkretisierung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASiG).

**Begründung:**

Corona hat die Bedeutung der Arbeits- und Betriebsmedizin, der Arbeitssicherheit, Gefährdungsbeurteilungen sowie Unterweisungs- Beratungsbedarf für Beschäftigte deutlich gemacht. Ein Thema, das über viele Jahre eher ein Schattendasein fristete. Gesundheit am Arbeitsplatz ist jedoch auch unabhängig von Pandemien ein wichtiges Thema. Nicht nur aufgrund einer soziodemographisch bedingten Alterung der Belegschaften muss weit mehr Augenmerk gelegt werden auf Gesundheitsprävention und –beratung und Fragen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements nach schwerwiegenden Erkrankungen geachtet werden. Auch jüngere, besonders vulnerable Kolleg:innen müssen geschützt werden.

Die Fachdienste haben in den vergangenen acht Jahren viele neue gesetzliche und betriebspezifische Aufgaben und Zuständigkeiten bekommen, die in der Personalausstattung bisher unberücksichtigt sind. Zu nennen sind das Arbeitssicherheitsgesetz (AsiG), das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und weitere Arbeitsschutzvorschriften des BMAS sind in Arbeit.

Zu 1, 2,10 und 11)

Bei den Positionen handelt es sich um Platzhalteranträge für einen im Jahr 2022 geplanten Projektbeginn zur Fortschreibung des Projekts „Umsetzung der DGUV 2“. AKR-AGS 1 ist der Arbeitsmedizinische Dienst der LHS. Aus seinem Leitbild: „Das Ziel unseres betriebsärztlichen Handelns ist die Erhaltung und Verbesserung von Gesundheit, Lebens- und Arbeitsqualität der Beschäftigten im betrieblichen Umfeld, Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und Begleitung von leistungsgewandelten Beschäftigten beim Prozess der Wiedereingliederung am Arbeitsplatz. ... Langfristig streben wir ein strukturiertes Gesundheits- und Arbeitsschutzmanagementsystem an, das sich stetig verbessert und die Arbeitsbedingungen des Individuums optimiert.“ Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden bedarf es mehr Personals.

Zu 3) Die Einsatzzeitenberechnung nach DUGV 2 berücksichtigt die Verwaltungsaufgaben nicht. Es findet mit der Vorschrift eine stärkere Einbindung in interne Verwaltungsaufgaben statt, die personell unterfüttert werden muss.

Zu 4, 5 und 6) Diese Stellen sind angesiedelt bei AKR-AGS-2.1 der Betrieblichen Sozialberatung. AKR AGS 2 kooperiert mit den Fachdiensten Arbeitsmedizinischer Dienst (AKR-AGS1) und Arbeitssicherheitstechnischer Dienst (AKR-SI) als auch mit den Abteilungen Personalentwicklung und Ausbildung (10-3) und Personalservice (10-5) des Haupt- und Personalamtes. Dieser Fachdienst agiert stark fachübergreifend und erarbeitet z.B. Präventionskonzepte wie Bewegung und Sport im Betrieb. Die gesamtstädtische Koordination der betrieblichen Gesundheitsförderung liegt bei dem Gesundheitsmanagement und Sozialberatung AKR-AGS 2, das dem Arbeitsmedizinischen Dienst AKR-AGS 1 zugeordnet ist.

Zu 7, 8 und 9) siehe die allgemeine Begründung oben.

Zu 12) Neustrukturierung des zentralen Informationssicherheitsmanagements

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



- e) 0,5 Stelle für Sachbearbeitung, EG 9a, Untere Naturschutzbehörde Unterschützstellung von Landschaftsteilen, Naturdenkmalen, Besitz und Handel besonders geschützter Arten, zusätzliche Aufgaben durch neue Rechtsgrundlagen, lfd Nr. 4050.

### **Begründung:**

#### **zu 1)**

Die Gewerbeaufsicht im Amt für Umweltschutz ist seit Jahrzehnten personell unterbesetzt. Beim Arbeitsschutz es um Leib und Leben von Arbeitnehmer\*innen (Unfallverhütung, Gesundheitsschutz). Prävention steht im Zentrum der Aufgabe. Doch die Verwaltung kann aktuell lediglich Kontrollen im Arbeitsschutz durchführen, **nachdem** bereits schweren Unfälle passiert sind oder in Betrieben gehäuft Unfallanzeigen gemeldet wurden, also erst, nachdem "das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist". Das widerspricht dem Präventionsanspruch!

Dies ist darauf zurückzuführen, dass 70 % der verfügbaren Arbeitszeit der Revisor\*innen im Arbeitsschutz von Aufgaben aus dem Arbeitsgebiet betrieblicher Umweltschutz belegt sind. Daraus folgt, dass von den bestehenden 34 Stellen im Arbeitsschutz, nur rd. 11 Mitarbeiter\*innen der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) für diese originäre Aufgabe tätig sind.

Im Jahr 2020 wurde aufgrund der Corona-bedingten Skandale in der fleischverarbeitenden Industrie das Arbeitsschutzkontrollgesetz verabschiedet. Ab dem Jahr 2026 sind fünf Prozent der Betriebe im Bereich Arbeitsschutz zu kontrollieren. Die aktuelle Kontrolldichte liegt bei nur 1 bis 1,2 Prozent. Rein rechnerisch müssen zukünftig knapp 1.300 Betriebe jährlich begutachtet werden. Angesichts der ein- bis zweijährigen Einarbeitungszeit der neuen Mitarbeiter\*innen müssen diese Stellenplananträge bereits zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werden.

Die Stellenbemessung muss sich daher an der ab 2026 geltenden Auflage mit mehr Kontrollen orientieren. Zudem bestehen seit langem Empfehlungen von Europäischer Union (EU) sowie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wonach ein Kontrolleur je 10.000 Arbeitnehmer\*innen tätig sein soll. Statt der rund 11 Revisor\*innen sollten gemäß den entsprechenden Empfehlungen dafür aber 40 Personen zuständig sein. Daraus ergibt sich eine Lücke von 29 Beschäftigten, die vor Ort arbeitsschutzrechtliche Kontrollen durchführen sollten. Auch im Bericht des Rechnungsprüfungsamts zum Jahresabschluss 2019 wurde darauf hingewiesen (Pkt. 6.2.5.1, S.73, Abs. 3) und eine Lücke von 29 Stellen bestätigt.

Der Tätigkeitsberichts 2020 der Abteilung Gewerbeaufsicht des Amts für Umweltschutz ist zu entnehmen, dass bei den Revisionsbediensteten, die vor Ort Kontrollen durchführen - trotz aller Stellenschaffungen - nicht einmal der Stand des Jahres 2005 erreicht ist. Seitdem haben zugleich die Aufgaben aufgrund des Wirtschaftswachstums enorm zugenommen (z.B. sind 20.000 Baustellen pro Jahr zu kontrollieren).

#### **zu 2)**

Wie oben ausgeführt müssen die Arbeitsschutz-Mitarbeiter zu 70 Prozent Aufgaben des betrieblichen Umweltschutzes mit übernehmen. Für mehr Kapazität im Arbeitsschutz Somit ist es nur folgerichtig, Personal im betrieblichen Umweltschutz aufzustocken. Durch Kontrolle und Beratung der Unternehmen sollen Umweltschäden vermieden werden. Der Tätigkeitsbericht zeigt mit dem aufgeführten Anlagenkataster, dass trotz der identifizierten Umweltschäden keinerlei Prüfungen und Bußgeldverfahren durchgeführt worden waren. Im Umweltbereich gibt es zwar wenige Unfälle und Schäden, dafür jedoch gravierende, die den Steuerzahler:innen extrem hohe finanzielle Mittel kosten. Es muss somit Personal zumindest für Prüfungen der Kategorie 3 (gefährlicher Mangel) aufgebaut werden. Die Beseitigung der Umweltschäden auf dem Schoch-Areal hat enorme finanzielle Mittel gekostet. Mögliche Schwachstellen müssen künftig frühzeitig verhindert, erkannt und von vornherein beseitigt werden. Die Verwaltung arbeitet bisher in diesem Bereich zum größten Teil fremdbestimmt und verfügt über keine

eigenen Handlungsmöglichkeiten. Kontrollen werden durch die zugelassene Überwachungsstelle (ZÜS) oder Dekra im Auftrag des Arbeitgebers durchgeführt. Hier geht es meist um spezifische Anlagen wie z.B. Aufzugsanlagen, Dampfkesselanlagen usw.. Dennoch gibt es 297 Fälle, bei denen ein Handlungsbedarf besteht und die Gewerbeaufsicht aktiv werden muss. Der Arbeitgeber wird mit einer Fristsetzung zur Beseitigung der Mängel angeschrieben. Die ZÜS sei verpflichtet, dieses Vorgehen aus fachlicher und technischer Sicht in dieser Art und Weise auszuführen. Dennoch soll die Gewerbeaufsicht dringend solche Stellungnahmen stichprobenartig überprüfen und generell eigeninitiativ agieren, wozu sie derzeit personell nicht in der Lage ist.

**Zu 3)** siehe Kurzbegründungen je Stellenanteil im Antragsteil oben.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Zukunftsorientierte Personalgewinnung und –erhaltung in Stuttgart Änderung GDRrs 170/2021</b>
--

#### Wir beantragen über die GDRrs 170/2021 hinaus:

1. 10 Stellen zur Erweiterung der dezentralen Personalentwicklungsexpertise
2. Fortführung der nahtlosen Besetzung von Stellen bei Mutterschutz
3. Weitere Aufstockung des zentralen Budgets für Telearbeitsplätze auf 150.000 €/p.a. sowie der Aufstockung der zentralen Stelle um 50% (statt 30%)
4. 2,0 Stellen für die Verbesserung der Personalauswahlverfahren und Gewinnung von Quereinsteiger\*innen
5. 5,0 Stellen für Betriebliches Gesundheitsmanagement und Betriebliche Sozialberatung als wirksame Bausteine der Personalgewinnung und –erhaltung
6. Fortschreibung der Psychosomatischen Sprechstunde im Betrieb mit unbefristet p.a. 40.000 Euro

#### Begründung:

Zu 1)

Personalentwicklung geschieht derzeit entweder beim Haupt- und Personalamt gesamtstädtisch bzw. ämterübergreifend und dezentral in nur wenigen Ämtern strukturiert, in anderen eher zufällig oder nur sehr rudimentär. Durch die fachlich breite Aufstellung der Stadtverwaltung (über 100 verschiedene Berufe) ist es ohne eigene PE-Kapazitäten in den Ämtern und Eigenbetrieben nicht möglich, auf amtsspezifische Mängel- und Problemlagen und PE-Themen schnell und adäquat, geschweige denn vorausschauend zu reagieren. Hier müssen die Verwaltungsleitungen bzw. -abteilungen der Ämter/Eigenbetriebe dringend personell verstärkt werden, Führungskräfte vor Ort brauchen gezielte Unterstützung in Sachen PE und Mitarbeiter\*innen eine Anlaufstelle bzw. eine aktive PE-Fachkraft, um sich vertieft über Qualifizierungsmöglichkeiten und Karrierechancen, Fördermöglichkeiten etc. in ihren Berufen

bei der Stadt erkundigen zu können. Vielfach müssen auch Kontakte zu Ausbildungsstätten gesucht und gepflegt werden.

Zu 2)

Nach jahrelangen Debatten zum Thema „U2“ in den gemeinderätlichen Gremien hat sich im letzten Doppelhaushalt eine breite Mehrheit für eine nahtlose Besetzung ausgesprochen und der Verwaltung befristet eine entsprechende Ermächtigung erteilt.

Nun zeigt sich, dass sich, wie von uns und vielen Gemeinderät\*innen erwartet, dieses Instrument sehr bewährt hat und Mitarbeiter\*innen deutlich entlastet. Ferner wurde auch möglicher indirekter Diskriminierung von Schwangeren der Boden entzogen. Wir setzen uns dafür ein, diese gleichstellungspolitische Maßnahme dauerhaft zu etablieren.

Zu 3)

Mit der Pandemie haben die Arbeitsformen Mobiles Arbeiten und Telearbeit einen zuvor so nicht erwarteten Aufschwung erlebt und werden als Dauerangebot massiv nachgefragt. Die Stadtverwaltung hat in Mobiles Arbeiten viel investiert, wenn auch die erforderlichen Laptops und VPN-Anschlüsse noch nicht restlos allen Kolleg\*innen, deren Tätigkeiten Homeoffice erlauben zu Verfügung stehen.

Digitale Schulungsbedarfe erleben auch innerhalb der Stadtverwaltung einen regelrechten Boom, erste Angebote standen zum Glück bereits in diesem Jahr zur Verfügung und konnten trotz Lockdown Schulungen ermöglichen. Eine entsprechende Dienstvereinbarung wurde erarbeitet und steht kurz vor der Unterzeichnung.

Vielmehr bedarf es jetzt auch dringend einer Stelle, um das Erreichte zu stabilisieren, zu konsolidieren und weiter dem Bedarf entsprechend auszubauen.

Zu 4)

Gute Personalgewinnungs- und -auswahlverfahren sind die Visitenkarte der Stadt nach außen, sei es nun virtuell oder in persönlichen Kontakten vor Ort. Hierzu ist eine kontinuierliche Verbesserung, ein „Am Ball bleiben“ bei allen, gerade auch virtuellen Neuerungen, unerlässlich.

Unser besonderes Interesse gilt neben der Optimierung der Verfahren besonders der vermehrten Gewinnung von Quereinsteiger\*innen. Auf diese, bislang stiefmütterlich behandelte Zielgruppe kann nicht mehr verzichtet werden.

Zu 5)

Die Schaffung von rund 7 Stellen für die Bereiche Betriebliches Eingliederungsmanagement, Sozialberatung und Betriebliches Gesundheitsmanagement im kleinen Stellenplan war ein unverzichtbarer Schritt, um als Arbeitgeberin Stadt Stuttgart in diesen wichtigen Aufgabenbereich überhaupt ansatzweise handlungsfähig zu werden.

Eine Fortschreibung, die fachlichen Qualitätskriterien und gesetzlichen Anforderungen gerecht werden muss, braucht in diesem Segment ausreichend Fachpersonal. Dies ist bei nunmehr 4 VZK-Stellen bezogen auf fast 16:000 Beschäftigte leider immer noch nicht ausreichend. Deswegen fordern wir eine weitere Aufstockung um mindestens 5 Stellen.

Zu 6)

Im letzten Doppelhaushalt wurde mit der GRDRs 743/2019 die psychosomatische Sprechstunde befristet auf 2 Jahre eingerichtet. Die Evaluation ergab einen dringenden Bedarf an Fortsetzung und Verstärkung dieses Angebots an betroffene Beschäftigte.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Liegenschaftsamt: Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sicherstellen**

### Wir beantragen:

1.1,0 Stelle für Sachbearbeitung Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz A 11, (23-1.3)  
lfd. 1445 (Kosten jährl. 96 900 €)

2.1,0 Stelle für Sachbearbeitung EG 11, Flächenmanagement (23-3.1), lfd 1450

3.0,5 Stelle für Sachbearbeitung A 11, (23-2.1), Grundstücksverkehr – Gremienbeteiligung bei Vorkaufsrechten aufgrund von Änderungen in der Hauptsatzung

4.1,2 Stelle für Mitarbeiter:in EG 5 (23-4) für Weingut

### Begründung:

Zu1)

Dieser Stelle wird höchste Priorität vom ÖPR des Liegenschaftsamts eingeräumt. Forderung nach dieser Stelle fußt auf der gesetzlichen Vorschrift durch das Arbeitsschutzgesetz, die Arbeitsstättenverordnung, Betriebssicherheitsverordnung, den Unfallverhütungsvorschriften wie auch den aktuellen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregeln sowie den Anforderungen an eine zeitgemäße betriebliche Gesundheitsförderung.

Es hat sich im Liegenschaftsamt für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz ein erheblicher Aufgabenrückstand angesammelt, der nicht weiter vertretbar ist. Es wurden die Aufgaben im Bereich des Gesundheits- und Arbeitsschutzes seit vielen Jahren (2008) aufgrund des Arbeitsdrucks zugunsten der Erledigung des operativen Tagesgeschäfts (u.a. Raumplanungen, Umzüge, Möbelbeschaffungen, Öffentlichkeitsarbeit u.a.), die der zuständigen Stelle auch übertragen wurden, hintangestellt.

Dies führte dazu, dass sich im Bereich Arbeitsschutz und Unterweisungen immer größere Rückstände gebildet haben, insbesondere was Gefährdungsbeurteilungen, Unterweisungen, Beratungen der Fachkräfte und Mitarbeiter:innen sowie die Arbeit der amtsinternen Arbeitskreise für Gesundheit und Soziales ARGUS betrifft. Es liegt keine Dokumentation über die Gefährdungsbeurteilungen vor aufgrund fehlender Personalkapazität. Daraus entsteht ein hohes Haftungsrisiko der Führungskräfte und Amtsleitung. Die Schaffung einer Vollzeitstelle für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ist somit dringend erforderlich, gerade auch um die Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiter:innen zu gewährleisten und gesetzliche Vorgaben einzuhalten.

Zu 2)

Es fand eine erhebliche Arbeitsvermehrung im Projektmanagement statt sowie bei der Umsetzung von Neubauten der Feuerwehr.

Zu 3)

Aufgrund von Änderungen in der Hauptsatzung steigt der Aufwand wegen vermehrter Gremienbeteiligung, s. GR Drs 767/2020. Auch wenn über das Baulandmobilisierungsgesetz eine Stelle von 61 im Rahmen der Vorgriffsschaffung zum neuen Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes erfolgen wird, wird mehr Personal benötigt. Möchte man als Stadt eine konsequente Bodenvorratspolitik verfolgen und bezahlbare Sozialwohnungen schaffen, so müssen konsequent Stellen für den Grundstücksverkehr und die Wahrnehmung von Vorkaufsrechten geschaffen werden.

Zu 4)

Die Mitarbeiter:in wird für den Betrieb und Verkauf in der neuen Hauptverkaufsstelle für die Vinothek und Weinbar benötigt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Budgets und Stellenpools für eine bessere Barrierefreiheit von städtischen Arbeitsplätzen**

### Wir beantragen:

1. eine Verdoppelung der im Inklusionspaket 3.0 vorgesehenen Hilfsmittel für Gebärden- und Schriftdolmetscherdienste, um auch für andere Behinderungen Maßnahmen umsetzen zu können.
2. die Einrichtung eines Stellenpools im Umfang von insgesamt 10 Stellen (incl. der im Inklusionspaket bereits vorgesehen 5 Stellen) Vollzeitäquivalenten für Menschen mit wesentlicher Behinderung
3. die Einrichtung eines Stellenpools im Umfang von insgesamt 3 Vollzeitäquivalenten für leistungsgeminderte Menschen mit Behinderung

### Begründung:

#### zu 1)

#### **Finanzpool für Hilfsmittel zur Barrierefreiheit von Arbeitsplätzen**

Im Inklusionspaket 3.0 des Oberbürgermeisters sind 15.000,- € für Gebärden- und Schriftdolmetscherdienste eingestellt. Das wird ausdrücklich unterstützt. Um eine Gleichbehandlung der verschiedenen Behinderungen zu gewährleisten, sollen mit einem weiteren Pool in selber Höhe Hilfsmittel für die übrigen Behinderungsarten abgerufen werden können.

Das Budget sollte zentral unter Beteiligung der Gesamtschwerbehinderten- vertretung verwaltet werden. Die Ämter und Eigenbetriebe sollen motiviert werden, Menschen mit Behinderung verstärkt einzustellen. Hierzu sind je nach Bedarf Arbeitsmittel notwendig, die teilweise unter der Schwelle einer externen Bezuschussung liegen und somit aus dem Budget der Ämter finanziert werden müssen. Aus dem aufgestockten Pool können Hilfsmittel zur Barrierefreiheit am Arbeitsplatz finanziert werden. Ebenso können für amtsinterne Veranstaltungen Gebärden-

oder Schriftdolmetscher benötigt werden, deren Kosten ebenfalls durch die Ämter zu tragen sind.

Dies stellt für die Ämter, die viele Menschen mit Behinderung beschäftigen eine zusätzliche finanzielle Belastung dar. Die Kosten müssen aus dem Amts-Etat bestritten werden. Ein Amt das viele Menschen mit Behinderung beschäftigt, hat höhere Kosten als ein Amt das wenige Behinderte beschäftigt. Insofern sinkt die Bereitschaft Menschen mit Behinderung einzustellen.

**zu 2)**

### **Stellenpool für Menschen mit wesentlicher Behinderung**

Zum Doppelhaushalt 2020/21 wurden pro Jahr 2 Stellen geschaffen, die mit Menschen mit wesentlicher Behinderung besetzt werden sollen. Ziel ist es, Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen, um ihnen eine Teilhabe am „normalen“ Leben zu ermöglichen. Im Inklusionspaket 3.0 wird vorgeschlagen für die Jahre 2022 und 2023 je 5 weitere Stellen zu schaffen. Die GSV unterstützt dieses Vorhaben ausdrücklich, um verstärkt Menschen mit wesentlicher Behinderung einen Zugang zum 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Vier geschaffene Stellen sind zwischenzeitlich besetzt. Es wurde - unter anderem von Werkstätten für behinderte Menschen und von einer Sonderschule - Menschen mit wesentlicher Behinderung der Einstieg auf den 1. Arbeitsmarkt ermöglicht. Weitere 5 Personen sind derzeit in einem Praktikum oder beginnen nach den Schulferien ein Praktikum. Für diese Personen werden dringend weitere Stellen benötigt.

Stand August 2021 sind zusätzlich 12 Bewerbungen von Menschen mit wesentlicher Behinderung eingegangen, die die Voraussetzungen erfüllen.

Die Nachfrage für diese Art von Hilfe ist groß, da wir hier Hoffnung wecken, an einem normalen Arbeitsleben teilhaben zu können.

Die Erfahrung zeigt, wie selbständig, selbstbewusst und glücklich die Menschen in ihrer Arbeit sind.

**zu 3)**

### **Stellenpool für leistungsgeminderte Menschen mit Behinderung**

Viele Beschäftigte leisten trotz ihrer Behinderung eine qualitativ hochwertige Arbeit. Auf Grund ihrer Behinderung können sie aber nicht immer den quantitativen Umfang eines nichtbehinderten Menschen erreichen. Die Ämter und Eigenbetriebe stehen nun in dem Dilemma, diese „fehlende Leistung“ durch Mehrbelastung anderer Mitarbeiter:innen auszugleichen. Zwar erfolgt durch die Reha-Träger mit Lohnkostenzuschüssen usw., ein teilweiser Ausgleich, dieser ist in aller Regel aber befristet. Hilfreich wären Stellenanteile, die direkt in die Neueinstellung von Beschäftigten oder in das Aufstocken bestehender Arbeitsverhältnisse münden würden. Hintergrund ist hierbei, dass ansonsten Kolleg:innen die Leistungsminderung kompensieren müssen und selbst in Überlastungssituationen kommen würden. Ein höherer Krankenstand kann dadurch vermieden werden.

Eine Umfrage bei den Ämtern hat ergeben, dass derzeit ca. 10 Personen in der Situation sind, nicht mehr die volle Leistungsfähigkeit erbringen zu können. Hier wären 3 Stellen hilfreich, da die Betroffenen ja nur teilweise (im Schnitt 20-50%) entlastet werden müssten. Die Vergabe dieser Stelle würde an enge Vorgaben unter Beteiligung der Gesamtschwerbehindertenvertretung und der Verwaltung gebunden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Sozialamt mit mehr Stellen ausstatten**

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stellen Sachbearbeiter:in (A 13H) als Koordinierungsstelle Steuerung Qualität (Ifd. Nr. 3690)
2. 1,0 Stellen Sachbearbeiter:in (EG 13) für die Integrierte Planung und Suchthilfeplanung (Ifd. Nr. 3695)
3. 1,0 Stellen Leitung (A 11) Kommunale Test- und Meldestelle im Bereich Clearingstelle sprachliche Integration (Ifd. Nr. 3700)

### Begründung:

Zu 1)

Arbeitsvermehrung bei abteilungsübergreifenden Steuerungs- und Strategiefragen, bei der Prozess- und Projektkoordination sowie bei Pressenanfragen

Zu 2)

Erhebliche Arbeitsvermehrung bei der Suchthilfeplanung

Zu 3)

Überführung Pilot in den Regelbetrieb der Kommunale Test- und Meldestelle im Bereich Clearingstelle sprachliche Integration

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Aufbau neue Abteilung Strategische Sozialplanung****Wir beantragen:**

1. 1,0 Stelle Leitung (A15) im Ref. SI für den Aufbau neue Abteilung Strategische Sozialplanung (Ifd. Nr. 3200)
2. 1,0 Stelle Koordination (A14) im Ref. SI für den Aufbau neue Abteilung Strategische Sozialplanung (Ifd. Nr. 3205)

**Begründung:**

Basis einer chancengerechten und sozialen Stadt Stuttgart ist und bleibt die Teilhabe aller Stuttgarter\*innen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Die weiteren Ausführungen hierzu, die in der GRDRs 156/2019 dargestellt wurden haben in ihrer Bedeutsamkeit nicht abgenommen. Das Gegenteil ist der Fall. Durch die Pandemie hat diese in ihrer Bedeutung in erheblichem Maße zugenommen. Daher liegt der Fokus des Referats SI für den Doppelhaushalt 2022/2023 auf einfach zugänglichen, gut abgestimmten und passgenauen Angebote zur sozialen Teilhabe.

Umgesetzt werden sollen diese u.a. auch mit der Einführung einer strategischen Sozialplanung auf Referatsebene, die diese Angebote und damit verbundene Querschnittsthemen (wie z.B. Armut, Einsamkeit, Chancengerechtigkeit) durch einen ämter- und referatsübergreifenden Arbeitsansatz bündelt und steuert.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Integration in Stuttgart sicher stellen</b>
--

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 13) im Bereich SI-IP für die Weiterentwicklung Stuttgarter Bündnis für Integration (Ifd. Nr. 3210)
2. 0,25 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 11) im Bereich SI-IP für Maßnahmen zur politischen Jugendpartizipation und Demokratieförderung (Ifd. Nr. 3215)
3. 0,5 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 13) im Bereich SI-IP für Partizipative Handlungsstrategien zur Internationalen Stadt (Ifd. Nr. 3220)
4. 0,5 Stellen Sekretär:in (EG 7) im Bereich SI-IP als Assistenz der Leitung des Welcome Center (Ifd. Nr. 3225)

### Begründung:

Schwerpunkt der Abteilung Integrationspolitik ist, dass die interkulturelle Orientierung in der Stadtverwaltung als kohärente Gesamtstrategie implementiert und verstetigt werden. Dies betrifft die Maßnahmenplanung für Migrantinnen und Migranten in allen Ämtern, Stäben und Eigenbetrieben, die damit verbundene Personalpolitik und die Umsetzung der städtischen Antidiskriminierungserklärung.

Die Grundlage dafür ist das vom Gemeinderat beschlossene gesamtstädtische Integrationskonzept „Stuttgarter Bündnis für Integration“ mit 15 Handlungsfeldern, zu denen die interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung und ihrer Bündnispartner zählt (vgl. Fortschreibung 2009).

Zielvorgaben sind eine aktive Teilhabe der Migrantinnen und Migranten an kommunalen Dienstleistungen der Regelversorgung sowie eine Erhöhung der Migrantinnen und Migranten am Anteil der Beschäftigten bei der Stadtverwaltung.

Die Abteilung Integrationspolitik (SI-IP) hat in den 20 Jahren seit der Beschlussfassung des Bündnisses für Integration in 2001 durch den Gemeinderat die notwendigen Kooperations- und Koordinierungsstrukturen in verschiedenen Handlungsfeldern aufgebaut und sehr erfolgreich

weiterentwickelt, bspw. in der Sprach- und Bildungsförderung, in der Einbindung der Zivilgesellschaft in die verschiedenen Integrationsmaßnahmen (insbesondere Migrant:innenorganisationen) und in der politischen Partizipation einschließlich der Stuttgarter Partnerschaft für Demokratie.

Der Fokus bei all diesen Aufgabenfeldern ist eine systematische Zusammenarbeit mit freien Trägern und anderen integrationspolitisch relevanten Organisationen sowie mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Initiativen.

Dieser integrationspolitische Konsens wird bei gesellschaftlichen Konflikten und Krisen teilweise in Frage gestellt, wie zuletzt bei den Jugendkrawallen vom Juni 2020. Während der Corona-Pandemie wurde auch deutlich, dass sich die Zusammenarbeit der Verwaltung mit Migrant:innen und ihren Organisationen weitgehend auf SI-IP beschränkt.

Die interkulturelle Öffnung und Orientierung der städtischen Ämter und Eigenbetriebe als eine zentrale Querschnittsaufgabe konnte bisher nur punktuell umgesetzt werden. Ein erfolgreiches Beispiel im Kontext der Personalgewinnung war die die Kampagne für mehr Auszubildende mit Migrationshintergrund bei der Stadt vom Haupt- und Personalamt in enger Zusammenarbeit mit SI-IP.

Um die interkulturelle Ausrichtung der Stadtverwaltung weiter voranzubringen, werden entsprechende Personalressourcen benötigt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Jugendamt personell arbeitsfähig ausstatten: 22,37 Stellen ohne Kita-Kräfte, 30 Überbrückungsstellen für neue pädagogische Kita-Fachkräfte**

## Wir beantragen:

1. 22,37 Stellen für das Jugendamt (ohne Kita-Kräfte) mit unterschiedlichen Eingruppierungen, s. lfd Nummern 2850 bis 2950
2. 30,0 Stellen für pädagogische Fachkräfte, S 8a, Kostenstelle 5104 1100, lfd. 3120 (vgl. GRDs 172/2021)

## Begründung:

Zu 1)

Die hier beantragten 22,37 Stellenanteile wurden von der Amtsleitung des Jugendamts ausführlich beantragt sowie deren Notwendigkeit bei WFB vorgetragen. Thematisch beinhalten die beantragten Stellen eine Vielzahl an Inhalten und Anforderungen, wobei entweder Arbeitsvermehrung, schwierigere Fallbetreuung, neue gesetzliche oder verwaltungsrechtliche Vorgaben zu erfüllen sind.

Die Themen werden hierzu nur summarisch aufgeführt:  
erhöhter Datenschutz (DVSGO), IT-Sicherheit gewährleisten, psychologische Fachberatung (z.B. wegen zunehmender Anzahl von Beratungsfällen und schwierigen Problemlagen), Koordination der Umsetzung des neuen Qualifizierungskonzepts für Kindertagespflegepersonen, Kita-Gesamtsteuerung/Rechtsanspruch, Stellenanteile für Leitungsaufgaben (Frühe Hilfen und Netzwerkkoordination), Umsetzung der neuen Verwaltungsvorschrift zur Kindertagespflege und Pflegeerlaubnisse, Anpassungsqualifizierung für Erzieher:innen, Integration durch Qualifizierung Fortführung des Projekts IQ-Netzwerk, Sachbearbeitung im Qualitätsorientierten Wissens- und Informationsmanagementsystem

QuWis, Sozialpädagogische Betreuung für 7 neue KiFaZe, Zunahme der Betreuungsweisungen für straffällig gewordene junge Menschen, Steuerungsunterstützung für die Abteilung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, Pflegekinderdienst und Bereitschaftspflege, Aufbau eines trägerübergreifenden Personalmonitorings.

Zu 2)

Seit dem Jahr 2013 haben Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung. Um diesen Rechtsanspruch auch umsetzen zu können, braucht es nicht nur genügend Betreuungsplätze, sondern auch ausreichend gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte. Der Personalbedarf in den Tageseinrichtungen für Kinder ist ungebrochen hoch. So sind durchschnittlich 250 Stellen beim städtischen Träger unbesetzt.

In Zeiten des Personalmangels müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die zu verbesserten Arbeitsbedingungen führen und die Attraktivität der Tätigkeit im Vergleich zu anderen Branchen erhöhen.

Ein Schritt dazu ist die Erhöhung der Ermächtigung zur Beschäftigung von 20 VZK auf 30 VZK als „Überbrückungsstellen“ außerhalb des Stellenplanes z.B. zur Weiterbeschäftigung von Auszubildenden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Jugendamt: städtisches Personal für Hausmeisterdienste, Hauswirtschafts- und Reinigung für die Fach-Liegenschaften einstellen****Wir beantragen:**

1. Städtische Hausmeisterdienste und städtisches Hauswirtschaftspersonal für die Fachliegenschaften des Jugendamts (Kitas und Gebäude der Jugendhilfe).
  - a) Dazu führt die Verwaltung eine Berechnung der Personalbemessung durch. Bei der Berechnung der Bemessungszeiten soll berücksichtigt werden, dass gewisse Anteile der Arbeiten gemeinsam mit Kindern in der Kita gemacht werden. Die Kinder sollen aus pädagogischen Gründen mithelfen und zu einfachen Putz- und Kehrarbeiten angeleitet werden.

**Begründung:**

Die Fremdvergaben an externe Dienstleister für Reinigung, Hausmeisterservice und Grünpflege hatten zur Folge, dass im Laufe der Zeit der Zustand der Gebäude immer ungepflegter, reparaturbedürftiger und schmutziger wurde. Lohndumping von beauftragten Fremdfirmen führt in besonders krassen Fällen dazu, dass Reinigungskräfte - weil sie eine Kita nicht in zwei Stunden reinigen können - in den Abendstunden teilweise sogar Familienmitglieder zur Mithilfe mitbringen, darunter auch ihre Kinder! Das darf nicht sein, erst Recht nicht im Jugendamt! Es gibt zu denken, dass nur das Rathaus selbst unter den städtischen Gebäuden noch konsequent in Eigenreinigung geputzt wird. So müssen die Führungsetage und die Politik nicht selbst erleben, wie erbärmlich Zustände im Gefolge von Fremdvergaben mit der Zeit aussehen.

Die zentral organisierte Gebäudeverwaltung im Zuge der Übertragung der (Fach-) Liegenschaften ins Liegenschaftsamt in den Jahren 2006-2008 hat sich nicht bewährt. Vielmehr führte dies zu zeitraubenden und organisatorisch umständlichen Prozessen mit vielen Schnittstellen. Aus der Beantragung von kleinen Reparaturleistungen oder auch Leistungen zur Grünpflege im Außenbereich werden "Projekte", weil Handwerkervergaben über "3 Ecken" organisiert werden müssen oder Gärtner:innen mehrmals nacheinander für kurzfristige Aufgaben einbestellt werden, was ineffizient ist.

Das alles führt nicht zu Einsparungen, sondern zur Vergeudung von Arbeitskraft, steigenden Klagen über Missstände der Mitarbeiter:innen, sowie einen zunehmend erbärmlichen Pflegezustand der Häuser.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, bedarf es eigenen Personals in den Fachliegenschaften für die Hauswirtschaft, Raumreinigung, für technische und handwerkliche Dienste. Damit wäre eine zügige und qualitativ hochwertige Durchführung der Arbeiten verbunden, wie sich das z.B. im Rathaus-Gebäude zeigt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gesundheitsamt zukunftssicher machen: Entfristung der Ermächtigungen von 20,5 Stellen und Sachkosten erhöhen**

### Wir beantragen:

1. Die Entfristung der Ermächtigungen von 20,5 Stellen (Amt 53), s.a. GRDRs 429/2022
2. Sachkosten des Gesundheitsamts auf 153.000 Euro jährlich aufstocken

### Begründung:

#### zu 1)

Im Mai 2021 wurden zur "Unterstützung und dauerhaften Stärkung des Gesundheitsamts in der Corona-Krise" 20,5 Ermächtigungsstellen geschaffen. Damit konnte außerhalb des Stellenplans bis 31.12.21 Personal in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis eingestellt werden. Inzwischen ist vorgesehen, dass die Ermächtigungen bis Mitte 2021 verlängert werden. Das reicht nicht aus. 2020 fand bereits eine umfassende Organisationsuntersuchung im Gesundheitsamt statt (GRDRs 965/2020). Aus Sicht des Gesundheitsamts ist eine nochmalige Organisationsuntersuchung unnötig. Gemäß der GRDRs 420/20 soll zum Stellenplan im DHH 22/23 über deren dauerhaften Bedarf entschieden werden.

Das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst Baden-Württemberg legt vier Kernaufgaben für die Gesundheitsämter fest. Eine ganz zentrale Rolle nimmt hierbei der Gesundheitsschutz, insbesondere der Infektionsschutz und die Hygiene ein. Auch bereits vor der aktuellen Covid-19-Pandemie hat das Gesundheitsamt Stuttgart im Rahmen seiner vielfältigen Aufgaben die Bürgerinnen und Bürger vor alltäglichen, aber auch lebensbedrohlichen gesundheitlichen Gefahren geschützt (Krankenhaushygiene, Trinkwasser, u.v.a.m.). Die aktuelle Covid-19-Pandemie zeigt, dass lokale Infektionsgeschehen auch auf

anderen Kontinenten bei neuartigen Erkrankungen innerhalb kurzer Zeit zu einer weltweiten Bedrohung führen können.

Die Gesundheitsämter müssen für die Zukunft auf solche Entwicklungen vorbereitet sein. Das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Stuttgart wird - wie alle Gesundheitsämter - daher künftig nicht mehr dasselbe sein wie zuvor. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss mit seinen Kernaufgaben Infektionsschutz und Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung nachhaltig gestärkt werden. In diesem Kontext muss der Öffentliche Gesundheitsdienst vielfältige Aufgaben übernehmen. Nicht nur der akute Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage und die Steuerung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung bei Pandemien hat eine essentielle und überlebensnotwendige Bedeutung, sondern auch der vorbeugende Schutz der Bevölkerung. Die Gesundheitsämter müssen sich dauerhaft auf die „neue Wirklichkeit“ einstellen.

## zu 2)

Das Gesundheitsamt hat eine große Aufgabenvermehrung rund um die Corona-Pandemie aber auch darüber hinaus erfahren. Dafür wurden erfreulicherweise neue Stellen geschaffen, die aber selbstverständlich auch mehr Sachmittel benötigen und deren Sachmittel häufig über dem von der Kämmerei angesetzten durchschnittlichen Sachkostenanteil liegen. Die Sachkostenanteile im Gesundheitsamt liegen im Vergleich zu anderen Ämtern wesentlich höher, da sowohl Personalwerbung für Ärzte in einschlägigen Ärztepublikationen und -foren, wie auch die Fachfortbildungen für Ärzte sehr hochpreisig sind und damit wesentlich kostspieliger als dies für andere Themen und Bereiche angesetzt ist. Auch erfordert die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Hygienekontrolleure spezifische, hochpreisige Seminare.

Während die Standard-Fortbildungen für Mitarbeiter\*innen der Ämter überwiegend vom Budget des Haupt- und Personalamts beglichen werden, muss das Gesundheitsamt die oben genannten spezifischen und über dem üblichen Kostenniveau liegenden Seminar- und Kongresskosten aus dem eigenen Budget begleichen. Dies führt zu einer starken Mehrbelastung des Amtes bei den Sachkosten. Daher fordern wir eine Erhöhung der Sachkosten.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gesundheitsamt stärkt Kinder, Jugendliche und Eltern: Frühförderstelle, Adipositas-Prävention, und Kooperation mit KiFaZe benötigen Stellen****Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:**

1. 0,3 Stellenanteil, EG 14/15, Facharzt/-ärztin Kinder- und Jugendmedizin in der Interdisziplinären Frühförderstelle (53-3.0) lfd Nr 3945.
2. 1,0 Stelle A 11, Sozialpädagog\*in für Fallmanagement adipöser Kinder und Jugendliche (53-5), lfd Nr 3960, (GRDRs 1064/2020)
3. 1,0 Stelle S 11b, Familienkinderkrankenpfleger\*in für Kinder- und Familienzentren im Handlungsfeld "Eltern stärken" (53-3.1), lfd 3970

**Begründungen:****Zu1)**

**Interdisziplinäre Frühförderung:** Die Erhöhung des Stellenanteils hat für das Gesundheitsamt oberste Priorität! 2014 sind mit der in Kraft getretenen Landesrahmenvereinbarung (LRV) zur Umsetzung der Verordnung zur Früherkennung und Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder (Frühförderungsverordnung - FrühV) neue Aufgaben hinzugekommen. Ebenso beruht ein Rechtsanspruch auf Interdisziplinäre Frühförderung auf dem Bundesteilhabegesetz und Sozialgesetzbuch IX. Das Angebot richtet sich an Stuttgarter Kinder mit Entwicklungsstörungen und/oder (drohenden) Behinderungen von Geburt bis zur Einschulung und deren Eltern und Bezugspersonen. Die Interdisziplinäre Frühförderstelle (IFF) verzeichnet seit ihrer Gründung eine erhebliche Arbeitsvermehrung. Nicht nur die Zahl der betreuten Kinder ist seitdem um 93% gestiegen, sondern auch die Fallkomplexität sowie Abstimmungs- und Koordinationsaufwand mit durch Erweiterung der Fachbereiche. Zudem müssen seit 2015 Erstgespräche persönlich durchgeführt werden. (GRDRs 582/2014; GRDRs 763/2018). Dennoch ist der Stellenanteil für die Facharzt/-ärztinnenstelle über Jahre hinweg gleichgeblieben. Eine Anpassung der Leitungs- und Arztstelle an den tatsächlichen Bedarf ist daher fachlich dringend geboten. Die hohe Überstundenzahl im IFF war wegen des immensen

Überstundenausgleichs bereits Thema im Reform- und Strukturausschuss (s.GRDRs 316/2020), was die Dramatik verdeutlicht.

### **Zu 2)**

Für das **Fallmanagement für adipöse Kinder und Jugendliche** ist eine erhebliche Arbeitsvermehrung zu konstatieren. Es werden immer mehr adipöse Kinder und sie werden schwerer. Neben dem allgemeinen Trend zu Bewegungsmangel, verschärft(e) die Corona-Pandemie das Problem durch geschlossene Sporthallen, Bäder und Kitas. Ebenso konnten Auffälligkeiten im Lockdown seltener und zu spät erkannt werden, mangels Meldungen von pädagogischem Personal und reduziertem Zugang der Frühförderstelle IFF. Die Problematik des steigenden Anteils adipöser Kinder und Jugendlicher ist nicht nur für die Betroffenen selbst ein erhebliches gesundheitliches Problem, das psychische Erkrankungen durch die gesellschaftliche Stigmatisierung zur Folge haben kann. Zudem ist Adipositas in Kindheit und Jugend häufig die Ursache für viele im Laufe des Lebens sich manifestierender chronischer Erkrankungen. Nicht nur das Individuum leidet, auch die gesellschaftlichen Kosten sind erheblich. Adipositas entfaltet im Laufe des Lebens eine Vielzahl an schwerwiegenden chronischen Erkrankungen (Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen, Stoffwechsel- und Gelenkerkrankungen u.v.m.). Bereits heute müssen die Krankenkassen Folgekosten von geschätzt 60 Milliarden Euro jährlich aufbringen.

### **Zu 3)**

#### **Familienkinderkrankenpfleger\*in für Kinder- und Familienzentren im Handlungsfeld "Eltern stärken"**

Für die verbindliche Kooperation zwischen Gesundheitsamt und Kinder- und Familienzentren wird die Neuschaffung der Stelle gemäß dem vom Jugendamt in der GRDRs 871/2018 vorgestellten Konzept erforderlich. Im Rahmenkonzept der Stuttgarter Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) ist als Basisstandard im Handlungsfeld „Eltern stärken“ eine verbindliche Kooperation mit dem Gesundheitsamt vorgesehen. Diese Kooperation soll Angebote vor Ort beinhalten.

In den letzten Jahren konnten Erfahrungen mit versuchsweisen Angeboten des Gesundheitsamts für KiFaZe gesammelt werden. Es zeigte sich, dass nur ein regelmäßiges Angebot, bei dem eine konstante Person mit hoher Expertise in allen Fragen rund um die gesunde Entwicklung und Pflege und einfühlsame Versorgung von Kindern im jeweils individuellen, auch häufig schwierigen familiären Umfeld, von den Eltern gut angenommen wird. Diese Expertise entspricht dem Berufsbild der Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/in (FKKS). Denkbar wäre fachlich auch die Besetzung durch eine Kinderkranken Schwester mit Erfahrung in Elternberatung und Prävention.

Eine weitere Erkenntnis war, dass dieses feste Angebot in Form eines Elterntreffs oder Mutter-Kind-Cafés mindestens einmal pro Monat stattfinden muss, um sich etablieren zu können. Bei 33 KiFaZ würde das bei einem Termin pro KiFaZ und Monat à 3,5 Stunden (Zeitaufwand mit Anfahrt, Vor- und Nachbereitung) insgesamt 115,5 Arbeitsstunden pro Monat (1386 Arbeitsstunden pro Jahr, entsprechend 90 % Stellenanteil) ergeben. Weitere 10 % sind für Erarbeitung von Konzepten, Materialbeschaffung oder Begleitung von Projekten wie Gesundheitstagen sowie Aufbau und Pflege von Kooperationen zu veranschlagen. Insgesamt wird damit eine 100 %-Stelle beantragt.

Eine verbindliche Kooperation zwischen Gesundheitsamt und KiFaZ ist neu im Rahmenkonzept des Jugendamts. Dem entsprechenden Antrag zur Stellenschaffung im vergangenen Haushalt 2020/21 wurde nicht stattgegeben. Daher konnte die im Konzept festgeschriebene Kooperation mit festen Angeboten des Gesundheitsamts in den KiFaZ noch nicht umgesetzt werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gesundheitsamt: Das Projekt "Gesundheitslotsen und –lotsinnen für Migrant:innen" fortsetzen****Wir beantragen:**

1. Schaffung einer 0,7 Stelle, Sozialarbeiter:in/Gesundheitspädagoge:in, S 15, ab Oktober 2022, (53-5), lfd Nr 3965 (GRDRs 1461/2017; GRDRs 1028/2020) (Bisher befristete Ermächtigung (bis 14.10.2022) 060 5300 010, 070 VZÄ)

**Begründung:**

Das Projekt der Gesundheitslotsen für Migrant:innen hat ein weit über Stuttgart hinausreichendes landesweites Renommee. Das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) fordert die Berücksichtigung der besonderen Belange von Menschen mit Migrationshintergrund zur Förderung und zum Schutz der Gesundheit (§1,7 ÖGDG). Migrant:innen sollen unterstützt werden, um sich im deutschen Gesundheitssystem besser zurechtzufinden. Sprachlichen, kulturellen und weiteren migrationsspezifischen Barrieren soll aktiv begegnet werden, um einen besseren Zugang und eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten. Der schlechtere Zugang spiegelte sich z.B. jüngst in einer geringeren durchschnittlichen Covid-Impfquote bei Migrant:innen wider.

Ehrenamtliche Gesundheitslots:innen werden ausgebildet, um ihren Landsleuten niederschwellig und kulturspezifisch Informationen und bestehende Hilfsstrukturen aufzuzeigen. Die Vermittlung der Inhalte ist erfolgreicher, wenn die gleiche Sprache gesprochen wird und der kulturelle Hintergrund bekannt ist. Die bisher 31 Gesundheitslots:innen aus 21 verschiedenen Herkunftsländern mit 16 verschiedenen Sprachen schaffen Zugänge zu Migrant:innen-Communities in Stuttgart. Gesundheitliche Bedürfnisse können identifiziert werden, was auch für die Gesundheitsplanung relevant ist. Die Koordinierungsstelle ist für die Qualitätssicherung des Gesundheitsamts bedeutsam, sowie nötig, um die Veranstaltungen der Lots:innen zu organisieren und zu koordinieren. So wurden bisher 19 Informationsveranstaltungen zu Corona-Hygienemaßnahmen in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete durchgeführt.

In der Abteilung Kinder-, Jugend- und Zahngesundheit, Gesundheitsförderung, Soziale Dienste wird nur noch bis Mitte Oktober 2022 die Förderung einer 70%-Arbeitsstelle Sozialarbeiter:in/Gesundheitspädagoge:in von der Stiftung für Gesundheitliche Prävention Baden-Württemberg gefördert. Eine Folgefinanzierung durch die Stiftung ist ausgeschlossen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Gesundheitsamt: Beauftragte:n für Suchtprophylaxe und Gesundheitsplanung  
Prostitution personell stärken****Wir beantragen die folgende Stellenschaffung:**

1. 0,5 Stellenanteil EG 13, Beauftragte:r für Suchtprophylaxe BfS (53-5-), lfd Nr. 3955
2. 0,7 Stellenanteil EG 13, Sozialplaner:in / Gesundheitsplaner:in für Planung Prostitution (53-5), lfd Nr. 3950

**Begründung:****ad 1)**

Die Stelle der/des **Beauftragten für Suchtprophylaxe** war ursprünglich (im Jahr 1995) schon eine Vollzeitstelle, die im Zuge von Haushaltskonsolidierungen um 50 % gekürzt und seitdem nie wieder aufgestockt wurde. Zugleich hat die Bedeutung des Themas Sucht und die Zahl der Suchtgefährdeten zugenommen. In den letzten Jahren ist das Suchthilfesystem in Stuttgart und auch das Spektrum der Suchtprävention kontinuierlich ausgebaut worden, was zu einem erheblichen Zuwachs an Aufgaben für den/die Beauftragte zur Folge hatte.

Um die Strukturen der zuwendungsfinanzierten Angebote der Suchthilfe zu analysieren und zu bewerten, hat die Stadt Stuttgart 2019 eine Evaluation bei der Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich (FOGS) in Auftrag gegeben. FOGS regt die Aufstockung auf eine volle Stelle an, um die Umsetzung des Planungsauftrags der BfS gewährleisten zu können (vgl. FOGS 2019, S.158, GRDRs 519/2020).

Komplexere Aufgaben und die wachsenden Ansprüche an eine zeitgemäße Planung und Steuerung der suchtpreventiven Angebote machen die Stelle erforderlich. Der Bedarf ergibt sich auch in den Bereichen Grundlagen der Planung, Kooperation und Vernetzung, Setting-Ansatz sowie gesellschaftliche Veränderungen. Z.B. soll das Thema um die Bereiche kultur- und alterssensible Suchtprävention erweitert werden. Weitere Ziele und Aufgaben sind die

Überarbeitung der Leitlinien zur Umsetzung suchtpreventiver Angebote mit den verschiedenen Suchthilfe-Trägern und eine vereinheitlichte Struktur der Jahres- und Sachberichte der Träger. Ebenso sollen die Schnittstellen zu weiteren Kooperationspartner:innen aus der Selbsthilfe und insbesondere zur Jugendhilfe ausgebaut und vernetzt werden. In der aktuellen Situation kommt auch der Entwicklung digitaler Konzepte zur Suchtprävention immer mehr Bedeutung zu. Um der Forderung von FOGS nach evidenzbasierten Angeboten zu entsprechen, sollte deren Konzeption und Evaluation begleitet werden.

Das Themenfeld der Suchtprävention ist eine Pflichtaufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, festgelegt im Gesetz des Öffentlichen Gesundheitsdienstes ÖGDG § 7 sowie in der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Beauftragten für Suchtprophylaxe der Stadt- und Landkreise“ vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Die/der BfS ist für alle Lebensbereiche und Altersgruppen zuständig und soll stets auf aktuelle Themen und Entwicklungen reagieren. Suchtprävention hat zum Ziel, Kompetenzen zu stärken, die einem riskanten (Konsum-)verhalten vorbeugen. Sowohl die Ziele als auch die Maßnahmen orientieren sich an Lebenslagen und Bedürfnissen der jeweiligen End-Adressat\*innen. Adressat\*innen der Suchtprävention sind grundsätzlich alle Alters- und Bevölkerungsgruppen, für die jeweils bedarfsgerechte spezifische Konzepte entwickelt werden (GDRs 915/2020).

#### **ad2)**

Bisher gibt es im Gesundheitsamt für die Großstadt Stuttgart nur eine 0,3-Stelle zur **Gesundheitsplanung Prostitution**. Die Zahl und die prekäre Situation von Armut- Prostitution ist stetig gestiegen. Für diesen Themenbereich müssen grundsätzliche Planungen und Erhebungen gemacht werden, Projekte und Konzeptionen entwickelt werden. Auch finanzielle Bedarfe sind abzuklären, da inzwischen deutlich mehr Träger mit wesentlich mehr Stellenanteilen (insgesamt 12,8 Stellen bei den Trägern) für Beratungs- und Ausstiegsangebote für Prostituierte tätig sind. Es ist regelmäßiger Kontakt und Austausch mit den Trägern (Planungsgespräche) erforderlich, die Koordination der Träger ist Aufgabenbestandteil. Das von der 0,3-Stelle im Gesundheitsamt zu verwaltende Gesamtbudget lag im Jahr 2020 bei 650.000€! Sowohl die gesetzlichen Vorgaben (Prostituierten- und Infektionsschutzgesetz) wie auch der Beschluss aus dem Gemeinderat im HH 2020/21 zur Übernahme der Übergangsförderung für Prostituierte als neue Aufgabe, führten zu einer erheblichen Arbeitsvermehrung mit erheblicher Überstundenlast.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellenschaffung im Schulverwaltungsamt (Teil 1) für Schulentwicklungsarbeit, Gebäudemanagement, Schülerbeförderung u.a.**

### Wir beantragen:

1. Die Schaffung der 16,5 Stellen mit unterschiedlichen Eingruppierungen gemäß den laufenden Nummern aus der Querliste 2545 bis 2610:
  - a. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung A 12, Schulentwicklungsplanung Stuttgart Rosenstein (40-2.1), lfd Nr 2545
  - b. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung EG 10, Prüfung der Verwendungsnachweise der freien Träger Ganztagsgrundschulen und Schülerhäuser (40-2.4), lfd Nr. 2550
  - c. 2,0 Stellen, Techniker:in EG 9b, Technisches Gebäudemanagement (Klimaschutz!), lfd Nr. 2555
  - d. 3,5 Stellen, Projektleitung A12, Bauliches Gebäudemanagement, (40-3.2) lfd Nr. 2560 und 2565
  - e. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 11, Schülerbeförderung, (40-1.4) lfd Nr. 2570
  - f. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11, Allgem. HH-Angelegenheiten (40-1.2) lfd Nr. 2575
  - g. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 12, Allgem. HH-Angelegenheiten (40-1.2) lfd Nr. 2580
  - h. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 12, Neukonzeption und zentrale Koordination der Modelle Sport, Musik, Natur, Kultur im Ganztage (40-2.4) lfd Nr. 2585
  - i. 0,5 Stelle, Sachbearbeitung A 12, Gebäudemanagement für Schul- und Sportanlagen (40-3.1), lfd Nr. 2590
  - j. 0,5 Stelle, Sachbearbeitung A 11, Schülerbeförderung (40-1.4) lfd Nr. 2595
  - k. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 12, Aufbau und Pflege eines Compliance-Managements (40-1.1) lfd Nr. 2600
  - l. 2,5 Stellen Sachbearbeitung A13H, Schulentwicklungsplanung (40-2.1) lfd Nr. 2605

- m. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 12, Schulentwicklungsplanung (40-2.1) lfd Nr. 2610

**Begründung:**

**Zu 1)**

Die 16,5 Stellen wurden vom Schulverwaltungsamt bereits im Einzelnen begründet. Mit Verweis auf (Zwischen-)Ergebnisse der Organisationsuntersuchung 40 sowie der Verwaltung beschränken wir uns auf sehr knappe Begründungen.

- a) Gesamtbetrachtung Rosenstein-Areal
- b) Arbeitsvermehrung durch gestiegene Fallzahlen
- c) Umsetzung des Klimaschutzprogramms Schulgebäude (PV-Anlagen, ELT, HLSK)
- d) Umsetzung Klimaschutzprogramm Schulgebäude (PV-Anlagen, Hitzeschutz, Fahrradstadt) GRDs 975/19 + Ergänzung Arbeitsvermehrung
- e) Mehr Aufgaben für die fachverantwortliche Koordinierungsstelle zur Ausschreibung und Vertragsgestaltung der Schülerbeförderung an SBBZ, Schulwoche Waldheim, Sport-Ersatzhallen
- f) Buchhalterische Abwicklung der energieerzeugenden Anlagen (PV und Blockheizkraftwerke), GRDs 785/2019
- g) Erhebliche Arbeitsvermehrung beim Baukostencontrolling
- h) Neukonzeption und zentrale Koordination der Modelle Sport, Musik, Natur und Kultur im Ganztage
- i) Konzeption, Fortschreibung, Pflege und Koordination eines Wissens- und Fortbildungsmanagementkonzepts für Schulhausmeister
- j) Aufbau eines Qualitätsmanagements für die Schülerbeförderung an SBBZ in freier Trägerschaft
- k) Fortbildungskonzeptionen für Mitarbeiter:innen an Schulen für ein höheres Qualitätsniveau
- l) Schulentwicklungsplanung für Rosenstein; Pädagog. Grundlagen bei Schulneugründungen in neuen Stadtquartieren
- m) In der gesamten Baubranche steht ein Paradigmenwechsel an, wonach Gebäude gesamtheitlich betrachtet werden. Auf Basis digitaler Bauwerksmodelle können alle benötigten Daten von der Planung, dem Bau, über die Betriebsphase, bis zum Abbruch erfasst, zwischen den Beteiligten ausgetauscht und weiterbearbeitet werden. Angesichts der vielen Schulbauten soll die Schulentwicklungsplanung mit der Implementierung von BIM (Building Information Modeling) und der Vernetzung mit CAFM (Computer Aided Facility Management) erleichtert werden. (GRDs 525/2021)

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellen im Schulverwaltungsamt (Teil 2): Ausbildungsmanager:innen für  
Modellprojekt Neuzugewanderte in Ausbildung, IT-Support für mobile Endgeräte**

### Wir beantragen:

1. Die Schaffung der nachfolgend genannten 9 Stellen mit unterschiedlichen Eingruppierungen gemäß den laufenden Nummern aus der Querliste 2615 bis 2665
  - n. 4,0 Stellen, Ausbildungsmanager:innen EG 10, Modellprojekt Neuzugewanderte in Ausbildung an Beruflichen Schulen (40-1.1), lfd Nr 2615
  - o. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung EG 10, Prüfung der Verwendungsnachweise der freien Träger Ganztagsgrundschulen und Schülerhäuser (40-2.4), lfd Nr. 2620
  - p. 3,0 Stellen, Sachbearbeitung EG 10, MDM-Manager:in und Service-Desk-Spezialist:in, (40-2.3), lfd Nr. 2625
  - q. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung EG 12, Konzeption Service und Support mobile Endgeräte für Lehrer:innen, (40-2.3), lfd Nr. 2630
  
2. Die Verlängerung bzw. den Wegfall von kw-Vermerken für die folgenden Stellen
  - a. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 13G, Schulentwicklungsplanung Ganztagesesschulen lfd Nr. 2650  
*Grund:* dauerhafte Arbeitsvermehrung durch gesetzliche bildungspolitische Vorgaben
  - b. 0,3 Stelle Projektleitung A 12, bauliches Gebäudemanagement, befristete Arbeitsvermehrung durch Schulsanierungsprogramm des Bundes, lfd Nr. 2665  
*Grund:* dauerhafter Bedarf durch Verstetigung der Schulsanierungsförderung des Landes.

### Begründung:

Die unter Punkt ein aufgeführten 9 Stellen wurden vom Schulverwaltungsamt bereits im Einzelnen begründet. Mit Verweis auf (Zwischen-)Ergebnisse der Organisationsuntersuchung 40 sowie der Verwaltung beschränken wir uns auf sehr knappe Begründungen.

- n) Überführung des Modellprojekts Neuzugewanderte in Ausbildung an Beruflichen Schulen soll in den Regelbetrieb übergehen. Daher bedarf es einer dauerhaften Schaffung anstatt Ermächtigungen. (GRDs 36/2019 und 25/2020)
- o) Arbeitsvermehrung durch gestiegene Zahl von Neuzugewanderten in Ausbildung (GRDs 36/2019 und 25/2020)
- p) Für die Konfiguration, Fernadministration und den Betrieb für Wartung für mobile Endgeräte für Lehrer:innen (1:1-Ausstattung) werden diese Stellen benötigt (GRDs 32/2021)
- q) Stellen wird zur Konzipierung der 1:1-Ausstattung von Lehrkräften mit mobilen Endgeräten benötigt

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellenplan: Haupt- und Personalamt für die Zukunft mit Stellen berücksichtigen**

### Wir beantragen:

1. 0,5 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 11) Arbeits- und Gesundheitsschutz für das BMA lfd. Nr. 900
2. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (A 8) Personalservice lfd. Nr. 905
3. 1,0 Stelle Mitarbeiter:in für den Sitzungsdienst (EG 5) lfd. Nr. 910
4. 0,68 Stelle Sachbearbeiter:in (A 13G) Personalservice, hierbei Personalsachbearbeitung BMA und leitende Mitarbeiter:innen lfd. Nr. 915
5. 0,5 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 9a) Personalservice lfd. Nr. 920
6. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 11) Gebäudemanagement lfd. Nr. 925
7. 1,0 Stelle Teamleiter:in (A 9M) Personalservice, Bezügeabrechnung lfd. Nr. 930
8. 1,0 Stelle Jurist:in (A 13H) Personalservice lfd. Nr. 935
9. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (A 11) Personalservice, IuK Ansprechpartner:in lfd. Nr. 940

### Begründung:

Zu 1) Arbeitsvermehrung

Zu 2)

Erhebliche Arbeitsvermehrung bei Personalkostenersatz und Entgeltumwandlung. Die Arbeitsvermehrung wurde rechnerisch nachgewiesen, lag jedoch unter der maßgeblichen Grenze.

Zu 3)

Arbeitsvermehrung bei der Bedienung und Durchführung von Videokonferenzen.

Zu 4)

Diese Stellenanteile wurden bereits im letzten Haushaltsplan nach einer

Organisationsuntersuchung für notwendig erachtet und beantragt. Um den Aufgaben auch qualitativ gerecht zu werden, sollten diese Stellenanteile geschaffen werden. (siehe GDRrs 1051/2019)

Zu 5)

Erhebliche Arbeitsvermehrung bei Firmen- und Azubitickets und des BWTarifs

Zu 6)

Arbeitsvermehrung bei der Projektkoordination Sanierung Rathauskomplex

Zu 7)

Erhebliche Arbeitsvermehrung durch erhöhte Anzahl von Abrechnungsfällen in der Vier-Augen-Prüfung

Zu 8)

Erhebliche Arbeitsvermehrung bei der juristischen Sachbearbeitung

Zu 9)

Ausweitung der IuK – Ausstattung aufgrund gestiegener Mitarbeiter:innenzahlen

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Tarif+ für Mitarbeitende in Bürgerbüros, Ausländerbehörde und Kfz-Zulassungsbehörde**

### Wir beantragen:

1. Die Gewährung einer Tarif+-Zulage für alle Beschäftigten bei den Bürgerbüros, der Ausländerbehörde und den Kfz-Zulassungsstellen

### Begründung:

Die genannten Abteilungen leiden unter vielfachen Schwierigkeiten: Schlechte Ausstattung und hoher Krankenstand herrschen in vielen Bürgerbüros, in der Ausländerbehörde und in der Kfz-Zulassungsstelle. Zudem haben die genannten Behörden enorme Schwierigkeiten, Personal für die vielfältigen Aufgaben zu gewinnen.

Zur Lösung dieser vielschichtigen Probleme sind mehrere Maßnahmen dringend notwendig: zum einen ist die räumliche Situation dringend zu verbessern, wie wir das in Antrag „Verwaltungsgebäude Torstraße 15, Decker- Nauheimer Straße ausstatten“ exemplarisch beantragt haben. Zum anderen ist in einem ersten Schritt, analog zu den Erzieher:innen, eine Zulage in Höhe von 100 Euro pro 100% Stelle pro Monat, an die Beschäftigten in Bürgerbüros, Ausländerbehörde und in den Kfz Zulassungsstellen zu gewähren.

Die Stadt muss sich generell um ihre Beschäftigten mehr kümmern, bessere Arbeitsbedingungen schaffen und vor allem den unteren Lohngruppen bald eine Ballungsraumzulage gewähren, wie in Antrag „Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Die Stadt muss ein attraktiver Arbeitgeber werden“ gefordert haben. Die kurzfristige Forderung nach einem Tarif+ für Bürgerbüros, Ausländerbehörde und Kfz-Zulassungsstelle ist ein erster Schritt, der durch eine Ballungsraumzulage abgelöst werden soll.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Personal für die Bezirksämter</b>

### Wir beantragen:

#### *Für alle Bezirksämter*

1. 3,0 Stellen, Sachbearbeitung A 10, lfd Nr. 1000
2. 3,0 Stellen, Sachbearbeitung EG 8, lfd Nr. 1005
3. 5,0 Stellen, Sachbearbeitung EG 8, lfd Nr. 1010

#### *Für das Bezirksamt Bad Cannstatt*

4. 0,5 Stelle, Sachbearbeitung EG 8 für das Bürgerhaus Kursaal, lfd Nr. 1015

#### *Für das Bezirksamt S-Vaihingen*

5. 0,8 Stelle in A13 H (ca. 100 TEur/a) als Zuarbeit für den Bezirksvorsteher des Stadtbezirks Vaihingen ab 2022 ohne KW-Vermerk (Daueraufgabe), lfd Nr. 1020

### Begründung:

Zu 1 und 2)

Personalnotfallreserven zur Abdeckung von Ausfallzeiten, die in den Bezirksämtern erfahrungsgemäß überdurchschnittlich hoch sind.

Zu 3)

Allgemeine Verwaltung, Erhöhung der Bezirksbudgets erfordert höheren Arbeitsaufwand, Ausgleich der allgemeinen Arbeitsvermehrung.

Zu 4)

Aufgabenzuwachs bei der Verwaltung des Bürgerhauses Kursaal

Zu 5)

Unverändert besteht eine starke Aufgabenvermehrung im zweitgrößten Außenstadtbezirk Stuttgarts, aber abseits des Standesamts werden aufgrund systematisch fehlerhafter Bemessungsgrundlagen von der Verwaltung niemals zusätzliche Stellenbedarfe in Bezirksämtern anerkannt. Zudem endet bald die Beschäftigungsmöglichkeit des stellvertretenden Bezirksvorstehers in Vaihingen aufgrund anderer Möglichkeiten, zum Erhalt

der Schlagkraft des Bezirksamts ist daher diese Schaffung dringlich. Die Berechnung des Bezirksvorstehers für diesen Stellenantrag hinsichtlich der Höhe liegt der Verwaltung ebenfalls vor.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellenschaffungen im Kulturamt**

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle Veranstaltungsmanager:in EG 10 für Museum Stuttgart (41-8) lfd Nr. 1245
2. 0,5-Stelle Sachbearbeitung EG 13, Kulturelle Bildung Stuttgart (41-7) lfd Nr. 1250
3. 1,0 Stelle Bibliothekar:in EG 11, Stadtbibliothek (41-3), lfd Nr. 1255
4. 0,5 Stelle Bibliothekar:in EG 11, Stadtbibliothek (41-3), lfd Nr. 1260
5. 0,75 Stelle Wissenschaftliche Mitarbeiter:in EG 13, Stadtarchiv (41-2), lfd Nr. 1265
6. 0,5 Stelle Ausstellungsmanager:in EG 10, Museum für Stuttgart (41-8), lfd Nr. 1270
7. 0,5 Stelle Veranstaltungstechniker:in EG 9a, Stadtbibliothek (41-3), lfd Nr. 1275

### Begründung:

Zu 1) Grund: Arbeitsvermehrung durch hohe Zahl an Veranstaltungen bereits vor Pandemiezeiten, die nach Corona wieder ansteigen werden und Ersatz für bisherige Honorarkräfte

Zu 2) zur Diversitätsförderung

Zu 3) Digitale Bildung, Koordinierung, Zusammenführung und Entwicklung bestehender neuer Formate

Zu 4) Fortentwicklung der vorhandenen Ansätze bei Social Media

Zu 5) Erarbeitung und Durchführung von Bildungsprogrammen für Schüler:innen

Zu 6) Betreuung von Kooperationsausstellungen, Ersatz für bisherige Honorarkräfte

Zu 7) Kinder- und Jugendveranstaltungen in Zentral- und Stadtteilbibliotheken, Stärkung virtueller Angebote

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Garten-, Friedhofs- und Forstamt personell stärken****Wir beantragen:**

- 1) Die Schaffung von 2,0 Stellen „Landschaftsgärtner:innen“, EG 6 (nicht in Querliste, kein Verwaltungsvorschlag)
- 2) Die Schaffung der insg. 17,0 Stellenanteile gemäß lfd. Nummern 4945 bis 5025
  - a) 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11, (67-1.3), Haushalt, lfd. Nr. 4945
  - b) 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11, (67-2.1), Forsten und Service-Betrieb lfd. Nr 4950
  - c) 1,0 Stelle Projektingenieur:in EG 12, (67-4.1), Projektleitung STEP, lfd Nr. 4955
  - d) X Stelle (noch offen) Projektingenieur:in EG 12, Groß-/Sonderprojekte, lfd. 4960
  - e) 1,0 Stelle Bauaufseher:in EG 9b, (67-3), Friedhofsprojekte, lfd Nr. 4965
  - f) 1,0 Stelle Maschinenführer:in EG 6, (67-3.1), Friedhofsbetriebe, Lfd Nr. 4970
  - g) 3,0 Stellen Totengräber:in EG 3, (67-3.1), Friedhofsbetriebe, lfd Nr. 4975
  - h) 0,5 Stelle Sachbearbeitung EG 11, Medien- und Marketingstelle, lfd Nr. 4980
  - i) 0,3 Stelle Sachbearbeitung A 11, Bauunterhaltung, Arbeitssicherheit, lfd. 4985
  - j) 0,2 Stelle Sachbearbeitung A 11, Arbeitssicherheit, Liegenschaften, Recht, lfd Nr. 4990
  - k) 1,0 Stelle Teamleitung EG 13, (67-4.P) IBA 27 Koordination und Realisierung, lfd Nr. 4995
  - l) X Stelle (noch offen) Projektleitung EG 12, (67-4.P), lfd Nr. 5000
  - m) 1,0 Stelle Projektingenieur:in EG 11, (67-4.3) Sanierung Trockenmauern, lfd. Nr. 5005
  - n) 0,5 Stelle Bauaufseher:in EG 9b, (67-4.3) Unterhaltung Gewässersäume, lfd Nr. 5010
  - o) 0,5 Stelle Bauaufseher:in EG 9b, (67-4.4) Unterhaltung Gewässersäume, lfd Nr. 5015
  - p) 4,0 Stellen Gärtner:innen EG 7, (67-4.52) Installation Biotoppflegetrupps lfd Nr. 5020
  - q) 1,0 Stelle Lagerist:in EG 7, (67-4.54) Zentrallager Logauweg lfd nr. 5025

**Begründung:**

zu 1)

Durch die Verlegung des Betriebshofes „Mitte“ von der Sickstraße 163 (Nähe Villa Berg) an die Deckerstraße 100 in Bad Cannstatt sind die Wegezeiten zu den Einsatzorten für insgesamt 25

Arbeitskräfte deutlich länger geworden. Unter Berechnung von jeweils 2 Fahrtstrecken pro Arbeitskraft, welche in Zeiten von Verkehrsspitzen gefahren werden müssen, ergibt sich im Mittel ein zusätzlicher zeitlicher Aufwand pro Person von 35 Minuten täglich. Im Falle von 25 Mitarbeiter\*innen resultiert ein Zeitaufwand von 14,5 Stunden täglich. (Fahrten zu Kantinen/Vesperräumen sind unberücksichtigt)

Hinzu kommt an durchschnittlich 30 Arbeitstagen im Jahr (minimaler Ansatz) der Wechsel von nasser und verschmutzter Arbeitskleidung mit Fahrten zu den Betriebshöfen: 160 Arbeitstage pro Jahr, durchschnittliche Fahrtzeit von 35 Minuten pro Hin- und Rückfahrt ergibt 25 Arbeitskräften eine Summe von 2,75 Stunden täglich. Für Besprechungen, Materialtransporte etc. in die Wernhalde/Weißenburg und Burgstallstraße suchen acht Arbeitskräfte der Außenstellen einmal die Woche ihre Betriebsstelle auf, was sich zu weiteren 56 Minuten (0,93 Stunden) summiert.

Pro Arbeitstag entsteht damit insgesamt ein Zeitverlust von 18,18 Stunden, was einem Abmangel an Arbeitsleistung von 2,33 Personalstellen für den Betrieb Mitte entspricht. Dies muss durch Reduzierung von Aufträgen oder aber durch Schaffung von mindestens zwei neuen Personalstellen kompensiert werden.

Verschärft wird die Wegezeitenproblematik dadurch, dass die Außenstelle Burgstallstraße des Betriebs Mitte wegen des schlechten baulichen Zustands nicht mehr zur Stationierung von Personal genutzt werden kann. Während für diese zusätzlichen Wegezeiten bisher keine Stellenschaffungen vorgesehen sind, waren umgekehrt im Zuge einer früheren Untersuchung zu "pausenbedingten Wegezeiten" alle gewonnenen Minuten in Stellenstreichungen umgerechnet worden. Insoweit ist es nur folgerichtig, dass im umgekehrten Fall der längeren Wegezeiten Stellenanteile erhöht werden müssen.

Durch Schaffung der zwei genannten Stellen werden diese Wegezeiten knapp ausgeglichen und die produktive Arbeitszeit kann damit auf das Niveau vor dem Umzug angehoben werden.

zu 2)

- a) erhebliche Arbeitsvermehrung aufgrund Budgeterhöhung
- b) Forsten und Servicebetrieb zur Eingrenzung illegaler (Bau-)Maßnahmen im Stadtwald
- c) Projektleitung STEP für Planungsbezirk Mitte erhebliche Arbeitsvermehrung
- d) Groß- und Sonderprojekte bei Schulneubau und –sanierungsmaßnahmen
- e) Großsanierungen und Sonderplanungen bei Friedhofsprojekten (GRDs 54/2019)
- f) Bedienung und Pflege der Friedhofsmaschinen
- g) Zunahme kleinteiliger Friedhofsüberhangflächen, dadurch Arbeitsvermehrung
- h) Mediengestaltung und Marketingmanagement im Zuge des Wandels der Friedhofskultur und des Bestattungswesens
- i) Erhebliche Aufgabenvermehrung für Bauunterhaltung und Rechtsfragen bei Liegenschaften
- j) Erhebliche Arbeitsvermehrung bei Vertragsangelegenheiten
- k) IBA 2027, Koordination und Realisierung von referatsübergreifenden Sonderaufgaben
- l) Platzhalterantrag für die Projektleitung kommender Sonderaufgaben im Rahmen der IBA 27 für Stadt am Fluss, Eiermann-Areal, Leonhardsviertel/Züblinareal
- m) Sanierung von Trockenmauern in städtischen Weinbergen (GRDs 1219/2019)
- n) Unterhaltungsmaßnahmen von Gewässersäumen und Hochwasserrückhaltebecken
- o) dito
- p) Installation eines Biotoppflege-Trupps für hochwertige Pflege von Biotopen und Naturschutzflächen
- q) Zentrallager im Logauweg benötigt Lagerlogistik

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Stellen für das Rechnungsprüfungsamt (RPA)</b>
---

#### Wir beantragen:

1. 1,0 neue Stelle in A13 H, Organisationsprojekte, Prüfung, Sachgebiet 14-2.1: Kostenstelle 14207200, in 2022 ohne Stellenvermerk (Daueraufgabe), 130.800 Euro/a, lfd Nr. 215
2. 1,0 neue Stelle in A14, Sachbearbeitung (Dipl.-Ing.), Technische Bauprüfung (insb. Von Großbauvorhaben), Sachgebiet 14-4.2, Kostenstelle 14707400, in 2022 ohne Stellenvermerk (Daueraufgabe), 143.900 Euro jährlich, lfd Nr. 220
3. 1,0 neue Stelle in A13 H, Betätigungsprüfung, Sachgebiet 14-3.2, Kostenstelle 14307300, in 2022 ohne Stellenvermerk (Daueraufgabe), 143.900 Euro jährlich, lfd. Nr. 225

#### Begründung:

Zu 1)

Prüfer:in für Prüfung Organisation und Personal, erhebliche Arbeitsvermehrung und Steigerung der qualitativen Anforderungen. Angesichts des enormen IT-Stellenaufwuchs (der zum Amt für Digitalisierung führt), des BSI-Gesetzes, von KRITIS sowie der EU-DS-GVO ist es zwingend, die Prüfungen in diesem Bereich deutlich auszuweiten: das ist u.E. unabweisbar.

Zu 2)

Weiterentwicklung der Prüfungsstrategie, Arbeitsvermehrung wegen gestiegener Bautätigkeiten der Stadt, Eigenbetriebe, Klinikum und BIM. Die Bauprüfung sollte begleitend und nicht erst im Nachgang erfolgen, in einer ziemlich korrupten Branche wie der Baubranche erscheint dies wegen häufiger doloser Handlungen dringend geboten.

Zu 3)

Erhebliche Arbeitsvermehrung und Steigerung der qualitativen Anforderungen insbesondere zur Prüfung des Projekts Stuttgart 21. Leider wurde für das gigantische Bauprojekt Stuttgart 21 kein Integritätspakt o.ä. geschlossen, weshalb speziell dort zusätzliche Prüfungen dringend erforderlich sind. Auch die Prüfung von PCGK Angelegenheiten fällt hierunter.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Amt für Stadtplanung personell für die Zukunft aufbauen**

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle Baukontrolleur:in (EG 9b) in der unteren Denkmalschutzbehörde, (61-1.4) (Ifd. Nr. 4255)
2. 1,0 Stelle Verkehrsplaner:in (EG 13), (61-3.2), lfd. Nr. 4260
3. 1,0 Stelle Stadtplaner:in (EG 13) (61-4), lfd. Nr. 4265
4. 1,0 Stelle Stadtplaner:in (EG 13) (61-4), lfd. Nr. 4270
5. 1,0 Stelle Stadtplaner:in (EG 12) (61-5), lfd. Nr. 4275
6. 1,0 Stelle Stadtplaner:in (EG 12) (61-6), lfd. Nr. 4280
7. 0,5 Stelle Sachbearbeiter:in (A 12) (61-8.3), lfd. Nr. 4285
8. 1,0 Stelle Stadtplaner:in (EG 13) Nachhaltiges Bauflächenmanagement (61-2.2), lfd. Nr. 4290
9. 0,75 Stelle Projektbearbeiter:in (EG 11) Förderprogramm „Erhalt der von Weinbau geprägten Kulturlandschaft“, (61-2.3), lfd. Nr. 4295
10. 1,0 Stelle Verkehrsplaner:in (EG 12) (61-3.2), Planung von Radschnellwegen lfd. Nr. 4300
11. 0,5 Stelle Planungstechniker:in (EG 9a) (61-3.3), Mehraufwand in der Planungstechnik CAD, lfd. Nr. 4305

### Begründung:

Zu 1)

Arbeitsvermehrung bei der Kontrolle des Bestandes bei Veränderungen bei Denkmälern

Zu 2)

Umsetzung des Wettbewerbs B14, erfolgt teilweise im Rahmen der IBA

Zu 3)

Arbeitsvermehrung bei dem Wettbewerb „Neuer Stadtraum B 14“

Zu 4)

Arbeitsvermehrung bei der Stadtplanerischen Stärkung der Innenstadt, bei dem Wettbewerb „Entwicklung Schulstraße“ und dem Runden Tisch

Zu 5)

Arbeitsvermehrung bei Projekten aus informellen Prozessen, dem Rahmenplan Rot, der Potentialanalyse Wohnen und dem Strukturkonzept Nord

Zu 6)

Arbeitsvermehrung bei dem Planungsbezirk Mühlhausen/Münster/Hofen und bei Wohnungsbauprojekten

Zu 7)

Arbeitsvermehrung bei Wohn-Projekt-Initiativen, gemeinschaftlichen Wohnprojekten und neuen Wohnformen

Zu 8)

Um der hohen Nachfrage nach Bauflächen weiterhin Rechnung zu tragen und im Gegenzug der Innenentwicklung weiterhin Vorrang zu gewähren, müssen zukünftig verstärkt schwer entwickelbare Potentialflächen in den Fokus genommen werden.

Damit diese Flächen möglichst schnell, mit der erforderlichen städtebaulichen Qualität und Dichte entwickelt werden, ist es erforderlich, dass die Stadt Stuttgart eine noch aktivere Rolle in der Entwicklung, zumindest solcher Flächen übernimmt, die eine hohe Relevanz für die Stadtentwicklung (Flächenpriorisierung) haben.

Durch die konsequente und kontinuierliche Umsetzung der sofort und kurzfristig verfügbaren Bauflächenpotentiale bei gleichzeitig stagnierender Entwicklung der mittel- und langfristig verfügbaren Bauflächenpotentiale, entsteht in den kommenden Jahren ein Angebotsdefizit an sofort und kurzfristig umsetzbaren Bauflächenpotentialen. Damit diesem Trend möglichst frühzeitig und effektiv entgegengewirkt werden kann, ist es zwingend erforderlich die Bauflächenpotentiale, die heute weitestgehend als „stille Potentiale“ in der NBS-Datenbank geführt werden, gezielt durch ein Flächenentwicklungsmanagement zu aktivieren und zu entwickeln. Dafür wird weiterhin eine Stelle benötigt. Weiteres dazu in der GDRrs. 197/2019.

Zu 9)

Für die Bearbeitung der Projekte im Rahmen des Förderprogramm „Erhalt der von Weinbau geprägten Kulturlandschaft“ ist eine Projektkoordination notwendig. (z.B. Förderanträge mit Eigenleistungen bei der Trockenmauersanierung)

Zu 10)

Das Fahrrad ist die neue Mobilität und langfristig soll der Radverkehr 25 Prozent des gesamten Verkehrs ausmachen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, ist ein:e Verkehrsplaner:in für Radschnellwege notwendig.

Zu 11)

Arbeitsmehring bei der Planungstechnik mit CAD

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Personalstellen für Jobcenter</b>

### Wir beantragen:

1. 4,2 Stellen für Persönliche Ansprechpartner:in (PAP), EG 10 für besonderen Unterstützungsbedarf von geflüchteten Jugendlichen unter 25, lfd. Nr. 3365, (29-4)
2. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 10, Systembetreuung IuK/Support, lfd. Nr. 3370, (29-1.3)
3. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 12, Datenschutz, lfd. Nr. 3375, (29-2)
4. 0,4 Stelle Sekretär:in EG 6 für die Abtlg. Verwaltung, lfd. Nr. 3380, (29-1)
5. 0,5 Stelle Sekretär:in EG 6 für die Abtlg. Markt und Integration, lfd. Nr. 3385, (29-3)
6. 0,2 Stelle Sekretär:in EG 5 für den Örtlichen Personalrat, lfd. Nr. 3390, (29-PR)
7. Der Leitungsanteil bei den Zweigstellenleitungen wird grundsätzlich auf 50% (bisher i.d.R. 30%) des Stellenanteils erhöht.

### Begründung:

Zu 1)

Der zusätzliche Stellenbedarf entsteht durch kompliziertere Problemlagen bei den Jugendlichen. Dazu wird die Betreuung qualitativ anspruchsvoller und aufwändiger. Das benötigt mehr zeitliche Ressourcen der PAPs.

Zu 2)

Das Jobcenter hat einem hohen Zuwachs an Mitarbeitenden. Zu Jahresbeginn 2016 waren rd. 515 Personen beschäftigt, bis Januar 2021 sind es rd. 610 Personen). Ein weiterer Stellenzuwachs ist absehbar. Damit ist bereits ein erhöhter Betreuungsaufwand verbunden. Zugleich obliegen der Systembetreuung IuK neue Anforderungen und Aufgaben, wie die laufende passgenaue und bedarfsorientierte Zurverfügungstellung von neuen Kommunikationswegen und -technologien (Videokonferenz, 60 Telearbeitsplätze, Support für mobile Geräte mit der zugehörigen Software, OTRS-Ticketsystem, New Voice, Wissensdatenbank-QuWIS). Durch die zunehmende Digitalisierung, die während der Corona-Pandemie nochmals einen erheblichen Schub erfuhr, wird diese Stelle dringend benötigt.

Zu 3)

Die Anforderungen im Datenschutz sind seit 2018 durch die Datenschutzgrundverordnung der EU – DSGVO - in Komplexität und Fülle stark gestiegen. Dies wirkt sich im Jobcenter besonders aus, da hier rund 600 Mitarbeitenden sehr sensible personenbezogene Daten von rund 42.000 Leistungsberechtigten verarbeitet werden. Die Stärkung der Rechte der Betroffenen durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (Anrufung der/des Datenschutzbeauftragten, Auskunftsanspruch, Berichtigung/Löschung/Sperrung, Schadensersatzanspruch u.a. bei Datenpannen) wirkt sich beim Datenschutz unmittelbar auf den Arbeitsumfang aus.

Zu 4)

Das Sekretariat ist sowohl für die zuverlässige Erledigung von administrativen und organisatorischen Aufgaben für die Abteilungsleitung als auch für die Mitarbeitenden der drei Sachgebiete Personal und Organisation, Haushalt und Finanzen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Stellenschaffung waren der Abteilung Verwaltung 19,9 Stellen bzw. 23 Mitarbeitende zugeordnet. Das Sekretariat ist inzwischen für 45 Mitarbeiter:innen (knapp 40 Stellen) zuständig. Die zahlreichen Aufgaben können aufgrund der Größe der Abteilung mittlerweile nicht mehr mit der bestehenden 0,60 Stelle vollumfänglich geleistet werden. Es bedarf hierzu *dringend* einer Vollzeitkraft.

Zu 5)

Mit dem Geschäftsplan 2013 (GRDRs. 815/2012) wurde eine 0,50 Stelle für das Sekretariat in der Abteilung Markt und Integration geschaffen. Neben den üblichen Sekretariatsaufgaben sind ständig weitere Aufgaben dazugekommen, die zu einer Steigerung des Arbeitsumfangs um 50% geführt haben, sodass eine Aufstockung der Stelle um eine 0,50 Stelle auf eine Vollzeitstelle erforderlich wird. Außerdem wurde bereits mit der Stellenschaffung 2013 (im Kontext der Option) der Bedarf bei weitem unterschätzt. Die Abteilung Markt und Integration verzeichnet seit 2017 einen permanenten Zuwachs an Aufgaben und Stellen, welche die Landeshauptstadt Stuttgart für die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes zur Verfügung gestellt hat. Das Sekretariat ist für die insgesamt 38 Mitarbeiter:innen aus den beiden Sachgebieten „Arbeitberteam“ und „Sachgebiet Planung und Steuerung“ zuständig.

Zu 6)

Arbeitsvermehrung wegen Zunahme der Anzahl freigestellter Personalrät:innen und Gremiumsmitglieder. Auch wirkt sich die steigende Zahl an Mitarbeiter:innen im Amt direkt auf die Arbeit des ÖPR aus, indem mehr (Beratungs-)Anfragen eingehen. Das Jobcenter hat regelmäßig eine erhebliche Anzahl an Personalauswahl-/Stellenbesetzungsverfahren (zwischen 50 bis 60 pro Jahr), die sehr aufwändig und zeitintensiv sind. Darüber hinaus nimmt die Breite und die Komplexität der Themen zu, so dass sich der Umfang der anfallenden Personalratstätigkeiten stetig erweiterte.

Die aktive Teilnahme an internen und externen Arbeitskreisen, Absprachen mit der Amtsleitung, weiteren fachspezifischen Arbeits- und Projektgruppen, Ausschüssen, Zirkeln usw. gehört zum Alltag und wird genauso erwartet, wie die Rückspiegelung und Information aus den genannten Arbeitsgruppen ins Gremium. Aufgrund der erheblichen Arbeitsvermehrung benötigt der ÖPR eine Entlastung durch die Unterstützung einer Sekretariatskraft.

Zu 7)

Die Zweigstellen-Leitungen des Jobcenters sind so eingestuft, dass sie laut Stellenbeschreibung zu 70% mit operativen Aufgaben als Persönliche Ansprechpartner:innen betraut sind und formell nur zu 30% Leitungsaufgaben übernehmen. Diese Einstufung entspricht bei weitem und schon seit langem nicht der Realität. Faktisch wird mindestens die Hälfte der Arbeitszeit für Leitungsaufgaben gebraucht. Dies anzuerkennen würde sowohl zu einer größeren Wertschätzung der langjährigen Arbeit in den Zweigstellen führen – die seit

langem keinerlei Höhergruppierung erfahren hat -, wie auch zu mehr Gerechtigkeit bei der Leitungsspanne führen.

Zu beachten ist, dass für Amt 29 (Jobcenter) im Durchschnitt 85 Prozent der finanziellen Aufwendungen vom Bund getragen werden und somit für die Stadt diese Stellenanträge weniger auf den Ergebnishaushalt durchschlagen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Leistungsfähigkeit der Wohngeldstelle sicher stellen**

### Wir beantragen:

1. 5,4 Stellen Sachbearbeiter:in (EG 9a) in OU Wohngeld mit dem Schwerpunkt Sachbearbeitung Wohngeld (Ifd. Nr. 3620)
2. 1,0 Stellen Sachbearbeiter:in (EG 10) in OU Wohngeld mit dem Schwerpunkt Sachbearbeitung Widersprüche und Klagen (Ifd. Nr. 3625)
3. 0,5 Stellen Sachbearbeiter:in (EG 9c) in OU Wohngeld mit dem Schwerpunkt Fachberatung (Ifd. Nr. 3630)
4. 0,5 Stellen Sekretärin (EG 5) in OU Wohngeld (Ifd. Nr. 3635)

### Begründung:

Das Wohngeld wird als Mietzuschuss oder als Lastenzuschuss geleistet. Wohngeld ist kein Almosen des Staates. Wer zum Kreis der Berechtigten gehört, hat darauf einen Rechtsanspruch.

Aufgrund dessen ist es wichtig, alle notwendigen Stellen zu schaffen, damit der Rechtsanspruch der Wohngeldberechtigten sichergestellt werden kann.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Wohnungslosenberichterstattung umsetzen****Wir beantragen:**

1. 1,0 Sachbearbeiter:in (EG 13) für die Umsetzung des WohnungslosenberichterstattungsG und der Einführung einer Wohnungslosenstatistik (Ifd. Nr. 3685)

**Begründung:**

Zum 1. April 2020 ist das Wohnungslosenberichterstattungsgesetz (WoBerichtsG) beschlossen worden. Dies verpflichtet die Landeshauptstadt Stuttgart zu einer jährlichen Datenerhebung in der Wohnungsnotfallhilfe. Diese konzeptionell planerische Aufgabe ist für den Ausbau der Steuerbarkeit im Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe nötig.

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit sollen die erfassten Daten außerdem für Planungszwecke des Sozialamts aufbereitet, analysiert und der Berichterstattung sowohl in Fachgremien als auch dem Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats zugrunde gelegt werden.

Die Aufbereitung der Datenbasis ist eine wichtige Voraussetzung für einen zielgerichteten Weiterentwicklungsprozess der Wohnungsnotfallhilfe in Stuttgart. Die Leistungsfähigkeit des Hilfesystems und damit der sozialen Infrastruktur in der Landeshauptstadt Stuttgart wird dadurch bedeutend verbessert. Auch diese neue Aufgabe ist im Sozialamt zu verorten und mit Ressourcen zu hinterlegen.

Weitere Informationen siehe auch GDRrs. 200/2021.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Pflege-Wohngemeinschaften koordinieren und begleiten</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stellen Sozialarbeiter:in (EG 11) für die Koordinierung ambulant betreuter Wohngemeinschaften und die Begleitung von Pflege-Wohngemeinschaften (Ifd. Nr. 3580)

### Begründung:

In der Landeshauptstadt Stuttgart gibt es zurzeit 14 anerkannte Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf (Stand Mai 2021). Seit der Beschlussfassung des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG) 2014 entstehen zunehmend mehr Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf in Baden-Württemberg.

Aufgrund des demografischen Wandels und des Abbaus von Doppelzimmern in Pflegeheimen werden in der Landeshauptstadt Stuttgart bis zum Jahr 2030 2.052 zusätzliche Pflegeplätze benötigt (vgl. GRDRs 320/2021 „Ergebnis des 3. Suchlaufs für Pflegeheimstandorte“). Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf sind ein wichtiger Baustein im Versorgungssystem für Menschen, die in der Regel einen hohen Pflegebedarf haben. Sie entstehen meist in Mehrfamilienhäusern und weisen aufgrund dessen einen hohen Quartiersbezug auf.

Wie in der GDRRs. 528/2021 beschrieben ist, stehen für den geplanten Ausbau von Wohngemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf die notwendigen Ressourcen nicht zur Verfügung. Die erforderliche Steuerung und Förderung des Ausbaus dieses sozialraumorientierten Pflegeangebots und die notwendige kontinuierliche, professionelle Begleitung und Beratung bei der Planung, Gründung und im Betrieb von Wohngemeinschaften kann mit den bestehenden Ressourcen nicht sichergestellt werden. Aufgrund dessen beantragen wir eine Stelle für die Koordinierung und Begleitung von Wohngemeinschaften.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellen für das Tiefbauamt****Wir beantragen:**

1. 1,0 Stelle Bautechniker:in (EG 9b) Stauwärter für Hochwasserrückhaltebecken und Parkseen nach DIN 19700, lfd. Nr. 4775
2. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 9b) Bürgerservice und Qualitätsmanagement, lfd. Nr. 4780
3. 1,0 Stelle Sachbearbeiter:in (EG 8) Anlagebuchhaltung, lfd. Nr. 4785
4. 1,0 Stelle Straßenbauer:in (EG 6) lfd. Nr. 4805
5. 1,0 Stelle Straßenbauer:in (EG 6) lfd. Nr. 4810

**Begründung:**

Zu 1)

Hochwasserereignisse sind nicht vorhersehbar. Um die Betriebsbereitschaft jederzeit sicherstellen zu können, müssen Hochwasserrückhaltebecken kontinuierlich überprüft und unterhalten werden. Hierfür ist vom Betreiber qualifiziertes Betriebspersonal (Betriebsbeauftragte und Stauwärter) zu bestellen. Das Tiefbauamt erachtet zusätzliches Personal für erforderlich, um den gesetzlichen Pflichten nachzukommen. Es hat daher zum Stellenplan 2022 eine Stelle (Bautechniker, EG 9b) zur dauerhaften Schaffung beantragt.

Zu 2)

Erhebliche Arbeitsvermehrung bei der Antragsprüfung und der Gebäudeverwaltung

Zu 3)

Arbeitsrückstand in der Abrechnung Anlagen im Bau

Zu 4 und 5)

Steigender Unterhaltungsaufwand von verkehrsberuhigten Straßenbereichen, Treppenanlagen, Plätzen und Fußgängerzonen

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**2,5 Stellen für OB-ICG – Frauenförderung und Diversity-Management stärken****Wir beantragen:**

1. 1,0 Stelle Sachbearbeitung Verwaltungstätigkeit, EG 8, lfd 125
2. 1,0 Stelle Sachbearbeitung Gesamtkoordination Diversity Management, EG 13, lfd 130
3. 0,5 Stelle Sachbearbeitung Koordination Frauenförderung und Neustrukturierung Beirat Gleichstellungsfragen, EG 12, lfd 135

**Begründung:****Zu 1)**

Diese Verwaltungsstelle ist zwingend erforderlich zur Bearbeitung der vermehrt anfallenden Verwaltungstätigkeiten und Tätigkeiten der Öffentlichkeitsarbeit. Die Schaffung der Stelle liegt in einer Steigerung des Arbeitsumfangs durch Aufgabenvermehrung um mehr als 20% seit 2019 begründet. Für die angeführten Tätigkeiten werden seit 2017 Personalressourcen einer Wiedereinsteigerin genutzt, die überplanmäßig bei OB-ICG arbeitet und deren Stelle ca. alle 6 Monate neu befristet wird, was arbeitsrechtlich höchst kritisch ist! Die Aufgabenwahrnehmung der Verwaltungstätigkeiten konnte nur durch Mehrbelastung aller Mitarbeiter:innen und auch nur eingeschränkt verfolgt werden.

**Zu 2)**

Die Stelle dient der Leitung und Gesamtkoordination des erweiterten Sachgebiets „Diversity Management der LHS Stuttgart“. Die Landeshauptstadt Stuttgart ist seit November 2007 Unterzeichnerin der Charta für Vielfalt e.V. – für Diversity in der Arbeitswelt. Die Abteilung für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern koordiniert seit 2014 erfolgreich den Stuttgarter Diversity Kongress und ist mit dem Kongress auf der Homepage der Charta für Vielfalt als Arbeitgeberin aufgeführt, die am deutschen Diversity-Tag das Engagement für Diversity Management öffentlich sichtbar macht. Die Abteilung bearbeitet hauptverantwortlich die Diversity-Dimensionen Gender und LSBTTIQ\* und ist seit einigen Jahren im Diversity-Netzwerk der Kommunal- und Landesverwaltungen vertreten, arbeitet dort in der Arbeitsgruppe Diversity und Personalpolitik mit. Unterschriften und Chartas reichen nicht, daher ist die Stelle zur Fortsetzung der vielfältigen Chancengleichheitsarbeit der Abteilung wegen Arbeitsvermehrung erforderlich.

**Zu 3)**

Die Stelle dient zur Koordination des Bereichs „berufliche Frauen\*förderung für chancenbenachteiligte Frauen\*“. Der Beirat hat die Empfehlung ausgesprochen, das für die Arbeit Frauenförderung, berufliche Hilfen für chancenbenachteiligte Frauen ein klares Stellenprofil mit Prozenten für das Thema als Koordinationsstelle geschaffen werden soll. Und sie soll zusätzliche Aufgaben des Beirats für Gleichstellungsfragen auf Basis der beschlossenen Neustrukturierung auf der Klausurtagung übernehmen. Dazu gehört die Organisation und Leitung von Unterarbeitsgruppen mit Protokollierung und Berichterstellung.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stellenplan: alle 40,17 Stellen des Aktionsprogramms Klimaschutz (GR Drs 975/2019) entfristen</b>

### Wir beantragen:

- Alle KW Vermerke für die 40,17 Stellen im Aktionsprogramm Klimaschutz (GR Drs 975/2019) werden ersatzlos gestrichen.

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreichen zu können, muss die Stadt Stuttgart ihre Anstrengungen in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung deutlich verstärken und verstetigen. Für die städtischen Liegenschaften und die der Eigenbetriebe und möglichst auch der Beteiligungen muss das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 jetzt angegangen und umgesetzt werden – für die Gesamtstadt muss dieses Ziel spätestens 2035 erreicht werden. Dafür braucht es Geld, unbefristete (und gut bezahlte) Stellen und die Überzeugung, dass Klimaschutz jetzt umgesetzt werden muss.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Stellenplan: Ressourcen und CO<sub>2</sub>-Verbrauch frühzeitig sichtbar machen.</b>

### Wir beantragen:

1. 4,0 Stellen, Sachbearbeitung und Leitung einer neu zu schaffenden Abteilung „Stoff- und Energieströme“ beim Amt für Umweltschutz.

### Begründung:

Die Stuttgarter CO<sub>2</sub>-Bilanz betrachtet hauptsächlich mit einem territorialen Blickwinkel (also auf die Gemarkung Stuttgarts bezogen) die Stoff- und Energieströme. Für eine umfassendere Betrachtung des tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes der Landeshauptstadt und seiner Bewohner:innen müssen dringend auch Stoffströme und ihre Vorketten in eine ganzheitliche Betrachtung mit einbezogen werden. Nur so können auch Ernährung und Konsum und Bauwirtschaft mit ihren Klimafolgen in die Bilanzierung mit einbezogen werden.

Um in Zukunft- und nicht nur im Nachhinein, sondern bereits vor der Entscheidungsfindung – eine ganzheitliche Umwelt- und Klimabewertung des Gemeinderats zu ermöglichen, ist eine neue Abteilung „Stoff- und Energieströme“ nötig. Diese soll nicht nur ein Modell zur Abschätzung der Stoff- und Energieverbräuche von Entscheidungen entwickeln, sondern auch dafür sorgen, dass diese bei strategischen Entscheidungen und großen Projekten bereits bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden können. Ziel ist es, in einem jährlichen Monitoring- Bericht die jährlichen Stoff- und Energieverbräuche sichtbar zu machen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Stellenplan: EG 13 für das Themenfeld Klimaanpassung bei der Stabsstelle Klimaschutz</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle Sachbearbeitung (EG 13, unbefristet) für das Themenfeld Klimaanpassung bei der Stabsstelle Klimaschutz

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Neben der akut notwendigen Einsparung von CO<sub>2</sub> sind wirkungsvolle Maßnahmen im Bereich der Klimaanpassung besonders in Stuttgart notwendig: Die Stuttgarter Zeitung titelte unlängst: „Stuttgart wird laut Prognose Großstadt mit den meisten Hitzetagen“. Laut einer Studie, aus der die Stuttgarter Zeitung berichtet, müsse sich die Landeshauptstadt ab dem Jahr 2050 darauf einstellen, dass mit bis zu 70 Hitzetagen über mit 30° Celsius im Jahr zu rechnen sei. Im bisherigen Rekordjahr 2018 waren es 35 solcher Tage. Der zitierten Studie zufolge muss Stuttgart mit dem stärksten Anstieg an Hitzetagen aller deutschen Großstädte rechnen.

Zu dem Gebiet Klimaanpassung gehört auch das Thema Starkregen: Nach den heftigen Regenfällen in Stuttgart in diesem Sommer und vor allem nach den verheerenden Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist darüber hinaus eine öffentliche Diskussion entstanden, welche zukunftsorientierten Vorkehrungen eine Stadt wie Stuttgart zum Schutz vor Starkregen oder Überschwemmungen treffen könne.

Dies unterstreicht die Dringlichkeit, warum das Thema Klimaanpassung jetzt personell bei der Stabsstelle Klimaschutz gestärkt werden muss.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Stellenplan: Eine Stelle für das Themengebiet Kreislaufwirtschaft in der Stabsstelle Klimaschutz</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle Sachbearbeitung (EG 13 unbefristet) für das Themengebiet Kreislaufwirtschaft bei der Stabsstelle Klimaschutz

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Zentraler Bestandteil des Klimaschutzes ist der gesamte Bereich Ressourceneinsparung / Energieeinsparung – zu diesem Feld gehört auch das Thema Kreislaufwirtschaft, was bislang in der Stabsstelle Klimaschutz noch nicht ausreichend thematisch, wissenschaftlich und strategisch bearbeitet wird. Hierfür gilt es eine Stelle zu schaffen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Stellenplan: Assistenzstelle für die Stabsstelle Klimaschutz</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle, A (EG 7, unbefristet) für Assistenzarbeiten bei der Stabsstelle Klimaschutz

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Mit der Schaffung der Stabsstelle Klimaschutz hat die Stadt Stuttgart eine wichtige personelle, wissenschaftliche und organisatorische Voraussetzung geschaffen, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel und für eine effektive Klimaanpassung zu schaffen. Für die organisatorischen Aufgaben innerhalb der Stabsstelle ist die Schaffung einer Assistenzstelle notwendig geworden. Mit der Schaffung dieser Stelle würden die primär inhaltlich arbeitenden Personen erheblich entlastet.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stellenplan: Eine Stelle für das Controlling klimaneutrale städtische Liegenschaften</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stellenanteile (EG 13) unbefristet für das Controlling klimaneutrale städtische Liegenschaften beim Amt für Umweltschutz

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Alle städtischen Liegenschaften sollen bis zum Jahr 2030 energetisch saniert sein und damit auch bilanziell klimaneutral im Betrieb sein. Zu diesem Ziel hat sich der Gemeinderat bereits bekannt, für die Umsetzung ist eine weitere unbefristete Stelle im Bereich Controlling beim Amt für Umweltschutz notwendig.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff
<b>Stellenplan: Eine Stelle zur Fortschreibung des KLIMAKS Konzepts für Abteilung Stadtklimatologie</b>

### **Wir beantragen:**

1. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung (EG13), unbefristet, für die Fortschreibung des Klimawandel - Anpassungskonzepts Stuttgart (KLIMAKS) in der Abteilung Stadtklimatologie beim Amt für Umweltschutz.

### **Begründung:**

Das Klimawandel-Anpassungskonzept Stuttgart (KLIMAKS) soll fortgeschrieben werden. Hierfür soll eine unbefristete Stelle in der Abteilung Stadtklimatologie beim Amt für Umweltschutz geschaffen werden, die auch koordinierenden Aufgaben bei der Fortschreibung übernehmen soll.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

## Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff
<b>Stellenplan: Wärmepumpen - Fördermittel erhöhen und zusätzliche Stelle schaffen beim Amt für Umweltschutz</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung, (EG 9a), unbefristet für das Förderprogramm für Wärmepumpen auf Basis von Geothermie / Abwärme
2. Sachmittel in Höhe von 1 Mio. Euro für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 für das Förderprogramm Wärmepumpen auf Basis von Geothermie/Abwärme  
(Kosten: 2022: 1 Mio. € // 2023: 1 Mio. €)

### Begründung:

Wichtiger Baustein beim Klimaschutz ist die Energiewende – und damit vor allem die Wärmewende. Die energetische Sanierung von Gebäuden im Bestand ist dabei eine der größten Herausforderungen. Das im Aktionsprogramm Klimaschutz beschlossene Förderprogramm für Wärmepumpen auf Basis von Geothermie/Abwärme (GRDRs 975/2019) leistet hier einen wichtigen Beitrag. Eine Verstärkung der Sachmittel und eine zusätzliche Stelle sind gut investiertes Geld.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stellenplan: Eine Stelle für Förderprogramme auf Bundes- und EU-Ebene beim Amt für Umweltschutz</b>

**Wir beantragen:**

- 1,0 Stelle Sachbearbeitung (EG 13), unbefristet für den Bereich Energiewirtschaft beim Amt für Umweltschutz mit Schwerpunkt: Akquise von Fördermitteln auf Bundesebene und EU-Ebene

**Begründung:**

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Im Bereich Energiewirtschaft gibt es eine Fülle von Fördertöpfen und Förderprogrammen auf Landes- Bundes- und EU-Ebene. Besonders für die Bundesebene und die europäische Ebene wird eine Stelle benötigt, um weitere Fördergelder für Energiewendeprojekte und Vorhaben der Stadt einzuwerben. Allein die EU beabsichtigt, bis zum Jahr 2030 die Summe von 1000 Milliarden Euro (Tausend Milliarden!) für den European Green Deal zu mobilisieren. Davon wird mit Sicherheit das eine oder andere Förderprogramm mit Geldern bedacht. Durch das Einwerben von Fördergeldern ist eine solche Stelle mindestens haushaltsneutral.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff <b>Stellenplan: Förderprogramme PV-Anlagen beim Amt für Umweltschutz stärken</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung (EG 13), unbefristet für das Förderprogramm Ausbau Photovoltaik beim Amt für Umweltschutz
2. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung (EG 9), unbefristet für die Administration der Förderprogramme des Amtes für Umweltschutz

### Begründung:

Klimaschutz ist Daueraufgabe. Der Ausbau von Photovoltaik ist wichtiger Baustein im Bereich erneuerbare Energieerzeugung auf lokaler Ebene. Durch Arbeitsvermehrung in Folge hoher Nachfrage nach dem Städtischen Förderprogramm sind zwei Stellenbedarfe entstanden, die es zu decken gilt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Stellenplan: Eine Stelle für Lärmaktionsplan für Abteilung Stadtklimatologie</b>

### Wir beantragen:

1. 1,0 Stelle, Sachbearbeitung, unbefristete (EG12) für die Erstellung und Umsetzung des Lärmaktionsplans in der Abteilung Stadtklimatologie beim Amt für Umweltschutz (36-4).

### Begründung:

Aus der Lärmkartierung im Stadtgebiet ist zu entnehmen, dass nennenswerte Fortschritte beim Schutz der Menschen vor Lärm nicht erzielt wurden. Die Zahl der von krankmachenden Lärmemissionen betroffenen Menschen ist sogar weiter angestiegen. Der Zielbeschluss „Vision Lärmschutz 2030“, für eine „lebenswerte, lebendige Stadt mit gesundem Wohn- und Arbeitsumfeld“ von der Stadt Stuttgart ist in weite Ferne gerückt.

Für die Umsetzung des Lärmaktionsplans beantragen wir eine unbefristete Stelle bei der Abteilung Stadtklimatologie beim Amt für Umweltschutz. Es ist dringend angezeigt, dass die Stadt Stuttgart jetzt die personellen Voraussetzungen für eine wirksame Reduzierung des Lärms in der Stadt schafft.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Stellenplan: Radverkehrsmaßnahmen auf der Hauptradroute 2 umsetzen</b>

**Wir beantragen:**

- 1,0 Stelle Ingenieur:in (EG 12) für die Umsetzung der Hauptradroute 2 (Ifd. Nr. 4770)

**Begründung:**

Radschnellwege bilden in Zukunft einen wichtigen Beitrag nachhaltiger Mobilität und spielen eine zentrale Rolle bei der Lösung zahlreicher Verkehrsprobleme. Vor allem in der Landeshauptstadt Stuttgart können sie zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz beitragen und zu Stoßzeiten den ÖPNV und Kfz-Verkehr entlasten. (siehe GDRrs. 586/2020)

Um die Umsetzung der Hauptradroute 2 sicher zu stellen, wird ein:e weitere:r Ingenieur:in benötigt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Berufung eines Tier- und Artenschutzbeauftragten</b>

### Wir beantragen:

1. Für den Erhalt und die Sicherstellung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen in Stuttgart wird eine Stelle für einen Arten- und Tierschutzbeauftragten geschaffen.

### Begründung:

Viele Aufgaben im Bereich Tier- und Artenschutz werden im Moment vernachlässigt bzw. die Stadt verlässt sich dabei auf die Arbeit von Vereinen und Ehrenamtlichen, ohne dass diese großzügige Unterstützung seitens der Verwaltung erfahren würden.

Aufgabe des Arten- und Tierschutzbeauftragten ist, sich über in Stuttgart lebende Tierpopulationen und deren Lebensräume einen Überblick zu verschaffen. Besonderes Augenmerk muss den gefährdeten Arten in Stuttgart gelten. Es geht darum, Prävention zu betreiben, damit sich Vorkommnisse wie die Ökokatastrophe beim Max-Eyth-See nicht regelmäßig wiederholen, wie das seit mehreren Jahren der Fall ist. Der Beauftragte soll frühzeitig Handlungsbedarf anmelden und Vorschläge zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen erarbeiten. Ebenso soll er sich regelmäßig mit Vertreter:innen des Tierschutzvereins bzw. anderen Vereinen und Ehrenamtlichen austauschen, welche wichtige Aufgaben in diesem Bereich übernehmen. Die Arbeit des/der Beauftragten wird regelmäßig im Ausschuss für Klima und Umwelt in Form eines Berichts vorgestellt.

Auch wenn viele Aufgaben überwiegend ehrenamtlich gemacht werden, darf sich die Stadt ihrer Verantwortung im Tier- und Artenschutz nicht entziehen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

**Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Stellenschaffung im Amt für öffentliche Ordnung****Wir beantragen:**

1. 1,0 unbefristete Stelle Sachbearbeiter:in (EG 8) in Gebäude und Mitarbeiter:innensicherheit (Ifd. Nr. 1835)
2. 1,0 unbefristete Stelle Sachbearbeiter:in (A10) im Infektionsschutz (Ifd. Nr. 1840)
3. 1,0 unbefristete Stelle Sachbearbeiter:in (A11) in Gaststättenangelegenheiten, Jugend- und Nichtraucherenschutz, Messen und Märkte (Ifd. Nr. 1845) und 1,0 unbefristete Stelle Sachbearbeiter:in (A9M) in Gaststättenangelegenheiten, Jugend- und Nichtraucherenschutz, Überwachung bestehendes Kontrolldefizit (Ifd. Nr. 1895)
4. 1,0 unbefristete Stelle Ingenieur:in (EG13) Straßenverkehrsbehörde, IVLZ (Ifd. Nr. 1850)
5. 1,34 unbefristete Stelle Sachbearbeiter:in (A8) Bürgerbüro – Kfz-Zulassung und Führerscheine (Ifd. Nr. 1860)
6. 1,0 unbefristete Stelle Tierärzt:in (A14) Amtstierärztlicher Dienst (Ifd. Nr. 1865)
7. 1,0 unbefristete Stelle Lebensmittelkontrolleur:in (A11) in Sonderaufgaben Lebensmittelüberwachung (Ifd. Nr. 1870)
8. 2,0 unbefristete Stellen Bürgerbüro (A8), davon 1,0 Stelle für die Einführung eID-Karte für Unionsbürger:innen und 1,0 Stelle für das Seniorenabo (Ifd. Nr. 1875)

**Begründung:**

Zu 1)

Bisher gibt es einen Mitarbeiter, der sich um über 40 Gebäude/Grundstücke des AföO kümmern muss. Außerdem um Brandschutz, Ersthelfer, Arbeitssicherheit, Telearbeitsplätze, Gefährdungsbeurteilung u.v.m.

Es stehen in den nächsten Jahren u.a. der Umzug des AföO von der Eberhardstr. 39 in die Schmale Str. an, die Ausländerbehörde muss untergebracht werden, da der Mietvertrag in der Jägerstraße spätestens 2024 endet. Auch ist eine Überwachung und Begleitung der Sanierung der Eberhardstr. 39 notwendig. Des Weiteren der Umbau des neuen Gebäudes in der Torstr, in dem u.a. das Bürgerbüro unterkommen soll. Wenn der Vollzugsdienst gestärkt wird, braucht er neue Räume. Schon jetzt ist die Situation z.B. in der Wache im Neuen Schloss, nicht mehr zumutbar.

Um diese vielen und großen Projekte mit den Belangen des AföO zu begleiten, koordinieren und beraten zu können, ist dringend eine weitere Stelle notwendig.

Die Mitarbeiterzahl steigt kontinuierlich. D.h. die Arbeitsplätze müssen eingerichtet und organisiert werden. Laufend gibt es Umzüge. Für jede Tätigkeit müssen Gefährdungsbeurteilungen erstellt und aktualisiert werden.

Zu 2)

Das Thema wird uns noch lange beschäftigen, hier ist eine Verlängerung der Ermächtigung dringend geboten.

Zu 3)

Seit Jahren arbeitet die Gewerbe- und Gaststättenbehörde am Limit. Viele Pflichtaufgaben können nicht erfüllt werden. Eine Arbeitsvermehrung ist nicht nur in Fallzahlen fassbar, viel Zeit wird auch für Beratung und Vermittlung benötigt. Die Gewerbe- und Gaststättenbehörde möchte eben nicht den Gastwirt „triezen“, sondern es wird geschaut, wie vermittelt werden kann. Bsp Josef-Hirn-Platz. Solche „runden Tische“ bedeuten mehr Arbeit. Dafür ist Personal nötig. Bezirksvorsteher, Beiräte und Politik wollen abwechselnd Ruhe oder Nachleben. Durch zusätzliche Beratung können viele Probleme im Vorfeld geklärt werden. Bsp ummantelte Stahlkette an Außentischen statt Eisenkette, Aufklärung der Gastronomiebetriebe, dass z.B. öffentlicher Raum nicht automatisch erlaubt ist, auch wenn er – wie schon geschehen- im Mietvertrag steht.

Eine schlechte Stellenausstattung bei Gewerbe- und Gaststättenbehörde schadet den „ordentlichen“ Gewerbetreibenden und Gastwirten. „Warum soll ich mich noch an die Regeln halten, wenn die anderen mit allem durchkommen“ - die Spirale geht somit immer mehr abwärts.

Zu 4)

Verkehr ist für Stuttgart ein wichtiges Thema. Die Ansprüche, die Digitalisierung und die Förderprojekte erfordern eine Verstärkung in der IVLZ – die weiterhin das Aushängeschild für Stuttgart sein sollte. Das geht jedoch nur mit entsprechendem Personal.

Zu 5)

Es wird immer wieder gefragt, warum die BÜBüs nicht auf die Beine kommen. Es zeigte sich bei der OU Führerscheinstelle, dass die Aufgaben mehr Zeit benötigen. Bei den BÜBüs wird das mit angeblichem Stellenüberhang verrechnet. Die Belastung der Mitarbeitenden ist aber weiterhin immens: Immer noch kein EAB, am 30.06. waren über 17 Stellen unbesetzt und 15 Mitarbeitende mussten neu eingearbeitet werden.

Zu 6) und 7)

Immer wieder wird bemängelt, dass die Kontrollen und die Verbraucherberatung/schutz nicht genügt. Und nun sollen die benötigten Stellen aufgrund des Konnexitätsprinzips nicht geschaffen werden. Bis zum nächsten Skandal?

Zu 8)

Einführung eIDKarte für Unionsbürger: Wegen rechnerischem Überhang von 6,4 Stellen wurde Anträgen iHv insgesamt 1,4 SB Stellen (EG 8) für neue Aufgaben (Kinderreisepässe gelten nur noch 1 Jahr, Einführung eIDKarte für Unionsbürger) zurückgezogen. In der Realität ist in den Bürgerbüros von einem Überhang nichts zu spüren; im Gegenteil vorzeitige Schließungen der Wartemarken und lange Wartezeiten haben wieder sehr zugenommen, auch als Folge von 16,25 unbesetzten Stellen (Stand: 01.08.2021)

Seniorenabo: Das kostenlose Seniorenabo bei Führerscheinabgabe ist als Projekt auf 2 Jahre angelegt und läuft im Juni 2022 aus. Im 1. Förderjahr (bis Juni 2021) waren es rund 1400 Fälle; in dieser Größenordnung wird auch einen Bedarf für Folgejahre prognostiziert. Der VVS

erwartet eine Förderung von 25 %.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsantrag vom 21.10.2021	Nr.
--------------------------------	-----

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff <b>Stellenplan: 3,5 Stellen Building Information Modeling (BIM)</b>

### Wir beantragen:

1. 3,0 Stellen für die Umsetzung von Building Information Modeling (BIM) nach GRDs 525/2021

### Begründung:

In der Gemeinderatsdrucksache 525/2021 heißt es mit Verweis auf Building Information Modeling (BIM): *"Mit der Methodik BIM findet derzeit ein bundesweiter Paradigmenwechsel in der gesamten Baubranche statt. Im Vordergrund steht jetzt vielmehr die gesamtheitliche Betrachtung eines Gebäudes oder Bauwerks – von der Planung, dem Bau, über die Betriebsphase, bis zum Abbruch – also der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes oder Bauwerks. Auf Basis digitaler Bauwerksmodelle („Digitaler Zwilling“) können alle benötigten Daten erfasst und zwischen den Beteiligten ausgetauscht und weiterbearbeitet werden."*

Damit ist die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit hinreichend beschrieben. In der Roten Liste auf Seite 55 (oben) werden 7,5 Stellen für zwei Jahre beantragt, in der Grünen Liste sind auf Seite 36 lediglich 4,5 Stellen vermerkt. Es ist nicht ersichtlich, warum an dieser Stelle gespart werden soll – deshalb beantragen wir die fehlenden drei Stellen im Stellenplan.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei,
Betreff
<b>Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Die Stadt muss ein attraktiver Arbeitgeber werden</b>

### Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart nimmt Verhandlungen auf mit der Gewerkschaft ver.di mit dem Ziel, die Arbeitgeberin Stadt durch deutlich verbesserte, wirkungsvolle tariferte Angebote für städtische Mitarbeiter:innen attraktiver zu machen;
2. In Anlehnung an die in München bereits erreichten Angebote wird dabei für alle städtischen Beschäftigten und diejenigen der Eigenbetriebe und Beteiligungen (einschließlich Klinikum Stuttgart) eine Ballungsraumzulage in Höhe von mindestens 200 Euro sowie ein kostenloses Jobticket angestrebt;
3. Für den Doppelhaushalt sind für städtische Beschäftigte, Mitarbeitende in Eigenbetrieben und Beteiligungen dafür 33,6 Mio. Euro p.a. vorzuhalten. Für die Mitarbeitenden des Klinikums sind 16,8 Mio. Euro p.a. vorzuhalten
4. Als Einstiegsvariante in die Ballungsraumzulage wollen wir folgende Variante zur Abstimmung stellen. Ballungsraumzulage in Höhe von mindestens 200 Euro pro 100-Prozent-Stelle pro Monat für Beschäftigte folgender Beteiligungen / Eigenbetriebe:
  - Feuerwehr
  - Eigenbetrieb Leben und Wohnen
  - Bäderbetriebe
  - Allen Mitarbeiter:innen, die bereits Tarif+ beziehen wird die monatliche Zulage auf 200 Euro erhöht
5. Für das Jobticket (VVS Jahresticket+ für 21 000 Mitarbeitende) sind 46 368 000 Euro p.a. vorzuhalten.

### Begründung:

OB Nopper hat im Wahlkampf eine Ballungsraumzulage versprochen – passiert ist nichts. Wir (die FrAKTION) haben die Ballungsraumzulage bereits im letzten Haushalt gefordert. Seitdem

sind die Lebenshaltungskosten in Stuttgart so hoch wie in kaum einer anderen Stadt, bei den Mieten befindet sich Stuttgart deutschlandweit im Spitzenfeld.

Wenn die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin sein will, muss sie ihre Beschäftigten besser bezahlen und Anreize durch ein kostenloses Jobticket für den ÖPNV schaffen – das wäre ein erster Schritt. Die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, Schaffung von dringend notwendigem Büroraum müssen unabhängig davon dringend weiter vorangetrieben werden.

In dem Personalbericht 2021 wird die altersbedingte Fluktuation als weiterhin steigend dargestellt. So werden zwischen den Jahren 2022 bis 2027 altersbedingt 1528 VKW aus ihrer Tätigkeit bei der Stadt austreten.

Dramatisch ist, dass zu geringe Personalkapazitäten die Abwärtsspirale beschleunigen. Der Zeit- und Arbeitsdruck wird auf die verbliebenen Mitarbeiter\*innen immer stärker, erhöhte psychische und physische Belastung führt zu steigenden Krankheits- und Fluktuationsquoten mit negativer Außenwirkung und wird zum Hindernis für die Gewinnung für neue Mitarbeiter:innen.

Die Arbeitsmarktsituation stellt die Stadt in scharfe Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern. Aber auch zu anderen öffentlichen Arbeitgebern. So wird heute schon häufig erfahrenes Personal aus Nachbarkommunen abgeworben, da hier z.T. höhere Eingruppierungen angeboten werden und die Arbeitnehmer:in eventuell auch noch von kürzeren und damit kostengünstigeren Anfahrtswegen profitiert.

Unter diesem Druck muss die Stadt mit einem qualifizierten Personalentwicklungs-Programm und der Schaffung von guten Arbeitsbedingungen reagieren. Sie muss zwingend überdurchschnittlich attraktive Konditionen anbieten, um Mitarbeiter:innen halten und neue gewinnen zu können.

Städtische Mitarbeiter:innen müssen es sich leisten können, in dieser überdurchschnittlich teuren Landeshauptstadt zu leben und zu wohnen!

Die tatsächlich letztlich zu veranschlagenden Kosten ergeben sich aus den mit ver.di vereinbarten Attraktivierungsmaßnahmen, eine vorausschauende Einplanung in den DHH ist erforderlich, um die Maßnahmen ohne Zeit-Verzug wirksam werden zu lassen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



Raumorganisation für Personalversammlungen, Klausursitzungen, Fachvormittage für Personalräte usw.

Für diese Aufgaben muss die Stelle mit EG 9a eingestuft werden.

Laura Halding-Hoppenheit

(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch

(Fraktionsvorsitzender)

<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Stellenplan: Streichung aller kw-Vermerke</b>
--

### Wir beantragen:

1. Die Streichung sämtlicher kw – Vermerke in der Antragsliste Stellenplan 2022/2023

### Begründung:

In dem Personalbericht 2021 wird die altersbedingte Fluktuation als weiterhin steigend dargestellt. So werden zwischen den Jahren 2022 bis 2027 altersbedingt 1528 VKW aus ihrer Tätigkeit bei der Stadt austreten.

Dramatisch ist, dass zu geringe Personalkapazitäten die Abwärtsspirale beschleunigen. Der Zeit- und Arbeitsdruck wird auf die verbliebenen Mitarbeiter:innen immer stärker, erhöhte psychische und physische Belastung führt zu steigenden Krankheits- und Fluktuationsquoten mit negativer Außenwirkung und wird zum Hindernis für die Gewinnung für neue Mitarbeiter:innen.

Aufgrund dessen können wir es uns nicht leisten, Stellen mit einem kw-Vermerk zu versehen. Jede:r städtische:r Mitarbeiter:in wird benötigt.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

# Haushaltsanträge Doppelhaushalt 2022/2023

## Deckungsvorschläge



Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Deckungsvorschlag: Flughafen Stuttgart soll für Flugbewegungen von Privatjets Sondernutzungsgebühr erheben**

### Wir beantragen dass

- die Landeshauptstadt Stuttgart sich beim Flughafen Stuttgart dafür einsetzt, dass für Flugbewegungen (jeweils Landung und Start) von Privatjetnutzer\*innen eine besondere Nutzungsgebühr von mindestens zusätzlichen 5.000 Euro ab dem dritten Quartal 2022 dauerhaft erhoben wird.

### Begründung:

Vor allem beziehungsweise fast ausschließlich Milliardär\*innen und Großkonzerne setzen dösengetriebene Geschäftsreiseflugzeuge für nichtöffentliche Belange ein. Diese haben den größten pro-Kopf-Abdruck hinsichtlich Klimaschädlichkeit durch Bildung künstlicher Zirruswolken aus Kondensstreifen (Wärmestrahlungszurückhaltung) sowie CO<sub>2</sub>-Emissionen aus ihren Gasturbinen; häufig werden diese sogar für besonders klimaschädliche Kurzstreckenflüge eingesetzt, obwohl sie teils lange Reichweiten haben (z.B. Bombardier Global Express, s. z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Bombardier-Global-Familie> für bis zu 19 Passagiere).

Um diesem Umstand angemessen Rechnung zu tragen, wird die vorgeschlagene Gebühr ähnlich dem Schweizer Modell eingeführt. Da bei Anbietern mietbarer Geschäftsreiseflugzeuge eine Flugstunde 10.000 Euro kostet, erscheint diese Gebühr angemessen (Schweiz: 3.000 Schweizer Franken).

Weil die Landeshauptstadt Stuttgart am Flughafen Stuttgart beteiligt ist und damit das Ergebnis des Flughafens indirekt haushaltswirksam ist, stellen wir dies (als Auftrag) als Haushaltsantrag.

Nachlesen kann man den Hintergrund in dieser Studie:

<https://www.transportenvironment.org/publications/private-jets-can-super-rich-supercharge-zero-emission-aviation>

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)



<b>Haushaltsantrag vom 21.10.2021</b>	<b>Nr.</b>
---------------------------------------	------------

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### **Haushaltsantrag**

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Deckungsvorschlag: Ertragsverbesserung über Hebesätze der Grundsteuer verbessern**

### **Wir beantragen:**

54. Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A und B um ca. 10% von 520 auf 570 2022ff

(Erträge ErgHH 2022: ca. 15 Mio. € // 2023: ca. 15 Mio. €)

### **Begründung:**

Da vor allem der Ergebnishaushalt in der Planung problematisch erscheint und vom Regierungspräsidium Stuttgart (RPS) beanstandet wurde, ist es angezeigt, diesen Hebesatz zu erhöhen, da dies Einnahmen sind, die sicher kommen (keine Ausweichmöglichkeit). Um unnötige Belastungen zu vermeiden, schlagen wir eine moderate Erhöhung vor, deren zusätzlicher jährlicher Ertrag sich aufgrund der DHH-Planung zu ca. 15 Mio. Euro ergibt (von ca. 158 auf ca. 173 Mio. Euro). Da dies v.a. Großgrundbesitzer wie große Firmen und Bewohner sehr großer Wohnungen trifft, erscheint dies für Bewohner\*innen von kleineren Wohnungen vertretbar.

In absehbarer Zukunft, noch im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung, muss auf Grund der Grundsteuerreform ein Verfahren zur Neufestsetzung erarbeitet und verabschiedet werden.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
-------------------------------------

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
---

Betreff
---------

<b>Deckungsvorschlag: Streichung Ausbau Nord-Süd-Str.</b>
---

### Wir beantragen:

1. Die Streichung des genannten Vorhabens (Ausbau auf 3 bis 4 Spuren) aus der Grünen Liste (Seite 38), Einsparung 1.060 TEUR im DHH 22/23 und der noch höheren Folgekosten dieser Fehlplanung.

(Einsparungen FinHH 2022: 318 000 € // 2023: 742 000 €)

### Begründung:

Die Verkehrswende weg vom privaten Pkw hin zum Umweltverbund kann nur gelingen, wenn keine falschen Anreize gesetzt werden. Wer mehr Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr (MIV) anbietet, erntet auch mehr solchen Verkehr, wie die Verkehrswissenschaft seit Jahrzehnten klar zeigt. Daher ist die Streichung dieses Ausbaivorhabens sinnvoll, um die weitere Zunahme des heute schon zu starken Pkw-Verkehrs in diesem Bereich zu vermeiden, denn lange Stauzeiten schrecken vom Fahren mit dem Auto ab und so kann der MIV in diesem Bereich weiterhin gedeckelt bleiben bzw. abnehmen.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

### Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

**Deckungsvorschlag: 33,5 Stellen beim Amt für öffentliche Ordnung nicht schaffen  
-dafür Stellen bei der Feuerwehr schaffen**

### Wir beantragen:

1. Die Streichung der 33,50 Stellen (Maßnahmenpaket Sicheres und Sauberes Stuttgart) aus der Grünen Liste (Seite 19). Statt dieser Stellen werden die dringend notwendigen Stellen (vgl. Antrag die FrAKTION „Stuttgarter Feuerwehr zukunftsfähig aufstellen“ geschaffen.

(Einsparung ErgHH: 2022: 3,106 Mio. € // 2023: 3,106 Mio. €, Summe: 15,53 Mio. €)

### Begründung:

Dass die Stadt in den Bereich Sicherheit und Ordnung personell investieren will, begrüßen wir. Allerdings sehen wir – durch jahrzehntelanges, zwanghaftes Sparen bei der Stuttgarter Feuerwehr – hier dringende, unabwendbare Bedarfe, hier endlich bei der Personalausstattung einen Schritt nach vorne zu machen. Mit unseren umfassenden Anträgen „Stuttgarter Feuerwehr zukunftsfähig aufstellen“ und „Neufassung Feuerwehrbedarfsplan: Alle Bedarfe frühestmöglich berücksichtigen“ haben wir die vordringlichsten Bedarfe genannt – anstelle von weiteren 33,5 Stellen für Sauberkeit und Sicherheit auszugeben, wollen wir in die elementarere Form der Sicherheit investieren und die Stellenbedarfe (und Sachmittel) bei der Branddirektion jetzt endlich decken.

Laura Halding-Hoppenheit  
(Fraktionsvorsitzende)

Hannes Rockenbauch  
(Fraktionsvorsitzender)